



Monatsbericht April 2015

67. Jahrgang
Nr. 4

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
17. April 2015, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	9
Zahlungsbilanz	10
■ Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland	13
<i>Zur Abgrenzung arbeitsmarktbedingter Ausgaben</i>	15
<i>Anmerkungen zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung</i>	16
■ Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor	33
<i>Bedeutende Änderungen in der Regulierung des deutschen Finanzmarktes bis 2004</i>	38
<i>Anpassung deutscher Banken an die Liquiditätsdeckungsquote</i>	46
<i>Internalisierung der Kosten externer Effekte durch Einführung einer neuen Liquiditätsregulierung</i>	48
<i>Die Liquiditätsregulierung und die Liquiditätsbereitstellung durch die Zentralbank</i>	51
■ Transaktionskassenhaltung von Euro-Münzen in Deutschland	61
<i>Saisonale Methode</i>	64
<i>Auslandsumlauf von deutschen Euro-Münzen</i>	72

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Aufschwungprozess setzt sich fort

Die Konjunkturdaten für die Industrie haben den zweiten Monat in Folge enttäuscht. Dies zeigt zwar nicht eine Unterbrechung des Aufschwungprozesses an. Das konjunkturelle Grundtempo ist jedoch geringer zu veranschlagen, als es die isolierte Betrachtung der Quartalswachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts für das vierte Quartal 2014 nahelegen würde. Dafür spricht neben dem trotz einer spürbaren Erholung weiterhin verhaltenen Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft auch der in den ersten beiden Monaten des Jahres ins Stocken geratene Auftragseingang der Industrie. Hauptträger des trotzdem als recht kräftig zu bezeichnenden Wirtschaftswachstums dürfte weiterhin der private Verbrauch gewesen sein. Dies legt zumindest der starke Anstieg der Einzelhandelsumsätze nahe. Das außergewöhnlich gute Konsumklima, das auf der erfreulichen Arbeitsmarktlage und kräftigen Reallohnsteigerungen beruht, verspricht, dass diese Entwicklung noch einige Zeit anhält.

Industrie

Moderate Aufwärtstendenz der Industrieproduktion hält an, ...

Die industrielle Erzeugung ist im Februar gegenüber dem deutlich abwärts revidierten und durch einen Brückentagseffekt gedrückten Niveau vom Januar um ½% gestiegen. Beide Monate zusammengenommen übertrafen im Mittel den Vorquartalsstand leicht um ¼%. Dabei erhöhte sich die Ausbringung von Vorleistungsgütern um 1%. Die Fertigung der Investitionsgüterhersteller blieb praktisch unverändert. Demgegenüber verminderte sich die Erzeugung von Konsumgütern um 1%.

... aber Atempause bei den Auftragsingängen

Die Bestellungen für die deutsche Industrie blieben im Februar saisonbereinigt um 1% hinter dem bereits gedrückten Stand vom Januar zu-

rück. Im Mittel unterschritten beide Monate das Niveau des Jahresschlussquartals 2014 um 1¾%. Ein wesentlicher Grund hierfür war, dass seit Beginn des Jahres 2015 vergleichsweise wenige Großaufträge, vor allem aus dem Ausland, eingegangen sind. Ohne Großaufträge gerechnet ergab sich jedoch ebenfalls ein Minus (-¾%). Insgesamt verminderten sich die Auslandsorders um 2¼%. Der Nachfragerückgang aus dem Euro-Raum (-4%) fiel insbesondere wegen des relativ geringen Bestellvolumens für die Luft- und Raumfahrtindustrie größer aus als aus den Drittländern (-1¼%) und aus dem Inland (-¾%). Im Ergebnis sanken die Aufträge für Vorleistungsgüter um 1¾% und für Investitionsgüter um 2%. Demgegenüber verzeichneten die Konsumgüterhersteller einen Zuwachs der Bestellungen um 1%.

Die Umsätze in der Industrie gaben im Februar verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt leicht um ½% nach. Im Durchschnitt legten Januar und Februar jedoch um 1¼% gegenüber dem letzten Jahresviertel 2014 zu. Im Auslandsgeschäft wurde ein Anstieg um fast 2% verzeichnet, wobei der Zuwachs in der EWU (+1¾%) fast ebenso kräftig wie in den Drittländern ausfiel (+2%). Demgegenüber gab es nur ein leichtes Absatzplus im Inland (+½%). Die Warenausfuhren zogen im Februar wieder an (+1½%) und bestätigten so trotz des schwachen Januarwertes im Mittel der beiden Monate den hohen Stand des Vorquartals. Die Warenimporte wurden im Februar gegenüber dem Vormonat ebenfalls merklich ausgeweitet (+1¾%), wobei ein Anstieg der Einfuhrpreise gegenüber Januar eine erhebliche Rolle spielte. Nominal lagen beide Jahresanfangsmonate zusammen im Durchschnitt zwar nur wenig (+½%) über dem Niveau des Herbstquartals, in realer Rechnung ergab sich wegen des ausgeprägten Preisrückgangs seit Herbst jedoch eine kräftige Zunahme.

Absatz in Drittstaaten und EWU ausgeweitet, Importe gestiegen

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
	Inland	Ausland		
2014 2. Vj.	107,7	103,4	111,3	109,5
3. Vj.	109,1	101,8	115,0	106,9
4. Vj.	110,6	103,9	116,1	106,8
Dez.	112,2	105,0	118,1	107,6
2015 Jan.	109,3	103,2	114,3	118,1
Febr.	108,3	103,2	112,5	...
Produktion; 2010 = 100				
Zeit	Industrie			Baugewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2014 2. Vj.	109,6	106,1	116,1	107,8
3. Vj.	109,4	105,2	116,5	106,9
4. Vj.	110,2	106,0	117,3	106,8
Dez.	111,2	107,3	118,1	106,6
2015 Jan.	110,1	106,9	116,7	110,8
Febr.	110,7	107,1	118,1	107,4
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2014 2. Vj.	280,29	228,13	52,16	51,48
3. Vj.	287,09	229,58	57,51	61,16
4. Vj.	291,14	230,83	60,31	60,44
Dez.	98,35	76,84	21,51	20,89
2015 Jan.	96,32	76,67	19,65	21,32
Febr.	97,73	78,07	19,66	20,32
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbstätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
	Anzahl in 1 000			
2014 3. Vj.	42 701	494	2 902	6,7
4. Vj.	42 789	518	2 864	6,6
2015 1. Vj.	...	535	2 814	6,5
Jan.	42 853	532	2 832	6,5
Febr.	42 881	534	2 812	6,5
März	...	538	2 798	6,4
Preise; 2010 = 100				
Zeit	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise ²⁾	Verbraucherpreise
2014 3. Vj.	103,7	105,7	110,0	106,9
4. Vj.	102,7	105,4	110,1	106,6
2015 1. Vj.	110,8	106,4
Jan.	100,2	104,3	.	105,9
Febr.	101,4	104,3	.	106,5
März	106,7

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiblatt Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe unterschritt im Februar den stark abwärts korrigierten Stand vom Januar saisonbereinigt um 3%. Gleichwohl übertrafen Januar und Februar im Mittel das Jahresschlussquartal 2014 um 2¼%. Dabei spielte außergewöhnlich mildes Winterwetter zu Jahresbeginn eine wichtige Rolle. Im Bauhauptgewerbe gab es ein Plus von 1¼% und im Ausbaugewerbe von 3¼%. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe übertraf im Januar vor allem witterungsbedingt erheblich den Stand des Jahresschlussquartals (+10½%). Außerordentlich kräftig nahm die Nachfrage der öffentlichen Hand zu, aber auch die Aufträge für den Gewerbebau und den Wohnungsbau zogen an.

Bauproduktion zugenommen, Bauaufträge stark angezogen

Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung hat im Februar weiter zugenommen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erhöhte sich verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt um 28 000. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein Plus von 384 000 Personen oder 0,9%. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse expandierte im Januar den vorläufigen, möglicherweise durch Änderungen im Meldeverfahren überzeichneten Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge sehr kräftig. Im Vorjahresvergleich ergab sich ein Zuwachs um 585 000 Personen oder 2,0%. Hingegen nahm die ausschließlich geringfügige Beschäftigung deutlich ab. Infolge des neuen allgemeinen Mindestlohns könnte es in gewissem Umfang zur Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gekommen sein. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt von ifo und BA lassen erwarten, dass sich die Aufwärtsbewegung der Beschäftigung fortsetzt.

Beschäftigung weiterhin aufwärtsgerichtet

Die Arbeitslosigkeit ist im März erneut gesunken. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm gegenüber dem Vormonat saisonberei-

Rückgang der Arbeitslosigkeit setzt sich fort

nigt um 15 000 Personen ab, und die Arbeitslosenquote fiel auf 6,4%. Binnen Jahresfrist ergab sich ein Minus von 123 000 Personen. Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) war saisonbereinigt ebenfalls geringer als im Vormonat. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gab im März zwar nach, signalisiert aber für die nächsten Monate eine weitere leichte Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Preise

Rohölpreise weiterhin auf abgesenktem Niveau

Die Rohölnotierungen bewegten sich in der zweiten Hälfte des Monats März nach einem deutlichen Rückgang in den ersten beiden Wochen wieder aufwärts. In der ersten Aprilhälfte tendierten die Notierungen weiter nach oben. Zum Abschluss des Berichts notierte Rohöl der Sorte Brent bei 62½ US-\$ je Fass. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen belief sich bei Bezug in sechs Monaten auf 2¾ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten auf 4½ US-\$.

Einfuhrpreise deutlich höher, Erzeugerpreise unverändert

Die Einfuhrpreise zogen im Februar saisonbereinigt spürbar gegenüber dem Vormonat an. Dies hing im Wesentlichen mit der Verteuerung von Energie infolge gestiegener Rohölnotierungen zusammen. Zudem erhöhten sich die Preise für andere Waren im Zuge der Euro-Abwertung. Demgegenüber blieben die Preise auf der Erzeugerstufe im Inlandsabsatz unverändert, da der Auftrieb bei Energie durch den Rückgang der Preise für andere Waren ausgeglichen wurde. Der negative Vorjahresabstand verringerte sich bei den Einfuhrpreisen deutlich und bei den industriellen Erzeugerpreisen geringfügig auf 3,0% beziehungsweise 2,1%. Ohne Energie gerechnet vergrößerte sich der positive Vorjahresabstand der Einfuhrpreise auf 1,9%. Bei Konsumgütern waren es sogar 2,8%.

Verbraucherpreise erneut gestiegen

Auf der Verbraucherstufe stiegen die Preise im März gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 0,2% an. Dabei verteuerten sich Energie und andere gewerbliche Waren spürbar. Demgegenüber veränderten sich die Preise für Nah-

rungsmittel kaum. Die Preise für Dienstleistungen ermäßigten sich, nachdem sie im Vormonat merklich angezogen hatten. Das hing vor allem mit einem ungewöhnlichen Saisonmuster bei Pauschalreisen zusammen. Der Vorjahresabstand weitete sich beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) auf + 0,3% aus und drehte in der Abgrenzung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) mit + 0,1% ebenfalls ins Positive. Ohne Energie gerechnet lag die Vorjahresrate beim VPI weiterhin bei 1,0% und erhöhte sich beim HVPI von 0,9% auf ebenfalls 1,0%.

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunalfinanzen

Die Haushalte der Gemeinden schlossen das Jahr 2014 mit einem Defizit von ½ Mrd € ab (einschl. der Extrahaushalte, deren Berichtskreis um die Zweckverbände erweitert wurde). Gegenüber einem Überschuss von 1½ Mrd € im Vorjahr bedeutet dies eine Verschlechterung um 2 Mrd €.²⁾ Insgesamt stiegen die Einnahmen kräftig um 4½% (9 Mrd €). Dabei wuchs das Steueraufkommen um 3½% (2½ Mrd €), wozu die Einkommensteueranteile (+ 6½%) den entscheidenden Beitrag lieferten. Dagegen übertraf das Gewerbesteueraufkommen nach Abzug der Umlagen den Vorjahreswert nur noch moderat (+ 1½%). Bei den am Steueraufkommen der Länder anknüpfenden empfangenen Schlüsselzuweisungen ergab sich insgesamt ein kräftiges Plus von 7% (2 Mrd €). Auch die Gebühreneinnahmen wuchsen spürbar um 4% (1 Mrd €).

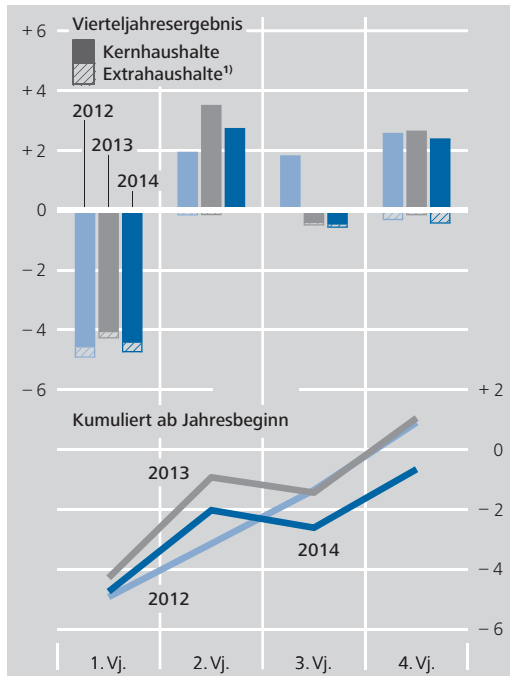
2014 leichtes Defizit trotz deutlicher Einnahmesteigerungen

¹ Im Rahmen der Kurzberichte werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte statistische Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

² Diese und auch die im Folgenden beschriebenen Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben resultierten im Wesentlichen nicht aus der Veränderung des Berichtskreises. Das Statistische Bundesamt hat diesen für Jahresvergleiche weitgehend nachgebildet.

Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt. 1 Ab 2014 umfasst der Saldo der Extrahaushalte auch den der kommunalen Zweckverbände des Staatssektors.

Deutsche Bundesbank

*Kräftige
Zuwächse bei
laufenden und
investiven
Ausgaben*

Bei den Ausgaben stand mit 5 1/2% (11 1/2 Mrd €) aber ein noch stärkerer Zuwachs zu Buche. Das Plus von gut 5% (3 Mrd €) bei den Personalausgaben gründete zum Großteil auf der Tarifvereinbarung vom Frühjahr 2014, aber auch auf dem offenbar fortgesetzten Personalaufbau insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung. Für den laufenden Sachaufwand wurde sogar ein Zuwachs um 6% (3 Mrd €) gemeldet. Außerdem legten die Ausgaben für Sozialleistungen um 6% (2 1/2 Mrd €) kräftig zu. Treibend wirkten hier insbesondere höhere Ausgaben der Sozialhilfe und für die Jugendhilfe sowie für Asylbewerber. Dagegen wiesen die von den Gemeinden finanzierten Unterkunftskosten für Bezieher von Grundsicherungsleistungen bei Arbeitslosigkeit angesichts weiter rückläufiger Fallzahlen eine sehr moderate Entwicklung auf. Bei den Sachinvestitionen stand 2014 ein kräftiger Zuwachs von 9 1/2% (2 Mrd €) zu Buche. Der diesbezügliche Anstieg war in fast allen Ländern zu beobachten. Allerdings dürften Gemeinden mit besonders angespannter Haus-

haltslage vor dem Hintergrund haushaltsrechtlicher Beschränkungen hier weiterhin eher zurückhaltend agiert haben.

Für das laufende Jahr plant die Bundesregierung neben der bereits in Kraft getretenen Entlastung um 1 Mrd € durch höhere Umsatzsteuermittel und eine stärkere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten von Arbeitslosengeld II-Empfängern die Bereitstellung von zusätzlich 1/2 Mrd € aus der Umsatzsteuer zur Finanzierung erhöhter Belastungen im Zusammenhang mit Asylbewerbern sowie von Investitionshilfen für finanzschwache Kommunen durch Einrichtung eines mit 3 1/2 Mrd € zu dotierenden Sondervermögens. Allerdings könnten die Abflüsse aus Letzterem angesichts des notwendigen Vorlaufs zunächst eher begrenzt ausfallen. Auch wenn gezielte Hilfen für Infrastrukturmaßnahmen notleidender Kommunen als notwendig angesehen werden könnten, erscheint das von der Bundesregierung geplante Sondervermögen insofern nicht der beste Weg zu sein, als die Mittel (bei Nichtvorliegen einer allgemeinen Ausnahmesituation) gemäß Artikel 104 b Grundgesetz nur in den relativ eng begrenzten Bereichen mit Gesetzgebungskompetenz des Bundes eingesetzt werden dürfen. Insgesamt könnte sich für das laufende Jahr ein etwa ausgeglichenes Ergebnis der Gemeindehaushalte ergeben, da neben den genannten Begünstigungen weitere Belastungen aus dem Tarifvertrag vom letzten Jahr anstehen und voraussichtlich weiter spürbar wachsende Ausgaben nicht zuletzt für Sozialleistungen zu erwarten sind. In Verbindung mit den nun für 2017 angekündigten weiteren Entlastungen um 1 1/2 Mrd € durch den Bund, die im Jahr 2018 wie schon länger vorgesehen deutlich (nun noch um per saldo 2 1/2 Mrd €) aufgestockt werden sollen, sollte es den Gemeinden dann aber möglich sein, Haushaltsüberschüsse zu erzielen oder zumindest ihre Investitionstätigkeit weiter merklich auszudehnen.

*Etwa ausgeglichenes
Jahresergebnis
wohl auch 2015,
perspektivisch
Verbesserungen
aufgrund von
Bundeshilfen
angelegt*

Der Schuldenstand der kommunalen Kern- und Extrahaushalte (seit 2014 einschl. Zweckverbände) wird vom Statistischen Bundesamt zum

Schuldenstand durch Einbezug der Zweckverbände gestiegen und Kassenkredite weiter auf sehr hohem Niveau

Jahresende 2014 auf 143 ½ Mrd € beziffert.³⁾ Während gegenüber dem Stand zum Ende des Vorquartals damit fast keine Veränderung zu beobachten war, stand gegenüber dem Ultimo 2013 ein Zuwachs um 6 Mrd € zu Buche. Dieser dürfte allerdings zum größten Teil durch die Ausweitung des Berichtskreises um die Zweckverbände des Staatssektors verursacht sein. Der Bestand der eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe vorgesehenen Kassenkredite hat sich im Verlauf des Jahres per saldo nur wenig verändert und verharrte Ende 2014 auf dem sehr hohen Niveau von 49 ½ Mrd €. Einerseits spiegeln sich darin verschiedene Entlastungsprogramme einzelner Länder wider. Überdies werden teilweise offenbar auch Umschuldungen in Kreditmarktschulden mit langfristiger Zinsbindung vorgenommen, wodurch die Lage beim isolierten Blick auf die Kassenkredite faktisch zu günstig ausgewiesen wird. Auf der anderen Seite wuchsen in zahlreichen Kommunen deren Niveaus aber weiter spürbar. Im Hinblick auf die Länder mit besonders hohen kommunalen Kassenkrediten je Einwohner wird für Hessen, dessen Kommunen 2014 ihr insgesamt hohes Defizit mehr als halbieren konnten, gegenüber dem Vorjahresultimo ein leichter Rückgang ausgewiesen. In den anderen Ländern mit seit einigen Jahren besonders angespannten Gemeindehaushalten kam es dagegen zu einem deutlichen Anstieg der Defizite. Dies spiegelte sich aber nur teilweise in der Entwicklung der Kassenkredite wider. Während der Zuwachs in Rheinland-Pfalz hier relativ moderat blieb, kam es in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland zu weiteren spürbaren Zunahmen. Insbesondere hier, aber auch in anderen Ländern bleiben zahlreiche Kommunen gefordert, ihre Haushalte kritisch zu überprüfen und die notwendigen Schritte zur Sicherstellung ausgeglichener Haushalte umgehend einzuleiten.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Die Bruttoemissionen am deutschen Rentenmarkt lagen im Februar 2015 mit 131,9 Mrd € unter dem Wert des Vormonats (141,7 Mrd €). Nach Abzug der gegenüber dem Vormonat ebenso niedrigeren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten stieg der Umlauf heimischer Rentenwerte um 8,2 Mrd €. Ausländische Schuldverschreibungen wurden für netto 10,9 Mrd € am deutschen Markt untergebracht. Insgesamt nahm damit der Umlauf von Schuldverschreibungen in Deutschland um 19,0 Mrd € zu.

Gestiegener Umlauf von Schuldverschreibungen am deutschen Rentenmarkt

Inländische Unternehmen erhöhten im Berichtsmonat ihre Kapitalmarktverschuldung per saldo um 5,6 Mrd €, nach 2,3 Mrd € im Vormonat.

Nettoemissionen inländischer Unternehmen

Die Kreditinstitute begaben im Februar Schuldverschreibungen für netto 4,9 Mrd €. Dies ist im Ergebnis ausschließlich auf Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute zurückzuführen, deren Umlauf um 12,1 Mrd € stieg. Hingegen wurden Sonstige Bankschuldverschreibungen (5,5 Mrd €), Öffentliche Pfandbriefe (0,9 Mrd €) und Hypothekenpfandbriefe (0,7 Mrd €) netto getilgt.

Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Die öffentliche Hand reduzierte im Berichtsmonat ihren Bestand an Rentenmarktverbindlichkeiten um 2,4 Mrd €. Dies ist vor allem auf den Bund (einschl. der ihm zugerechneten Abwicklungsanstalt) zurückzuführen, welcher Wertpapiere für netto 8,1 Mrd € tilgte. Er führte in erster Linie den Umlauf von Bundesobligationen (13,3 Mrd €) zurück. Hingegen wurden vor allem zehnjährige Anleihen (5,1 Mrd €) sowie zweijährige Schatzanweisungen (4,4 Mrd €) emittiert. Die Länder und Gemeinden begaben Schuldverschreibungen für netto 5,8 Mrd €.

Öffentliche Hand tilgt Rentenmarktverbindlichkeiten

³ Einbezogen sind die Kreditmarktschulden und Kassenkredite sowie die Schulden bei öffentlichen Haushalten.

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2014	2015	
	Februar	Januar	Februar
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	0,7	12,0	8,2
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 9,0	9,1	4,9
Anleihen der öffentlichen Hand	9,3	0,7	- 2,4
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	4,2	11,2	10,9
Erwerb			
Inländer	- 9,2	1,5	26,1
Kreditinstitute ³⁾	- 1,9	11,6	- 4,8
Deutsche Bundesbank	- 0,6	- 0,7	0,7
Übrige Sektoren ⁴⁾	- 6,8	- 9,3	30,2
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 10,1	- 12,0	12,9
Ausländer ²⁾	14,1	21,7	- 7,1
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	4,9	23,2	19,0

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Vor allem inländische Nichtbanken erwerben Schuldverschreibungen

Auf der Erwerberseite traten im Februar nahezu ausschließlich inländische Nichtbanken in Erscheinung, die ihr Engagement in Schuldverschreibungen um 30,2 Mrd € erhöhten; dabei handelte es sich im Ergebnis überwiegend um ausländische Werte. Hingegen veräußerten gebietsfremde Investoren hiesige Rentenwerte für 7,1 Mrd €. Die heimischen Kreditinstitute reduzierten ihre Anleihebestände um 4,8 Mrd €; dabei standen ausländische Papiere im Vordergrund.

Aktienmarkt

Gestiegener Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden im Berichtsmontat junge Aktien für 0,1 Mrd € begeben. Darüber hinaus stieg der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland um 2,3 Mrd €. Unter den Erwerbern dominierten im Februar gebietsfremde Investoren, die Aktien für 6,4 Mrd € erwarben. Inländische Nichtbanken kauften Dividendenpapiere für 1,0 Mrd €. Dem standen

Nettoverkäufe der hiesigen Kreditinstitute in Höhe von 5,0 Mrd € gegenüber.

Investmentfonds

Den inländischen Investmentfonds flossen im Februar mit 19,2 Mrd € erneut sehr viele Mittel zu (Januar 2015: 21,9 Mrd €). Die Gelder kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (15,1 Mrd €). Unter den Anlageklassen verzeichneten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (8,8 Mrd €), aber auch Rentenfonds (3,8 Mrd €) und Aktienfonds (3,3 Mrd €) deutliche Mittelzuflüsse. Ausländische Fondsgesellschaften setzten am deutschen Markt Fondsanteile für 5,4 Mrd € ab. Erworben wurden Investmentfondsanteile im Ergebnis fast ausschließlich von inländischen Nichtbanken (21,3 Mrd €). Ausländische Anleger und hiesige Kreditinstitute erwarben Fondsanteile für 2,5 Mrd € beziehungsweise 0,8 Mrd €.

Deutsche Investmentfonds mit deutlichen Mittelzuflüssen

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Februar 2015 einen Überschuss von 16,6 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 0,8 Mrd € über dem Niveau des Vormonats. Dahinter stand eine merkliche Ausweitung des Aktivsaldos im Warenhandel, die jedoch zu einem großen Teil durch die Verschlechterung des Saldos im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen, kompensiert wurde.

Leistungsbilanzüberschuss wenig gestiegen

Der Überschuss im Warenhandel nahm im Februar um 4,0 Mrd € auf 19,5 Mrd € zu. Dabei stiegen die Warenausfuhren deutlich stärker als die Wareneinfuhren an.

Aktivsaldo im Warenhandel merklich ausgeweitet

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verzeichneten im Februar ein Defizit von 2,8 Mrd €, nach einem Überschuss von 0,3 Mrd € im Januar. Ausschlaggebend für den Umschwung war die Ausweitung des Passivsaldos bei den

Saldo der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen spürbar verschlechtert

Sekundäreinkommen um 3,3 Mrd € auf 7,6 Mrd €, die vor allem mit höheren Leistungen an den EU-Haushalt zusammenhing. Demgegenüber veränderte sich der Saldo in der Dienstleistungsbilanz und bei den Primäreinkommen kaum. Die Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen vergrößerten sich um 0,2 Mrd € auf 7,2 Mrd €. Dabei spielte insbesondere eine Rolle, dass die im Vormonat kräftig gestiegenen Dividendenzahlungen an ausländische Kapitalgeber stärker zurückgingen als die Einnahmen inländischer Investoren aus Wertpapieranlagen im Ausland. Der Minussaldo in der Dienstleistungsbilanz blieb praktisch unverändert bei 2,4 Mrd €.

Mittelabflüsse
 im Wertpapier-
 verkehr

Im Februar haben die angekündigten Wertpapierankäufe durch das Eurosystem sowie die vorläufige Einigung zwischen der griechischen Regierung und den Institutionen über die Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms die Stimmung an den internationalen Finanzmärkten aufgehellt. Vor diesem Hintergrund ergaben sich im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands im Februar Netto-Kapitalexporte in Höhe von 16,6 Mrd €. Insgesamt erwarben inländische Investoren per saldo ausländische Wertpapiere im Wert von 18,3 Mrd €, und zwar vorzugsweise ausländische Anleihen (12,0 Mrd €) und Investmentzertifikate (5,4 Mrd €). Der Bestand ausländischer Geldmarktpapiere in den Händen deutscher Anleger ging hingegen zurück (1,1 Mrd €). Ausländer erwarben deutsche Wertpapiere per saldo für 1,7 Mrd €. Gefragt waren in erster Linie Aktien (6,4 Mrd €) und private Anleihen (3,5 Mrd €). Dagegen trennten sich ausländische Investoren von deutschen Geldmarktpapieren (7,8 Mrd €) und öffentlichen Anleihen (2,9 Mrd €).

Netto-
 Kapitalexperte
 bei den Direkt-
 investitionen

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im Februar zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 8,7 Mrd €. Gebietsansässige Unternehmen weiteten ihr Engagement im Ausland um 14,7 Mrd € aus, während ausländische Investoren in Deutschland per saldo 6,0 Mrd € investierten. Inländische Investoren erhöhten ihre Beteiligungen im Ausland um 9,9 Mrd €; davon entfielen

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2014		2015	
	Febr.	Jan.	Jan.	Febr. p)
I. Leistungsbilanz	+ 13,3	+ 15,9	+ 15,9	+ 16,6
1. Warenhandel ¹⁾	+ 17,3	+ 15,5	+ 15,5	+ 19,5
Ausfuhr (fob)	91,2	88,2	88,2	94,4
Einfuhr (fob)	73,9	72,7	72,7	74,9
nachrichtlich:				
Außenhandel ²⁾	+ 16,2	+ 15,9	+ 15,9	+ 19,2
Ausfuhr (fob)	92,1	89,9	89,9	95,7
Einfuhr (cif)	75,9	74,1	74,1	76,5
2. Dienstleistungen ³⁾	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,4
Einnahmen	15,0	17,1	17,1	15,9
Ausgaben	17,8	19,4	19,4	18,3
3. Primäreinkommen	+ 5,8	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,2
Einnahmen	14,8	17,7	17,7	16,9
Ausgaben	9,0	10,7	10,7	9,7
4. Sekundäreinkommen	- 7,0	- 4,3	- 4,3	- 7,6
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,4	0,0	0,0	0,0
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 23,5	- 3,7	- 3,7	+ 33,0
1. Direktinvestition	0,0	+ 8,9	+ 8,9	+ 8,7
Inländische Anlagen im Ausland	+ 12,8	+ 7,2	+ 7,2	+ 14,7
Ausländische Anlagen im Inland	+ 12,8	- 1,7	- 1,7	+ 6,0
2. Wertpapieranlagen	- 14,8	- 4,9	- 4,9	+ 16,6
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 5,2	+ 12,2	+ 12,2	+ 18,3
Aktien ⁴⁾	- 3,8	- 0,9	- 0,9	+ 2,1
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 4,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 5,4
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 1,2	+ 6,9	+ 6,9	+ 12,0
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 3,0	+ 4,2	+ 4,2	- 1,1
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 20,0	+ 17,2	+ 17,2	+ 1,7
Aktien ⁴⁾	+ 5,9	- 6,0	- 6,0	+ 6,4
Investmentfondsanteile	0,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,5
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 14,9	+ 5,1	+ 5,1	+ 0,6
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 0,8	+ 16,5	+ 16,5	- 7,8
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 2,6	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,3
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	+ 36,7	- 13,0	- 13,0	+ 2,0
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	+ 21,7	- 24,5	- 24,5	+ 6,8
darunter: kurzfristig	+ 19,3	- 29,8	- 29,8	+ 18,7
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	+ 2,5	+ 7,4	+ 7,4	- 0,1
Staat	+ 0,9	+ 4,7	+ 4,7	- 10,7
Bundesbank	+ 11,6	- 0,7	- 0,7	+ 6,1
5. Währungsreserven ¹²⁾	- 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	+ 9,7	- 19,6	- 19,6	+ 16,4

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine. 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

4,1 Mrd € auf reinvestierte Gewinne. Konzerninterne Kredite trugen mit 4,8 Mrd € ebenfalls zum Ausbau der deutschen Direktinvestitionen im Ausland bei. Gebietsfremde Investoren stockten ihr Beteiligungskapital in Deutschland um 2,0 Mrd € auf und stellten verbundenen Unternehmen hierzulande 3,9 Mrd € an zusätzlichen Krediten bereit.

*Mittelabflüsse
im übrigen
Kapitalverkehr*

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, kam es im Februar zu Netto-Kapitalexporten von 2,0 Mrd €. Maßgeblich waren Mittelabflüsse im Bankensystem, die sich zu

etwa gleichen Teilen auf die Kreditinstitute (netto 6,8 Mrd €) und die Bundesbank (6,1 Mrd €) verteilten. Die Netto-Auslandsforderungen von Unternehmen und Privatpersonen blieben nahezu unverändert (-0,1 Mrd €), während dem Staat per saldo 10,7 Mrd € aus dem Ausland zuflossen. Die Forderungen der Bundesbank aus den TARGET2-Salden sind zwar etwas zurückgegangen (-1,9 Mrd €); dies wurde jedoch durch die ebenfalls gesunkenen Auslandsverbindlichkeiten der Bundesbank (-8,0 Mrd €) mehr als kompensiert.

Die Währungsreserven der Bundesbank nahmen im Februar – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,3 Mrd € zu.

*Währungs-
reserven*

Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland

Die äußerst günstige und anhaltend robuste Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes seit der Mitte des vergangenen Jahrzehnts hat die öffentlichen Haushalte deutlich entlastet. Selbst der starke wirtschaftliche Einbruch des Jahres 2009 hat letztlich keine tieferen Spuren hinterlassen. Im Ergebnis gingen die arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 2005 von 4% auf 2½% zurück. Bei der Bundesagentur für Arbeit haben sowohl die Ausgaben für das Arbeitslosengeld I als auch für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik deutlich abgenommen. In der Folge konnte der Beitragssatz von 6,5% auf 3,0% gesenkt werden. Die arbeitsmarktbedingten Bundesausgaben (insbesondere Grundsicherung für Arbeitsuchende) waren nach der im Jahr 2005 in Kraft getretenen Hartz IV-Reform zunächst spürbar angestiegen, sanken aber nach 2009 stetig. Die kommunalen Haushalte wurden insgesamt gesehen ebenfalls finanziell entlastet.

Die Bundesagentur für Arbeit erzielt derzeit Überschüsse. Eine weitere Senkung des Beitragssatzes erscheint aber allenfalls dann finanziell verkraftbar, wenn sich die derzeitige, äußerst günstige Arbeitsmarktlage und die überaus niedrige Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I als nachhaltig erweisen sollte. Unabhängig davon könnte der Beitragssatz aber gesenkt werden, wenn der Bund die Finanzverantwortung für versicherungsfremde Leistungen übernehme, die derzeit aus Beitragsmitteln finanziert werden. Mit Blick auf eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung wird im europäischen Kontext mitunter eine europäische Arbeitslosenversicherung als teilweiser Ersatz der nationalen Systeme vorgeschlagen. Die diesbezüglichen Vorschläge überzeugen aber nicht, wenn nicht eine deutlich weitergehende und grundlegende Harmonisierung der wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmensetzung in der Europäischen Union erfolgen soll, die aktuell aber nicht auf der Tagesordnung steht.

Bei Bund, Ländern und Gemeinden zeichnet sich derzeit keine weitere spürbare Entlastung hinsichtlich der arbeitsmarktbedingten Aufwendungen ab. Dabei hängen die fiskalischen Auswirkungen des im Jahr 2015 eingeführten Mindestlohns entscheidend von den Beschäftigungseffekten ab. Die ausgelösten Lohnsteigerungen mindern für sich genommen den Transferbedarf seitens des Staates und steigern überdies seine Einnahmen. Soweit allerdings Arbeitsplätze wegfallen, was insbesondere bei zu kräftigen Anhebungen des Mindestlohns in der Zukunft zu befürchten wäre, ergeben sich dagegen Belastungen auch für die öffentlichen Haushalte.

Der Einfluss der Arbeitsmarktentwicklung auf die Staatsfinanzen¹⁾

Arbeitsmarkt mit erheblichem Einfluss auf öffentliche Haushalte

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt haben beträchtlichen Einfluss auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates. So variieren die Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen mit der Beschäftigung und den Löhnen und Gehältern. Die Ausgabenseite ist insbesondere von Veränderungen bei der Arbeitslosigkeit betroffen. Hier schlagen vor allem arbeitsmarktbedingte Leistungen wie das Arbeitslosengeld (ALG) I und II oder auch die Aufwendungen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu Buche.

Arbeitsmarktbedingte staatliche Ausgaben nach Anstiegen im Zuge der Arbeitsmarktreformen und der Wirtschaftskrise deutlich rückläufig

Bei umfassender Betrachtung beliefen sich die arbeitsmarktbedingten staatlichen Ausgaben im Jahr 2004 auf 88½ Mrd € (zur Abgrenzung vgl. Übersicht auf S. 15).²⁾ Insbesondere im Zuge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitssuchende stiegen diese Ausgaben im Jahr 2005 zunächst auf 91½ Mrd € an, was insbesondere auf eine stärkere Inanspruchnahme durch erwerbsfähige, grundsätzlich zuvor bereits Sozialhilfeberechtigte zurückzuführen war. Danach kam es aber in der Grundtendenz zu einem spürbaren Rückgang, nur unterbrochen durch einen vorübergehenden starken Anstieg 2009 im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Zuletzt betragen die arbeitsmarktbedingten Ausgaben etwa 73 Mrd € und sind damit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den vergangenen zehn Jahren deutlich von 4% auf 2½% zurückgegangen.

Berechnungen des IAB zu den fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit zeichnen ähnliches Bild

Einen anderen Ansatz verfolgt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei seinen Berechnungen zu den fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit.³⁾ So werden einerseits die aus Arbeitslosigkeit resultierenden geschätzten Einnahmenverluste bei Steuern und Sozialbeiträgen mit einbezogen. Andererseits werden hier im Vergleich zu den zuvor genannten Berechnungen die Ausgaben enger gefasst und die Aufwendungen für die nicht registrierten (Langzeit-)Arbeitslosen nicht berücksichtigt.⁴⁾

Dadurch wird unmittelbar nach der Hartz IV-Reform bereits im Jahr 2005 ein Rückgang der fiskalischen Kosten ausgewiesen. In Prozent des BIP haben sich die so berechneten ausgaben- und einnahmenseitigen Kosten von fast 4% im Jahr 2005 auf 2% im Jahr 2013 praktisch halbiert. Der in den Jahren 2009 und 2010 zu beobachtende vorübergehende Wiederanstieg hat auch hier den grundsätzlich fallenden Trend nur kurz überlagert.

Im Folgenden liegt der Fokus auf der Entwicklung der arbeitsmarktbedingten staatlichen Ausgaben und den verschiedenen Einflussfaktoren seit dem Jahr 2005, dem Jahr des Inkrafttretens der Hartz IV-Reform. Dabei stehen neben den grundsätzlich beitragsfinanzierten Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) insbesondere die steuerfinanzierte Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie weitere damit zusammenhängende Leistungen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Gebietskörperschaften im Vordergrund. Bei der im Rahmen der BA organisierten Arbeitslosenversicherung wird auch die Einnahmenseite beleuchtet. Zudem werden finanzielle Querverbindungen zwischen der BA und den Haushalten der Gebietskörperschaften dargestellt, die im Zusam-

Fokus auf arbeitsmarktbedingte Ausgaben

¹ Für die Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in den Jahren vor 2006 vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben, Monatsbericht, September 2006, S. 63 ff.

² Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, wie insbesondere die Erstattung von Verwaltungskosten und der Bundeszuschuss an die Bundesagentur für Arbeit sowie umgekehrt deren Zahlungen an den Bund, aber auch die Beteiligung des Bundes an den kommunalen Kosten der Unterkunft, werden in der Gesamtbetrachtung herausgerechnet.

³ Vgl.: IAB, Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 in Deutschland, Aktuelle Daten und Indikatoren, Dezember 2014; sowie zur Methodik: IAB, Kosten der Arbeitslosigkeit nochmals gesunken, IAB-Kurzbericht 2/2014, S. 11.

⁴ Das IAB berücksichtigt nur die unmittelbar mit der registrierten Arbeitslosigkeit einhergehenden Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Dadurch bleiben anders als in der hier verwendeten Abgrenzung etwa Ausgaben für Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen oder erwerbstätige („Aufstocker“) bzw. nicht arbeitslos gemeldete ALG II-Empfänger sowie mit diesen zusammenlebende Sozialgeldempfänger ausgeblendet. Gemäß den IAB-Berechnungen entfielen 2013 etwa 57% (bzw. 32 Mrd €) der Kosten auf die Ausgaben- und 43% (bzw. 24 Mrd €) auf die Einnahmenseite.

Zur Abgrenzung arbeitsmarktbedingter Ausgaben

Unter arbeitsmarktbedingten Ausgaben werden hier in erster Linie die gesamten Aufwendungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie die Ausgaben der Gebietskörperschaften (vor allem Bund und Gemeinden) für die Grundsicherung für Arbeitsuchende und für andere damit zusammenhängende Leistungen oder Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstanden.¹⁾ Zum Leistungsumfang der Grundsicherung zählen in diesem Sinne nicht nur die monetären Transfers an die erwerbsfähigen Bezieher von Arbeitslosengeld (ALG II), sondern auch das Sozialgeld für die im gleichen Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft (insbesondere Kinder). Zu den ALG II-Empfängern zählen auch nicht arbeitslos gemeldete Personen, die aus Gründen der Kinderbetreuung, Pflege, Krankheit oder Ausbildung zumeist vorübergehend nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen oder die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, aber an der Bedürftigkeit anknüpfende Aufstockungen erhalten.

Die Grundsicherungsleistungen umfassen den Regelbedarf sowie die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung²⁾, die Übernahme als angemessen eingestufte Mietkosten zuzüglich der Heizkosten³⁾ und sonstige Mehrbedarfe. Bis zum Jahr 2010 kam noch ein gestaffelter Zuschlag beim Übergang vom ALG I hinzu. Ebenfalls in den Bereich der Grundsicherung fallen Aufwendungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur (Wieder-)Eingliederung Langzeitarbeitsloser und die für die Betreuung anfallenden Verwaltungskosten.

Zu den arbeitsmarktbedingten Ausgaben werden hier schließlich auch andere bedarfsbezogene Aufwendungen der Ge-

bietskörperschaften gezählt, die einen engen Bezug zum ALG II haben. Dazu gehört zum einen der im Jahr 2005 ebenfalls eingeführte Kinderzuschlag, mit dem ein Anspruch gering verdienender Familien auf ALG II allein wegen des Bedarfs von Kindern verhindert werden soll. Zum anderen zählen auch die im Jahr 2011 eingeführten Bildungs- und Teilhabeleistungen dazu, mit denen Kindern und Jugendlichen, die zumeist Grundsicherung beziehen⁴⁾, primär Sachleistungen im Bereich Schule und Freizeit finanziert werden.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass mit der hier vorgenommenen Abgrenzung nicht nur von der Entwicklung am Arbeitsmarkt unmittelbar beeinflusste staatliche Ausgaben erfasst werden, da beispielsweise auch Grundsicherungsleistungen für vorübergehend nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende erwerbsfähige Empfänger einbezogen sind. Ebenfalls werden Leistungen für nicht erwerbsfähige Familienangehörige (Sozialgeldbezieher) berücksichtigt, da deren Bedürftigkeit mit der Einkommenslage der ALG II-Empfänger im Haushalt zusammenhängt.

1 Im Jahr 2004, d. h. vor der Einführung der Grundsicherung (Hartz IV-Reform), zählten hierzu neben der Arbeitslosenhilfe die geschätzten Leistungen sowie die Eingliederungs- und Verwaltungskosten von Bund, Ländern und Gemeinden für erwerbsfähige Wohngeld- und Sozialhilfeempfänger. Diese Aufwendungen gingen nach der Reform in die Grundsicherung über. Im Jahr 2005 fielen noch auslaufende Arbeitslosenhilfezahlungen an.

2 Zu Beginn führte der Bund auch Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für die ALG II-Empfänger ab. Diese Beiträge wurden im Jahr 2007 praktisch halbiert und 2011 vollständig abgeschafft.

3 Gemäß § 22 SGB II.

4 Diese Leistungen stehen auch Kindern in gering verdienenden Familien zu, die Wohngeld oder den Kinderzuschlag erhalten.

menhang mit arbeitsmarktbedingten Leistungen stehen.

Die Finanzentwicklung der Bundesagentur für Arbeit

Finanzielle Lage der BA seit 2005 deutlich verbessert

Die gesetzliche Arbeitslosenversicherung ist in Deutschland bei der BA angesiedelt (vgl. zur Diskussion um eine europäische Arbeitslosenversicherung die unten stehenden Erläuterungen). Insbesondere vorübergehende Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit und Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden grundsätzlich durch paritätische Beitragszahlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert. Die Finanzlage der BA war in der Vergangenheit starken Schwankungen unterworfen. Nach mehr als einer Dekade mit teilweise sehr hohen Defiziten und einem annähernd ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2005 wurden in den Jahren 2006 und 2007 zunächst beträchtliche Überschüsse ausgewiesen. Die Krise führte dann

allerdings zu noch höheren Defiziten in den Jahren 2009 und 2010, und die zuvor aufgebauten Reserven wurden vollständig aufgezehrt. Seither verzeichnet die BA leichte, zuletzt tendenziell steigende Überschüsse. Der Blick auf den Saldo verbirgt jedoch eine fundamentale Verbesserung der BA-Finzen während der letzten zehn Jahre, die sowohl mit der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt als auch einer grundsätzlich eher zurückhaltenden Ausgabenpolitik zusammenhing. In diesem günstigen Umfeld wurde der Beitragssatz in mehreren Schritten von 6,5% zügig auf 3,0% mehr als halbiert (vgl. Anhang zu den gesetzlichen Neuregelungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, S. 28 ff.). Insgesamt sanken damit im Jahresdurchschnitt die Einnahmen der BA von 2005 bis 2014 um

Anmerkungen zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung

Im Rahmen der Diskussion über institutionelle Reformen in der EU wird gelegentlich vorgeschlagen, die Aufgaben der nationalen Arbeitslosenversicherungen teilweise auf eine europäische Arbeitslosenversicherung zu verlagern.¹⁾ Damit sollen national unterschiedliche finanzielle Belastungen, die sich aus unterschiedlichen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit ergeben, in der EU oder im Euro-Raum ausgeglichen werden. Eine Einebnung struktureller Divergenzen würde mit längerfristigen Transfers zwischen den Ländern einhergehen. Dies erscheint aber nur dann erwägenswert, wenn auch die Sozial- und Wirtschaftspolitik auf der europäischen Ebene grundlegend zentralisiert wird, da nationale Entscheidungen andernfalls starke finanzielle Auswirkungen auf andere Staaten haben würden. Da sich hierfür aber derzeit keine Mehrheiten abzeichnen, konzentrieren sich die Vorschläge eher auf eine potenziell verbesserte Konjunkturstabilisierung durch ein Ausgleichssystem über die Ländergrenzen hinweg. Hiervon verspricht man sich, in einzelnen Ländern asymmetrisch auf die Arbeitslosigkeit wirkende Schocks besser abzufedern.

dingte nationale Finanzierungsbedarfe über Rücklagenverzehr oder Kreditaufnahmen zu decken, denen spiegelbildlich Rücklagenaufstockungen oder Kredittilgungen in besseren Zeiten gegenüberstehen sollten. Auch die europäischen Haushaltsregeln setzen an den konjunkturbereinigten Finanzierungssalden an und stehen insofern konjunkturbedingten Schwankungen in den Budgets der nationalen Arbeitslosenversicherungen (automatische Stabilisatoren) nicht im Wege. Zu bedenken ist außerdem, dass die auf eine bessere Konjunkturstabilisierung abzielenden Vorschläge zwar vom Prinzip her keine dauerhaften strukturellen Transfers zwischen den Ländern vorsehen. Aus praktischer Sicht sind allerdings unter anderem Zweifel angebracht, ob beispielsweise den Anreizen zu einer großzügigeren nationalen Auslegung der einheitlichen Versicherungskonditionen hinreichend entgegengewirkt werden kann. Insgesamt erscheinen die Vorschläge für eine europäische Arbeitslosenversicherung im aktuellen Rahmen nicht überzeugend.

Im Fall solider öffentlicher Haushalte besteht allerdings auch derzeit kein Problem, konjunkturbe-

¹ Vgl. z. B.: Europäische Kommission, Beschäftigungspolitik jenseits der Krise – Leitfaden für ein soziales Europa, Teil 8, September 2014, S. 48 ff.

fast 5% und die Ausgaben um fast 5 ½% (vgl. Tabelle auf S. 18).⁵⁾

Ausgaben

Ausgaben vor allem für Lohnersatzleistungen und berufliche Förderung

Die Ausgaben der BA werden vom ALGI dominiert. Im Jahr 2014 wurde etwa die Hälfte des BA-Budgets dafür verwendet. Für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (insbesondere berufsvorbereitende Bildung und berufliche Weiterbildung) wurde etwa ein Fünftel verausgabt, und die Verwaltungskosten absorbierten etwa ein Viertel (bzw. netto etwa ein Sechstel, wenn die Erstattungen des Bundes für übertragene Verwaltungsaufgaben abgesetzt werden).

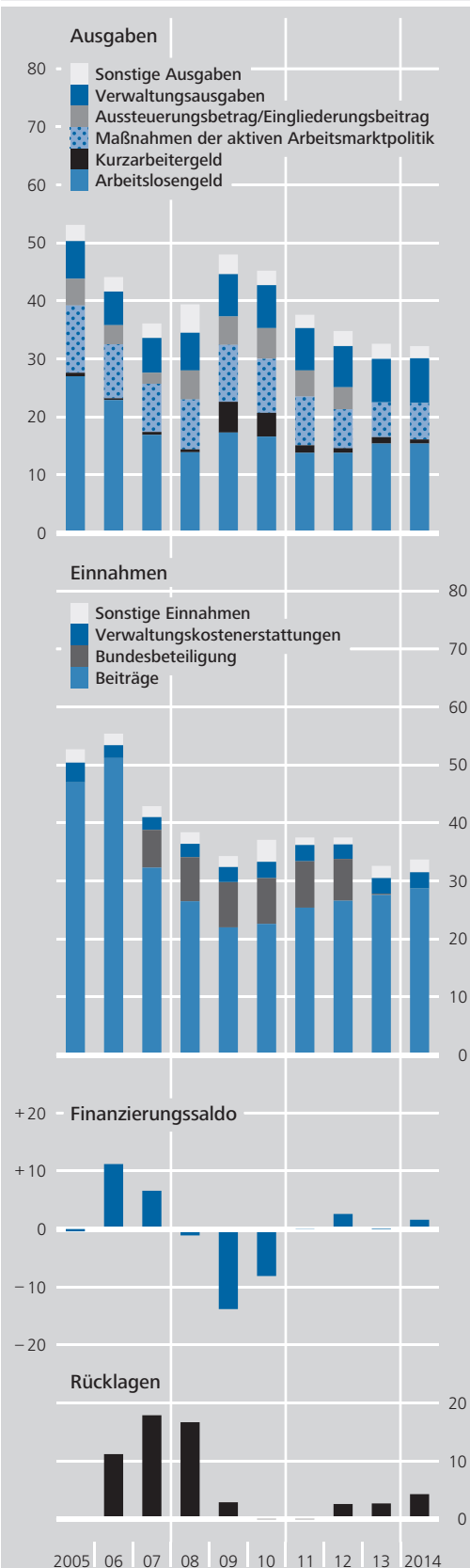
Sehr starke Ausgabenrückgänge seit 2005 bei Lohnersatzleistungen ...

Seit dem Jahr 2005 sind die BA-Ausgaben sowohl für das ALGI als auch für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik pro Jahr um durchschnittlich rund 6% gesunken. Dabei war der Rückgang beim ALGI im Jahr 2008 im Wesentlichen abgeschlossen (vgl. nebenstehendes Schaubild). Dem Wiederanstieg im Krisenjahr 2009 folgte eine Rückkehr auf das niedrige, bereits zuvor erreichte Niveau. In Relation zum BIP halbierten sich damit die ALGI-Ausgaben auf zuletzt ½%. Haupttriebkraft war hier die Entwicklung der Empfängerzahl von ALGI. Diese sank von 1,7 Millionen im Jahr 2005 auf unter 1 Million im Jahr 2008. Seither hat sie diese Marke nur vorübergehend in den Jahren 2009 und 2010, in denen vor allem die Kurzarbeitergeldzahlungen sehr deutlich ausgewei-

⁵⁾ Der im Jahr 2008 eingerichtete Versorgungsfonds für die Beamten der BA wird hier nicht einbezogen. Aus dem BA-Haushalt werden versicherungsmathematisch kalkulierte Beiträge für die aktiven Beamten an diesen Fonds überwiesen. Außerdem erfolgten im Gründungsjahr einmalige Zuführungen in Höhe von 2,5 Mrd €. Gleichzeitig übernimmt der Fonds die laufenden Ausgaben für die Versorgungsbezüge und die Beihilfe der Pensionäre. Die Beiträge übersteigen derzeit noch die Auszahlungen, doch wird sich dies planmäßig umkehren. Die BA nimmt keine neuen Verbeamten mehr vor, und die Versorgungsrücklage soll nach der Jahrhundertmitte vollständig aufgezehrt sein. Die Kalkulation ist dabei abhängig von der erwarteten Verzinsung des Fondskapitals, das von der Bundesbank verwaltet wird. Aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds wurde der „Zuweisungssatz“ (versicherungsmathematischer Beitragsatz, bezogen auf die ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge) zum 1. Januar 2015 von 60% auf 80% angehoben. Ende 2014 belief sich der Kapitalstock auf gut 4 ½ Mrd €.

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit

Mrd €



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.
 Deutsche Bundesbank

Finanzielle Entwicklung der Bundesagentur für Arbeit ¹⁾

Mrd €

Position	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2014 gegenüber 2005 ¹⁾
Einnahmen							
Beiträge	47,0	22,6	25,4	26,6	27,6	28,7	- 5,3
Insolvenzgeldumlage	1,3	2,9	0,0	0,3	1,2	1,3	0,0
Bundesbeteiligung ²⁾	-	7,9	8,0	7,2	0,2	-	.
Verwaltungskostenerstattungen des Bundes	3,4	2,8	2,8	2,5	2,7	2,8	- 2,0
Sonstige Einnahmen	1,0	0,8	1,3	0,9	0,9	0,9	- 1,4
Insgesamt	52,7	37,1	37,6	37,4	32,6	33,7	- 4,8
Ausgaben							
Arbeitslosengeld	27,0	16,6	13,8	13,8	15,4	15,4	- 6,1
Kurzarbeitergeld	0,6	4,1	1,3	0,8	1,1	0,7	1,2
Insolvenzgeld	1,2	0,7	0,7	1,0	0,9	0,7	- 6,0
Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik	11,6	9,3	8,4	6,7	6,0	6,3	- 6,6
Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	1,1	1,3	1,3	1,3	1,4	1,1	- 0,1
Aussteuerungsbetrag/Eingliederungsbeitrag	4,6	5,3	4,5	3,8	-	-	.
Verwaltungsausgaben	6,5	7,4	7,3	7,1	7,5	7,7	1,9
Sonstige Ausgaben	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	- 5,1
Insgesamt	53,1	45,2	37,5	34,8	32,6	32,1	- 5,4
Überschuss (+) bzw. Defizit (-)	- 0,4	- 8,1	0,0	2,6	0,1	1,6	.
Rücklagen	0,0	0,0	0,0	2,6	2,7	4,3	.
nachrichtlich:							
Beitragssatz (in %)	6,5	2,8	3,0	3,0	3,0	3,0	.
Bezieher von Arbeitslosengeld I (in 1000)	1 728	1 024	829	849	915	888	- 7,1
Ausgaben je Bezieher von Arbeitslosengeld I pro Monat	1 303	1 351	1 384	1 357	1 403	1 443	1,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA). * Kernhaushalt der BA, ohne Versorgungsfonds. ¹ Jahresdurchschnittliche Veränderung, in %. ² Ohne Defizitausgleich durch den Bund bis einschl. 2005 sowie einmalig im Jahr 2010. 2013: Letztmalige Erstattung überhöhter Eingliederungsbeitragszahlungen im Vorjahr.

Deutsche Bundesbank

tet wurden, wieder leicht überschritten (vgl. Schaubild auf S. 19). Die Empfängerzahl wurde auch dadurch reduziert, dass die maximale Bezugsdauer gekürzt wurde (von 32 auf zunächst 18 Monate ab dem Jahr 2006 und schließlich 24 Monate seit 2008).⁶⁾ Je Leistungsbezieher sind die Ausgaben – mit durchaus beachtlichen Schwankungen – durchschnittlich nur um gut 1% pro Jahr gestiegen.⁷⁾ Darin kommt letztlich zum Ausdruck, dass sich die konjunkturelle Arbeitslosigkeit im Laufe der Zeit tendenziell zunehmend auf die unteren Einkommensgruppen konzentriert hat. Beim normalerweise quantitativ eher unbedeutenden Kurzarbeitergeld, das als Sonderform beziehungsweise in Krisenzeiten teilweise als Ersatz des ALGI interpretiert werden kann, kam es in den Jahren 2009 und 2010 zu sehr starken Mehrausgaben, die durch politische Eingriffe wie insbesondere die Verlängerung der maximalen Bezugszeiten und die Erstattung der eigentlich dem Arbeitgeber obliegenden Sozialbeiträge noch verstärkt wurden.

Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik verlief die Ausgabenrückführung etwas stetiger über den gesamten Beobachtungszeitraum. Im Krisenjahr 2009 wurde zwar auch in diesem Bereich mehr ausgegeben. In der Folgezeit setzte sich der Rückgang aber fort, bis 2013 wohl eine Talsohle erreicht wurde. Insgesamt entwickelten sich die Aufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik weitgehend parallel zum ALGI und damit auch zur Arbeitslosigkeit insgesamt.⁸⁾

Demgegenüber sind die Verwaltungskosten im Durchschnitt um knapp 2% pro Jahr gestiegen

... und auch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik

⁶ Grundsätzlich wird das ALGI maximal 12 Monate lang gezahlt. Nach Vollendung des 50., 55. bzw. 58. Lebensjahres steigt diese Dauer auf 15, 18 bzw. 24 Monate (§ 147 SGB III).

⁷ Grundsätzlich liegt das ALGI bei 60% des zuvor erzielten Netto-Arbeitsentgelts. Ist mindestens ein Kind zu versorgen, steigt die Ersatzrate auf 67% (§ 149 SGB III).

⁸ Vollständig entfallen ist seit 2013 der Eingliederungsbeitrag, mit dem die BA dem Bund die Hälfte der Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten für Bezieher von ALGI II zu erstatten hatte. In der Spitze (im Jahr 2010) wurden dem Bund fast 5½ Mrd € überwiesen.

Verwaltungskosten folgten dem Abwärtstrend der Leistungsausgaben nicht

(auf gegenwärtig gut 7 1/2 Mrd €), und ihr Ausgabenanteil belief sich zuletzt auf 24%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die BA auch Verwaltungsaufgaben für den Bund vor allem im Zusammenhang mit der Betreuung von ALG II-Empfängern erfüllt. Werden die hierfür geleisteten Erstattungen des Bundes herausgerechnet, sinkt der Anteil der Verwaltungskosten an den entsprechend verminderten (Netto-)Gesamtausgaben auf 16 1/2%.⁹⁾ Angesichts des starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit haben sich die Verwaltungsausgaben je Arbeitslosen somit deutlich erhöht. Dies impliziert einerseits eine intensivere Betreuung. Andererseits besteht hier aber wohl ein Einsparpotenzial, das die BA sieht und zu realisieren anstrebt.¹⁰⁾ Zum Anstieg der BA-eigenen Verwaltungsausgaben hat im Übrigen auch die Entscheidung für den Aufbau eines Kapitalstocks zur Abdeckung künftiger Versorgungslasten beigetragen. In konsolidierter Betrachtung (einschl. der Versorgungsrücklage) hätte der jährliche Anstieg bei jahresdurchschnittlich 1 1/2% gelegen.

Altersteilzeitförderung läuft aus

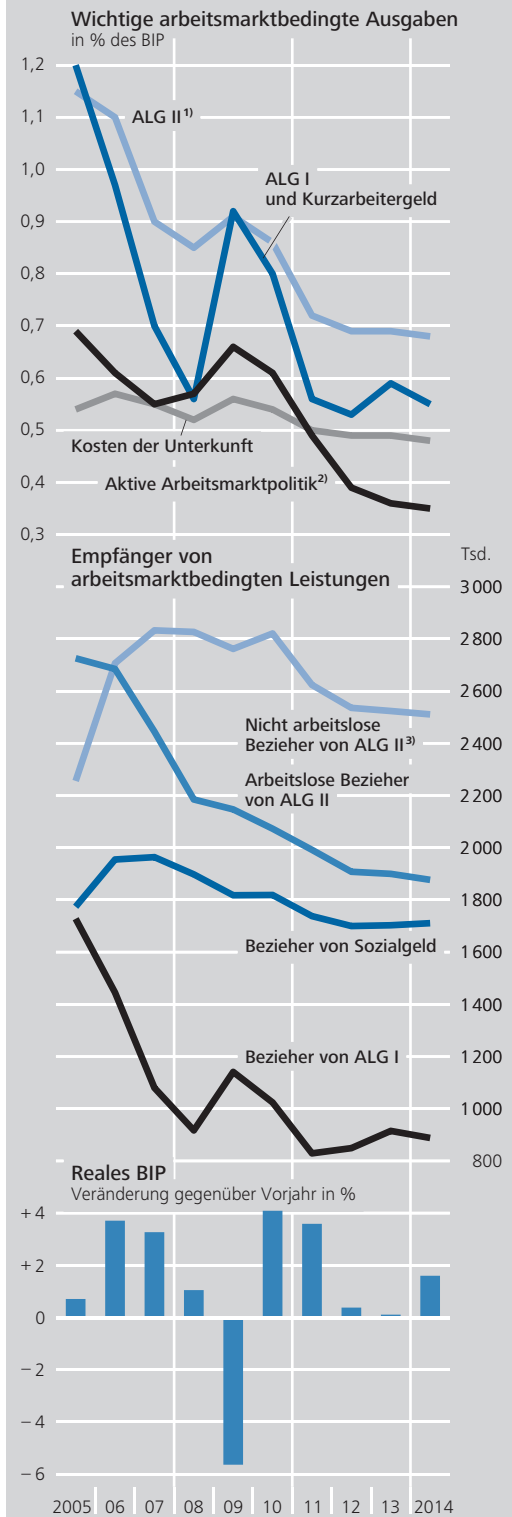
Die BA ist über ihre Kernaufgaben hinaus unter anderem in die finanzielle Förderung der Altersteilzeit eingebunden. Im Rahmen der im Jahr 1996 eingeführten staatlich geförderten Altersteilzeit erstattet die BA den Arbeitgebern maximal sechs Jahre lang Entgeltaufstockungen und erhöhte Rentenbeiträge, wenn die dadurch freigewordenen Stellen durch Arbeitslose oder Auszubildende wiederbesetzt werden.¹¹⁾ Diese Förderung ist Ende 2009 ausgelaufen, und die Ausgaben beliefen sich im Durchschnitt auf jährlich gut 1 Mrd €. Seit dem Jahr 2010 begonnene Altersteilzeitverträge werden nicht mehr

9 Bereinigt um die Erstattungen stiegen die Verwaltungskosten zwischen 2005 und 2014 sogar um jahresdurchschnittlich 5%. Dies ist allerdings zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2005 besonders hohe Erstattungsbeträge überwiesen wurden.

10 So plant die BA bis zum Jahr 2019 einen Abbau von rd. 17 000 Stellen (ausgehend von Ende 2014 rd. 107 000 Beschäftigten). Vgl.: Handelsblatt, Interview mit BA-Vorstand Heinrich Alt, 7. April 2015, S. 5.

11 Die Förderung durch die BA umfasst die Aufstockung in Höhe von 20% des Brutto-Teilzeitentgelts sowie die Aufstockung auf 90% der Vollzeit-Rentenbeiträge. Hinzu kommt die Steuerfreiheit der Aufstockungsbeträge (mit Progressionsvorbehalt).

Arbeitsmarktbedingte Staatsausgaben, Leistungsempfänger und Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** In 2005 einschl. auslaufender Arbeitslosenhilfe. **2** Ausgaben des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit. **3** Erwerbstätige („Aufstocker“) und nicht erwerbstätige Bezieher.

durch die BA subventioniert. Nach Ablauf des Jahres 2015 dürften hierfür also kaum noch Ausgaben anfallen.

Einnahmen

Beiträge dominieren die Einnahmenseite

Die Einnahmen der BA umfassen in erster Linie die Beiträge der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer (Anteil 2014: 85%). Hinzu kommen zweckgebundene Umlagen für das Insolvenzgeld und die Winterbauförderung (zusammen 5%) sowie insbesondere die bereits zuvor genannten Verwaltungskostenerstattungen des Bundes insbesondere für die Betreuung von ALGII-Empfängern (8 ½%).¹²⁾

Einnahmementwicklung maßgeblich von Beitragssatzveränderungen geprägt

Die Entwicklung der Einnahmen wurde in erster Linie von der sukzessiven Absenkung des Beitragssatzes geprägt, die durch die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt mit steigender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und sinkenden Arbeitslosenzahlen möglich wurde. Während die versicherungspflichtigen Entgelte in den Jahren 2005 bis 2014 um jahresdurchschnittlich gut 3% zunahmen, gingen die Beitragseinnahmen im Jahresdurchschnitt um fast 5 ½% zurück. Neben den Beitragseinnahmen spielten ab dem Jahr 2007 zwischenzeitlich vor allem erhebliche umsatzsteuerfinanzierte Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt eine Rolle. Eine recht erratische Entwicklung verzeichnete die Insolvenzgeldumlage. Der spezielle Umlagesatz¹³⁾ wurde im Jahr 2010 im Anschluss an das Konjunkturpaket II im Krisenjahr 2009 deutlich von 0,1% auf 0,41% angehoben, nachdem sich eine beträchtliche Unterdeckung (von rd. 1 Mrd €) ergeben hatte. Außerdem wurde im Jahr 2010 mit weiterhin hohen Aufwendungen gerechnet, die tatsächlich aber wesentlich niedriger ausfielen. Für das Jahr 2011 wurde der Umlagesatz dann auf null festgelegt, um die aufgelaufenen Überschüsse wieder abzubauen. Dagegen entwickelten sich die Verwaltungskostenerstattungen des Bundes für ALGII-Empfänger recht stetig und wiesen im Jahr 2014 ein Volumen von fast 3 Mrd € auf.

Finanzbeziehungen zwischen BA und dem Bundeshaushalt

Bis einschließlich 2006 war der Bund verpflichtet, etwaige Defizite der BA durch einen Zuschuss auszugleichen. Letztmalig kam es hierzu im Jahr 2005 (½ Mrd €), während die BA im Jahr 2006 erstmals seit der Wiedervereinigung einen beträchtlichen Überschuss von 11 Mrd € verzeichnete.¹⁴⁾ Im Jahr 2007 wurde dann ein regelgebundener Bundeszuschuss eingeführt. Im Zuge der Erhöhung des Umsatzsteuerregelsatzes um 3 Prozentpunkte sollte dauerhaft das Aufkommen aus 1 Prozentpunkt an die BA geleitet werden. In der Spitze (2009) trug dieser Zuschuss immerhin fast ein Viertel zu den Gesamteinnahmen der BA bei (rd. 8 Mrd €). Nach einer ersten Kürzung im Jahr 2012 wurde der Bundeszuschuss aber bereits vom Jahr 2013 an wieder vollständig abgeschafft.

Bundeszuschuss mehrfach geändert und schließlich abgeschafft

Parallel zur Einführung dieses regelgebundenen Bundeszuschusses wurde im Jahr 2007 der Defizitausgleich durch den Bund grundsätzlich abgeschafft. Defizite der BA, die nicht durch Rücklagen gedeckt werden können, sollen nunmehr durch unverzinsliche, aber zurückzahlende Bundesdarlehen finanziert werden. Bislang wurde dieser Überbrückungsmechanismus allerdings noch nicht in Anspruch genommen.

Defizitausgleich durch bedarfsweise Darlehensgewährung abgelöst

¹² Ein Teil der Leistungsempfänger wird von sog. Optionskommunen betreut. Den zunächst 69 (und später nur noch 67) Optionskommunen wurde durch die Experimentierklausel in § 6a SGB II zum 1. Januar 2005 die alleinige und umfassende Trägerschaft der Grundsicherung für Arbeitssuchende übertragen. Seit dem 1. Januar 2012 haben 41 weitere Kommunen als zugelassene kommunale Träger die Verantwortung in diesem Bereich übernommen (vgl. die Ausführungen zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Anhang, S. 28 ff.). Diese erhalten vom Bund separat Erstattungen.

¹³ Bis einschl. 2012 wurde der Umlagesatz entsprechend dem Finanzbedarf des jeweiligen Jahres festgelegt. Seit dem Jahr 2013 gilt ein fester Umlagesatz von 0,15% der versicherten Arbeitnehmerentgelte. Überschüsse und Defizite aus dem Insolvenzgeld und der zugehörigen Umlage werden im Rahmen einer gesonderten Rücklage über die Zeit ausgeglichen.

¹⁴ Die Vorverlegung des Abführungstermins für Sozialbeiträge sorgte im Jahr 2006 dafür, dass den Sozialkassen beinahe 13 statt 12 Monatsbeiträge zufließen. Die BA verbuchte dadurch einmalige Mehreinnahmen von schätzungsweise gut 3 Mrd €.

Bis Ende 2007 wurden zunächst Rücklagen in Höhe von fast 18 Mrd € aufgebaut. In den Jahren 2009 und 2010 wurden diese sehr schnell wieder abgeschmolzen und es entstand eine Finanzierungslücke von gut 5 Mrd € im Jahr 2010. Diese wurde aber in Durchbrechung der neuen Ausgleichsregel durch einen nicht rückzahlbaren einmaligen Bundeszuschuss gefüllt.¹⁵⁾ Zuletzt wurden wieder Rücklagen aufgebaut (Bestand Ende 2014: fast 4½ Mrd €).

Eingliederungsbeitrag ebenfalls abgeschafft

Auf der anderen Seite leistete die BA aber auch Zahlungen an den Bund. So wurde mit der Hartz IV-Reform zunächst ein Aussteuerungsbetrag eingeführt, der sich nach der Zahl der Übertritte aus dem ALG I- in den ALG II-Bezug richtete. Im ersten Jahr 2005 belief er sich auf 4½ Mrd € und ging dann bis zum Jahr 2007 auf 2 Mrd € zurück. Vom Jahr 2008 an wurde der Aussteuerungsbetrag durch den Eingliederungsbeitrag abgelöst, mit dem die BA an der Hälfte der im Grundsicherungsbereich beim Bund anfallenden Kosten für Eingliederung und Verwaltung beteiligt wurde. Der Eingliederungsbeitrag belief sich bis 2010 auf rund 5 Mrd € pro Jahr, sank danach aber deutlich auf unter 4 Mrd € im Jahr 2012 ab. Er wurde parallel zum Bundeszuschuss ab dem Jahr 2013 abgeschafft. Im Ergebnis entsteht wie auch bei den anderen Sozialversicherungsträgern rückblickend der Eindruck, dass in die Finanzbeziehungen mit dem Bund immer wieder ad hoc und wenig systematisch eingegriffen wird. Aktuell beteiligt sich der Bund finanziell praktisch nicht mehr an der Arbeitslosenversicherung.

Arbeitsmarktbedingte Ausgaben der Gebietskörperschaften

Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende

Steuerfinanzierte Grundsicherung für Erwerbsfähige und Angehörige

Während die BA im Grundsatz eine beitragsfinanzierte Versicherung gegen finanzielle Folgen von Arbeitslosigkeit darstellt, indem sie für die Versicherten zeitlich begrenzte Lohnersatz-

leistungen erbringt, werden bedürftigkeitsabhängige, existenzsichernde Leistungen aus den Haushalten der Gebietskörperschaften geleistet. Mit der Hartz IV-Reform wurden im Jahr 2005 die Leistungen der einkommensbezogenen Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zusammengeführt. Leistungsberechtigt sind hier – wie zuvor auch schon bei der Sozialhilfe – nicht nur Arbeitslose oder vorübergehend nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende erwerbsfähige Personen, sondern auch Erwerbstätige mit einem Einkommen unterhalb des Grundsicherungsniveaus. Grundsätzlich erwerbsfähige Hilfebedürftige erhalten dabei das ALG II, mit diesen im Haushalt zusammenlebende nicht erwerbsfähige Familienangehörige das Sozialgeld.¹⁶⁾ Als weitere bedarfsbezogene arbeitsmarktbedingte Leistung außerhalb der Grundsicherung wird hier noch der Kinderzuschlag hinzugerechnet (vgl. auch die Erläuterungen in der Übersicht auf S. 15)

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende unterlag verschiedenen gesetzlichen Anpassungen. Der monatliche (Höchst-)Regelsatz für das ALG II (für Alleinstehende) stieg seit seiner Einführung im Jahr 2005 von 345 € in den alten Ländern (331 € in den neuen Ländern bis 2006)

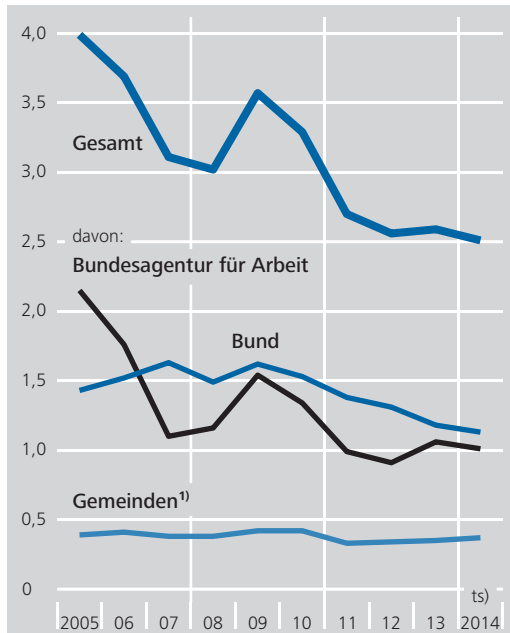
Im Zeitverlauf Ausweitung der Leistungen und der Hinzuverdienstmöglichkeiten

¹⁵ Im Hinblick auf die Schuldenbremse erhöht die seit 2007 grundsätzlich vorgesehene Darlehensgewährung das relevante Defizit des Bundes nicht, weil sie als finanzielle Transaktion bei der Berechnung ausgeblendet wird. Da die Rückzahlung des Darlehens erst dann fällig wird, wenn die BA wieder über ausreichende eigene Mittel verfügt, eröffnet diese Regelung tendenziell Spielräume zur Schuldenfinanzierung und damit eine Umgehungsmöglichkeit der verfassungsmäßigen Neuverschuldungsregel. Indem im Jahr 2010 doch einmalig ein Zuschuss gewährt wurde, fiel das vom Bund in den Folgejahren stufenweise abzubauenende Ausgangsdefizit höher aus. Die gewählte Gestaltung eröffnete damit zusätzliche Kreditfinanzierungsspielräume in den nachfolgenden Jahren. Vgl. dazu etwa: Deutsche Bundesbank, Bundeshaushalt 2010 und Verschuldungsspielraum bis 2016, Monatsbericht, Februar 2010, S. 76 f.

¹⁶ Als erwerbsfähig gelten gemäß § 7 und 8 SGB II alle Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben und nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande sind, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

Arbeitsmarktbedingte Ausgaben nach Staatsebenen

in % des BIP



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. Bereinigt um innerstaatliche Transfers. ¹ Einschl. Gemeindeebene der Stadtstaaten. Ohne Zuweisungen der Länder aus der Entlastung im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform.
 Deutsche Bundesbank

auf einheitlich 399 € im laufenden Jahr.¹⁷⁾ Dieser Anstieg um jahresdurchschnittlich 1½% war insbesondere auf die Neuregelungen im Jahr 2011 nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurückzuführen. Die daraufhin leicht angehobenen und etwas stärker differenzierten Regelbedarfe werden nunmehr systematischer etwa alle fünf Jahre neu ermittelt und sind jährlich an die Entwicklung der Preise für Grundbedarfsgüter und -dienstleistungen (zu 70%) und der Nettolöhne und -gehälter (zu 30%) gekoppelt. Im Laufe der Zeit wurden insbesondere auch die Hinzuverdienstmöglichkeiten erweitert, gleichzeitig aber auch die Sanktionen verschärft, um die Anreize für eine Arbeitsaufnahme zu stärken. Zudem wurden die Bedingungen für den Bezug des Kinderzuschlages im Jahr 2008 gelockert, wodurch auch die Zahl der Empfänger deutlich anstieg.¹⁸⁾ Schließlich wurde im Zuge der Reform des Regelbedarfs beim ALGII im Jahr 2011 ein Bildungs- und Teilhabe paket für Kinder und Jugendliche geschaffen.

Die Gebietskörperschaften finanzieren auch Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wenngleich in etwas geringerem Umfang als die BA. So kommt der Bund für Eingliederungsleistungen der ALGII-Empfänger sowie für sonstige Anpassungshilfen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf. Zudem beteiligte sich der Bund bis zum Jahr 2012 durch den regelgebundenen Zuschuss an den Ausgaben der BA. Ursprünglich setzten insbesondere die neuen Länder in stärkerem Maße eigene, teilweise vom Europäischen Sozialfonds kofinanzierte Haushaltsmittel zur Förderung erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger und zur Entlastung der Kommunen ein. Im Zuge der Hartz IV-Reform stellten die Länder ihre aktive Arbeitsmarktpolitik faktisch ein und beschränkten sich auf regionalspezifische ergänzende Maßnahmen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik und BA-Zuschuss

Im Hinblick auf die finanzielle Zuständigkeit kommt der Bund neben der oben beschriebenen Erstattung der Verwaltungskosten der BA und der Optionskommunen sowie der eigenen aktiven Arbeitsmarktpolitik vollständig für die Finanzierung des ALGII (einschl. des Sozialgeldes) und des Kinderzuschlages auf. Die Gemeinden tragen grundsätzlich die Kosten der Unterkunft und Heizung. Der Bund beteiligt sich aber auch an diesen Kosten spürbar mit einem jährlich variierenden und teilweise länderweise differenzierten Anteil sowie prinzipiell vollständig an den (ebenfalls von den Gemeinden ausgezahlten) Bildungs- und Teilhabeleistungen. Die resultierende Beteiligungsquote wurde im laufenden Jahr zur allgemeinen Entlastung der Gemeindehaushalte nochmals angehoben und beträgt nunmehr bundesdurchschnittlich etwa 36% (nach 29% im Startjahr 2005, vgl. auch den Anhang zu den gesetzlichen Neuregelun-

Finanzielle Zuständigkeiten im Rahmen der Grundsicherung

¹⁷ Der aktuelle monatliche Regelbedarf beträgt gemäß § 20 SGBII 399 € für Alleinstehende oder Alleinerziehende sowie Volljährige mit minderjährigem Partner ohne ausreichende eigene Einkünfte. Hinzu kommen für Haushaltsmitglieder (ohne ausreichende eigene Einkünfte) 360 € je volljährigem Partner, 320 € für 18- bis 25-jährige Kinder, 302 € für 14- bis 18-jährige Kinder, 267 € für 7- bis 14-jährige Kinder und 234 € für Kinder unter 7 Jahren.

¹⁸ Der monatliche Kinderzuschlag beträgt gegenwärtig bis zu 140 € je Kind (unter 25 Jahren).

Arbeitsmarktbedingte Ausgaben des Bundes und der Gemeinden

Mrd €

Position	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2014 gegen- über 2005 ¹⁾
Bund							
Arbeitslosenhilfe	1,5	–	–	–	–	–	.
Grundsicherung für Arbeitsuchende, darunter:	35,2	35,9	33,0	31,8	32,2	32,0	– 1,0
Arbeitslosengeld II	25,0	22,2	19,4	19,0	19,5	19,7	– 2,6
Beteiligung an Kosten der Unterkunft	3,5	3,2	4,9	4,8	4,7	4,2	1,8
Eingliederungsleistungen	3,6	6,0	4,4	3,8	3,5	3,4	– 0,5
Verwaltungskostenerstattungen	3,1	4,4	4,3	4,2	4,5	4,7	4,9
Kinderzuschlag	0,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	14,7
Sonstige aktive Arbeitsförderung	0,7	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	– 3,6
Zuschuss an BA ²⁾	–	7,9	8,0	7,2	0,2	–	.
Insgesamt	37,5	44,6	41,8	39,7	33,3	32,9	– 1,5
bereinigt um Aussteuerungsbetrag/Eingliederungsbeitrag der BA	33,0	39,3	37,3	35,9	33,3	32,9	– 0,0
Gemeinden ³⁾							
Grundsicherung für Arbeitsuchende, darunter:	12,5	14,0	13,8	13,6	14,0	14,3	1,5
Kosten der Unterkunft	12,3	13,8	13,6	13,5	13,8	14,1	1,5
Eingliederung, sonstige Leistungen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	2,2
Leistungen für Bildung und Teilhabe	–	–	–	0,4	0,5	0,5	.
Insgesamt	12,5	14,0	13,8	14,1	14,5	14,8	1,9
bereinigt um Bundesbeteiligung an Kosten der Unterkunft	9,0	10,8	9,0	9,2	9,8	10,6	1,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. ¹ Jahresdurchschnittliche Veränderung, in %. ² Ohne Defizitausgleich der BA bis einschl. 2005 sowie einmalig im Jahr 2010. ³ 2014 teilweise geschätzt. Ohne empfangene Zuweisungen der Länder aus der Entlastung durch die Hartz IV-Reform.

Deutsche Bundesbank

gen, S. 28 ff.). Darüber hinaus erhalten die Gemeinden (hier ausgeblendete) Zuweisungen der Länder, die sich grundsätzlich an der Höhe der diesen durch die Hartz IV-Reform und dem Wegfall des Wohngeldes für erwerbsfähige Personen entstandenen Einsparungen orientieren.

Ausgabenentwicklung

Die hier erfassten arbeitsmarktbedingten Ausgaben des Bundes (ohne Defizitausgleich der BA) beliefen sich im Jahr 2004 auf 23 Mrd € und stiegen mit der Hartz IV-Reform im Jahr 2005 zunächst sprunghaft auf netto 33 Mrd € (1½% des BIP) an (bereinigt um Zahlungen von der BA, jedoch einschl. Beteiligung an den kommunalen Kosten der Unterkunft). Die (Netto-) Ausgaben nahmen bis zum Jahr 2007 auf 41 Mrd € zu, fielen verstärkt ab 2011 wieder auf zuletzt 33 Mrd € (gut 1% des BIP) (vgl. auch oben stehende Tabelle). Die aktuellen Ausgaben lagen in Relation zum BIP mithin kaum noch

über dem Niveau des Jahres 2004 vor dem Inkrafttreten der Hartz IV-Reform. Gegenüber den ersten Jahren nach der Reform ergab sich allerdings ein spürbarer Rückgang.

Diese Entwicklung ist zum einen auf den größten Ausgabenposten, das ALG II (einschl. Sozialgeld) zurückzuführen, der nach seinem Höchststand im Jahr 2006 durchschnittlich um 3½% pro Jahr auf in den letzten Jahren etwa gut 19½ Mrd € zurückging. Anders als das ALG I unterliegt das ALG II kaum konjunkturellen Einflüssen. In der Regel ist die Bedürftigkeit hier struktureller Natur, und es spielen eher grundlegende Aspekte wie die Qualifikation oder familiäre Umstände eine Rolle für die Hilfebedürftigkeit. Solche Faktoren können auch bei bestehender Erwerbstätigkeit relevant sein und ergänzende Leistungen zur Folge haben.

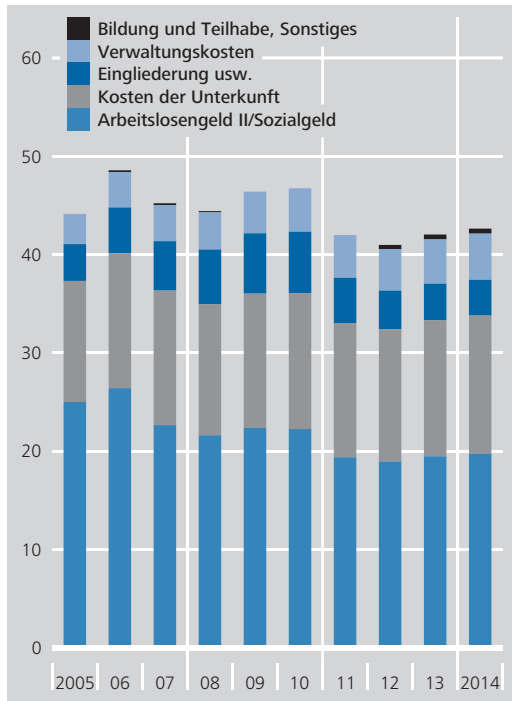
Die Ausgaben für das ALG II wurden durch die genannten gesetzlichen Anpassungen bei den Grundsicherungsleistungen grundsätzlich er-

*ALG II kaum
konjunkturell
beeinflusst*

*Anfangs starker
Zuwachs der
Ausgaben des
Bundes infolge
Hartz IV-Reform,
seit 2007 aber
deutlicher
Rückgang*

Ausgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Mrd €



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Anhebung der Leistungssätze vor allem durch sinkende Empfängerzahlen überkompensiert

höht. Dem wirkten aber gesetzliche Änderungen wie der Wegfall der Rentenbeiträge für Grundsicherungsbezieher, vor allem aber der spürbare trendmäßige Rückgang der ALGII-Empfänger (erwerbsfähige Hilfebedürftige) entgegen. Nach dem unmittelbaren Anstieg im Gefolge der HartzIV-Reform und einem Höchststand von 5½ Millionen Empfängern im Jahr 2006¹⁹⁾ ging die Empfängerzahl – selbst während der Finanz- und Wirtschaftskrise – kontinuierlich zurück und stabilisierte sich ab dem Jahr 2012 auf unter 4½ Millionen. Zusammen mit den Sozialgeldempfängern, bei denen der Rückgang etwas geringer ausfiel, verringerte sich die Gesamtzahl der Bezieher dieser Leistungen zur Grundsicherung seit dem Jahr 2006 von 7½ Millionen auf zuletzt 6 Millionen. Dabei sanken seit dem Jahr 2005 die durchschnittlichen Leistungsbezüge je Bedarfshaushalt von monatlich 560 € auf zuletzt knapp 500 €, was unter anderem auf die Abschaffung der Rentenbeiträge und den geringeren Anteil von Haushalten mit Arbeitslosen zurückzuführen sein

könnte. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit zeigt sich beim ALGII darin, dass der Anteil der Arbeitslosen an den erwerbsfähigen Leistungsbeziehern deutlich von 55% im Jahr 2005 auf gegenwärtig etwa 43% sank. Die Zahl der nicht arbeitslosen Leistungsbezieher, die aber Leistungen zur Aufstockung des Erwerbseinkommens – aus zumeist geringfügiger Beschäftigung – erhielten, blieb relativ konstant bei knapp 1½ Millionen. Ihr Anteil an den erwerbsfähigen Leistungsempfängern insgesamt nahm zuletzt zu und lag im Jahr 2014 bei rund einem Drittel. Die Zahl der nicht arbeitslos gemeldeten und vorübergehend nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden erwerbsfähigen Leistungsempfänger sowie deren Anteil nahm hingegen ab.²⁰⁾

Die Beteiligung des Bundes an den kommunalen Kosten für Unterkunft schwankte entsprechend den gesetzlichen Anpassungen und betrug zuletzt gut 4 Mrd €, während die Verwaltungskostenerstattungen an BA und Optionskommunen um jährlich etwa 5% auf gut 4½ Mrd € zulegten. Zum anderen spielte aber auch die Entwicklung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Rolle. So stiegen die Eingliederungsleistungen für ALGII-Empfänger bis zum Jahr 2010 auf 6 Mrd €, um zuletzt mit 3½ Mrd € wieder auf das Niveau des Jahres 2005 zurückzugehen.

Übrige Leistungen im ALGII-Bereich

Die kommunale Ebene²¹⁾ profitierte finanziell von der HartzIV-Reform, und ihre arbeitsmarktbedingten Ausgaben gingen insgesamt von schätzungsweise 10 Mrd € im Jahr 2004 auf

Kommunale Kosten der Unterkunft relativ konstant

¹⁹ Gemäß damaligen Schätzungen der BA gab es Ende 2004 etwa 4,4 Millionen erwerbsfähige Bezieher von Sozial- und/oder Arbeitslosenhilfe einschl. erwerbsfähige Familienangehörige. Hinzu kam eine unbekannte Zahl nicht erwerbsfähiger Familienangehöriger. Bereits im Januar 2005 betrug die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsempfänger (ALGII) 4,5 Millionen und die der nicht erwerbsfähigen Empfänger (Sozialgeld) 1,6 Millionen (vgl. etwa: Bundesagentur für Arbeit, Der Übergang von der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sonderbericht, August 2005).

²⁰ Daneben bezog ein geringer Teil (rd. 100 000 Personen) Grundsicherungsleistungen ergänzend zum ALG I.

²¹ Einschl. der Ausgaben der Stadtstaaten für Kosten der Unterkunft.

netto 9 Mrd € im Jahr 2005 zurück (seitdem nahezu ausschließlich Kosten der Unterkunft, bereinigt um die Beteiligung des Bundes). Im Anschluss daran ergab sich ein Anstieg von im Jahresdurchschnitt 2% auf etwa 10 ½ Mrd € im Jahr 2014, wobei sich die Leistungsbezugsquoten zum Teil erheblich zwischen den Ländern und zwischen einzelnen Gemeinden unterscheiden. Im Verhältnis zum BIP blieben die kommunalen Ausgaben jedoch nahezu konstant unter ½%. Die durchschnittlichen monatlichen Erstattungen an die Bedarfshaushalte stiegen von 275 € auf etwa 360 € spürbar an. Diese Entwicklung spiegelt wohl die gestiegenen Miet- und Energiepreise insbesondere in Ballungsräumen wider, in denen überproportional viele Leistungsbezieher ansässig sind. Die Nettokosten für die Gemeindehaushalte dürften bei zusätzlicher Berücksichtigung der von den Ländern weitergeleiteten Einsparungen aus der Hartz IV-Reform noch etwas geringer ausfallen. Aufseiten der Länder spielen die unmittelbaren arbeitsmarktbedingten Ausgaben mit dem Wegfall der Wohngeldzuschüsse und der Eingliederungsleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige seit dem Jahr 2005 kaum noch eine Rolle.

Durch Hartz IV-Reform Bund zunächst be-, später dann entlastet, Gemeinden eher entlastet

Alles in allem war die Hartz IV-Reform aus heutiger Sicht mit einer deutlichen Ausweitung der staatlichen Ausgaben für Sozialleistungen verbunden, weil insbesondere die Zahl der Hilfeempfänger stark zunahm – wohl auch weil eine stärkere Inanspruchnahme von zuvor Sozialhilfeberechtigten erfolgte. Der Bund wurde durch die Neuregelungen zunächst erheblich belastet und die Gemeinden entlastet. In den letzten Jahren war allerdings beim Bund eine allmähliche, aber spürbare Entlastung festzustellen, während die Ausgaben der Gemeinden einem moderaten Aufwärtstrend etwas unterhalb des nominalen BIP-Wachstums folgten.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die sehr günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hat die Staatsfinanzen in den vergangenen zehn Jahren spürbar entlastet. Seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2005 ist die Zahl der Arbeitslosen von nahezu 5 Millionen auf unter 3 Millionen deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung spiegelte sich in den arbeitsmarktbedingten staatlichen Ausgaben wider. Sie ermöglichte einerseits, den Beitragssatz der BA mehr als zu halbieren, und leistete andererseits einen Konsolidierungsbeitrag bei den Gebietskörperschaften. Die Verbesserungen schlugen sich dabei stärker im grundsätzlich eher konjunkturell beeinflussten Ausgabenbereich der BA nieder. Aber auch im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende kam es zu deutlichen Rückgängen. Die Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Jahr 2005 führte zwar zunächst zu erheblich mehr Leistungsempfängern, doch sank deren Zahl seit dem Jahr 2006 kontinuierlich und deutlich. Insgesamt ging die Anzahl der ALG II-Empfänger bis 2014 um 1 ½% pro Jahr zurück. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen²²⁾ scheint sich seit dem Jahr 2011 bei rund 1 Million stabilisiert zu haben.

Erfolgsbilanz am Arbeitsmarkt entlastet Staatsfinanzen deutlich

Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland hat zahlreiche Gründe. Einen wesentlichen Beitrag hierzu dürften die Reformen des vergangenen Jahrzehnts geleistet haben, die in Verbindung mit Flexibilisierungsmaßnahmen auf betrieblicher Ebene und eher moderaten Tarifabschlüssen sowie der höheren Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die erfolgreiche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt bewirkt haben. Insbesondere sind hier die Hartz-Reformen zu nennen, die auch über eine effizientere Arbeitsvermittlung sowie strik-

Reformen mit wichtigem Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit

²² Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind. Einschl. Langzeitbezieher von ALG I, ohne erwerbstätige sowie nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende ALG II-Bezieher.

tere Bedürftigkeitsprüfungen letztlich die individuelle Arbeitslosigkeit verkürzt haben.²³⁾

Erhebliche finanzielle Entlastung der BA

Von der sehr günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt hat insbesondere die BA profitiert, die in erster Linie die Leistungen bei kurzfristiger Arbeitslosigkeit auszahlt. Neben dem Abbau der zuvor hohen Finanzierungsdefizite konnte der Beitragssatz sehr deutlich gesenkt werden, was wiederum die Beschäftigungs- und Wachstumsbedingungen in Deutschland verbessert hat. Der aktuelle Beitragssatz erscheint aus heutiger Sicht knapp ausreichend, um etwa 1 Million Empfänger von ALGI zu finanzieren, wenn die übrigen BA-Ausgaben je Arbeitslosen sich ungefähr proportional zu den Aufwendungen für das ALGI entwickeln. Im vergangenen Jahr lag die Empfängerzahl bei 890 000, und die weiteren Perspektiven scheinen zumindest auf eine Stabilisierung auf diesem niedrigen Niveau hinzudeuten. Damit wäre die BA auf mittlere Sicht auch nicht auf eine Darlehensfinanzierung über den Bundeshaushalt angewiesen und könnte ihre allgemeinen Rücklagen weiter aufstocken.

Leichte Beitragssatzsenkung der BA nur bei anhaltend günstiger Arbeitsmarktlage

Im Hinblick auf die Festlegung des Beitragssatzes ist zu berücksichtigen, dass die aktuelle Arbeitsmarktsituation sicherlich eher günstig ist und insofern für die BA ein weiterer Rücklagenaufbau durchaus angemessen erscheint. Eine nochmalige Senkung des Beitragssatzes wäre nur dann zu erwägen, wenn sich die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt tatsächlich als neue strukturelle Grundposition herausstellen und sich die niedrige Zahl der ALGI-Empfänger als nachhaltig erweisen sollte, sodass die BA über den Zyklus hinweg nicht in die Defizitzone abgleiten würde. Das würde zudem voraussetzen, dass die sparsame Haushaltspolitik insbesondere bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik beibehalten wird. Dies scheint allerdings auch durchaus naheliegend, da sie hinsichtlich der Wirkungen auf die Wiederbeschäftigungschancen Arbeitsloser wohl insgesamt eher skeptisch eingeschätzt wird, Mitnahmeeffekte verursacht und – etwa bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – insbesondere unter Berücksichtigung der

damit verbundenen Finanzierungslasten sogar kontraproduktiv sein kann.²⁴⁾ Prinzipiell bietet die weitere Überprüfung von Leistungen der BA, wie beispielsweise der Höhe der Ersatzrate oder der Bezugsdauer beim ALGI, weiteres Potenzial zur Senkung des Beitragssatzes; dies scheint derzeit aber nicht auf der Agenda zu stehen.

Ungeachtet dessen ergibt sich ein Beitragssenkungspotenzial auch aus einer adäquaten Finanzierung versicherungsfremder Leistungen der BA. Grundsätzlich sollten die vom Staat zugewiesenen versicherungsfremden Leistungen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, um damit nicht allein die Beitragszahler zu belasten. In der Vergangenheit erfolgten die Bundeszuschüsse an die BA dagegen relativ willkürlich, und es entstand – wie auch bei anderen Sozialversicherungszweigen – mitunter der Eindruck eines finanzpolitischen Verschiebebahnhofs nach Kassenlage. So wurde im Jahr 2013 die Bundesbeteiligung ersatzlos abgeschafft.

Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen könnte Beitragssatz weiter reduzieren

Wenngleich eine unstrittige und allgemeingültige Unterscheidung von versicherungskonformen und -fremden Leistungen kaum möglich sein dürfte, wären eine konkrete Auflistung und eine Begründungspflicht durch den Gesetzgeber hilfreich. Die identifizierten Ausgaben

Abgrenzung versicherungsfremder Leistungen nicht unumstritten

²³ Vgl. etwa: M. Stops, Revisiting German labour market reform effects, IAB-Discussion Paper 2/2015; N. Gadatsch, N. Stähler und B. Weigert, German Labor Market and Fiscal Reforms 1999 to 2008: Can They be Blamed for Intra-Euro Area Imbalances?, Working Paper 05/2014, German Council of Economic Experts; T. Krebs und M. Scheffel (2013), Macroeconomic Evaluation of Labor Market Reform in Germany, IMF Economic Review 61, S. 664–701; M. Krause und H. Uhlig (2012), Transitions in the German Labor Market: Structure and Crisis, Journal of Monetary Economics 59, S. 64–79.

²⁴ Vgl.: G. Heyer, S. Koch, G. Stephan und J. Wolff: Evaluation der aktiven Arbeitsmarktpolitik, ein Sachstandsbericht für die Instrumentenreform 2011, IAB Discussion Paper 17/2011, S. 29; Deutscher Bundestag, Bericht 2009 der Bundesregierung zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bundestagsdrucksache 16/3982 vom 21. Dezember 2006; sowie T. Büttner, T. Schewe und G. Stephan, Maßnahmen auf dem Prüfstand, IAB-Kurzbericht 8/2015. Gemeinsam ist diesen Untersuchungen die Vernachlässigung der Finanzierungsseite. Insofern wird hier die Effektivität der Fördermaßnahmen, nicht aber deren Effizienz beurteilt.

könnten dann regelgebunden durch einen Bundeszuschuss finanziert werden, um die Beitragszahler tendenziell von der Finanzierungslast gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu befreien und ganz allgemein die Transparenz des Sozialversicherungssystems zu erhöhen. Die BA selbst beziffert den Ausgabenanteil versicherungsfremder Leistungen zuletzt auf etwa 10% und versteht darunter vor allem Rehabilitationsleistungen und berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche.²⁵⁾ Diese Leistungen zusammengefasst führen zu Ausgaben von gut 3 Mrd € und entsprechen damit den Einnahmen aus etwa 0,3 Beitragssatzprozentpunkten. Darüber hinaus erscheint die Differenzierung der Leistungssätze nach dem Kriterium der Kindererziehung eher nicht dem Kern einer Arbeitslosenversicherung zuzuordnen zu sein. Auch die längere Dauer des ALGI-Bezugs bei höherem Alter der Betroffenen könnte weniger als ein reguläres Element einer Versicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit angesehen werden als ein gesonderter staatlicher Transfer.

Keine grundlegende Belastungsänderung bei Bund und Gemeinden zu erwarten

Die Hartz IV-Reform und die danach beschlossenen Änderungen der innerstaatlichen Finanzierungsbeteiligung führten zu einer deutlichen Mehrbelastung des Bundes und einer gewissen Entlastung der Kommunen. Ab dem Jahr 2011 haben sich die arbeitsmarktbedingten Belastungen des Bundes in Relation zum BIP aber wieder spürbar verringert, während sich bei den Gemeinden weiterhin kaum Veränderungen ergeben haben. Mittelfristig sind hier sowohl beim Bund als auch bei den Gemeinden – bei den derzeitigen Arbeitsmarktperspektiven und aufgrund der grundsätzlichen Indexierung der

Leistungen – eher moderate Zuwachsraten angelegt, das heißt, die Belastungen dürften sich nur noch wenig ändern. Bei den Aufwendungen für das ALG II zeichnen sich derzeit keine weiteren spürbaren Entlastungen ab, und die Kosten der Unterkunft dürften dem grundsätzlich aufwärtsgerichteten Gesamttrend von Mietpreisen und Energiekosten folgen. Weitere gesetzliche Anpassungen in Bezug auf Leistungsumfang oder andere Aspekte sind derzeit nicht vorgesehen.

Der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung könnte die Erwerbsbeteiligung zahlreicher Empfänger von ALG II, insbesondere von Alleinerziehenden, perspektivisch weiter erhöhen und damit zu einer Entlastung bei den arbeitsmarktbedingten Ausgaben führen. Welche Auswirkungen die Einführung des Mindestlohns mittelfristig auf die öffentlichen Finanzen haben wird, lässt sich noch nicht genau absehen. Falls der Mindestlohn dauerhaft keinen wesentlichen negativen Einfluss auf die Beschäftigung haben sollte, ist eher mit einer Entlastung des Staates zu rechnen, da aufgrund der höheren Entlohnung der Bedarf zur Aufstockung niedriger Einkommen mit ALG II reduziert würde und auch zusätzliche Steuer- und Beitragseinnahmen anfallen sollten. Soweit jedoch Arbeitsplätze wegfallen, was insbesondere bei zu kräftigen Anhebungen in der Zukunft zu befürchten wäre, sind dagegen Belastungen auch für die öffentlichen Haushalte in Rechnung zu stellen.

Fiskalische Auswirkungen des Ausbaus der Kinderbetreuung und des Mindestlohns

²⁵ Vgl.: Bundesagentur für Arbeit, Finanzentwicklung in der Arbeitslosenversicherung, Bericht über das erste Quartal 2013, April 2013.

■ Anhang

Wichtige finanzwirksame Neuregelungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik seit dem Jahr 2005

Fünftes Gesetz zur Änderung des SGB III und anderer Gesetze (2005)

Verlängerung der befristeten Instrumente der aktiven Arbeitsförderung sowie der Möglichkeit für über 58-Jährige, Arbeitslosengeld (ALG) I zu beziehen, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, bis zum 31. Dezember 2007.

Auslaufen des Existenzgründungszuschusses (Ich-AG) zum 30. Juni 2006.

Gesetz zur Neufassung der Freibetragsregelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige (2005)

Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten und großzügigere Anrechnung von Einnahmen beim Bezug von ALG II.

Gesetz zur Änderung des SGB IV und SGB VI (2005)

Vorverlegung der Abführungstermine für Sozialbeiträge von der Mitte des Folgemonats auf das Ende des Monats, in dem die Arbeitsleistung erbracht wurde. Dadurch ergab sich im Jahr des Inkrafttretens (2006) ein einmalig höherer Liquiditätszufluss bei den Sozialversicherungen.

Erstes Gesetz zur Änderung des SGB II (2005)

Der Bund beteiligt sich auch im Jahr 2006 mit 29,1% an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Gesetz zur Änderung des SGB II und anderer Gesetze (2006)

Angleichung des ALG II-Regelsatzes Ost auf das Niveau in den alten Bundesländern von 345 € pro Monat.

Ausweitung der Bedarfsgemeinschaften auf unverheiratete Kinder unter 25 Jahren im Haushalt.

Ab dem Jahr 2007 nahezu Halbierung des vom Bund für Bezieher von ALG II abgeführten Rentenversicherungsbeitrags.

Gesetz zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung (2006)

Das neu eingeführte Saison-Kurzarbeitergeld löst ab der Schlechtwetterperiode 2006/2007 die bis dahin geltende Winterbauförderung ab. Saison-Kurzarbeitergeld wird ab der ersten Ausfallstunde gewährt und aus den Beiträgen zur BA finanziert. Zuvor mussten die ersten 30 Stunden durch das individuelle Arbeitszeitkonto abgedeckt werden, und darüber hinaus erfolgte die Finanzierung des Winterausfallgeldes über die Winterbauumlage der Arbeitgeber des Baugewerbes. Erst danach griff die Finanzierungsverantwortung der BA.

Die Erstattung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und das Mehraufwands- oder Zuschuss-Wintergeld werden per Umlage finanziert, an der im Baugewerbe erstmals auch die Arbeitnehmer beteiligt sind.

Haushaltsbegleitgesetz 2006 (2006)

Senkung des Beitragssatzes zur BA von 6,5% auf 4,2% zum 1. Januar 2007. Zunächst war eine Senkung auf 4,5% vorgesehen. Mit dem Gesetz über die Senkung des Beitrags zur Arbeitsförderung, der Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beiträge und Beitragszuschüsse in der Alterssicherung der Landwirte für das Jahr 2007 wurde jedoch im Haushaltsbegleitgesetz der niedrigere Beitragssatz festgelegt.

Ab dem Jahr 2007 leistet der Bund regelgebundene Zuschüsse an die BA, die dem Aufkommen eines Prozentpunktes der Erhöhung des Umsatzsteuerregelsatzes zum 1. Januar 2007 (von 16% auf 19%) entsprechen sollen und ab dem Jahr 2010 mit der Veränderungsrate der Umsatzsteuerbemessungsgrundlage fortgeschrieben werden.

Zum Jahresende bestehende Liquiditätshilfen des Bundes werden ab dem Jahr 2007 nicht mehr in nicht rückzahlbare Zuschüsse umgewandelt, sondern

als zinslose Darlehen des Bundes an die BA geführt, die in wirtschaftlich günstigeren Jahren zurückzuzahlen sind.

Senkung des vom Bund für Bezieher von ALGII abgeführten Krankenversicherungsbeitrags.

Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (2006)

Ausweitung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitssuchende, intensivere Überprüfung von Leistungsmissbräuchen, zielgenauere Sanktionierung.

Verschmelzung des Überbrückungsgeldes und des Existenzgründungszuschusses (Ich-AG) zum neuen Gründungszuschuss für Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen.

Gesetz zur Änderung des SGB II und des FAG (2006)

Um eine angemessene Entlastung der kommunalen Haushalte zu gewährleisten, wird die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2007 angepasst und länderweise differenziert (Baden-Württemberg 35,2%, Rheinland-Pfalz 41,2%, übrige Länder 31,2%²⁶). Ab dem Jahr 2008 erfolgt die Änderung des Bundeszuschusses per Gesetz gemäß einer Anpassungsformel in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Die Bundesbeteiligung soll im Jahr 2010 grundsätzlich überprüft werden.

Zweites Gesetz zur Änderung des SGB II (2007)

Es werden neue arbeitsmarktpolitische Instrumente für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen eingeführt (insbesondere Beschäftigungszuschuss für Arbeitgeber).

Sechstes Gesetz zur Änderung des SGB III und anderer Gesetze (2007)

Der Beitragssatz der BA wird zum 1. Januar 2008 von 4,2% auf 3,3% abgesenkt.

Die BA beteiligt sich ab 1. Januar 2008 durch einen Eingliederungsbeitrag zur Hälfte an den Aufwendungen des Bundes für Eingliederungsleistungen und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der bis dahin abzuführende Aus-

steuerungsbetrag (für den Übertritt von ALGI-Empfängern in das ALGII) entfällt.

In einem von der Bundesbank verwalteten Versorgungsfonds wird durch Zuführungen der BA ein Kapitalstock aufgebaut, aus dem die Pensionszahlungen an die verbliebenen Beamten der BA erfolgen sollen.

Drittes Gesetz zur Änderung des SGB II (2007)

Anpassung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2008 (Baden-Württemberg 32,6%, Rheinland-Pfalz 38,6%, übrige Länder 28,6%).

Siebtes Gesetz zur Änderung des SGB III und anderer Gesetze (2008)

Die generelle maximale Bezugsdauer von ALGI steigt nicht mehr ab Vollendung des 55. Lebensjahres von 12 auf 18 Monate, sondern für Neufälle ab dem 1. Januar 2008 jeweils ab Vollendung des 50., des 55. und 58. Lebensjahres auf 15, 18 beziehungsweise 24 Monate.

Empfänger von ALGII, die das 58. Lebensjahr vollendet und ein Jahr lang kein Angebot zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erhalten haben, werden nicht mehr als arbeitslos gezählt.

Gesetz zur Rentenanpassung (2008)

Die Eckregelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Sozialhilfe werden entsprechend der Veränderung des aktuellen Rentenwertes auf 351 € pro Monat erhöht.

Viertes Gesetz zur Änderung des SGB II (2008)

Entfristung der ursprünglich bis 2010 befristeten Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung.

²⁶ Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wiesen damals eine überproportional geringe Zahl von SGBII-Empfängern aus, sodass in der Summe eine geringere Entlastung der kommunalen Haushalte durch eine bundeseinheitliche Beteiligungquote erreicht worden wäre.

Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (2008)

Veränderungen beim Kinderzuschlag, insbesondere Absenkung der Mindesteinkommensgrenze und Ausweitung der Bezugsdauer.

Achtes Gesetz zur Änderung des SGB III und anderer Gesetze (2008)

Der Beitragssatz der BA wird zum 1. Januar 2009 von 3,3% auf 3,0% abgesenkt.

Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (2008)

Weiterentwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik (einschl. der Eingliederungsmaßnahmen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Fünftes Gesetz zur Änderung des SGB II (2008)

Anpassung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2009 (Baden-Württemberg 29,4%, Rheinland-Pfalz 35,4%, übrige Länder 25,4%).

Familienleistungsgesetz (2008)

Einführung eines Schulstartpakets ab dem Jahr 2009 mit einmaligen Leistungen für Kinder von ALG II-Empfängern.

Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland – „Konjunkturpaket II“ (2009)

Der Beitragssatz der BA wird zum 1. Januar 2009 von 3,0% auf 2,8% abgesenkt und ab dem 1. Januar 2011 wieder auf 3,0% angehoben.

Ausdrücklich wird geregelt, dass zinsfreie Darlehen des Bundes zum Defizitausgleich solange gestundet werden, bis die BA bei gegebenem Beitragssatz wieder Überschüsse erwirtschaftet.

Die von den Arbeitgebern zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit werden in den Jahren 2009 und 2010 von der BA grundsätzlich zur Hälfte, im Falle von Qualifizierungsmaßnahmen in voller Höhe erstattet.

Ausweitung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Die Leistungen für Kinder von ALG II-Empfängern im Alter von sechs bis 13 Jahren werden im Zeitraum 1. Juli 2009 bis 31. Dezember 2011 angehoben (von 60% auf 70% des Regelsatzes).

Drittes Gesetz zur Änderung des SGB IV und anderer Gesetze (2009)

Ab dem siebten Kalendermonat werden die vom Arbeitgeber zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit unabhängig von weiteren Voraussetzungen in voller Höhe erstattet.

Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz (2010)

Abweichend von den generellen Tilgungsverpflichtungen wird der Darlehensbedarf der BA im Jahr 2010 einmalig in einen nicht rückzahlbaren Bundeszuschuss umgewandelt.

Im Rahmen des ALG II werden die Anrechnungs-Freibeträge („Schonvermögen“) für die Alterssicherung angehoben.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende (2010)

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2007 werden gemeinsame Einrichtungen der örtlichen Agenturen für Arbeit und der kommunalen Träger (Jobcenter) zur Durchführung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen. Gleichzeitig werden weitere Optionskommunen zugelassen, sodass deren Zahl zum 1. Januar 2012 von 67 auf 108 steigt (max. 25% aller Jobcenter).

Beschäftigungschancengesetz (2010)

Verlängerung befristeter Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld bis zum 31. März 2012.

Verlängerung befristeter Regelungen zur Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Haushaltsbegleitgesetz 2011 (2010)

Wegfall der Rentenversicherungspflicht für Bezieher von ALG II und damit auch der vom Bund zu zahlenden Rentenbeiträge.

Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang von ALG I auf ALG II.

Das Elterngeld wird künftig bei der Ermittlung des ALG II, der Sozialhilfe oder des Kinderzuschlages angerechnet.

Sechstes Gesetz zur Änderung des SGB II (2010)

Anpassung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2010 (Baden-Württemberg 27%, Rheinland-Pfalz 33%, übrige Länder 23%).

Siebtens Gesetz zur Änderung des SGB II (2011)

Anpassung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2011 (Baden-Württemberg 28,5%, Rheinland-Pfalz 34,5%, übrige Länder 24,5%).

Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII (2011)

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 werden die Regelbedarfe bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende (sowie entsprechend der Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII) zum 1. Januar 2011 neu ermittelt. Die sechs neuen Regelbedarfsstufen liegen zwischen 213 € (Kinder unter sechs Jahren) und 364 € (alleinstehender Erwachsener) pro Monat. Sie werden auf Basis der (alle fünf Jahren durchgeführten) Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bestimmt und mittels eines Mischindex, der zu 70% die Preisentwicklung bei den regelbedarfsrelevanten Gütern und Dienstleistungen und zu 30% die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer abbildet, jährlich fortgeschrieben.

Darüber hinaus werden neue Leistungen für Bildung und Teilhabe für Schüler im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Sozialhilfe zum 1. Januar 2011 eingeführt. Zur Finanzierung dieser

kommunalen Leistungen wird die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft erhöht und jährlich an die Entwicklung der Ausgaben für Bildung und Teilhabe angepasst.

Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen (2011)

Diskretionäre Kürzung des regelgebundenen Bundeszuschusses an die BA im Jahr 2012 (laut Finanzplanung des Bundes bis zum Jahr 2014 praktisch Halbierung des Zuschusses).

Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (2011)

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente im SGB III und SGB II werden neu geordnet und stärker zusammengefasst. Unter anderem entfällt der Rechtsanspruch auf den Gründungszuschuss.

Haushaltsbegleitgesetz 2013 (2012)

Der Eingliederungsbeitrag, mit dem die BA finanziell zur Hälfte an den Aufwendungen des Bundes für die Eingliederung und Verwaltung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt ist, entfällt ab dem Jahr 2013.

Der mit dem Umsatzsteueraufkommen fortgeschriebene Bundeszuschuss an die BA entfällt ebenfalls ab dem Jahr 2013.

Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (2014)

Zum 1. Januar 2015 tritt ein allgemeiner Mindestlohn von brutto 8,50 € je Stunde in Kraft. Dessen Höhe wird auf Vorschlag einer ständigen Kommission (bestehend aus Vertretern der Tarifparteien) alle zwei Jahre – erstmals zum 1. Januar 2017 – von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung angepasst.

Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 etc. (2014)

Zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen entlastet der Bund in den Jahren 2015 bis 2017 die Kommunen um jährlich 1 Mrd €, darunter zur Hälfte über eine um 3,7 Prozentpunkte höhere Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (35,3% Baden-Württemberg, 41,3% Rheinland-Pfalz, 31,3% in den übrigen Ländern).

Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor

Die seit über sieben Jahren andauernde Finanz- und Staatsschuldenkrise im Euro-Raum hat deutliche Spuren auf dem Finanzmarkt hinterlassen und hat sowohl die Geldpolitik dazu veranlasst, sehr expansive Maßnahmen zu ergreifen, als auch Anpassungen in der Regulierung ausgelöst. In der Folge sieht sich vor allem der Bankensektor einem grundlegend veränderten Umfeld ausgesetzt.

Der vorliegende Aufsatz lässt zunächst die Entwicklungen bis zur Finanzkrise Revue passieren und wendet sich anschließend der Zeit seit 2007 zu, um das Zusammenspiel von Regulierung, Geldpolitik und Marktverhalten sowie deren Auswirkungen auf die Geschäftsmodelle der Banken zu untersuchen. Das Augenmerk wird dabei auf die Bilanzstruktur und hier insbesondere auf die Finanzierungsformen deutscher Banken gelegt.

Die in den neunziger Jahren einsetzende Finanzmarktderegulierung prägte zusammen mit dem europäischen Integrationsprozess die Geschäftsmodelle insbesondere der größeren Banken in Deutschland maßgeblich: So wurde unter anderem eine verstärkte marktbasierende Finanzierung und die Ausweitung des Investmentbankings ermöglicht. Im Ergebnis wuchsen vor allem die größeren deutschen Banken rapide. Kleinere Banken hingegen blieben tendenziell im Schatten dieser globalen Entwicklung und betrieben weiterhin ihr traditionelles Bankgeschäft.

Die Finanzkrise beendete die auf den Kapitalmarkt und das Investmentbanking ausgerichtete sowie auf institutionelle (von Banken, Versicherungen, Investmentfonds, Geldmarktfonds usw.) Finanzierung gestützte Expansionswelle der größeren Banken. Zusätzlich stellen die jüngsten Regulierungsinitiativen konkrete Anforderungen an die Finanzierungsstrukturen von Banken und streben eine ausreichende Verlustabsorptionsfähigkeit sowie erstmalig die Möglichkeit zur Abwicklung größerer Kreditinstitute an. Bei konsequenter Anwendung dieses neu geschaffenen regulatorischen Rahmens könnten die Fiskalpolitik und die Geldpolitik zukünftig entlastet werden.

Die krisenbedingten Ertragseinbrüche bei Kreditinstituten, die Veränderung des Finanzmarktumfelds und die Reformen der Bankenregulierung haben im deutschen Bankensektor insgesamt zu einer Verminderung des Eigenhandels, zu einer Refokussierung auf das Kerngeschäft und zu einer Substitution von Kapitalmarktfinanzierung durch Einlagen geführt. Damit wurden jene Entwicklungen aus der Periode vor der Krise ansatzweise wieder umgekehrt.

Vor allem größeren deutschen Banken gelang es in den letzten Jahren kaum, genügend Erträge zu erwirtschaften, um durch Gewinnthesaurierung Eigenkapital zu generieren. Dies stellt jedoch eine zentrale Voraussetzung für ein tragfähiges Geschäftsmodell dar. Nur jene Banken, die diese Bedingung langfristig erfüllen, können ihre Finanzierungsfunktion in der Volkswirtschaft vollumfänglich wahrnehmen.

Struktur des deutschen Bankensystems

*Universalbank-
system in
Deutschland*

Die deutsche Bankenlandschaft ist maßgeblich durch Universalbanken geprägt, die ein breites Spektrum an Geschäften anbieten, mit dem klassischen, einlagenfinanzierten Kreditgeschäft als Kern. Daneben gibt es Spezialbanken, die oft einer Universalbank angegliedert sind. Ihre Tätigkeit ist typischerweise auf ausgewählte Geschäfte beschränkt (u. a. Bausparkassen und Realkreditinstitute).

Einordnung von Geschäftsmodellen

*Analyse des
Geschäfts-
modells einer
Bank anhand
dreier
Dimensionen*

Das Geschäftsmodell einer Bank lässt sich prinzipiell entlang von drei Dimensionen charakterisieren, wobei hierfür der Bilanzstruktur (Finanzierungsquellen und Kreditvergabeaktivitäten) eine besondere Bedeutung zukommt (vgl. Schaubild auf S. 35). Bei der Einordnung anhand dieser Dimension stellt der Mix an Finanzierungsmitteln ein zentrales Merkmal dar.¹⁾ Die Geschäftsaktivitäten haben einen entscheidenden Einfluss auf die Ertragsstruktur einer Bank. Daher lassen sich Geschäftsmodelle auch hinsichtlich der Profitabilität und des Risikoprofils voneinander abgrenzen. Eine weitere Dimension ist die Rechtsform eines Instituts, die einen entscheidenden Einfluss auf die Größe der einzelnen Bank, die Anzahl ähnlich aufgestellter Institute und Zweigstellen sowie die Dichte des Filialnetzes hat.²⁾ Bei den Rechtsformen lassen sich im deutschen Bankensystem private Kreditbanken, öffentlich-rechtliche Institute und Institute des Genossenschaftssektors unterscheiden (Drei-Säulen-Struktur). Für statistische Zwecke im Meldewesen wird das Bankensystem in sogenannte Bankengruppen aufgeteilt. Die Zuordnung der Institute zu den verschiedenen Bankengruppen erfolgt dabei sowohl anhand von Merkmalen der Bilanzstruktur³⁾ als auch der Rechtsform. Die bedeutendsten Bankengruppen in Deutschland sind Großbanken, Landesbanken, Genossenschaftliche Zentralbanken, Regionalbanken und sonstige Kreditbanken, Kreditgenossenschaften und Sparkassen.

Charakteristika und Entwicklung der Geschäftsmodelle der Bankengruppen

Unter den privaten Kreditbanken stechen die Großbanken hervor.⁴⁾ Sie sind in ihrer Geschäftstätigkeit und Finanzierung großteils stark auf den internationalen Markt und die Kapitalmärkte und hierbei auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Sie fungieren unter anderem als Hausbanken der großen deutschen Industrieunternehmen. Dagegen sind viele Institute der Gruppe der Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken tendenziell kleiner und verfolgen Geschäftsmodelle, die denjenigen der Sparkassen und Kreditgenossenschaften ähneln.⁵⁾ Mit einer eher regionalen Ausrichtung liegt der Fokus ihrer Geschäftstätigkeit meist auf der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte, die vorwiegend über Einlagen

*Unterschiede
zwischen den
Geschäfts-
modellen der
Bankengruppen*

1 Vgl.: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Dezember 2014), Bank business models, Quarterly Review, S. 55–65; sowie R. Ayadi und W. P. de Groen (2014), Banking Business Models Monitor 2014 – Europe, Centre for European Policy Studies and International Observatory on Financial Services Cooperatives.

2 Für eine ausführliche Darstellung siehe z. B.: T. Hartmann-Wendels, A. Pfungsten und M. Weber (2015), Bankbetriebslehre, 6. Auflage Springer; sowie M. Koetter (2013), Market structure and competition in German banking, Expertise für den Sachverständigenrat.

3 Die in diesem Aufsatz zur Analyse der Bilanzstruktur verwendete Datenquelle ist die von der Bundesbank erhobene monatliche Bilanzstatistik der deutschen Banken (Monetäre Finanzinstitute (MFI)). Diese umfasst alle Banken in Deutschland, die sowohl das Einlagen- als auch das Kreditgeschäft betreiben dürfen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um (a) die Meldungen der in Deutschland tätigen Banken, die keine rechtlich unselbständigen Niederlassungen im Ausland unterhalten, (b) die Teilmeldungen von deutschen Banken mit Auslandsfilialnetz mit den Angaben über ihre inländischen Niederlassungen und (c) die Teilmeldungen der in Deutschland tätigen Auslandsfilialen von Banken mit Sitz im Ausland. Nicht enthalten sind die Meldungen von Auslandszweigstellen bzw. Meldungen rechtlich selbständiger Tochterbanken deutscher Banken. Die den Meldedaten zugrunde liegenden Ausweissvorschriften orientieren sich an den Vorgaben der Verordnung EZB/2013/33 über die Bilanz des Sektors der Monetären Finanzinstitute. In Deutschland gehen sie im Kern auf die Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) zurück.

4 Für eine Aufstellung der einzelnen zur monatlichen Bilanzstatistik gehörenden Institute siehe: Deutsche Bundesbank, Statistische Sonderveröffentlichung 1, Verzeichnisse.

5 In der Gruppe der Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken werden äußerst heterogene Institute zusammengefasst. Darunter fallen auch zentrale Gegenparteien und in Deutschland ansässige Töchter ausländischer Banken.

Konzeptioneller Rahmen zur Unterscheidung von Geschäftsmodellen^{*)}



* In Anlehnung an R. Ayadi und W. P. de Groen (2014), Banking Business Models Monitor 2014 – Europe, Centre for European Policy Studies and International Observatory on Financial Services Cooperatives. **1** Einlagenfinanziertes klassisches Kreditgeschäft mit nichtfinanziellen Unternehmen und privaten Haushalten. **2** Über kurzfristige institutionelle Einlagen finanziertes Interbanken- und Kapitalmarktgeschäft. **3** Starke Handelstätigkeit, auf internationale Märkte und Kapitalmarkt ausgerichtet.

Deutsche Bundesbank

finanziert wird. Damit stehen sie in direkter Konkurrenz zu den Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Im Gegensatz dazu dürfte der Wettbewerb innerhalb des Sparkassensektors aufgrund des Regionalprinzips und innerhalb des Genossenschaftssektors aufgrund der regionalen Gebundenheit von nachgeordneter Bedeutung sein. Landesbanken als Zentralinstitute der Sparkassen übernehmen diejenigen Geschäfte der Sparkassen, die diese aufgrund ihrer geringeren Größe oder ihrer regionalen Ausrichtung nicht anbieten können. Sie sind daher stark im Großkundengeschäft sowie in Kapitalmarktgeschäften engagiert und stehen hier in direkter Konkurrenz zu den großen privaten Kreditbanken, insbesondere den Großbanken. Genossenschaftliche Zentralbanken übernehmen dagegen in sehr viel stärkerem Maße als die Landesbanken eine Liquiditätsausgleichsfunktion für die angeschlossenen Primärinstitute. Sie sind somit vor allem auf dem Interbanken- und Kapitalmarkt aktiv.

Kleinere Banken nach wie vor überwiegend regional und im Mengengeschäft tätig

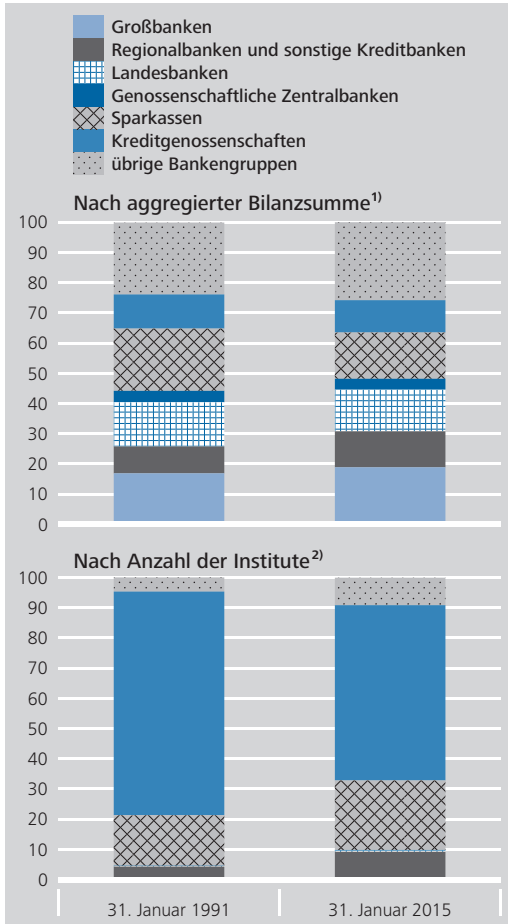
Die Geschäftsmodelle der kleineren, regional orientierten Institute haben sich über die letzten 50 Jahre nicht grundlegend verändert. Ihr auf Kundennähe ausgerichtetes Konzept, und bei den Sparkassen zusätzlich der Grundsatz der Gemeinwohlorientierung, erfordert eine hohe Flächenabdeckung, die nach wie vor über eine große Zahl an Instituten und Filialen erreicht

wird. Mehr als drei Viertel der deutschen Kreditinstitute sind Sparkassen oder Kreditgenossenschaften. Ihre Bilanzsumme beträgt jedoch zusammen weniger als ein Viertel der aggregierten Bilanzsumme des deutschen Bankensystems. Um Kosten zu senken, beschleunigte sich insbesondere bei den über ein sehr großes Filialnetz verfügenden Genossenschaftsbanken in den neunziger Jahren der schon länger zu beobachtende Konsolidierungsprozess. Nach der Jahrtausendwende hat dieser aber wieder an Fahrt verloren. Die Verbundinstitute⁶⁾ bemühten sich, ihre Kundennähe nicht durch einen weiteren Rückzug aus der Fläche zu gefährden und die Ausgliederung und Zusammenfassung bestimmter Geschäftsbereiche in Spezialeinheiten möglichst schonend zu vollziehen. Trotzdem hat sich – über alle Bankengruppen betrachtet – die Gesamtzahl der Institute von 1990 bis 2015 mehr als halbiert. In einem Umfeld zunehmender Digitalisierung hat die Bedeutung der Filialen als Vertriebskanal nochmals nachgelassen und die Notwendigkeit, durch Skaleneffekte Kosten einzusparen, die Ausweitung von Direktangeboten begünstigt. Zudem versuchen viele Institute zunehmend, Fuß im Online-Zahlungsdienstgeschäft zu fassen.

⁶ Diese umfassen Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Bedeutung der einzelnen Banken- gruppen im deutschen Bankensystem

in %



1 Bereinigt um die Position „derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands“. **2** Aufgrund der geringen Anzahl an Instituten sind folgende Bankengruppen in der Graphik schwer erkennbar: Großbanken 4 (5), Landesbanken 9 (11), Genossenschaftliche Zentralbanken 2 (4). Die Zahl in Klammern bezieht sich auf den 31. Januar 1999.

Deutsche Bundesbank

*Deregulierung
 ermöglichte
 Expansion
 großer Banken*

Im Gegensatz zu den kleineren Instituten unterlagen die Geschäftsmodelle der größeren Banken in den zurückliegenden 20 Jahren einem fundamentalen Wandel. Finanzinnovationen, die Finanzmarktintegration und eine den Expansionsdrang der Banken flankierende Finanzmarktderegulierung ermöglichten die Erweiterung der Geschäftsfelder in einem nie da gewesenen Ausmaß. Marktbasierte Geschäfte erschlossen neue Ertragsquellen und neue Finanzierungsformen. Der Ausbau der Kapitalmarktfinanzierung wurde insbesondere durch vier Finanzmarktförderungsgesetze in Deutschland forciert, wobei das dritte im Jahr 1998 auf die Emission von Bankschuldtiteln den größten

Volumeneffekt hatte (vgl. Erläuterungen auf S. 38 f.). Zwar zielten die neuen Regelungen vordergründig auf Kapitalanlagegesellschaften ab, die von 1998 bis 2007 als Kreditinstitute galten und somit den Regelungen des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) unterlagen.⁷⁾ Die Eigenmittel- und Liquiditätsregulierung (6. KWG Novelle) sollte auf diese Institute allerdings nicht angewendet werden.⁸⁾ Darüber hinaus bereitete das dritte Finanzmarktförderungsgesetz den Weg für die Auflegung von Geldmarktfonds. Die damit verbundene wachsende Anzahl an Investoren beflügelte auch die Kapitalmarktfinanzierung der Banken. Nach dem vierten Finanzmarktförderungsgesetz im Jahr 2002 folgte der Finanzmarktförderplan, der als Kernelement das Investmentmodernisierungsgesetz aus dem Jahr 2004 enthielt. Seine zentralen Bestandteile waren die Zulassung von Hedgefonds in Deutschland und Erleichterungen bei den Eigenkapitalvorschriften für Kapitalanlage- und Investmentaktiengesellschaften. Aufseiten der Banken emittierten vor allem größere Institute über Verbriefungszweckgesellschaften verbrieft Forderungen in großem Umfang (darunter Asset Backed Securities, Mortgage Backed Securities) (vgl. Schaubild auf S. 37). Aber nicht nur die Finanzierungsstruktur, sondern auch die Geschäftsaktivitäten größerer deutscher Banken insgesamt wurden maßgeblich von den Änderungen des gesetzlichen Rahmens seit den neunziger Jahren geprägt. Dazu zählte auch die im Jahr 2001 beschlossene Abschaffung der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast des Landesbanken- und Sparkassensektors, die nach mehrjähriger Übergangsfrist im Juli 2005 in Kraft trat. Im Nachhinein wurde deutlich, dass einige der größeren deut-

⁷ Seit den Änderungen des Investmentgesetzes im Jahr 2007 gelten Kapitalanlagegesellschaften nicht mehr als Kreditinstitute. Zudem wurde der Begriff Kapitalanlagegesellschaften im deutschen Recht mit Inkrafttreten des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) im Jahr 2013 durch den Begriff Kapitalverwaltungsgesellschaften ersetzt.

⁸ Vgl.: Y. Bellavite-Hövermann, S. Hintze, G. Luz und P. Scharpf, Handbuch Eigenmittel und Liquidität nach KWG, Schäffer-Poeschl Verlag, Stuttgart 2001, S. 173. Vgl. dazu auch: Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung über die Änderung und Ergänzung der Grundsätze über die Eigenmittel und die Liquidität der Institute, 25. November 1998.

schen Banken in einem ihre Solvenz gefährdenden Ausmaß in verbriefte Forderungen investierten. Neben dem beabsichtigten Effekt der Erhöhung der Attraktivität des deutschen Finanzmarktes hatte die Deregulierung demnach auch eine nicht durchweg nachhaltige Erweiterung der marktbasierteren Geschäfte zur Folge.

Große Banken wuchsen besonders stark

Nicht nur die Ergänzung der traditionellen Bankgeschäfte durch marktbasiertere Geschäfte, sondern auch die Konsolidierungen innerhalb der Säulen resultierten in einer wachsenden individuellen Bankengröße und förderten die Konzentration im Bankensektor. Sowohl die Erweiterung der Geschäftsfelder als auch das Wachstum der Bilanz waren dabei umso ausgeprägter, je größer die betreffende Bank ursprünglich war. Das lässt sich unter anderem damit erklären, dass größere Banken ihren Verschuldungsgrad leichter erhöhen können, da sie eher am Kapitalmarkt aktiv werden können. Auch ist eine Diversifizierung ihrer Aktivitäten einfacher möglich als für kleinere Konkurrenten, da sie Skalen- und Verbundeffekte für verschiedene, parallel verfolgte Geschäfte realisieren können. Entsprechend war diese Entwicklung auf nationaler Ebene vor allem bei den Groß- und Landesbanken sowie den einzelnen größeren Instituten der anderen Bankengruppen zu beobachten. Hierbei handelt es sich nicht um ein auf Deutschland beschränktes Phänomen, sondern um einen globalen Trend in der Entwicklung größerer Banken.⁹⁾

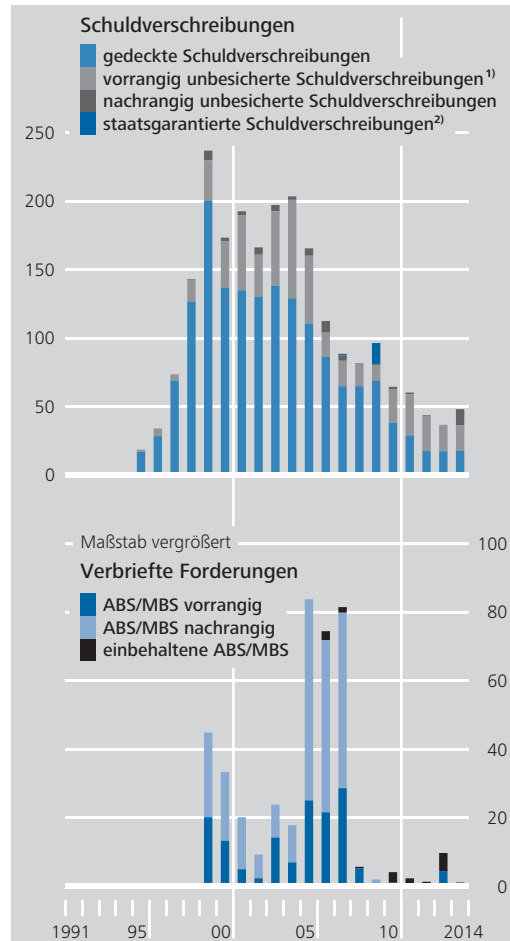
Finanzierungsquellen deutscher Banken

Struktur der Passiva spiegelt die Aktivseite

Das Geschäftsmodell einer Bank prägt wesentlich die Zusammensetzung ihrer Bilanz, sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite. Während klassisches Kreditgeschäft traditionellerweise mit klassischer Einlagenfinanzierung einhergeht, ist bei einer marktorientierten Investitionspolitik typischerweise eine stärkere Inanspruchnahme von Geld- und Kapitalmarkt sowie institutionellen Einlegern für die Finanzierung zu beobachten. Ebenso wie für eine

Bruttoemissionen von Bankschuldtiteln*) deutscher Kreditinstitute

Nominalwerte in Mrd €



Quelle: Dealogic und eigene Berechnungen. * Ohne Schuldtitel von Instituten mit öffentlichem Auftrag und von supranationalen Instituten. ¹ Ohne kurz laufende vorrangige Schuldverschreibungen. ² Staatsgarantien umfassen neben der Zentralregierung auch Garantien der Länder und Lokalregierungen.
 Deutsche Bundesbank

optimale Investitionsstrategie gilt für die Finanzierungsseite prinzipiell ein Diversifikationsgebot. Die Abhängigkeit von einer Finanzierungsquelle allein (oder sogar einer Finanzierungsart oder einem Gläubiger) birgt ceteris paribus ein höheres Liquiditätsrisiko als eine Diversifikation auf verschiedene Finanzierungsquellen.

Die drei Hauptfinanzierungsquellen von Banken sind Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken,

⁹ Vgl.: L. Laeven, L. Ratnovski und H. Tong, Bank Size and Systemic Risk, IMF Discussion Note, Mai 2014.

Bedeutende Änderungen in der Regulierung des deutschen Finanzmarktes bis 2004:¹⁾

1986

Zulassung von Einlagenzertifikaten (CD)

Öffnung der Börsen zum elektronischen Handel

1989

Gründung der deutschen Terminbörse

1990 Februar

Erstes Finanzmarktförderungsgesetz:

- Abschaffung der Börsenumsatzsteuer (ab 1. Januar 1991)
- Abschaffung der Gesellschaftssteuer und der Wechselsteuer (ab 1. Januar 1992)
- Erweiterung der Gesellschaftsmöglichkeiten und des Anlagekatalogs für Kapitalanlagegesellschaften:
 - Zulassung von Finanzterminkontrakten und zum Optionshandel mit Aktien und Rentenpapieren
 - Erlaubnis zum Halten der liquiden Mittel in bestimmten Geldmarktpapieren
 - Zulassung von Rentenfonds mit begrenzter Laufzeit

1990 Dezember

Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz:

- Abschaffung des staatlichen Genehmigungsverfahrens bei Emissionen von Inhaber- und Orderschuldverschreibungen
- Erweiterung der Anlagemöglichkeiten für Versicherungen

1995

Zweites Finanzmarktförderungsgesetz:

- Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für den Wertpapierhandel
- Regelungen zum Insiderhandel
- Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Warenterminbörsen

- Zulassung von „echten“ Geldmarktfonds
- Kapitalanlagegesellschaften wird die Anlage in Geldmarktfonds und die Wertpapierleihe ermöglicht

1998

Drittes Finanzmarktförderungsgesetz:

- Zulassung neuer Fondstypen²⁾
- Kapitalanlagegesellschaften werden als Kreditinstitute klassifiziert³⁾
- Erweiterung des Anlagekatalogs für Kapitalanlagegesellschaften:
 - Zulassung von Aktienfonds mit begrenzter Laufzeit und Aktien-Indexfonds
 - Anlagemöglichkeiten in Derivaten (maximal 49% vom Sondervermögen)
- Verbesserung des Anlegerschutzes und des aufsichtsrechtlichen Instrumentariums

2000

Steuersenkungsgesetz:

- Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften

2002

Viertes Finanzmarktförderungsgesetz:

- Amtliche Preisfeststellung entfällt⁴⁾
- Stärkung des Anlegerschutzes

¹ Die folgende Aufzählung umfasst nur die für diesen Aufsatz relevanten Aspekte. Einige Ausführungen entsprechen nicht mehr dem geltenden Recht.

² Zugelassen werden erstmals Pensions-Sondervermögen, gemischte Wertpapier- und Grundstücks-Sondervermögen, Dachfonds und geschlossene Fonds in der Rechtsform der AG (Investmentaktiengesellschaft). Investmentaktiengesellschaften stellen im Gegensatz zu den Kapitalanlagegesellschaften keine Kreditinstitute nach KWG dar.

³ Kapitalanlagegesellschaften gelten seit 2007 nicht mehr als Kreditinstitute. Auf die nun seit 2013 im Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) geregelten Unternehmen (Investmentgesellschaften, Kapitalverwaltungsgesellschaften ...) sind nur noch einzelne Vorschriften des KWG anzuwenden.

- Explizite Freistellung der Kapitalanlagegesellschaften von der Liquiditätsregulierung
- Erweiterung der Geschäftstätigkeiten von Hypothekenbanken:
 - Zulassung derivativer Geschäfte
 - Zulassung von Derivaten als Deckungswerte

2004

Finanzmarktförderplan 2006:

- Investmentmodernisierungsgesetz⁵⁾
 - Bezogen auf Kapitalanlagegesellschaften: Erleichterung der Kapitalanforderungen (maximal erforderliches Eigenkapital (Anfangskapital und zusätzliche Eigenmittel) 10 Mio €, unabhängig von der Höhe des Sondervermögens
 - Unbegrenzte Anlagemöglichkeiten in Derivate⁶⁾
 - Zulassung von Hedgefonds

- Bezogen auf Investmentaktiengesellschaften: Reduktion des Anfangskapitals von 2 Mio DM auf 300 000 €

4 Die amtliche Feststellung des Börsenpreises erfolgte durch Kursmakler, die von der Börsenaufsichtsbehörde bestellt wurden. Kursmakler waren selbständige Handelsmakler, die am Börsenhandel teilnahmen und denen für den Parketthandel ein bestimmtes Segment ausschließlich zugeteilt war; in diesem Segment waren sie für die Feststellung des amtlichen Börsenpreises zuständig. Die Ermittlung des Börsenpreises erfolgte ab dem vierten Finanzmarktförderungsgesetz an Wertpapierbörsen im elektronischen Handel oder durch zur Feststellung des Börsenpreises zugelassene Unternehmen (Skontroführer).

5 Umfasst auch das Investmentgesetz, das aus dem Zusammenschluss des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften und dem Auslandsinvestment-Gesetz hervorging.

6 Dabei darf sich das Marktrisikopotenzial des Sondervermögens durch den Einsatz von Derivaten höchstens verdoppeln.

Einlagenfinanzierung historisch bedeutendste Finanzierungsquelle der Banken

Verbindlichkeiten gegenüber dem MFI-Sektor¹⁰⁾ und verbrieftete Verbindlichkeiten. Im Zuge der Entwicklung neuer Finanzmarktinstrumente seit den neunziger Jahren kamen Derivate als eine weitere bedeutende Verbindlichkeit hinzu (z. B. Liquiditätsswaps).¹¹⁾ Für das deutsche Bankensystem insgesamt sind Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken die wichtigste Finanzierungsquelle. Im langjährigen Durchschnitt (seit Dezember 1968) wurden so fast 45% der aggregierten Bilanzsumme finanziert. Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen stellen den größten Anteil dieser Verbindlichkeiten dar (in Form von täglich fälligen Einlagen, Spareinlagen und Termineinlagen). Aber auch Versicherungen, die vorwiegend langfristig Finanzierungsmittel (u. a. Banknamenschuldverschreibungen) bereitstellen, sind eine wichtige Gläubigergruppe unter den Nichtbanken.¹²⁾ Durchschnittlich weitere 25% der Bilanzsumme werden durch Einlagen anderer MFI (zwei Drittel Inland und ein Drittel Ausland) finanziert. Die kurzfristigen Interbankenverbind-

lichkeiten dienen dabei vorrangig dem Liquiditätsausgleich am Geldmarkt. Rund die Hälfte der Interbankenverbindlichkeiten ist jedoch längerfristiger Natur mit einer Ursprungslaufzeit von mindestens zwei Jahren. Hierbei handelt es sich neben konzern- oder verbundinterner Finanzierung überwiegend um Einlagen von Förderbanken. Die dritte Finanzierungsquelle, die Emission von Schuldverschreibungen, trägt im langfristigen Durchschnitt noch einmal 20% zur Finanzierung der Banken bei. Banken nutzen diese Finanzierungsart sowohl für die kurz- als auch für die langfristige Mittelbeschaffung.

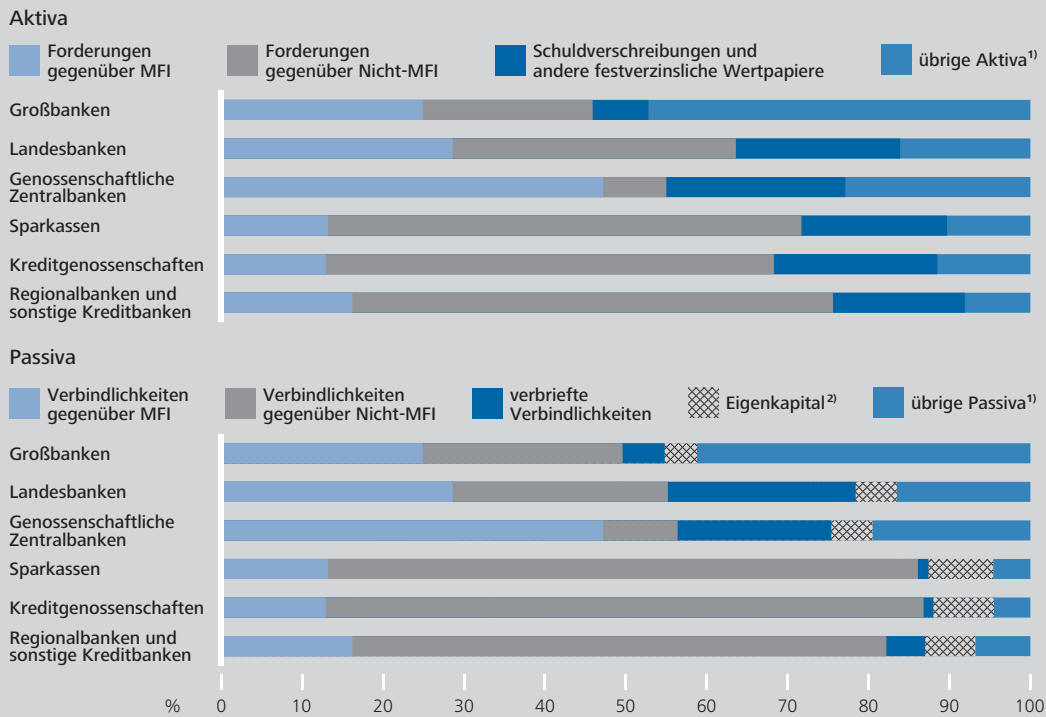
10 Hierzu zählen auch die Verbindlichkeiten gegenüber dem Eurosystem.

11 Vgl.: M. Koetter (2013), a. a. O., S. 20. Der Ausweis der Derivate im Handelsbestand erfolgt in der Bilanzstatistik erst seit Dezember 2010. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2010, Monatsbericht, September 2011, S. 15 ff.

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen, Monatsbericht, März 2014, S. 15–35.

Bilanzstruktur ausgewählter Bankengruppen

Stand: 31. Januar 2015



¹ U.a. derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands. ² Gezeichnetes Kapital, Rücklagen abzgl. ausgewiesenem Verlust, zzgl. der Bilanzstatistikposition „Fonds für allgemeine Bankrisiken“.
 Deutsche Bundesbank

Geringer bilanzieller Eigenkapitalanteil deutscher Banken

Eine weitere ökonomisch bedeutsame Finanzierungsquelle ist das Eigenkapital der Banken. Da das Geschäftsmodell einer Bank typischerweise eine hohe Verschuldung impliziert, ist der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme einer Bank im Vergleich zu nichtfinanziellen Unternehmen sehr viel geringer. So liegt der bilanzielle Eigenkapitalanteil für das deutsche Bankensystem im langjährigen Durchschnitt bei rund 4%.¹³⁾ Im europäischen Vergleich bewegt sich der bilanzielle Eigenkapitalanteil deutscher Banken damit klar am unteren Rand.¹⁴⁾ Sie weisen also einen vergleichsweise hohen Verschuldungsgrad auf.

rapides Wachstum der Interbanken- und Kapitalmärkte geprägt war. Die neuen, oft kurzfristigen Finanzierungsinstrumente enthüllten ihre Schattenseite, und Banken sahen sich unvermittelt hohen Liquiditätsrisiken ausgesetzt. Die sich im Sommer 2007 auf den Geldmarkt ausweitende Subprime-Krise und der Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 erschwerten und verteuerten auch für die deutschen Banken die Finanzierung über den Interbanken- und den Kapitalmarkt. Dabei war zwar kein umfassendes Wegbrechen des Interbankenmarkts für deutsche Banken zu beobachten, dennoch veränderte die Finanzkrise das internationale Finanzierungsumfeld gravie-

Entwicklungen der Finanzierungsstruktur des deutschen Bankensektors in der Finanzkrise

Einbruch der Kapitalmarktfinanzierung ...

Mit der Finanzkrise endete der sich seit den neunziger Jahren vollziehende Trend einer Liberalisierung der Finanzmärkte, der durch ein

¹³ Der bilanzielle Eigenkapitalanteil setzt die Summe aus dem gezeichneten Kapital, den Rücklagen und dem „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ ins Verhältnis zur Bilanzsumme (Vgl.: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik, Statistisches Beiheft 1 zum Monatsbericht, S. 9).

¹⁴ Quelle: harmonisierte MFI-Bilanzstatistik des Euro-Raums. Hierbei ist zu beachten, dass es in den nationalen Rechnungslegungsvorschriften sowohl im Hinblick auf die Eigenkapitaldefinition als auch die Bilanzsumme Unterschiede geben kann.

rend. Insbesondere die Risikowahrnehmung in Bezug auf Liquidität und Kontrahentenausfall wurde geschärft und führte unter anderem dazu, dass die vor der Krise häufig unbesicherten Interbankengeschäfte nunmehr in großen Teilen durch besicherte Geschäfte ersetzt wurden.¹⁵⁾ Auch für Neuemissionen am Kapitalmarkt verschlechterte sich das Umfeld, da einerseits deutlich höhere Risikoprämien als in der Vergangenheit verlangt wurden und sich zum anderen aufgrund der Unsicherheit die Absatzmöglichkeiten auch quantitativ verschlechterten. Gleichzeitig nahm die Attraktivität der Zentralbankrefinanzierung für Banken infolge der Umstellung der Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems vom Zinstender auf den Mengentender mit Vollzuteilung (ab Oktober 2008) einhergehend mit der drastischen Senkung des Zinses für Hauptrefinanzierungsgeschäfte deutlich zu.¹⁶⁾ Mit Ergreifen der geldpolitischen Sondermaßnahmen in Reaktion auf die sich ausweitende Staatsschuldenkrise und insbesondere durch die Bereitstellung langfristiger Refinanzierungsmittel zu sehr niedrigen Zinssätzen durch das Eurosystem Ende 2011/Anfang 2012 wurde die Finanzierung über den Kapitalmarkt aus preislicher Sicht zunehmend unattraktiver. Dies war ein wesentlicher Faktor dafür, dass die Neuemissionen von Bankschuldverschreibungen und Pfandbriefen systematisch hinter den Tilgungsvolumina zurückblieben. In der Folge war ein Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten deutscher Banken um fast ein Drittel (im Vergleich zum Bestand im Juli 2007) zu beobachten, der sich bei den sonstigen Bankschuldverschreibungen insbesondere auf das mittelfristige Laufzeitenspektrum, zwischen über einem und bis vier Jahren Anfangslaufzeit, konzentrierte.¹⁷⁾

... bewirkte keine Schrumpfung des deutschen Bankensystems, ...

Trotz der seit über sieben Jahre andauernden Finanzkrise ist nur bei den stark von Restrukturierungen und Abwicklungen betroffenen Bankengruppen der Landesbanken und Realkreditinstitute eine deutliche Schrumpfung der aggregierten Bilanzsumme feststellbar. Diese schlägt sich auch in der Entwicklung der aggregierten Bilanzsumme des deutschen Bankensystems

insgesamt nieder.¹⁸⁾ Sofern die Nutzung der Kapitalmarktfinanzierung deutscher Banken nicht auf diese beiden Bankengruppen beschränkt war, muss folglich der starke Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten durch andere Finanzierungsquellen kompensiert worden sein, da er nicht mit einem Bilanzabbau einherging. Dabei ist eine gezielte Substitution von Kapitalmarktfinanzierung durch die Banken selbst streng genommen nur über eine Ausweitung der Zentralbankrefinanzierung oder eine Eigenkapitalerhöhung möglich, da sich die Einlagenfinanzierung nicht direkt durch die Banken steuern, sondern nur durch die Konditionengestaltung indirekt beeinflussen lässt. Aus Sicht der Banken stellen Einlagen deshalb eine eher „passive Finanzierungsquelle“ dar.

Dennoch erlebt die Finanzierung über Nichtbanken für alle Bankengruppen eine Renaissance. In absoluter Betrachtung wurden diese Verbindlichkeiten als einzige Finanzierungsquelle seit Ausbruch der Finanzkrise ausgeweitet. Dazu haben sicherlich auch die Vorteile der Einlagenfinanzierung im Vergleich zu Interbankenverbindlichkeiten und zur Kapitalmarktfinanzierung beigetragen: Einlagen sind aus Sicht der Institute günstig, unbesichert und – obwohl kurzfristig abziehbar – besonders in Deutschland sehr stabil. Die regulatorische Bewertung, beispielsweise im Zusammenhang mit der Liquiditätsregulierung, geht in dieselbe Richtung, und trägt daher zur zunehmenden Attraktivität dieser Finanzierungsquelle bei. Dass eine verstärkte Einlagenfinanzierung nicht nur für ein-

... sondern eine Substitution dieser durch Einlagenfinanzierung

¹⁵ Der Trend zur Besicherung setzte bereits deutlich vor Ausbruch der Finanzkrise ein – ungefähr um die Jahrtausendwende. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzsystem im Wandel: Neue Bedeutung der Repomärkte, Monatsbericht, Dezember 2013, S. 59–74.

¹⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise, Monatsbericht, April 2014, S. 39–63.

¹⁷ Sonstige Bankschuldverschreibungen umfassen jegliche Schuldverschreibungen außer Hypothekenpfandbriefe, öffentliche Pfandbriefe und Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten.

¹⁸ Der Rückgang der aggregierten Bilanzsumme ist auch nach Berücksichtigung des gegenläufigen Effekts durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz im Jahr 2010, das u. a. die Bilanzierung von Derivaten des Handelsbestandes einführte, zu beobachten.

Finanzierungsstruktur deutscher Banken seit der Finanzkrise im Wandel

zelne Banken durch Abwerben der Kundeneinlagen von anderen Instituten, sondern auch im Aggregat möglich war, ist jedoch vor allem der Umschichtung (z. B. aus Anleihen und Aktien in Einlagen bei Banken) und Neubildung von Geldvermögen der deutschen privaten Haushalte geschuldet.¹⁹⁾

Trotz der Vielfalt der Geschäftsmodelle im deutschen Bankensystem lassen sich drei Charakteristika der gegenwärtigen Finanzierungsstruktur deutscher Banken identifizieren. Erstens erlangten Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken eine deutlich größere Bedeutung als vor der Finanzkrise, wenn auch bei Weitem nicht in dem Maß wie in den sechziger Jahren, als Einlagen nicht nur für Sparkassen und Kreditgenossenschaften, sondern auch für Kreditbanken (Großbanken und Regionalbanken und sonstige Kreditbanken) die bedeutendste Finanzierungsquelle waren. Zweitens findet sich mit Ausnahme von Kundeneinlagen und konzern- oder verbundinternen Krediten kaum noch eine unbesicherte Finanzierung in den Bankbilanzen. Und drittens fand während der Finanzkrise eine Verkürzung der vertraglich vereinbarten Laufzeiten auf der Passivseite statt. Die angedeuteten Entwicklungen sollen im Folgenden für ausgewählte Bankengruppen näher beleuchtet werden.

Großbanken

Krise beendete Ausbau der Kapitalmarkt- und Interbankenfinanzierung von Großbanken ...

Großbanken finanzierten sich vor der Finanzkrise zu je einem guten Drittel über den Interbankenmarkt und über Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, zumeist in Form von Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen. Verbriefte Verbindlichkeiten waren dagegen von deutlich geringerer Bedeutung (12% der Bilanzsumme). In der Finanzkrise ist der vor allem in den neunziger Jahren zu beobachtende Ausbau der Interbanken- und Kapitalmarktfinanzierung der Großbanken zum Stillstand gekommen. Verbriefte Verbindlichkeiten unterliegen seit Beginn der Krise einem starken Preisverfall und werden seit 2010 kontinu-

ierlich abgebaut, sodass deren in der Bilanz ausgewiesenes Volumen nur noch rund zwei Drittel desjenigen vor der Finanzkrise beträgt. Im Gegensatz zu den Rückgängen in der verbrieften Finanzierung hat der Interbankenmarkt – und hier insbesondere der ausländische Interbankenmarkt – für die Großbanken nichts von seiner Bedeutung für die Finanzierung eingebüßt. Das Volumen ihrer Interbankenverbindlichkeiten liegt nur geringfügig unter ihrem Vorkrisenniveau. Ein gutes Drittel der Verbindlichkeiten besteht in Form derivativer Finanzinstrumente. Es lässt sich aber keine zuverlässige Aussage darüber treffen, ob sich dieser Anteil im Vergleich zur Zeit vor der Finanzkrise geändert hat, da derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes für Zwecke der monatlichen Bilanzstatistik der Banken erst seit Dezember 2010 ausgewiesen werden müssen.²⁰⁾ In erster Linie dürften Derivate allerdings der Gewinnerzielung und der Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken dienen. Aufgrund ihrer kurzfristigen Natur stellen sie zudem eine äußerst flexible Finanzierungsart dar, die eine taggenaue Steuerung im Liquiditätsrisikomanagement ermöglicht, was sich wiederum in einer entsprechend hohen Volatilität in der Nutzung derselben niederschlägt.²¹⁾ Nachdem sie während der Verschärfung der Staatsschuldenkrise bis Mai 2012 stetig aufgebaut wurden, folgte ein kräftiger Rückgang dieser Instrumente in den Bilanzen der Großbanken. Dies dürfte unter anderem auf das gegenwärtige Zinsumfeld, in dem diese Geschäfte nur geringe Ertragschancen eröffnen, sowie auf die regulatorischen Neuerungen im Rahmen der europäischen Umsetzung von Basel III zurückzuführen sein.²²⁾

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass Großbanken wieder vermehrt um Einlagen werben. Ihr Einlagenbestand hat im Vergleich zu vor der

... und führte zu einer verstärkten Einlagenfinanzierung

¹⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Entwicklung des Vermögens und des Portfolioverhaltens der privaten Haushalte in Deutschland, Monatsbericht, Februar 2014, S. 46–47.

²⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank, September 2011, a. a. O.

²¹ Vgl.: M. Koetter (2013), a. a. O., S.20.

²² Kontrahentenrisiken von OTC (over the counter = außerbörslicher Handel)-Derivaten sind gemäß Basel III erstmalig mit Eigenkapital zu unterlegen.

Finanzkrise leicht zugenommen und stellt nun nach den derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes die bedeutendste Art von Verbindlichkeiten dar. Im Ergebnis ist zwar in der Finanzierung der Großbanken gegenwärtig ein ähnlich hoher Diversifizierungsgrad wie in der Phase der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Globalisierung zu beobachten, allerdings mit markanten Verschiebungen in den relativen Gewichten. Insbesondere die Finanzierung über den Kapitalmarkt spielt eine deutlich geringere Rolle als vor der Finanzkrise und in der Phase der Finanzmarktliberalisierung der neunziger Jahre. Neu ist auch der hohe Anteil von täglich fälligen Verbindlichkeiten (Einlagen und Interbankenverbindlichkeiten) an den Gesamtverbindlichkeiten (40% im Vergleich zu 26% im Juli 2007). Insbesondere fand eine Verschiebung von den kurzen Laufzeiten hin zu täglich fälligen Verbindlichkeiten statt, weshalb der Anteil der Summe beider Verbindlichkeiten mit 64% zwar hoch, aber im historischen Vergleich nicht ungewöhnlich hoch ist.²³⁾

Verbundinstitute

*Verbundinstitute
in der Krise
gewachsen*

Ein ganz anderes Geschäftsmodell als das stark auf den globalen Markt und Investmentbankaktivitäten ausgerichtete Modell der Großbanken verfolgen die Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Beide Bankengruppen gehören Verbänden an und haben innerhalb derselben prinzipiell die Rolle des regional fokussierten Kreditinstituts, das überwiegend Massengeschäft betreibt. Ihre Finanzierung ist daher stark auf Einlagen privater Haushalte und Unternehmen gestützt (gut 70% der Bilanzsumme). Über den Interbankenmarkt (hauptsächlich über die jeweiligen Zentralinstitute) werden weitere knapp 15% akquiriert. Den Kapitalmarkt nutzen beide Bankengruppen dagegen kaum in direkter Form. Beide Verbundsysteme sehen in diesem Punkt eine recht eindeutige Rollenverteilung vor, wonach die Emissionstätigkeit den Zentralinstituten (Landesbanken bzw. Genossenschaftliche Zentralbanken) vorbehalten ist und diese den Primärinstituten in Form von Kre-

diten die benötigten Finanzierungsmittel zur Verfügung stellen. Die aggregierte Bilanzsumme der Sparkassen wuchs seit Juli 2007 um 10%, während die Kreditgenossenschaften ihre Bilanzen im selben Zeitraum um ein Viertel ausweiteten.²⁴⁾ Diese Expansion wurde in beiden Bankengruppen durch eine kräftige Ausweitung des Einlagenbestandes finanziert, der darüber hinaus auch die fast vollständig zurückgeführte Kapitalmarktfinanzierung ersetzte. Die Sparkassen reduzierten zudem in der Finanzkrise ihre Interbankenverbindlichkeiten um 25% (sowohl diejenigen gegenüber den Landesbanken als auch die übrigen), wobei überwiegend lange Laufzeiten abgebaut wurden (-30%), die dessen ungeachtet auch weiterhin den überwiegenden Teil ihrer Interbankenverbindlichkeiten stellen. Die Kreditgenossenschaften erhöhten dagegen ihre langfristigen Interbankenverbindlichkeiten – der größere Teil besteht gegenüber den Zentralinstituten – im selben Ausmaß wie die Kundeneinlagen (jeweils um ein Drittel).

Die zentrale Bedeutung der Einlagen als Finanzierungsquelle für Sparkassen und Kreditgenossenschaften bringt eine stärkere Verkürzung der Laufzeiten auf der Passivseite mit sich, als das für andere Bankengruppen der Fall ist. Die sinkenden und seit geraumer Zeit sehr niedrigen Zinssätze für alle Anlagehorizonte veranlassen die Kunden, Geldanlagen überwiegend in kurzfristiger, sehr liquider Form zu tätigen, sofern sie nicht in riskantere Anlageformen investieren wollen. Gegenwärtig haben rund 90% der Kundeneinlagen bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften eine Ursprungslaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Laufzeitverkürzung der Kundeneinlagen und der wachsende Anteil der Ein-

*Hoher Anteil
sehr kurzfristiger
Finanzierung bei
Verbund-
instituten*

²³ In den Jahren 2005 bis 2008 war der Anteil ähnlich hoch bei allerdings umgekehrten Anteilen beider Komponenten.

²⁴ Dieser Vergleich bezieht sich auf die in der monatlichen Bilanzstatistik ausgewiesenen Zahlen, die allerdings das Geschäftsvolumen der Sparkassen etwas unterzeichnet, da der S-Kreditpartner nicht den Status eines MFI hat, da kein Einlagengeschäft, sondern ausschließlich Kreditgeschäft betrieben wird. Die TeamBank AG, die für die Kreditgenossenschaften eine ähnliche Rolle einnimmt, wird dagegen in der Statistik erfasst, da sie die Definition eines MFI erfüllt.

lagen an der Gesamtfinanzierung bewirkten, dass der Anteil aller Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu einem Jahr von gut 60% im Juli 2007 auf nunmehr über 70% der Gesamtverbindlichkeiten bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften angestiegen ist. In etwas abgeschwächter Form ist diese Entwicklung auch bei den Regionalbanken zu beobachten, die – ähnlich wie die Sparkassen und Kreditgenossenschaften – mehrheitlich auf das klassische Einlagen- und Kreditgeschäft ausgerichtet sind. Da ihre Finanzierungsstruktur derjenigen der Sparkassen sehr ähnelt und zudem die Zusammensetzung dieser Bankengruppe im Zeitablauf starken Schwankungen unterworfen ist, wird sie in der weiteren Darstellung vernachlässigt.

Genossenschaftliche Zentralbanken

Liquiditätsausgleichsfunktion im Verbund bei Genossenschaftlichen Zentralinstituten weiterhin zentral, ...

Die zwei Genossenschaftlichen Zentralbanken nehmen in ihrem Finanzverbund eine zentrale Stellung im Liquiditätsausgleich der angeschlossenen Kreditinstitute ein. Dazu dürfte neben der überwiegend geringen Betriebsgröße der 1 047 Kreditgenossenschaften unter anderem die strikt subsidiäre Organisationsstruktur des Finanzverbundes beitragen. Rund die Hälfte der Finanzierung stammt aus dem Interbankenmarkt, wobei im Verbund nur gut ein Drittel dieser Mittel – überwiegend kurzfristig – aufgenommen wird. Daran hat auch die Finanzkrise nichts geändert. Ein Fünftel wird über langfristige Kapitalmarktemissionen akquiriert, die in der Finanzkrise entgegen dem allgemeinen Trend um ein Drittel gestiegen sind. Die Kreditgenossenschaften stellen dabei neben den inländischen privaten Haushalten die größte Gläubigergruppe dar. Die nicht verbrieften Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken spielen dagegen nur eine geringe Rolle. Hier sind vor allem Versicherungen und Investmentfonds als Anleger von Bedeutung. Einlagen privater Haushalte werden von den Zentralinstituten so gut wie nicht gehalten, da diese Rolle den Kreditgenossenschaften zufällt.

Landesbanken

Landesbanken nehmen zwar traditionell in ihrer Funktion als Zentralinstitute der Sparkassen eine ähnliche Rolle ein wie die Genossenschaftlichen Zentralbanken gegenüber den Kreditgenossenschaften, allerdings hat sich das Geschäftsmodell einer Reihe von Instituten dieser Bankengruppe in den letzten Jahren demjenigen der Großbanken deutlich angenähert. Die Abschaffung der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast und die in der Finanzkrise geforderten Auflagen der Europäischen Kommission bewirkten eine grundlegende Änderung der Finanzierungsstruktur der Landesbanken. Im Zuge der Finanzkrise wurde dann vor allem die Finanzierung über ausländische Banken und über den Kapitalmarkt drastisch reduziert. Die aggregierte Bilanzsumme der Landesbanken schrumpfte um fast ein Drittel und die Zahl der Institute reduzierte sich von 12 auf neun.²⁵⁾ In ihre gegenwärtige Finanzierungsstruktur gehen alle drei Hauptfinanzierungsquellen mit jeweils ungefähr gleicher Bedeutung ein, was unter anderem auf die Funktion im Sparkassenverbund zurückzuführen ist. Bei allen Ähnlichkeiten der Geschäftsmodelle der Landesbanken mit denjenigen der Großbanken nutzen Landesbanken damit verbrieft Verbindlichkeiten noch immer deutlich stärker für die Finanzierung als die Großbanken. Auch wenn Landesbanken im Vergleich zu den Genossenschaftlichen Zentralbanken ihre Rolle im Liquiditätsausgleich des Verbundes in geringerem Ausmaß als in der Vergangenheit ausfüllen, da viele größere Sparkassen hierauf nicht mehr zwingend angewiesen sind, nehmen sie diese Funktion vor allem

... bei Landesbanken abnehmend

²⁵ Darin ist sowohl die DekaBank Deutsche Girozentrale als auch die Landesbank Berlin AG enthalten, die sich ab etwa Ende 2014/Anfang 2015 infolge der Neuausrichtung ihrer Geschäftsaktivitäten nahezu vollständig auf das Geschäft ihrer Marke Berliner Sparkasse konzentriert. Keines der drei weggefallenen Institute ist vollständig aus dem Markt ausgetreten. Während die Landesbank Sachsen und die Landesbank Rheinland Pfalz 2008 von der Landesbank Baden-Württemberg übernommen wurden, unterlag die Westdeutsche Landesbank der Restrukturierung. Sie wurde in die dem Staatssektor zugehörige Erste Abwicklungsanstalt und die Portigon AG aufgespalten, wobei nur erstere liquidiert wird. Das Verbundgeschäft der ehemaligen WestLB ist in der Landesbank Hessen-Thüringen aufgegangen.

für die vielen kleineren Institute noch immer wahr.

Diskussion der Entwicklungen in der Finanzkrise

Diversifikation der Finanzierungsstruktur

Finanzierungsstruktur der Bankengruppen lässt sich in zwei Lager aufteilen

Die Betrachtung der Finanzierungsstruktur der einzelnen Bankengruppen zeigt, dass sich die Banken in zwei Lager aufteilen lassen: in Institute, die sich überwiegend über Einlagen von privaten Nichtbanken finanzieren (Sparkassen und Kreditgenossenschaften zu fast drei Vierteln, Regionalbanken zu zwei Dritteln der Bilanzsumme) und in Institute, die ihre Finanzierung stärker diversifizieren. Die zweite Gruppe schließt vorwiegend die größeren Banken ein, wobei die Gewichtung der einzelnen Finanzierungsquellen je nach verfolgtem Geschäftsmodell durchaus unterschiedlich ausfällt. Die Geschäftsmodelle reichen dabei von Zentralinstituten (Genossenschaftliche Zentralbanken, Landesbanken) bis zu großen Universalbanken mit umfangreichen Handelsaktivitäten.

Diversifizierte Finanzierungsstruktur wirkt grundsätzlich stabilisierend

Grundsätzlich birgt die Konzentration auf eine Finanzierungsquelle die Gefahr, sich in Krisensituationen einem Liquiditätsengpass ausgesetzt zu sehen, während eine diversifizierte Finanzierungsstruktur prinzipiell zur Liquiditätssicherung beiträgt. Allerdings lässt sich diese Regel aufgrund institutioneller Besonderheiten nicht ohne Weiteres auf alle Finanzierungsquellen übertragen. So verringert zum Beispiel die Einlagensicherung die Gefahr kurzfristiger massenhafter Abzüge gedeckter Einlagen²⁶⁾ und macht diese Finanzierungsquelle dadurch auch in Krisenzeiten vergleichsweise stabil, selbst wenn die Einlagen auf eine Kundengruppe und Region konzentriert sind. Im Gegensatz dazu werden kurzfristige institutionelle Einlagen, die nicht gesetzlich geschützt sind, im Falle drohender Schieflagen oder erster Anzeichen davon in der Regel sofort abgezogen.²⁷⁾ Eine Konzentration auf diese Finanzierungsart stellt daher ein

größeres Liquiditätsrisiko dar als bei Kundeneinlagen. Eine Diversifikation auf viele Gläubiger und Regionen mindert das mit kurzfristigen institutionellen Einlagen verbundene Liquiditätsrisiko kaum. Auch in der Kapitalmarktfinanzierung, beispielsweise über Verbriefungen, können sich abzeichnende Störungen schnell zu einem Versiegen des jeweiligen Marktsegments führen, was einem Wegbrechen dieser Finanzierungsquelle entspricht. Eine vergleichende Beurteilung der Finanzierungsstrukturen allein anhand der Zusammensetzung der Passivseite ist allerdings kaum möglich, da die Struktur der Aktivseite ebenfalls Möglichkeiten der Liquiditätsbeschaffung vorsieht.

Anreize zu besicherter Finanzierung

Die Nachteile der Finanzierung über kurzfristige institutionelle Einlagen („wholesale funding“) wurden in der Finanzkrise stark in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, da sich die damit verbundenen Risiken erstmals großflächig materialisiert hatten. Dennoch spielt diese Finanzierungsform weiterhin eine wichtige Rolle für die Banken. Sie hat die Funktion eines Puffers inne, mit dem kurzfristiger Liquiditätsbedarf gedeckt werden kann. Da sie zusammen mit den Kosten für die Kapitalmarktfinanzierung die jeweiligen marginalen Fremdfinanzierungskosten der Bank angibt, dient sie auch der internen Preissetzung für Kredite. Im Wesentlichen sind größere Banken in ihrer Finanzierung und ganz besonders in der Liquiditätssteuerung auf solche Mittel fokussiert, um effizient agieren zu können. Allerdings hat die Finanzkrise nicht nur die Gefahr einer sich vorrangig auf kurzfristige institutionelle Einlagen stützenden Finanzierungsstrategie aufgezeigt, sondern auch auf Investoren-

Trend zur besicherten Finanzierung ...

²⁶ Gedeckte Einlagen sind seitens eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes geschützte Einlagen im Umfang von 100 000 € pro Einleger. Vgl.: Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (2014), Artikel 6.

²⁷ Vgl.: R. Huang, L. Ratnovski (2011), The dark side of wholesale funding, *Journal of Financial Intermediation*, Vol. 20, S. 248–263.

Anpassung deutscher Banken an die Liquiditätsdeckungsquote

Die verpflichtende Einhaltung der Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio: LCR) ab 1. Oktober 2015 dürfte beim Gros der deutschen Banken keinen erhöhten Anpassungsbedarf hervorrufen: Ende Juni 2014 erfüllten laut Basel III Monitoring Report¹⁾ bereits alle Banken in der Stichprobe²⁾ bis auf eines der größeren Institute (Gruppe 1) und bis auf zwei kleinere Banken in der Gruppe 2 die LCR zu den geforderten 60% (Liquiditätsbedarf insgesamt 1,2 Mrd €). Mehr als drei Viertel der Banken der Gruppe 2 erfüllen die LCR sogar bereits zu 100%; die übrigen Institute benötigen bis 2018 insgesamt noch 0,7% mehr an liquiden Aktiva. Vier Banken der Gruppe 1 müssen bis zur vollen Erfüllung der LCR ihre liquiden Aktiva noch um 6,7% gegenüber dem jetzigen Niveau steigern.

Die Annäherung an die Mindestanforderung erfolgte vor allem durch Aufbau des Bestandes an liquiden Wertpapieren (vor allem Staatsanleihen), die für den gesamten deutschen Bankensektor in etwa die Hälfte des anrechenbaren Bestandes an hochliquiden Aktiva ausmachen. Gerade auch im Euro-Raum-Aggregat sind liquide Wertpapiere (wie Staatsanleihen) die wichtigste Komponente der hochliquiden Aktiva. Bei den größeren Banken (Gruppe 1) hält sich die Bedeutung allerdings

die Waage mit der Komponente Barmittel und Zentralbankguthaben.³⁾ Laut Untersuchungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA)⁴⁾ hat sich die bisherige Annäherung europäischer Banken an die Erfordernisse der LCR nicht dämpfend auf die Kreditvergabe an kleine und mittelständische nichtfinanzielle Unternehmen ausgewirkt. Vor dem Hintergrund der gegenwärtig großzügigen Liquiditätsbereitstellung durch das Eurosystem mag eine Liquiditätsregulierung allerdings derzeit für die meisten Banken keine bindende Restriktion darstellen.

1 Deutsche Bundesbank, Ergebnisse des Basel III Monitoring für deutsche Institute, Stichtag 30. Juni 2014, März 2015.

2 Die Stichprobe umfasst zum Stichtag 44 Institute; davon fallen acht in die Gruppe der größeren Institute (Gruppe 1), die damit eine hohe Abdeckung gemessen am gesamten deutschen Bankensystem erreicht und 36 in die Gruppe der kleineren Institute (Gruppe 2), deren Repräsentativität geringer einzuschätzen ist. Detailliertere Informationen sind dem Monitoring Report zu entnehmen.

3 Siehe: EBA, CRD IV – CRR/Basel III monitoring exercise, Results based on data as of 30 June 2014, März 2015.

4 Siehe: EBA, Report on impact assessment for liquidity measures under Article 509(1) of the CRR, (2013).

seite zu einer stärkeren Wahrnehmung des Kontrahentenrisikos geführt und sie dazu veranlasst, sich gegen solche Risiken abzusichern und verstärkt besicherte Produkte nachzufragen. So werden vor allem kurzfristige Interbankkredite seit der Finanzkrise nicht mehr unbesichert, sondern überwiegend besichert in Form von Repo-Geschäften vergeben. Auch ungedeckte Schuldverschreibungen werden zunehmend von gedeckten Anleihen verdrängt. Dieser bereits vor der Krise einsetzende Trend zur besicherten Finanzierung wurde durch die Krise verstärkt und durch die jüngere Regulierung zusätzlich gefördert.

Die ab 2015 schrittweise einzuführende Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio: LCR)²⁸⁾ ist von dem Grundsatz geprägt, dass insbesondere bei Interaktion mit institutionellen Kreditgebern eine kurzfristige besicherte Finanzierung in Liquiditätsstressphasen seltener abgezogen wird, beziehungsweise durch den Kreditnehmer leichter zu ersetzen ist, als eine kurz-

fristige unbesicherte Finanzierung. Allerdings werden bestimmte Liquiditätsanforderungen an die Besicherung gestellt, damit die zugrunde liegende Finanzierung als stabiler eingestuft werden kann.²⁹⁾ Besonders Institute mit einem hohen Anteil an kurzfristiger Finanzierung könnten daher verstärkt besicherte Finanzierungsformen nutzen, um die Liquiditäts-

28 Die LCR setzt den Bestand an hochliquiden Aktiva ins Verhältnis zum Netto-Zahlungsabgang innerhalb von 30 Tagen, der in einem schweren Liquiditätsstressszenario zu erwarten ist. Die LCR wird schrittweise ab 1. Oktober 2015 (Einhaltung durch die Institute zu 60% erforderlich) bis 2018 (Einhaltung zu 100% erforderlich) eingeführt. Vgl.: Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute.

29 Die LCR definiert zu diesem Zweck den Liquiditätsgrad der verschiedenen Aktiva. Eine Ausnahme bilden hier gegen Sicherheiten erfolgende Kreditgeschäfte mit der Zentralbank. Ist beispielsweise die der LCR unterliegende Bank in der Rolle des Kreditnehmers, gelten Zentralbankkredite unabhängig von der Liquidität der gestellten Sicherheiten als maximal stabile Finanzierung. Es wird also angenommen, dass diese Art der Finanzierung bei Fälligkeit immer zu gleichen Konditionen erneuert werden kann. Vgl. dazu auch die Erläuterungen auf S. 51 f.

... wird
sowohl durch
Liquiditäts-
regulierung
verstärkt ...

deckungsquote zu erfüllen. Allerdings verfügen solche Institute (vor allem größere private Kreditbanken) in der Regel auch über große Bestände an hochliquiden Aktiva, wie beispielsweise mit 0% Risikogewicht belegte Staatsanleihen, die ihnen eine weitere Möglichkeit eröffnen, die LCR zu erfüllen, da damit hohe kurzfristige, unbesicherte Finanzierungsabflüsse kompensiert werden können.³⁰⁾ Die bisherige Anpassung deutscher Banken an die LCR wird in den Erläuterungen auf Seite 46 dargestellt. Die Ausführungen auf Seite 48 f. erläutern, inwiefern sich die Liquiditätsregulierung auf die Strukturen von Aktiv- und Passivseite einer Bank auswirken können.

... als auch durch Bail-in-Regeln

Der regulatorisch verstärkte Anreiz zur Besicherung wird möglicherweise bei einer anderen gesetzlichen Neuerung, nämlich dem in Deutschland bereits ab 2015 einsetzbaren Bail-in-Instrument, noch deutlicher.³¹⁾ Denn bei dieser nun möglichen Gläubigerhaftung im Fall der Abwicklung einer Bank müssen Inhaber unbesicherter Forderungen, obwohl kein Insolvenzverfahren durchlaufen wird, mit einer Wertminderung rechnen.³²⁾ Gläubiger besicherter Verbindlichkeiten hingegen sind vom Bail-in ausgenommen und können im Liquidationsfall durch Verwertung der gestellten Sicherheiten im besten Fall einen Verlust vermeiden. Ein hoher Anteil besicherter Finanzierung an der Bankbilanz führt allerdings dazu, dass ein großer Teil der Vermögenswerte für die Besicherung verwendet wird und damit gebunden ist. Dies senkt tendenziell für Gläubiger unbesicherter Verbindlichkeiten im Liquidationsfall die verwertbare Haftungsmasse. Die Einführung des Bail-in-Instruments könnte daher den Trend zu besicherter Finanzierung durch erhöhte Nachfrage seitens der Investoren verstärken. Die Auswirkungen hängen aber stark davon ab, ob ein Bail-in für die Marktteilnehmer glaubwürdig erscheint. Um trotz solcher Effekte im Bail-in-Fall genügend Haftungsmasse zur Verfügung zu haben, müssen die Institute Mindestanforderungen an den Bestand an Eigenmitteln und der im Bail-in-Fall berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten erfüllen. Die Begebung von un-

besicherten Anleihen dürfte somit infolge ihrer höheren Verlustquote (Loss Given Default) für Banken tendenziell teurer werden.³³⁾ In der Folge könnte auch die Attraktivität gedeckter Kundeneinlagen als unbesicherte und vom Bail-in ausgenommene Finanzierungsquelle noch einmal erheblich zunehmen.³⁴⁾ Zudem genießen über das gedeckte Volumen hinausgehende Einlagen von natürlichen Personen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen Vorzug gegenüber dem Großteil der im Bail-in berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten anderer Gläubigergruppen.³⁵⁾

Bedeutung der Einlagenfinanzierung

Insoweit eine verstärkte Finanzierung über Kundeneinlagen zu einem verschärften Wettbewerb um diese Einlagen führt, könnten sie in der Folge für die einzelne Bank an Stabilität verlieren, sofern sich die mittlere Haltedauer (die Zeit, die eine Einlage im Durchschnitt unabhängig von der vereinbarten Laufzeit in der Bank verbleibt) infolge des Anpassungsverhaltens der

*Kundeneinlagen
sehr stabile
Finanzierungs-
quelle in der
LCR ...*

30 Tatsächlich stellt die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) in einer ersten Untersuchung zu möglichen Auswirkungen der Liquiditätsregulierung auf europäische Banken fest, dass international aufgestellte Großbanken mit breit diversifiziertem Geschäftsmodell bislang ihre hohen kurzfristigen potenziellen Zahlungsabflüsse durch große Volumina an besonders liquiden Aktiva (Wertpapieren) kompensieren. Vgl.: EBA (2013), Report on impact assessment for liquidity measures under Article 509(1) of the CRR. **31** Zur genaueren Darstellung der neuen Regelungen für die Sanierung und Abwicklung von Banken vgl.: Deutsche Bundesbank, Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, Monatsbericht, Juni 2014, S. 31 ff. Die Möglichkeit zur Anwendung des Bail-in-Instruments ist erst ab 2016 europaweit verpflichtend einzuführen, ist aber in Deutschland bereits ab 2015 umgesetzt.

32 Dabei gilt auch für das Bail-in-Verfahren, dass bei einer Abwicklung kein Gläubiger schlechter gestellt werden darf als im Falle einer Insolvenz.

33 Das Ausmaß dieser preislichen Wirkung hängt auch von der genauen Ausgestaltung der zuvor beschriebenen Mindestanforderungen ab, zu denen die EBA plant, im Juli 2015 technische Standards zu empfehlen. Für global systemrelevante Banken könnte zudem der Standard für verlustabsorbierendes Kapital, den der Finanzstabilitätsrat gegenwärtig entwickelt, relevant werden.

34 Zur Diskussion der Kostenbeiträge der Einlagensicherungssysteme vgl.: Deutsche Bundesbank, Juni 2014, a. a. O., S. 41.

35 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Juni 2014, a. a. O.

Internalisierung der Kosten externer Effekte durch Einführung einer neuen Liquiditätsregulierung

In ihrer Funktion als Dienstleister der Realwirtschaft stellen Banken Unternehmen langfristige Kredite bereit, die sie mit kurzfristigen Verbindlichkeiten finanzieren. Fristentransformation ist somit eine zentrale Aufgabe des Bankensystems. Für diese Dienstleistung erhalten die Eigner der Bank eine Prämie, die letztlich für die Erzeugung von Liquidität gezahlt wird. Da Zinsen bei längerer Kapitalbindung im Normalfall ansteigen, besteht seitens der Bank aus Ertragsgesichtspunkten ein Anreiz, ihre Verbindlichkeiten möglichst kurzfristig und ihre Forderungen möglichst langfristig zu wählen. Damit geht sie aber das Risiko ein, ihre kurzfristigen Verpflichtungen bei fehlender Anschlussfinanzierung nicht mehr erfüllen zu können, wenn sich ihre Forderungen wegen der langen Kapitalbindung als kurzfristig nicht (ohne größere Verluste) liquidierbar erweisen. In dem Maße, wie die Bank davon ausgehen kann, dass sie in einer solchen Situation von staatlicher Seite gerettet werden wird – und somit einen Teil der mit diesem Verhalten verbundenen Risiken auf die Gesellschaft abwälzen kann – wird sie die potenziellen systemischen Kosten ihres Verhaltens nur unvollständig in ihr betriebswirtschaftliches Kalkül einbeziehen („internalisieren“).¹⁾ Somit wird ein aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive zu hohes Maß an Fristentransformation eingegangen.

Hier setzt die Liquiditätsregulierung an. Sie zielt auf eine umfassendere Internalisierung der potenziellen mit der Fristentransformation verbundenen systemischen Kosten ab. Dazu werden Mindestanforderungen an einen durch die Banken vorzuhaltenden Liquiditätspuffer für Stressphasen sowie das Verhältnis der Fristenstrukturen von Aktiv- zu Passivgeschäften gestellt. In Europa werden diese Mindestanforderungen zukünftig

in der harmonisierten und standardisierten Liquiditätsregulierung, wie der Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio: LCR²⁾) und der strukturellen Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio: NSFR³⁾), geregelt.

Liquidität ergibt sich aus den Eigenschaften der Aktiv- wie auch der Passivseite der Bilanz. Je langfristiger und schwerer veräußerbar die Aktivseite strukturiert ist, und je mehr die Passivseite auf kurzfristige, von Investoren schnell abziehbare Finanzierungsmittel konzentriert ist, desto geringer ist die Liquidität der Bank. Die durch die Bank zukünftig aufgrund der Liquiditätsregulierung zu internalisierenden Kosten fallen umso höher aus, je weiter entfernt die bisherigen Strukturen von Aktiv- und Passivseite einer Bank von der Einhaltung der Regulierung sind.

Die LCR fordert, dass die in einer Liquiditätsstressphase von 30 Tagen zu erwartenden Netto-Zahlungsabflüsse vollständig durch hochliquide, also leicht veräußerbare und unbelastete Aktiva gedeckt sind. Ihr Ziel ist also, dass jede Bank eine Stressphase erhöhter Zahlungsmittelabflüsse und reduzierter Zahlungsmittelzuflüsse von circa einem Monat – notfalls durch Veräußerung liquider

¹ Dies hängt auch von einer zukünftigen, glaubwürdigen Anwendung der neuen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Instituten, insbesondere von der Anwendung des Bail-in-Instruments ab. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, Monatsbericht, Juni 2014, S. 31ff.

² Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Europäischen Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute. Einführung schrittweise ab 1. Oktober 2015.

³ Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Basel III: The net stable funding ratio, Oktober 2014. Zurzeit in Beobachtungsphase, frühestens Einführung ab 2018.

Aktiva aus der eigens hierfür vorzuhaltenden Liquiditätsreserve – überbrücken kann. Nicht zu vernachlässigen ist dabei der Einfluss von Art und Umfang der Liquiditätsbereitstellung durch die Zentralbank auf die Möglichkeiten des Aufbaus dieser regulatorisch geforderten Liquiditätsreserve (vgl. hierzu die Erläuterungen auf S. 51f.).

Abfluss- und Zuflussraten sind in der LCR vor allem abhängig von der Art der Gegenpartei und vom Grad der Besicherung, wobei insbesondere bei kurzfristigen Transaktionen mit anderen Finanzmarktakteuren Aktiv- und Passivseite vorwiegend symmetrisch behandelt werden. So erfolgt beispielsweise bei kurzfristigen Interbankkrediten mit ähnlich liquider Besicherung keine Einschränkung von Intermediationsketten innerhalb des Bankensektors, indem sich im 30-Tage-Fenster Zuflussraten fällig werdender Kredite und Abflussraten auslaufender Finanzierung entsprechen (beide sind hoch). Bei kleinen und mittelständischen Unternehmen fallen diese aufgrund der Annahme, dass ein Teil der Zuflüsse aus fälligen Krediten umgehend neu verliehen wird, niedriger aus. Deren Abzug von Einlagen hält man aber auch für sehr unwahrscheinlich. Mit erhöhten zu internalisierenden Kosten müssen also vor allem diejenigen Banken rechnen, bei denen sich die Gegenparteien und der Besicherungsgrad für kurzfristige Kapitalmarktgeschäfte der Aktiv- und Passivseite unterscheiden.⁴⁾

Die Einhaltung der NSFR verursacht dagegen bei solchen Instituten besonders hohe Kosten, bei denen die Restlaufzeiten der Aktiv- und Passivseite stark auseinanderfallen. Denn für die geforderte stabile Refinanzierung von lang laufenden Aktiva (mit Restlaufzeit von mindestens einem Jahr) werden kurzfristige Passiva je nach Restlaufzeit und Gegenpartei nur mit Abschlägen anerkannt. Für innerhalb eines Jahres aus-

laufende Aktiva wird stabile Finanzierung nur in geringerem Maße benötigt. Ein Auseinanderfallen von benötigter und verfügbarer stabiler Finanzierung ergibt sich daher vor allem aus einer erhöhten Fristentransformation.

Die Gegenüberstellung von Liquiditätseigenschaften auf Aktiv- und Passivseite für die Zwecke der Regulierung bedeutet, dass ein Institut eine Anpassung an Mindestliquiditätsvorschriften generell also durch Bilanzverkürzung (Abbau langfristiger Aktiva und kurzfristiger Passiva), durch Bilanzverlängerung (Aufbau langfristiger Passiva und kurzfristiger Aktiva) oder durch Substitution von Bilanzpositionen (langfristige Aktiva/kurzfristige Passiva gegen Positionen entsprechend kürzerer/längerer Laufzeiten) erreichen kann. Wenn die Eigner nicht bereit sind, die möglicherweise niedrigere Marge für die Einhaltung der Liquiditätsregulierung (vollständig) zu übernehmen, beispielsweise indem sie eine niedrigere Dividende akzeptieren, wird die Bank versuchen, die zu internalisierenden Kosten an Fremdkapitalgeber und Kreditnehmer weiterzugeben. Inwieweit die einzelne Bank diese Wege geht, dürfte unter anderem davon abhängen, ob die Bank gegenüber Konkurrenten, deren zu internalisierende Kosten geringer ausfallen, mit Marktanteilsverlusten rechnen muss, oder inwiefern sie Kosten an anderer Stelle einsparen kann, um eine Mehrbelastung ihrer Kunden zu vermeiden.

⁴ Die Zentralbank wird als Gegenpartei gesondert behandelt. So wird bspw. angenommen, dass Zentralbankkredite bei Fälligkeit immer zu gleichen Konditionen erneuert werden können. Vgl. dazu die Erläuterungen auf S. 51f.

Kunden verkürzt. Dieser Effekt dürfte in seiner Wirkung begrenzt sein, da das Umschichtungsverhalten deutscher Haushalte als eher träge einzustufen ist. Im Vergleich zu anderen Finanzierungsarten werden Einlagen von Privatkunden daher auch in der Regulierung neben dem Eigenkapital weiterhin als sehr stabile Finanzierungsquelle angesehen. Dies spiegelt sich bei der LCR vor allem in der Definition von Abflussraten für bestimmte Finanzierungsarten im Liquiditätsstressszenario wider. Während beispielsweise bei kurzfristiger (mit Restlaufzeit von bis zu 30 Tagen) unbesicherter Finanzierung durch finanzielle Unternehmen ein Abfluss von 100% angenommen wird, dürfte die geschätzte Abflussrate bei Einlagen von Privatkunden sowie von kleinen und mittelständischen nichtfinanziellen Unternehmen zumeist bei lediglich 10% liegen.³⁶⁾ In einigen Fällen sind höhere Abflussraten vorgesehen, beispielsweise für großvolumige Einlagen. Gerade Sparkassen und Kreditgenossenschaften dürften hinsichtlich der Erfüllung der LCR von dieser Einschätzung profitieren. Durch hohe Einlagenbestände (durchaus ohne oder mit kurzer Zinsbindung) kompensieren diese Institute vergleichsweise niedrige Bestände an leicht veräußerbaren liquiden Aktiva.

... und in der
NSFR

Die sich noch in der Diskussion befindliche strukturelle Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio: NSFR) setzt bei kurzfristiger Finanzierung ähnliche Anreize. Durch die Einhaltung der NSFR sollen Banken eine stabilere Finanzierung aufweisen, um unter anderem Liquiditätsengpässen vorzubeugen, die aufgrund geringer Liquidität der (längerfristig gebundenen) Aktivseite entstehen können.³⁷⁾ In der Einleitung zum Regulierungsentwurf des Baseler Ausschusses wird neben der Restlaufzeit explizit der Kontrahent als Indikator für die Stabilität einer Finanzierungsart angeführt.³⁸⁾ Demnach werden Einlagen von privaten Haushalten sowie nichtfinanziellen kleinen und mittelständischen Unternehmen bei vergleichbarer Restlaufzeit stets als stabiler bewertet als Verbindlichkeiten gegenüber größeren nichtfinanziellen Unternehmen, und erst recht gegenüber finan-

ziellen Unternehmen. Diese Einschätzung erscheint angesichts der zurückliegenden Erfahrungen gerechtfertigt, reagierten in der Finanz- und Staatsschuldenkrise doch Großeinleger und institutionelle Finanzierungsgeber schneller auf Veränderungen institutsspezifischer und marktweiter Risiken.

Verstärkte Fristentransformation

Allerdings sind die Vorteile der Einlagenfinanzierung (wenig schwankungsanfällig, unbesichert und kostengünstig) mit einer schlechten Steuerbarkeit der Fristenstruktur verbunden, was sich gerade im gegenwärtigen Zinsumfeld bemerkbar macht. Wie bereits dargestellt, hat sich vor allem bei denjenigen Bankengruppen eine deutliche Laufzeitenverkürzung auf der Passivseite vollzogen, die ihre Finanzierung stark auf Einlagen stützen. Da die Laufzeiten der Kredite auf der Aktivseite sich jedoch in den letzten sieben Jahren nicht gleichermaßen verkürzt haben, sind insbesondere die Sparkassen und Kreditgenossenschaften einem erhöhten bilanziellen Fristentransformationsrisiko ausgesetzt. Über den Liquiditätsrisikoeffekt hinaus besteht dabei für sich genommen auch ein erhöhtes Zinsänderungsrisiko, das sich aus den ebenfalls gestiegenen Unterschieden in den Zinsbindungsfristen der Passiv- und der Aktivseite ergibt.³⁹⁾ Bei den Großbanken besteht zwar ebenfalls ein relativ hohes Fristentransformationsrisiko, allerdings fehlt die steile Aufwärtsdynamik in der Krise, da die Einlagenfinanzierung zwar zu-

Erhöhtes Fristentransformationsrisiko bei Verbundinstituten

³⁶ Gedeckte Einlagen sind grundsätzlich nur mit 5% bzw. ab 2019 möglicherweise mit 3% anzusetzen.

³⁷ Die NSFR setzt die verfügbare stabile Refinanzierung eines Instituts ins Verhältnis zu einer, aus der Aktivseite abgeleiteten, geforderten stabilen Refinanzierung. Der Entwurf des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur NSFR befindet sich derzeit in einer Evaluierungsphase. Die Kennziffer soll frühestens im Jahr 2018 eingeführt werden.

³⁸ Vgl.: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (Oktober 2014), Basel III: The net stable funding ratio.

³⁹ Die gestiegenen Erträge aus der Fristentransformation hatten im Aggregat einen stabilisierenden Effekt auf das Zinseinkommen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013, Monatsbericht, September 2014, S. 55 ff.

Die Liquiditätsregulierung und die Liquiditätsbereitstellung durch die Zentralbank

Zentrales Ziel der europaweit harmonisierten und international koordinierten Liquiditätsregulierung ist die Internalisierung der Kosten gesamtwirtschaftlicher externer Effekte, die aus übermäßiger Fristentransformation durch das Bankensystem entstehen. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio: LCR) soll gewährleisten, dass im Falle einer Stressphase gewisse Liquiditätspuffer auf Einzelinstitutsebene zur Verfügung stehen. Damit wird übermäßige Fristentransformation, wie sie im Vorfeld der Finanzkrise bei einigen Instituten zu beobachten war, mit zusätzlichen Kosten belegt, womit für Banken eine nicht nachhaltige Risikoübernahme unattraktiver wird. Gleichzeitig soll dies gemäß den Erwägungsgründen in der Verordnung¹⁾ auch „die Abhängigkeit der Kreditinstitute von [...] der Liquiditätsversorgung durch die Zentralbanken“ verringern (siehe ersten Erwägungsgrund).²⁾ Während der Finanzkrise war eine kostengünstige und großzügige Liquiditätsbereitstellung durch die Zentralbank erforderlich geworden, um Engpässen der Banken entgegenzuwirken. Die Kosten externer Effekte aus übermäßiger Fristentransformation, die durch die umfassende Liquiditätsbereitstellung de facto von der Zentralbank übernommen wurden, wurden in diesem Maße nicht durch die Banken internalisiert.

Der durch die LCR konzipierte Puffer kann jedoch aus mehreren Gründen ins Leere laufen. Zum einen könnten die Institute in angespannten Marktphasen ihre Liquiditätsreserven trotz Zulässigkeit seitens der Aufsicht aus Reputationsrisiken nicht nutzen, weil sie ein Unterschreiten der Liquiditätsdeckungsquote zu vermeiden suchen. Dies könnten sie erreichen, indem sie beispielsweise langfristige Aktiva verkaufen, auch wenn dies aufgrund der Stressphase nur zu unvorteilhaften Konditionen möglich ist,

und damit ihren Bestand an hochliquiden Aktiva erhöhen. Zum anderen kann der vor der Zentralbank installierte „Schutzschild LCR“ löchrig sein, wenn im Vorhinein ein Teil der Kosten, die die Banken aufgrund der Regulierung zusätzlich tragen müssten, von der Zentralbank de facto übernommen wird. Die Liquiditätsregulierung kann zwar festlegen, welche Aktiva für die Zwecke der Erfüllung aufsichtlicher Quoten als liquide gelten, jedoch muss die Liquiditätseigenschaft eines Aktivums nicht zwingend jederzeit mit dieser regulatorischen Einschätzung übereinstimmen. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Zentralbank durch ihre Möglichkeit, die Höhe und die Bedingungen zur Schaffung von Zentralbankguthaben zu bestimmen, in wesentlichem Maße beeinflusst, welche Aktiva zum jeweiligen Zeitpunkt letztlich in Zentralbankguthaben und damit auch in Bargeld umwandelbar sind.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Rolle der Zentralbank schreibt die Regulierung fest, dass der Rückgriff auf Zentralbankkredite im Gegensatz zu den meisten anderen kurzfristigen Passiva durch die LCR nicht mit zusätzlichen Kosten belegt werden darf, das heißt, für ihre Deckung keine hochliquiden Aktiva vorzuhalten sind.³⁾ So wird für Zwecke der

¹ Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Europäischen Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute. Einführung schrittweise ab 1. Oktober 2015.

² Konkreter noch Erwägungsgrund (3): „Während einer solchen [30-tägigen Stress-] Phase sollte ein Kreditinstitut in der Lage sein, seine liquiden Aktiva schnell in Bargeld umzuwandeln, ohne auf eine Liquiditätsversorgung durch die Zentralbank oder auf öffentliche Mittel zurückgreifen zu müssen, wodurch seine Liquiditätsdeckungsquote vorübergehend auf unter 100% sinken könnte.“

³ Das Vorhalten derartiger Puffer führt für sich genommen zu niedrigeren Erträgen. Zu detaillierten Ausführungen vgl. die Erläuterungen auf S. 48 f.

LCR angenommen, dass Zentralbankkredite, die innerhalb der nächsten 30 Tage fällig gestellt würden, stets erneuert werden können, unabhängig von der regulatorischen Qualität der hinterlegten Sicherheiten. Diese Regelung ist darauf zurückzuführen, dass einwöchige Zentralbankkredite im Eurosystem prinzipiell das wichtigste reguläre Refinanzierungsgeschäft sind. Außerdem gelten Forderungen gegenüber der Zentralbank überwiegend als hochliquide Aktiva, da sie für Banken ein finales Zahlungsmittel, also Liquidität im engsten Sinne, darstellen. Die LCR kann nicht von der Rolle der Zentralbank abstrahieren, da eine Refinanzierung der Banken bei der Zentralbank schon allein wegen der Bargeldabflüsse zwingend und damit nicht mit einer Refinanzierung über andere Quellen gleichzusetzen ist. Dadurch, dass die Zentralbank die Höhe der Zentralbankguthaben und die Bedingungen zur Schaffung derselben bestimmen kann, kann sie prinzipiell jederzeit den in der LCR formulierten Liquiditätsbegriff deutlich ausdehnen.

Daraus entsteht aber für die Institute insbesondere in Zeiten großzügiger Bereitstellung von geldpolitischer Refinanzierung die Möglichkeit zur regulatorischen Arbitrage. Banken können dann Aktiva, die aufgrund geringerer Liquidität am Markt für die Zwecke der LCR nicht oder nur eingeschränkt als liquide anrechenbar sind (sog. Level 2 A/B Aktiva), bei der Zentralbank zu Refinanzierungszwecken einreichen und die erhaltenen Mittel bei ihr anlegen. Diese gelten dann als hochliquide (Level 1 Aktiva) und sind für die LCR prinzipiell uneingeschränkt anrechenbar.⁴⁾ Aufgrund der Sonderstellung der Zentralbank in der Regulierung kann die LCR durch verstärkten Rückgriff auf Zentralbankkredite auch in Liquiditätsstressphasen problemlos übererfüllt werden, denn die Zentralbank bestimmt über ihre Konditionen, beispielsweise über die Breite des

Sicherheitenrahmens, die Höhe der Abschläge und die Kosten der Refinanzierung, wie leicht sich Banken Zentralbankguthaben und damit regulatorisch liquide Aktiva beschaffen können.⁵⁾

In einem Umfeld, das längerfristig Zentralbankkredite gegenüber anderen Refinanzierungsquellen attraktiver macht, birgt dies wiederum die Gefahr, dass die LCR nicht präventiv wirken kann und damit auch keinen Schutzschild vor der Inanspruchnahme der Zentralbank als Lender of Last Resort darstellt. Damit würde ein Teil der zu internalisierenden Kosten aus übermäßiger Liquiditäts- und Fristentransformation auf die Zentralbank und damit letztendlich auf den Steuerzahler zurückfallen. Die LCR könnte ihre präventive Wirkung verfehlen, da sie nicht unbedingt die Widerstandsfähigkeit der Institute gegenüber Liquiditätsengpässen am Markt reflektiert, sondern vor allem vom Verhalten der Zentralbank geprägt ist. Umso wichtiger wird es sein, dass Institute neben den durch die LCR vorgeschriebenen Mindestanforderungen die Notwendigkeit und den Umfang weiterer individueller Liquiditätsreserven definieren. Die Aufsicht ist in Zusammenarbeit mit der Zentralbank gefragt, diesen Prozess mit Weitblick zu begleiten, um die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Liquiditätskrisen zu reduzieren und eine weitestgehende Internalisierung der Kosten erhöhter Liquiditäts- und Fristentransformation durch die Eigner der Banken zu fördern.

⁴ Die Behandlung der Mindestreserve in diesem Kontext obliegt Vereinbarungen zwischen der Aufsichtsbehörde und der Zentralbank, siehe Art. 10 Abs. 1 b) iii der delegierten Verordnung (EU) 2015/61 der Europäischen Kommission.

⁵ Bei einer expansiven geldpolitischen Strategie, die sich vorwiegend des Anleiheankaufs als geldpolitisches Instrument bedient, verbessert der Rückgriff auf Zentralbankoperationen nur dann unmittelbar die LCR eines Instituts, wenn Anleihen angekauft werden, die für die Zwecke der LCR nicht wie Zentralbankguthaben als hochliquide gelten.

genommen hat, aber keinen vergleichbar großen Stellenwert einnimmt und die kurzfristige institutionelle Finanzierung nicht weiter ausgebaut wurde. Im Gegensatz dazu haben sowohl die Genossenschaftlichen Zentralbanken als auch die beiden stark von Restrukturierungen betroffenen Bankengruppen – Landesbanken und Realkreditinstitute – ihre kurzfristige Finanzierung unterschiedlich stark abgebaut. Dies deutet für sich genommen auf ein geringeres Liquiditätsrisiko aus der Fristentransformation hin.

*Regulierung
strebt
Begrenzung der
Fristentrans-
formation ...*

Die Erfahrungen der Finanzkrise haben gezeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen einer starken Fristentransformation beziehungsweise einem hohen Anteil kurzfristiger institutioneller Finanzierung an der Gesamtfinanzierung und der Wahrscheinlichkeit, in eine Schieflage zu geraten, besteht. Daran knüpfen die verschiedenen, in den letzten Jahren ergriffenen beziehungsweise geplanten regulatorischen Änderungen an. Sie zielen darauf ab, die Fristentransformation stärker als bisher einzudämmen und gleichzeitig Anreize für eine stabile Finanzierung zu setzen. Auf Seite 51f. wird erläutert, dass die Forderung nach Liquiditätspuffern der Banken allerdings nie von der Rolle der Zentralbank für die Liquiditätsbereitstellung abstrahieren kann. Hinsichtlich der Erfüllung der NSFR gelten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr zu 100% als stabil. Kurzfristige Finanzierung wird voraussichtlich je nach Restlaufzeit und Kontrahent ähnlich zur LCR zu abgestuften Prozentsätzen als stabil anerkannt. Die verfügbare stabile Finanzierung muss mindestens der erforderlichen stabilen Finanzierung entsprechen, die sich aus den Restlaufzeiten der Aktiva und den Charakteristika der Kreditnehmer ergibt. Aktiva mit längeren Restlaufzeiten müssen zu höheren Anteilen mit stabiler Finanzierung unterlegt werden als diejenigen mit kürzeren Restlaufzeiten. Belastet allerdings ein Institut seine ansonsten als liquide einzustufenden, kurzfristig laufenden Aktiva, beispielsweise indem ein Wertpapier als Sicherheit für ein längerfristiges Refinanzierungsgeschäft dient, so reduziert diese Belastung die

Liquidität der Aktivseite, was entsprechend mit stabiler (langfristiger) Finanzierung auszugleichen ist.

Darüber hinaus wurde 2013 mit der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht dem Umstand Rechnung getragen, dass eine komfortable Eigenkapitalausstattung und adäquate Kapitalpuffer die Stabilität einer Bank bedeutend erhöhen können. Die strengeren Anforderungen an die Eigenmittelausstattung der Banken sind ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings lässt sich die Widerstandsfähigkeit der Banken nicht durch Regulierungsvorgaben allein herstellen, sondern hängt unter anderem davon ab, inwieweit die Banken in der Lage sind, nachhaltig intern Eigenkapital zu generieren oder anders ausgedrückt, inwieweit sie ein tragfähiges Geschäftsmodell besitzen.

*... und strengere
Eigenmittel-
anforderungen
an*

Ertragsstruktur deutscher Banken

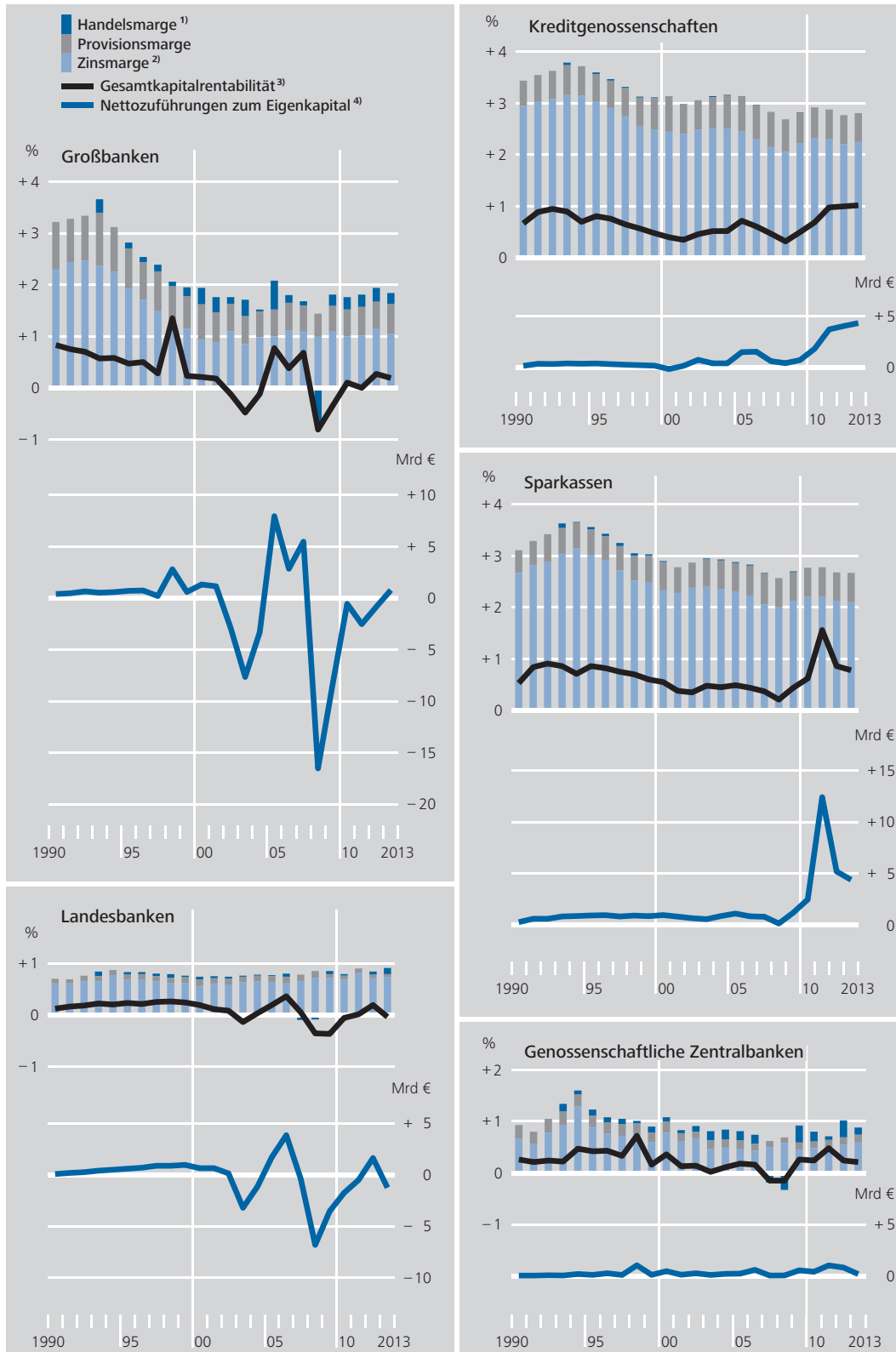
Wirkung der Finanzkrise

Die Geschäftsmodelle deutscher Banken wurden durch die Finanzkrise auf die Probe gestellt. Dabei waren diejenigen Kreditinstitute, die ihren Schwerpunkt auf dem einlagenfinanzierten Kreditgeschäft haben, bisher kaum von der Krise betroffen. Die hierzu zählende Mehrheit der Sparkassen und Kreditgenossenschaften sowie zahlreiche Regionalbanken haben daher ihre Geschäftsaktivitäten auch in den letzten Jahren kaum ändern müssen.⁴⁰ Wegen ihrer starken Abhängigkeit vom Zinsertrag aus dem traditionellen Kreditgeschäft stellt aber das gegenwärtige Niedrigzinsumfeld eine große Herausforderung für diese Banken dar. Durch Ausweitung ihres Kredit- und Einlagengeschäftsvolumens sowie durch vermehrte Fristentransformation versuchen die betreffenden Institute,

*Verbundinstitute
stabilisieren
Erträge durch
erhöhte Fristen-
transformation*

⁴⁰ Da es auch unter den Sparkassen durchaus heterogene Entwicklungen gibt, lässt sich diese Aussage nicht ohne weiteres auf jedes Institut übertragen. Sie gilt jedoch für die Mehrzahl der Institute und somit auch für das Aggregat dieser Bankengruppe.

Einkommensstruktur ausgewählter Bankengruppen*)



* Daten beruhen auf den HGB-Jahresabschlüssen. Margen errechnen sich aus dem jeweiligen operativen Ergebnis in Relation zur Bilanzsumme. Bilanzsumme ohne Handelsbestandsderivate. **1** Nettoergebnis aus Finanzgeschäften wird erst seit 1993 erhoben. **2** Zinserträge umfassen neben dem Zinsinkommen aus dem traditionellen Kreditgeschäft auch Zinsinkommen aus Geldmarktgeschäften und aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen. Eigenkapitalkosten werden bei den Zinsaufwendungen nicht berücksichtigt. **3** Jahresüberschuss vor Steuer in % der Bilanzsumme. **4** Einschl. des Fonds für allgemeine Bankrisiken. Ohne Genussrechtskapital.

dem aus dem gegenwärtigen Zinsumfeld stammenden Ertragsdruck auszuweichen. So wird die im Aggregat kaum veränderte Ertragslage der Sparkassen und Kreditgenossenschaften insbesondere mit dem Eingehen höherer Zinsänderungsrisiken erkaufte. Eine stabile Ertragslage ist für diese Bankengruppen von hoher Bedeutung, da sie für den Eigenkapitalaufbau fast ausschließlich auf Gewinnthesaurierung angewiesen sind. Dieser Umstand könnte bei einem Anhalten des extremen Niedrigzinsumfelds Anpassungsprozesse bei den betreffenden Instituten nach sich ziehen. Dazu könnte auch eine stärkere Inanspruchnahme der Eigentümer zählen.

Investmentbanking erhöht Volatilität der Ertragslage, ...

Diejenigen Geschäftsmodelle, deren Fokus nicht auf dem klassischen Kredit- und Einlagengeschäft liegt, wurden dagegen – wie in den vorhergehenden Kapiteln dargelegt – deutlich von der Krise getroffen. Von den neunziger Jahren bis 2007 vollzog sich ein deutlicher Ausbau des Finanzmarktengagements und der Interbankengeschäfte bei größeren deutschen Banken, insbesondere im Groß- und Landesbankensektor, sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite. Dabei ging die Expansion in den Investmentbereich mit einer stärkeren Diversifikation der Einkommensquellen – neben dem Zinseinkommen gewann das Handels- und Provisionseinkommen in Relation zur Bilanzsumme wesentlich an Bedeutung –, aber auch mit einer höheren Volatilität der Erträge einher. Dagegen kam mit dem Ausbau der Tätigkeit auf dem Interbankenmarkt ein weniger volatiles, aber tendenziell margenarmes Geschäft hinzu (vgl. Schaubild auf S. 54).

... bietet aber höhere Ertragschancen als das Interbankengeschäft

Obwohl in aggregierter Betrachtung das Geschäftsvolumen beider Bereiche kräftig wuchs, expandierten die einzelnen Banken nicht in beiden Feldern gleichermaßen. So setzte ein Teil der Großbanken seinen strategischen Schwerpunkt auf das Investmentbanking. Die übrigen größeren Institute der verschiedenen Bankengruppen waren entweder vergleichsweise stark im Mengengeschäft tätig oder expandierten in ihrer Rolle als Zentralinstitut im Verbundsystem

kräftig auf dem Interbankenmarkt. Dem großen Anteil des eher margenarmen Interbankengeschäfts an ihrem Geschäftsvolumen ist es zuzuschreiben, dass die Genossenschaftlichen Zentralbanken und die Landesbanken im historischen Vergleich zu anderen größeren Instituten eine eher geringe Rentabilität und Profitabilität aufweisen (vgl. Schaubild auf S. 54).⁴¹⁾ Die Großbanken konnten sich dagegen hinsichtlich ihrer Ertragskennziffern bis zur Finanzkrise von den meisten anderen größeren deutschen Banken und insbesondere von denjenigen Landesbanken, die ein ähnliches Geschäftsmodell betrieben, im positiven Sinne distanzieren. Hierzu dürfte insbesondere der höhere Anteil des Handelsbestandes am Geschäftsvolumen beigetragen haben. Allerdings steht den höheren Gewinnen und der diversifizierteren Einkommensstruktur die mit dem Handelsgeschäft einhergehende höhere Volatilität der Erträge gegenüber, die wiederum eine gestiegene Krisensensibilität impliziert. So trugen in der Finanzkrise insbesondere die Verluste aus dem Handelsgeschäft zur schlechten Ertragslage bei.

Folgen niedriger Erträge

Für sich genommen stellen dauerhaft niedrige Erträge zwar zunächst kein erhöhtes Solvenzrisiko dar. Sie begrenzen aber die Möglichkeit einer Bank, intern Eigenkapital zu generieren, mit dem Verluste ausgeglichen werden können. Kreditinstitute mit schwachen Erträgen sind von der Bereitschaft der Eigentümer zu Kapitalerhöhungen, um etwaige Verluste zu decken, deutlich abhängiger als vergleichbare ertragsstärkere Banken. Das Problem einer hohen Risikobereitschaft bei gleichzeitig nur eingeschränktem Potenzial zur Eigenkapitalgenerierung, zum Beispiel aufgrund einer schwachen Ertragslage, zeigte sich in der Finanzkrise insbesondere bei einigen Instituten des Groß- und Landesban-

Niedrige Erträge mindern Fähigkeit der internen Eigenkapitalgenerierung

⁴¹⁾ Als Messgröße für die Rentabilität wird hier die Zinsmarge verwendet, für die Profitabilität die Gesamtkapitalrentabilität.

kensektors, die ohne staatliche Hilfe hätten liquidiert werden müssen.⁴²⁾ Derartige Stützungsmaßnahmen laufen im Grundsatz einem marktwirtschaftlichen System zuwider, insbesondere dann, wenn sie dem Eindruck einer im Krisenfall nahezu automatisch eintretenden staatlichen Hilfe Vorschub leisten. Die im Rahmen des deutschen Umsetzungsgesetzes der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive: BRRD) beschlossenen Regeln und hier insbesondere das oben aufgeführte Bail-in-Instrument zielen unter anderem darauf ab, die Abwicklung von Instituten, aus deren Bestands-eine Systemgefährdung folgt, zu ermöglichen und im Krisenfall die Sozialisierung der Kosten möglichst zu vermeiden.⁴³⁾

Landesbanken

Landesbanken erhöhen ihre Kernkapitalquoten durch Reduktion des Risikogehalts ihrer Aktiva

Infolge der Erfahrungen aus der Finanzkrise, aber auch bedingt durch die restriktivere Bankenregulierung (Basel III), haben die hier betrachteten vier größten Landesbanken ihre Verlustabsorptionsfähigkeit verbessert (vgl. Schaubild auf S. 57). So haben sie gegenüber 2006 ihre Verschuldung und den Risikogehalt ihrer Bilanzen reduziert und insbesondere dadurch ihre regulatorische Kernkapitalquote erhöht. Im Aggregat dürfte der seit Ausbruch der Finanzkrise überdurchschnittliche Bilanzabbau der Landesbanken im Vergleich zu den anderen deutschen Bankengruppen auch mit der schlechten Gewinnsituation im engen Zusammenhang stehen.⁴⁴⁾ Da die Eigentümer der Landesbanken vor allem die öffentlich-rechtlichen Sparkassen(verbände) nur zögerlich zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung stellten, gleichzeitig aber auch die interne Eigenkapitalgenerierung aufgrund fehlender Gewinne schwer möglich war, blieb den Landesbanken selbst als einziges Mittel zur Erfüllung der Eigenmittelanforderungen der (regulatorische) Bilanzabbau.

Genossenschaftliche Zentralbanken

Eine andere Entwicklung zeigte sich hingegen bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken,

die ihr Geschäftsmodell stärker als die Landesbanken auf ihre Liquiditätsausgleichsfunktion im Verbund fokussiert ließen. So musste in der Finanzkrise die größte Genossenschaftliche Zentralbank zwar ebenfalls erhebliche Verluste stemmen, allerdings wurde der dadurch entstandene zusätzliche Kapitalbedarf durch die Eigentümer, die Kreditgenossenschaften, gedeckt. Im Gegensatz zu den Landesbanken war bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken daher kein Bilanzabbau in den letzten Jahren zu beobachten, da die Kapitalzuführung eine schnelle Bereinigung der toxischen Aktiva ermöglichte.

Großbanken

Auch die Großbanken, die zum Teil deutlich stärker im Investmentbanking engagiert sind als die Landesbanken und die Genossenschaftlichen Zentralbanken, mussten in der Finanzkrise erhebliche Verluste realisieren. Diese verhinderten für die Bankengruppe im Aggregat zwischen 2007 und 2013 einen Eigenkapitalaufbau durch Gewinnthesaurierung. Daher dürften die Großbanken das Ziel verfolgt haben, den Eigenkapitalbedarf am Markt zu decken. In einem Fall konnte jedoch eine staatliche Rekapitalisierung nicht vermieden werden.⁴⁵⁾ Im Gegensatz zur Entwicklung bei den Landesbanken ist der durchschnittliche Risikogehalt der Aktiva der beiden in Deutschland ansässigen Konzern-

Genossenschaftliche Zentralinstitute meisterten Eigenkapitalgewinnung in der Krise

Großbanken konnten zusätzlichen Eigenkapitalbedarf bisher überwiegend am Markt decken, ...

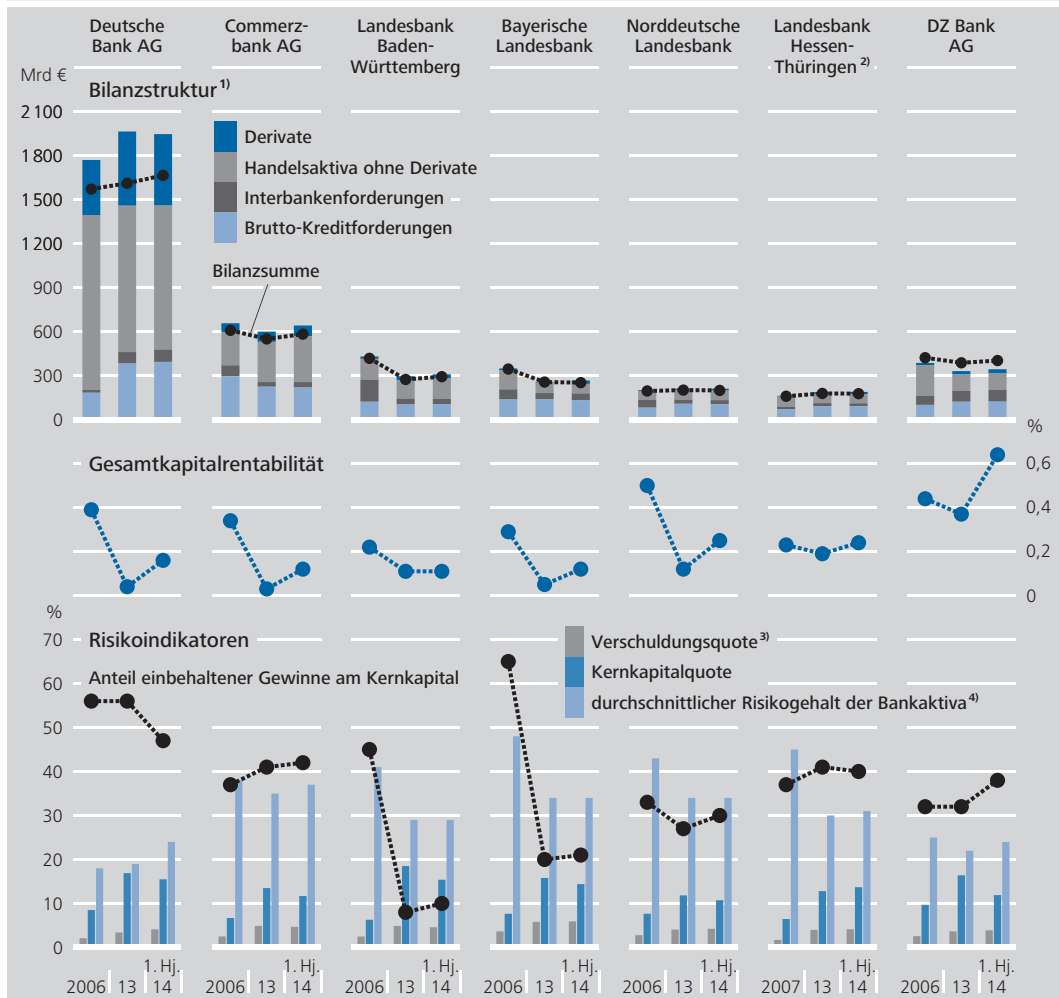
⁴² In Deutschland mussten folgende Institute auf staatliche Hilfen (SoFFin) zurückgreifen: Aareal Bank AG, Bayerische Landesbank, Commerzbank AG, CorealCredit Bank AG, Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Hypo Real Estate, HSH Nordbank AG, IKB Deutsche Industriebank AG, Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH, Westdeutsche Landesbank. Zwischen 2008 und 2013 gewährte der deutsche Staat dem deutschem Finanzsektor Hilfen in Höhe von etwa 144 Mrd € (die Hilfen umfassen Rekapitalisierungen und Entlastungsmaßnahmen für Vermögenswerte). Vgl.: Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, Historischer Überblick über die Maßnahmen des SoFFin, Maßnahmenstand: 31. Dezember 2014; sowie Europäische Kommission, – DG Competition, State Aid Scoreboard 2014 – Aid in the context of the financial and economic crisis.

⁴³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Juni 2014, a. a. O.

⁴⁴ Daneben war die Bankengruppe der Landesbanken stark von Restrukturierungsaufgaben im Rahmen des EU-Beihilfverfahrens betroffen, die den Rückgang der Bilanzsumme im Aggregat ebenfalls beeinflusste.

⁴⁵ Vgl.: Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, a. a. O.

Geschäftsstruktur größerer deutscher Bankkonzerne^{*)}



Quelle: Bankscope und eigene Berechnungen. * Daten beruhen auf den IFRS-Abschlüssen. **1** Es werden die wesentlichen Bilanzpositionen dargestellt. Die Kreditforderungen werden brutto ausgewiesen, d.h. ohne Rückstellungen im Kreditgeschäft. **2** Daten zum Kernkapital und zu den risikogewichteten Aktiva für 2006 nicht verfügbar. **3** Verschuldungsquote berechnet sich als bilanzielles Eigenkapital in Relation zur Bilanzsumme. **4** Der durchschnittliche Risikogehalt berechnet sich als risikogewichtete Aktiva in Relation zur Bilanzsumme.
 Deutsche Bundesbank

mütter im Zuge der Finanzkrise nicht gesunken (vgl. oben stehendes Schaubild). Der kräftige Anstieg des Eigenkapitals vor allem durch externe Mittelzuflüsse konnte diese Entwicklung allerdings überkompensieren und führte in der Folge zu einer deutlichen Steigerung ihrer Kernkapitalquote und einer Reduktion ihrer Verschuldung.

Umgang mit einer Ertragschwäche

Die negativen Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auf die Finanzmarktaktivität

insbesondere bei risikoreicheren Bankprodukten (z. B. Junioranleihen und strukturierten Produkten) aber auch die Forcierung der Abtrennung bestimmter Geschäfte von der Kernbank (z. B. Eigenhandel) dürften erhebliche Änderungen der Geschäftsmodelle vor allem der Großbanken erfordern.⁴⁶⁾ Zudem dürfte die seit 2007 anhaltende Ertragschwäche im Großbankensektor tieferegehende strukturelle Änderungen nach sich ziehen, um einerseits für Investoren

... Entwicklung von Strategien zur Stabilisierung ihrer Ertragslage dürfte aber unvermeidbar sein

⁴⁶ Das Universalbankenprinzip in Deutschland wird durch die aktuellen Regulierungsinitiativen nicht infrage gestellt. Für einen Überblick struktureller Veränderungen bei Großbanken im internationalen Vergleich siehe: PwC, Structural reform study: Supplementary report 2, November 2014.

weiterhin attraktiv zu bleiben und andererseits durch intern generiertes Eigenkapital nicht zu stark von externen Kapitalquellen abhängig zu sein. So zeigt sich bereits eine Entwicklung hin zur erneuten Belebung ihres traditionellen Kreditgeschäfts. Dabei dürfte die Zielgruppe der Großbanken, ebenso wie der übrigen größeren deutschen Banken unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Bankengruppe, eher die größeren nichtfinanziellen Unternehmen sein. Der erhöhte Wettbewerb um einen Kundenzweig, für den die Bankkreditfinanzierung eine deutlich geringere Bedeutung als für kleinere Unternehmen hat, dürfte allerdings die Ertragsmöglichkeiten in diesem Geschäftssegment begrenzen. So wäre eine Belebung des Kapitalmarkts insbesondere für die Großbanken aus Ertragsgesichtspunkten von Vorteil, da ihre Geschäftsmodelle eigentlich auf Kapitalmarktaktivitäten ausgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund dürften die Pläne der Europäischen Kommission für die Schaffung einer Kapitalmarktunion – und hier besonders die Harmonisierung der rechtlichen Voraussetzungen für die Verbriefung von Forderungen an kleine und mittelständische Unternehmen – positive Perspektiven für diese Banken eröffnen.

Eigenkapitalknappheit bei Banken bringt volkswirtschaftliche Probleme mit sich

Generell sind zwei Möglichkeiten denkbar, einer operativen Ertragsschwäche und somit impliziten Eigenkapitalrestriktionen zu begegnen: Die Konzentration auf bestimmte ertragsstärkere, aber auch gleichzeitig wenig eigenkapitalbindende Geschäftsfelder bei etwa gleichbleibender Bilanzsumme oder eine signifikante Schrumpfung der Bankbilanz.⁴⁷⁾ So bietet das traditionelle Kreditgeschäft potenziell zwar gute Ertragsmöglichkeiten, ist im Gegensatz zu Finanzmarktgeschäften aber aus regulatorischer Sicht tendenziell eigenkapitalintensiver.⁴⁸⁾ Zudem ist das noch relativ margenträchtige traditionelle Bankgeschäft besonders im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der privaten Haushalte in Deutschland bereits durch mehrere Bankengruppen besetzt. Auch sind die Expansionsmöglichkeiten für Banken in Geschäften mit größeren nichtfinanziellen Unternehmen aufgrund ihrer Finanzierungsstruktur

(u. a. hohe Bedeutung der Innen- und Kapitalmarktfinanzierung) begrenzt. Der vermutlich dennoch ansteigende Wettbewerb auf diesem Feld dürfte für sich genommen mit einer Einengung der Zinsmarge bei den meisten deutschen Bankengruppen einhergehen.

Für die perspektivische Überlebensfähigkeit eines Instituts ist es unabdingbar, ein tragfähiges Geschäftsmodell zu besitzen, das heißt, auf ausreichende Ertragsquellen auch in der Zukunft zugreifen zu können. Hierbei ist es nicht die Aufgabe der Aufsicht, konkrete Geschäftsmodelle vorzuschreiben, sondern einen effizienzfördernden Wettbewerb im Bankensystem zu forcieren und dafür Sorge zu tragen, dass strukturell ertragsschwache Kreditinstitute bei faktischen Solvenzproblemen unabhängig von ihrer Größe deutlich schneller den Markt verlassen, als es in der Vergangenheit zu beobachten war.

Forderung eines effizienten Wettbewerbs im deutschen Bankensystem

■ Schlussbemerkung

Die konzeptionelle Unterscheidung bestimmter Klassen von Geschäftsmodellen erfolgte in diesem Aufsatz hinsichtlich dreier Dimensionen, nämlich der Rechtsform von Banken, ihrer Bilanzstruktur, letzteres mit dem Fokus auf ihrer Finanzierungsstruktur, und ihrer Ertragslage. Zwar waren in den letzten Jahrzehnten erhebliche Konsolidierungen im deutschen Bankensystem zu beobachten, sie erfolgten aber zumeist innerhalb der einzelnen Säulen. Die Eigentümerstruktur hat sich in aggregierter Sichtweise daher kaum geändert. Der Finanzierungsmix unterlag hingegen seit der Finanz-

⁴⁷ Einer vorübergehenden Ertragsschwäche kann zwar auch durch eine Fixkostenreduktion begegnet werden. Eine strukturelle Ertragsschwäche dürfte allerdings langfristig nur durch eine nachhaltige Steigerung der operativen Erträge behoben werden.

⁴⁸ Der überwiegende Teil der Zinsmarge – dem mit Abstand wichtigsten operativen Einkommen über alle Bankengruppen hinweg – wird durch das traditionelle Einlagen- und Kreditgeschäft im deutschen Bankensystem erwirtschaftet. Im Mittel seit 2003 etwa 90%. Quelle: Deutsche Bundesbank (deutscher Beitrag zur harmonisierten MFI-Zinsstatistik des Euro-Raums sowie die Statistik der Gewinn- und Verlustrechnung deutscher Banken).

krise einer deutlichen Änderung, obwohl wesentliche Charakteristika der einzelnen Bankengruppen Bestand haben. So wendeten sich die größeren Banken – mit einem auf den Geld- und Kapitalmarkt ausgerichteten Geschäftsmodell – wieder stärker dem traditionellen Bankgeschäft zu. Dies dürfte eine Folge der gedrosselten Kapitalmarktaktivität vor allem im Bereich von Bankprodukten (z. B. Bankschuldentitel, derivative Instrumente, Verbriefungen), der Ertragsschwäche, aber auch der aus den Erfahrungen der Krise stammenden neuen regulatorischen Vorgaben sein. Solange insbesondere die ersten beiden Aspekte andauern, wäre zu vermuten, dass größere Banken wohl auch zukünftig verstärkt in das traditionelle Kredit- und Einlagengeschäft drängen.

Eine Ertragsschwäche impliziert Schwierigkeiten, intern Eigenkapital zu generieren. Wenn dann Marktaustritte faktisch insolventer Banken nicht zugelassen werden, können sich für die Ökonomie und die Geldpolitik negative Konsequenzen ergeben. Die neue Bankenregulierung zielt unter anderem darauf ab, die Abwicklung von Banken ohne staatliche Hilfen zu er-

möglichen. Durch strengere Anforderungen an die Verlustabsorptionsfähigkeit von Banken sollen sowohl die Wahrscheinlichkeit als auch die Notwendigkeit eines öffentlichen Eingriffs reduziert werden. Zudem wird bei der Bewertung der Überlebensfähigkeit einer Bank durch die Regulierung und Aufsicht der Fähigkeit, intern Eigenkapital zu generieren, eine größere Bedeutung als in der Vergangenheit beigemessen. Nur Banken mit einem tragfähigen Geschäftsmodell können langfristig ihre Finanzierungsfunktion in der Volkswirtschaft vollumfänglich wahrnehmen. Die gegenwärtig angestoßenen Reformen der Bankenregulierung dienen allesamt dem Zweck, das Finanzsystem stabiler zu machen, und sind daher nicht nur aus Sicht der Geldpolitik als ein Schritt in die richtige Richtung zu unterstützen. Die deutlich strengeren Regulierungsanforderungen in einem Teilbereich des Finanzsystems, nämlich dem Bankensektor, verstärken allerdings die Anreize zur Regulierungsarbitrage. Die Reform der Bankenregulierung ist daher zeitnah durch entsprechende Maßnahmen in den anderen Sektoren zu ergänzen.

Transaktionskassenhaltung von Euro-Münzen in Deutschland

Der Transaktionskassenbestand von Euro-Münzen in Deutschland betrug im Jahr 2011 nach Schätzungen mit der Saisonalen Methode 2,3 Mrd €, was etwa 36% des gesamten deutschen (von der Deutschen Bundesbank emittierten) Euro-Münzumsatz entspricht. 76% dieses wertmäßigen Transaktionskassenbestandes entfiel auf die 1-Euro- und die 2-Euro-Münze. Von der 2-Euro-Münze abgesehen sind die Transaktionskassenbestände in jeder Stückelung in den letzten Jahren gleich geblieben. Nur der Transaktionskassenbestand an 2-Euro-Münzen ist deutlich gestiegen und hat einen nennenswerten Beitrag zum Wachstum des Umlaufs dieser Stückelung geleistet. Im Gegensatz zu anderen Motiven der Münznachfrage lässt sich das Transaktionsmotiv (über den Barkonsum) empirisch verhältnismäßig gut abbilden. Daher eignen sich strukturelle Modelle am besten für die Münznachfrage nach der 2-Euro-Münze. Die Transaktionskassenanteile sind bei den Kleinmünzen (1-Cent- und 2-Cent-Münzen) mit unter 30% vergleichsweise niedrig, da diese in größerem Umfang verloren gegangen sind oder gehortet werden, um den Geldbeutel zu entlasten. Im Ausland befinden sich deutsche Euro-Münzen (per saldo) vermutlich nur außerhalb des Euro-Raums, wo sie dauerhaft gehortet werden. Die inländischen sektoralen Transaktionskassenbestände können wegen der unzureichenden Datenlage nur unvollständig erfasst werden. Der größte Teil davon entfiel auf Privatpersonen und Kreditinstitute.

■ Hintergrund

Seit der Einführung des Euro-Bargeldes hat der Umlauf von in Deutschland emittierten Euro-Münzen im Trend deutlich zugenommen.¹⁾ Befanden sich zu Beginn des Jahres 2002 lediglich 3,8 Mrd € an Münzen im Umlauf (11,1 Milliarden Stück), ist dieser Wert bis Ende 2014 stetig auf 7,4 Mrd € gestiegen (32,5 Milliarden Stück). Rechnerisch verfügte damit jeder Einwohner in Deutschland zuletzt über 403 Münzen im Wert von 92 €. Besonders stark ist der Zuwachs bei den 1-Cent- und 2-Cent-Münzen ausgefallen. In Deutschland werden pro Kopf 208 Münzen dieser Stückelungen gehalten.

Für den Münzumlauf kommen folgende Verwendungszwecke infrage: erstens die (inländische) Transaktionskasse für Einkäufe, zweitens die (inländische) Hortung und drittens der Auslandsurlaub. Hortungsbestände können dauerhaft oder vorübergehend gehalten werden. Sie umfassen nach der hier verwendeten weiten Definition nicht nur klassische Horte zur Wertaufbewahrung und regelmäßiges Zurücklegen für den Kleingeldbedarf zum Beispiel für Automaten (vorübergehende Horte), sondern auch Sickerverluste in Form von Sammelbeständen und verlorenen sowie zerstörten Münzen (dauerhafte Horte). Die Aufteilung des deutschen Münzumlaufs auf die unterschiedlichen Verwendungszwecke ist bisher noch nicht näher untersucht worden. Jedoch wird anhand der angeführten Zahlen deutlich, dass sein Anstieg nicht allein mit einer Zunahme der Transaktionskasse erklärt werden kann. Dies gilt umso mehr, als der gesunkene Anteil von Barzahlungen an den Ausgaben von Privatpersonen nicht gerade für ein starkes Wachstum der inländischen Transaktionskasse an Münzen spricht. Im Folgenden werden die Höhe und der zeitliche Verlauf dieser Transaktionskassenbestände geschätzt.²⁾ Als Restgröße ergibt sich die Summe aus inländischen Hortungsbeständen und Auslandsurlaub deutscher Euro-Münzen.

Die Höhe der Transaktionskasse an Euro-Münzen in Deutschland ist aus folgenden Gründen von Interesse: Erstens spielt sie für die Seigniorage eine Rolle. Die nationalen Regierungen der Länder des Euro-Raums sind für das Prägen der Münzen zuständig. Während in Deutschland das Bundesministerium der Finanzen (BMF) für die Münzprägung verantwortlich ist, ist es Aufgabe der Bundesbank, die Münzen in Verkehr zu bringen. Dazu kauft sie diese dem BMF zum Nominalwert ab. Die Differenz zwischen dem Nominalwert und den Prägekosten ist der Geldschöpfungsgewinn. Anders als bei der Banknotenemission wird der Geldschöpfungsgewinn aus der Münzausgabe direkt vom BMF vereinnahmt. Der Gesamtwert aller Münzen, die jährlich in Umlauf gebracht werden sollen, muss vom EZB-Rat genehmigt werden.

Mit der Zerlegung der Münznachfrage in Transaktionskasse, Hortung und Auslandsurlaub werden die Quellen der Seigniorage aus dem Münzumlauf bestimmt. Während die Münzen aus der Transaktionskasse vergleichsweise schnell umlaufen, ist die Umlaufgeschwindigkeit von Horten und den im Ausland zirkulierenden Euro-Münzen gering. Letztere Verwendungszwecke führen daher zu einem höheren Münzumlauf. Ein hoher Anteil der Horte und des Auslandsurlaubs ist für den staatlichen Haushalt daher günstig.

Der Umlauf deutscher 1-Cent- und 2-Cent-Münzen (sog. Kleinmünzen) ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen und viele DM-Kleinmünzen sind noch nicht zur Bundesbank zu-

*Beiträge zur
Seigniorage*

*Nutzung von
Kleinmünzen*

¹ Der (rechnerische) Umlauf von in Deutschland emittierten Euro-Münzen entspricht den kumulierten Nettoemissionen von Euro-Münzen durch die Bundesbank. Diese werden im Folgenden auch als „deutscher“ Euro-Münzumlauf bzw. Umlauf „deutscher“ Euro-Münzen bezeichnet. Letztere müssen nach dieser Definition keine nationale „deutsche“ Rückseite haben, da die Bundesbank auch Münzen mit ausländischer nationaler Rückseite (wieder) in Umlauf gibt.

² Die hier vorgestellten Ergebnisse beruhen auf folgendem Papier: M. Altmann und N. Bartsch, Der Transaktionskassenbestand von Euro-Münzen in Deutschland, ROME Diskussionspapier, Nr. 14-06, Mai 2014.

rückgeflossen.³⁾ Damit stellt sich die Frage, inwieweit Kleinmünzen überhaupt zum Bezahlen verwendet, das heißt als Transaktionskasse gehalten werden. Wegen ihres geringen Nennwertes eignen sie sich kaum zur Wertaufbewahrung zwecks Ersparnis. Falls darüber hinaus Kleinmünzen für Transaktionen in erster Linie dazu dienen, exakt Wechselgeld herauszugeben, dann könnte ein Verzicht auf diese Münzen einen kleinen Beitrag dazu leisten, den Zahlungsverkehr effizienter zu machen. Zu diesem Zweck haben im Euro-Raum bisher Belgien, Finnland und die Niederlande eine Rundungsregel eingeführt. Dabei wird an der Ladenkasse auf fünf Cent auf- oder abgerundet. Ergebnisse aus einer Umfrage der Bundesbank zum Zahlungsverhalten deuten darauf hin, dass die Einführung einer Rundungsregel für die Deutschen gegenwärtig keine große Bedeutung hat.⁴⁾ Allerdings kann aus den Antworten kein eindeutiger Trend abgeleitet werden. Ein weiterer Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang sind die Herstellungskosten von Kleinmünzen. Diese liegen unter ihrem Nominalwert.

Prognose der Münznachfrage

Schließlich ist die Bestimmung der Transaktionskasse auch für die Prognose des Münzumschlufs von Bedeutung. So prognostiziert die Bundesbank jedes Jahr im Januar und September im Rahmen der Münzgeldbedarfsplanung für das BMF für jede Stückelung die Veränderung des Umlaufs.⁵⁾ Dazu werden Zeitreihenmodelle verwendet. Als Alternative bieten sich grundsätzlich Prognosen mit strukturellen Modellen an, die die einzelnen Motive der Münznachfrage wie Transaktionen und Hortung abbilden. Es ist allerdings schwer, dafür geeignete Variablen zu finden. Das Transaktionsmotiv kann durch eine Proxyvariable für den mit Münzen bezahlten Konsum („Barkonsum“) noch halbwegs erfasst werden. Viel schwieriger ist es, eine Opportunitätskostenvariable für das Hortungsmotiv zu finden. Strukturelle Modelle sind daher für die Prognose umso besser geeignet, je stärker die Entwicklung des Münzumschlufs von der Transaktionskasse getrieben ist.

■ Saisonale Methode

Die Saisonale Methode versucht, aus der Saisonstruktur des Münzumschlufs Informationen über den Transaktionskassenbestand in Deutschland herauszufiltern.⁶⁾ Dem liegt die Annahme zugrunde, dass dieser eine stärker ausgeprägte Saisonstruktur aufweist als der gesamte Münzumschlag. Letzterer enthält schließlich auch Hortungsbestände und den Auslandsumschlag. Beide dürften wenig mit saisonalen Entwicklungen im Inland zu tun haben. Die Berechnungsformel für den inländischen Transaktionskassenanteil am Münzumschlag wird in den Erläuterungen „Saisonale Methode“ auf Seite 64 f. hergeleitet und beschrieben.

Inländische Transaktionskassenanteile am deutschen Euro-Münzumschlag

Der Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes am Münzumschlag wird sowohl für den gesamten wertmäßigen Umlauf (Summe aller Stückelungen) deutscher, das heißt von der Bundesbank emittierter, Euro-Münzen als auch für den stückelungsweisen Umlauf derselben ermittelt. Aufgrund der Berechnungsformel können die Transaktionskassenanteile nur bis einschließlich 2011 bestimmt werden, obwohl die Datenbasis die Jahre 2002 bis 2012 umfasst. Die Jahre 2002 und 2003 wurden wegen der Verwerfungen des Münzumschlufs infolge der Euro-Bargeldeinführung nicht berücksichtigt. Der Anteil der Transaktionskasse am gesamten

Transaktionskassenanteil am gesamten Münzumschlag bei 36%

³ Ende 2014 waren noch 23,5 Milliarden Stück DM-Münzen in Umlauf. Davon entfiel mit gut 13 Milliarden Stück mehr als die Hälfte auf die 1-Pfennig- und die 2-Pfennig-Münze.

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland 2011 – Eine empirische Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, Oktober 2012.

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Münzgeldentwicklung und -prognose in Deutschland, Monatsbericht, Januar 2013, S. 33–35.

⁶ Die Idee stammt von Sumner, der mit diesem Ansatz die inländischen Hortungsbestände von US-Dollar-Bargeld ermittelte. Vgl.: S. B. Sumner (1990), The transactions and hoarding demand for currency, Quarterly Review of Economics and Business, 30 (1), S. 75–89.

Saisonale Methode

Dem Saisonmodell liegt die Annahme zugrunde, dass sich die Zeitreihe der kumulierten wertmäßigen Nettoemissionen von Euro-Münzen durch die Bundesbank (wertmäßiger Umlauf „deutscher“ Euro-Münzen) aus drei Teilen zusammensetzt: einer Trendkomponente T_t , einem saisonalen Term S_t und einer irregulären Komponente. Diese sollen multiplikativ miteinander verknüpft sein (multiplikatives Saisonmodell). Schlägt man die irreguläre Komponente zur Vereinfachung dem Trend zu und berücksichtigt, dass sich ein Teil der Münzen in inländischen Horten oder im Ausland befindet, ergibt sich

$$(1) T_t S_t = T_t^d S_t^d + T_t^a S_t^a,$$

wobei t den Zeitindex darstellt, d die inländische Transaktionskasse bezeichnet und a für inländische Horten und den Auslands-umlauf steht. Wenn nun β_t den Anteil des gesamten Trends erfasst, der sich in der inländischen Transaktionskasse befindet, und folglich $(1 - \beta_t)$ der entsprechende Anteil der inländischen Horten und des Auslands ist, folgt

$$(2) S_t = \beta_t S_t^d + (1 - \beta_t) S_t^a.$$

Unter der Annahme einer fehlenden Saison der inländischen Horten und des Auslands-umlaufs, das heißt $S^a = 1$ für alle t , kann Gleichung (2) weiter vereinfacht werden zu

$$(3) S_t = \beta_t S_t^d + (1 - \beta_t).$$

Gegeben die Werte für die saisonalen Terme S und S^d , ergibt sich eine Gleichung für die Unbekannte β_t , den Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes an deutschen Euro-Münzen

$$(4) \beta_t = \frac{S_t - 1}{S_t^d - 1}.$$

S_t entspricht der Saisonfigur des wertmäßigen Umlaufs deutscher Euro-Münzen und kann mit den üblichen Saisonbereinigungsverfahren (z. B. X12-ARIMA, Tramo/Seats) ermittelt werden. S^d dagegen, die Saison des inländischen Transaktionskassenbestandes, ist unbekannt. Sie muss näherungsweise bestimmt werden. Gleichung (4) liefert jedoch nicht immer sinnvolle Ergebnisse. Wenn zum Beispiel in irgendeiner Periode kein saisonaler Einfluss vorliegt, das heißt $S_t = S_t^d = 1$, tendiert β_t gegen unendlich beziehungsweise ist jeglicher Wert von β_t mit Gleichung (4) vereinbar. Dann kann β_t nicht eindeutig identifiziert werden. Auch wenn die Saisonalität des wertmäßigen Münzumlaufs nicht in allen Perioden schwächer ausgeprägt ist als diejenige der inländischen Transaktionskasse, können sich Probleme ergeben.¹⁾ Die Methode liefert somit zwar für manche Perioden, aber nicht immer einleuchtende Ergebnisse.

Um diese Fälle zu berücksichtigen und die Methode anwenden zu können, sind also weitere Anpassungen erforderlich. Häufig erhält man nur für bestimmte Frequenzen eines Jahres sinnvolle Schätzergebnisse.²⁾ Beim wertmäßigen Gesamtumlauf deutscher Euro-Münzen liegt beispielsweise das saisonale Hoch im Dezember, das saisonale Tief dagegen im Januar vor. In diesem Fall handelt es sich also um eine Einmonatsfrequenz. Um diese Überlegung umzusetzen, wird der Zeitindex t durch m, j ersetzt, wobei m den m -ten Monat bezeichnet und j für das j -te Jahr steht. Zieht man Gleichung

1 Wenn die Saisonfigur in der inländischen Transaktionskasse stärker ausgeprägt ist als die in den inländischen Horten und im Auslands-umlauf, gilt für Werte größer 1: $S_t < S_t^d$, für Werte kleiner 1: $S_t > S_t^d$.

2 Vgl.: Federal Reserve System, The location of U.S. currency: How much is abroad?, Bulletin, Oktober 1996, S. 883–903.

(3) für Januar von derjenigen für den vorhergehenden Dezember ab, ergibt sich der Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes, β_j , als

$$(5) \beta_j = \frac{S_{dec,j} - S_{jan,j+1}}{S_{dec,j}^d - S_{jan,j+1}^d}.$$

Es gilt nun, die unbekannte Saisonamplitude des inländischen Transaktionskassenbestandes im Nenner von Gleichung (5) näherungsweise zu bestimmen. Dazu wird die Saisonamplitude einer Transaktionsvariablen tr , $\Delta S(tr)$, verwendet, das heißt die Differenz zwischen dem Saisonhoch und dem Saisontief dieser Transaktionsgröße. Die Transaktionsvariable sollte die inländische Münznachfrage zu Transaktionszwecken so gut wie möglich abbilden. Als Transaktionsgröße wird hier der reale Barkonsum verwendet. Er entspricht denjenigen Komponenten des realen privaten Konsums, die üblicherweise (auch) mit Münzen bezahlt werden.³⁾ Zudem muss die Saisonamplitude der Transaktionsgröße beziehungsweise des realen Barkonsums noch mit der Transaktions- beziehungsweise Einkommenselastizität der Münznachfrage multipliziert werden, um die Einheit „Transaktionsgröße“ in die Einheit „wertmäßiger Münzumlauf“ umzuwandeln. Für die Transaktionselastizität wird ein Wert von 0,5 angesetzt. Dieser folgt aus der Kassenhaltungstheorie für Bargeld, das zum Bezahlen von regelmäßigen Transaktionen verwendet wird.⁴⁾ Damit wird Gleichung (5) zu

$$(6) \beta_j = \frac{S_{dec,j} - S_{jan,j+1}}{S_{dec,j}^d - S_{jan,j+1}^d} \approx \frac{S_{dec,j} - S_{jan,j+1}}{0,5 \cdot \Delta S(tr)}.$$

Schließlich muss wegen der Verfügbarkeit von Daten über den Barkonsum noch von Monatsdaten auf Quartalsdaten (q) übergegangen werden. Die Saisonamplitude des quartalsweisen wertmäßigen Gesamtumlaufs deutscher Euro-Münzen (im Zähler)

entspricht der Differenz zwischen dem Saisonfaktor des Münzumlaufs im zweiten Quartal des Jahres j und dem Saisonfaktor des Münzumlaufs im ersten Quartal des Folgejahres $j+1$.⁵⁾ Die Saisonamplitude des Barkonsums (im Nenner) ist gleich der Differenz zwischen dem Saisonfaktor des Barkonsums im vierten Quartal und dessen Saisonfaktor im ersten Quartal des Folgejahres. Die Berechnungsformel für den Transaktionskassenanteil am gesamten Umlauf deutscher Euro-Münzen lautet demnach

$$(7) \beta_j \approx \frac{S_{q2,j} - S_{q1,j+1}}{0,5 \cdot \Delta_{q4,j;q1,j+1} S(tr)},$$

wobei $\Delta S(tr)$ für die Differenz von Saisonhoch und -tief des realen Barkonsums steht.

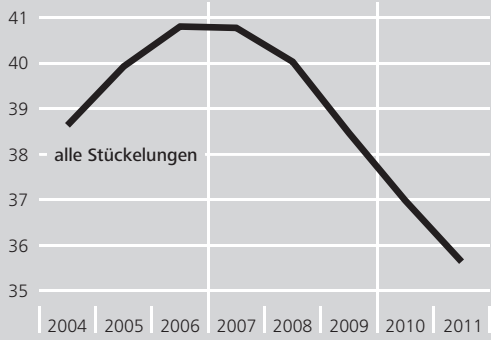
3 Für Details vgl.: M. Altmann und N. Bartzsch, Der Transaktionskassenbestand von Euro-Münzen in Deutschland, ROME Diskussionspapier, Nr. 14-06, Mai 2014, Abschnitt 3.2.

4 Vgl.: W. J. Baumol (1952), The transactions demand for cash: An inventory theoretic approach, Quarterly Journal of Economics, 66 (4), S. 545–556.

5 Entsprechend Gleichung (6) könnte man erwarten, dass das Saisonhoch des gesamten deutschen Münzumlaufs im vierten Quartal liegt. Aus folgenden Gründen fällt es aber in das zweite Quartal. Bei den monatlichen Saisonfaktoren sind die im Dezember zwar am höchsten, direkt dahinter liegen aber die Saisonfaktoren im Juni und Mai, was mit Feiertagen und der beginnenden Urlaubszeit zu erklären ist. Des Weiteren fallen die Saisonfaktoren im November niedrig aus.

Prozentualer Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes am gesamten deutschen wertmäßigen Euro-Münzumsatz

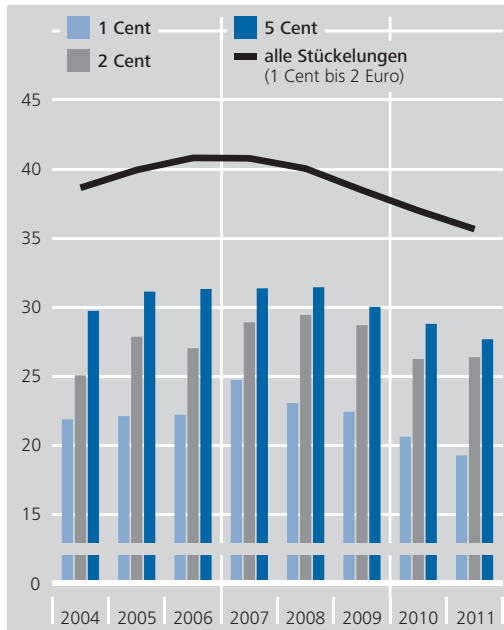
in %



Deutsche Bundesbank

Prozentualer Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes am deutschen wertmäßigen Euro-Münzumsatz bei den kleinen Stückelungen

in %



Deutsche Bundesbank

Umlauf deutscher Euro-Münzen lag im Jahr 2011 mit knapp 36% auf dem niedrigsten Niveau im Untersuchungszeitraum. Der Höchstwert fällt mit knapp 41% auf die Jahre 2006 und 2007. Der fallende Verlauf seit dem Jahr 2008 könnte am abnehmenden Barzahlungsanteil im Einzelhandel liegen. Zudem sinkt der

Anteil der Transaktionskasse am Münzumsatz wegen der Anhäufung von verlorenen und dauerhaft gesammelten Münzen mit der Zeit automatisch. Dieses Argument trifft aber vor allem auf „reife“, das heißt alte Münzumläufe, zu.⁷⁾

Mit der Saisonalen Methode können die prozentualen inländischen Transaktionskassenanteile auch für die einzelnen Münzstückelungen geschätzt werden. Dabei bezieht sich der stückelungsweise Anteil der inländischen Transaktionskasse auf den Umlauf der betreffenden Stückelung und nicht auf den wertmäßigen Gesamtumsatz (Umlauf aller Stückelungen). Die inländischen Transaktionskassenanteile der kleinen Münzen (1 Cent, 2 Cent und 5 Cent) liegen etwa zwischen 20% und 30% und damit deutlich unter dem Anteil der Transaktionskasse in Deutschland am gesamten wertmäßigen Umsatz deutscher Euro-Münzen. Die Transaktionskassenanteile sind insbesondere bei den Kleinmünzen niedrig. Das kann dadurch erklärt werden, dass diese vermutlich in größerem Umfang beiseitegelegt werden, um die Geldbörse zu entlasten. So stimmten laut Zahlungsverhaltensstudie der Bundesbank immerhin knapp 30% der Befragten folgender Aussage zu: „Ich verwende die Kleinmünzen nur ungern zum Bezahlen und lege sie meist beiseite“.⁸⁾ Außerdem kann man von wenigen Ausnahmen abgesehen mit Kleinmünzen nicht an Verkaufsautomaten bezahlen. Des Weiteren dürften bei den kleinen Stückelungen Münzverluste eine vergleichsweise große Rolle spielen.⁹⁾ Entsprechend niedrig fallen deren Transaktionskassenanteile aus. Diese steigen mit zunehmender Stückelungsgröße. Wie auch beim Gesamtumsatz sind die inländischen Transaktionskassenanteile der klei-

Transaktionskassenanteile bei kleinen Münzen zwischen 20% und 30%

7 So betrug der Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes an DM-Münzen am gesamten DM-Münzumsatz im Jahr 2000 schätzungsweise nur knapp 15%, vgl.: M. Altmann und N. Bartsch (2014), a. a. O., Abschnitt 4.

8 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012), a. a. O., S. 24.

9 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Münzgeldentwicklung in Deutschland – Eine empirische Studie über den Münzgeld- und Banknotenumlauf in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Prognose der Münzgeldnachfrage bis 2007, März 2003, S. 142.

nen Stückelungen in den letzten Jahren gesunken.

Transaktionskassenanteile bei mittleren Münzen etwa 50%

Die inländischen Transaktionskassenanteile der mittleren Stückelungen (10 Cent, 20 Cent und 50 Cent) liegen über denen des Gesamtumlaufs.¹⁰⁾ Besonders hoch fallen die Anteile der Transaktionskasse in Deutschland bei der 20-Cent- und der 50-Cent-Münze aus. Sie lagen im Jahr 2011 bei 46% beziehungsweise 51%. Diese beiden Stückelungen können als typische Transaktionsstückelungen bezeichnet werden. Anders als die kleinen Stückelungen werden sie kaum gehortet, um das Portemonnaie zu entlasten. Wegen ihres geringeren Nennwertes eignen sie sich auch nicht so gut zur Wertaufbewahrung wie die beiden großen Euro-Münzen. Wie bei den kleinen Münzen ist der inländische Transaktionskassenanteil bei den mittleren Stückelungen in den letzten Jahren gesunken und er nimmt mit der Stückelungsgröße zu.

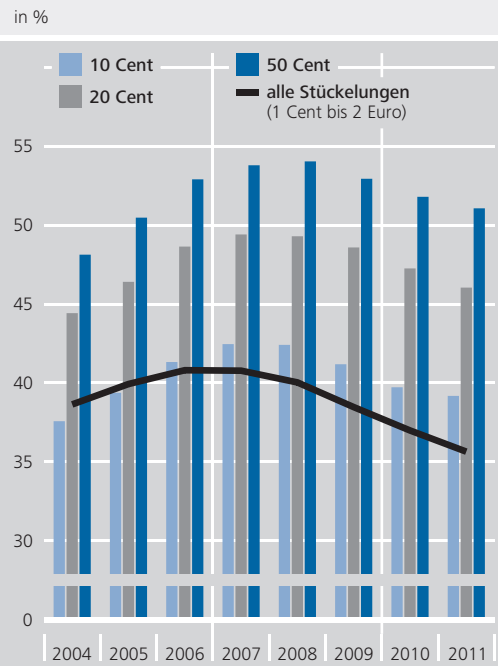
Transaktionskassenanteile bei großen Münzen zwischen 35% und 45%

Die inländischen Transaktionskassenanteile fallen bei den großen Münzstückelungen (1 Euro und 2 Euro) recht unterschiedlich aus.¹¹⁾ Bei der 1-Euro-Münze übertrifft dieser mit 45% im Jahr 2011 den entsprechenden Anteil am wertmäßigen Gesamtumlauf deutlich. Er liegt aber unter dem Anteil der „typischen“ Transaktionsstückelungen 20 Cent und 50 Cent. Das könnte daran liegen, dass sich die 1-Euro-Münzen wegen ihres vergleichsweise hohen Nennwertes besser zur Wertaufbewahrung eignen und daher stärker gehortet werden. Diese Vermutung wird durch den inländischen Transaktionskassenanteil am Umlauf der 2-Euro-Münze gestützt,

10 Wie bei den kleinen Stückelungen liegt auch bei den mittleren Stückelungen das saisonale Hoch im dritten Quartal und nicht wie beim gesamten Münzumlauf im zweiten Quartal. Die Berechnungsformel (siehe Erläuterungen auf S. 64f.) wurde entsprechend angepasst.

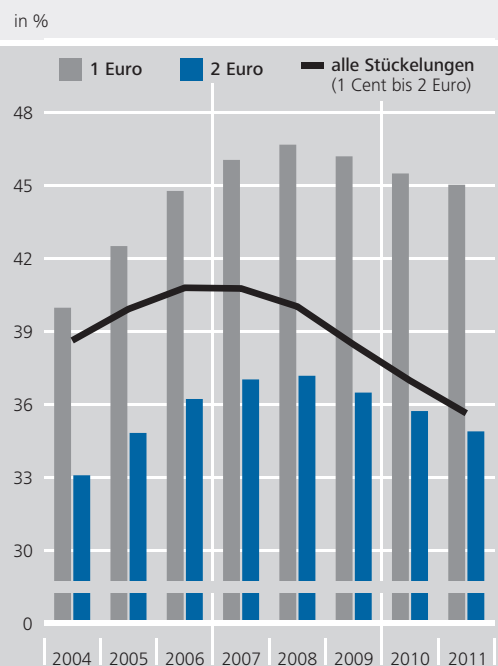
11 Wie bei den kleinen und mittleren Stückelungen liegt auch das Saisonhoch des Umlaufs der 1-Euro-Münze im dritten Quartal. Das könnte an der Urlaubszeit liegen. Das saisonale Hoch beim Umlauf der 2-Euro-Münze fällt dagegen auf das zweite Quartal. Wegen des großen Gewichts der 2-Euro-Münzen am wertmäßigen Umlauf aller deutschen Euro-Münzen (etwa 50% Ende 2011) liegt das saisonale Hoch auch für den gesamten wertmäßigen Münzumlauf im zweiten Quartal.

Prozentualer Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes am deutschen wertmäßigen Euro-Münzumlauf bei den mittleren Stückelungen



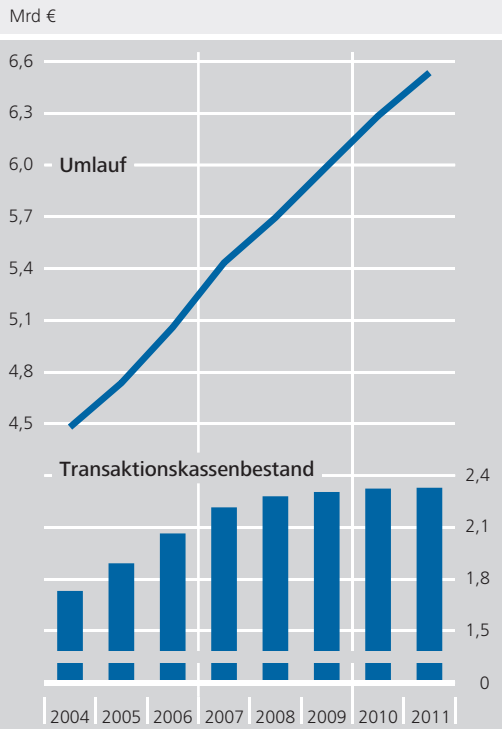
Deutsche Bundesbank

Prozentualer Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes am deutschen wertmäßigen Euro-Münzumlauf bei den großen Stückelungen



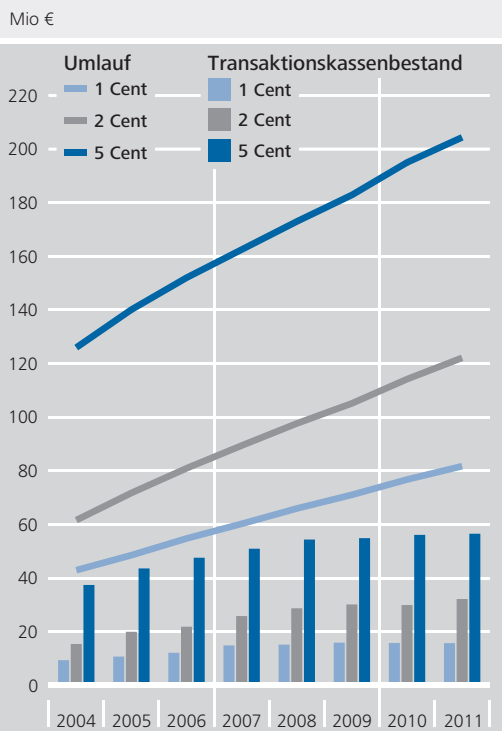
Deutsche Bundesbank

Gesamter Umlauf und inländischer Transaktionskassenbestand deutscher Euro-Münzen



Deutsche Bundesbank

Inländischer Transaktionskassenbestand und Umlauf deutscher Euro-Münzen bei den kleinen Stückelungen



Deutsche Bundesbank

der im gesamten betrachteten Zeitraum niedriger als der Anteil der Transaktionskasse am gesamten wertmäßigen Münzumsatz ausfällt. Im Jahr 2011 lag er bei 35%. Die 2-Euro-Münze eignet sich wegen ihres hohen Nennwertes besonders gut zum Horten zwecks Wertaufbewahrung, da zum Ansparen größerer beziehungsweise für Transaktionen geeigneter Beträge verhältnismäßig wenige solcher Münzen zurückgelegt werden müssen. Sie ist aber auch als Sammelobjekt gefragt, und zwar in Form der 2-Euro-Umlaufmünze mit Gedenkcharakter, zu der auch die Bundesländer-Serie gehört.

Inländische Transaktionskassenbestände an deutschen Euro-Münzen

Die inländischen Transaktionskassenbestände (in Euro) ergeben sich durch Multiplikation der Transaktionskassenanteile mit dem stückelungsweisen beziehungsweise gesamten wertmäßigen Umlauf deutscher Euro-Münzen. Der auf die Transaktionskasse in Deutschland entfallende Teil des gesamten Umlaufs deutscher Euro-Münzen stieg von gut 1,7 Mrd € im Jahr 2004 auf gut 2,3 Mrd € im Jahr 2011.¹²⁾ Im selben Zeitraum stieg der gesamte deutsche Münzumsatz von knapp 4,5 Mrd € auf gut 6,5 Mrd €. Demnach sind etwa 30% dieses Anstiegs auf die Transaktionskasse in Deutschland zurückzuführen. Während allerdings der gesamte Münzumsatz im betrachteten Zeitraum mit einem linearen Trend deutlich gewachsen ist, hat sich die Zeitreihe des Transaktionskassenbestandes in Deutschland seit dem Jahr 2008 merklich abgeflacht und trägt seitdem

Gesamter Transaktionskassenbestand an Münzen in Höhe von 2,3 Mrd €

¹² Diese Schätzung wird durch eine weitere Schätzung, die sich Informationen aus der Euro-Bargeldeinführung zunutze macht, bestätigt. Vgl. dazu: M. Altmann und N. Bartzsch (2014), a. a. O., Abschnitt 4. Danach betrug der inländische Transaktionskassenbestand an Euro-Münzen im Jahr 2008 gut 2,3 Mrd € (Transaktionskassenanteil von knapp 41%) und im Jahr 2011 2,5 Mrd € (Transaktionskassenanteil von gut 38%). Diese Schätzwerte liegen sehr nahe an den hier vorgestellten Ergebnissen für die inländische Transaktionskasse in Höhe von 2,3 Mrd € (Transaktionskassenanteil von 40%) im Jahr 2008 und 2,3 Mrd € (Transaktionskassenanteil von knapp 36%) im Jahr 2011.

kaum noch zum Wachstum des Gesamtumlaufs bei. Wie oben beschrieben ist der Anteil der inländischen Transaktionskasse am gesamten wertmäßigen Umlauf deutscher Euro-Münzen daher seit dem Jahr 2008 gesunken.

Transaktionskassenbestände an kleinen Münzen sehr niedrig

Die inländischen Transaktionskassenbestände und Umläufe der kleinen Stückelungen fallen umso höher aus, je größer die Stückelung ist. Entsprechend dem geringen wertmäßigen Umlauf der kleinen Stückelungen sind die Transaktionskassenbestände mit weniger als 60 Mio € recht niedrig. Während die stückelungsweisen Anteile der Transaktionskasse seit dem Jahr 2008 sinken, sind die Transaktionskassenbestände in dieser Zeit im Großen und Ganzen gleich geblieben. Wegen des starken Wachstums der Umläufe der kleinen Stückelungen sind die Transaktionskassenbestände trotz abnehmender Transaktionskassenanteile nicht gesunken. Der deutliche Anstieg des Umlaufs der kleinen Stückelungen ist nicht auf das inländische Transaktionsmotiv zurückzuführen, denn die entsprechenden Transaktionskassenbestände sind seit einigen Jahren mehr oder weniger konstant. Dagegen kam es zu (Netto-)Zuflüssen in Horte.

Transaktionskassenbestände an mittleren Münzen zwischen 100 Mio € und 350 Mio €

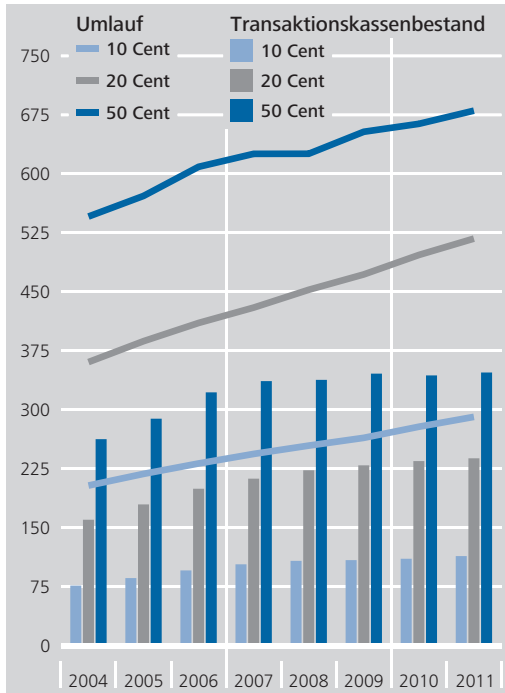
Auch bei den mittleren Stückelungen steigen die inländischen Transaktionskassenbestände und Umläufe mit der Höhe der Stückelung. Erstere liegen seit dem Jahr 2008 im Großen und Ganzen unverändert zwischen 100 Mio € und 350 Mio €. Sie sind damit deutlich höher als bei den kleinen Münzen. Wie bei diesen blieben die Bestände trotz der fallenden Transaktionskassenanteile durch den Anstieg der Umläufe stabil. Auch bei den mittleren Stückelungen geht der Zuwachs des Umlaufs nicht auf das inländische Transaktionsmotiv zurück, sondern auf in- und ausländische Horte.

Transaktionskassenbestände an großen Münzen zwischen 600 Mio € und 1,1 Mrd €

Bei den großen Stückelungen liegen die inländischen Transaktionskassenbestände mit zuletzt gut 600 Mio € für die 1-Euro-Münze und gut 1,1 Mrd € für die 2-Euro-Münze erwartungsgemäß deutlich über denen der kleinen und mittleren Stückelungen. Wie bei diesen werden

Inländischer Transaktionskassenbestand und Umlauf deutscher Euro-Münzen bei den mittleren Stückelungen

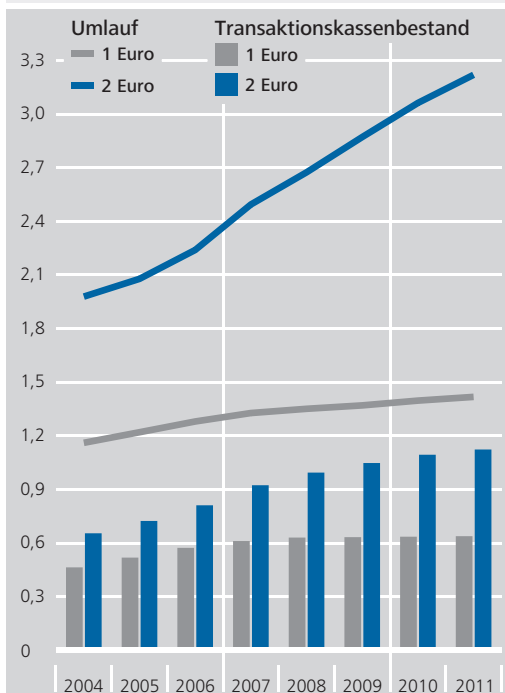
Mio €



Deutsche Bundesbank

Inländischer Transaktionskassenbestand und Umlauf deutscher Euro-Münzen bei den großen Stückelungen

Mrd €



Deutsche Bundesbank

die fallenden Transaktionskassenanteile auch bei den großen Münzen durch das Wachstum des (stückelungsweisen) Umlaufs ausgeglichen. Während der inländische Transaktionskassenbestand an 1-Euro-Münzen wie auch bei den kleinen und mittleren Stückelungen seit dem Jahr 2008 gleich geblieben ist, steigt der inländische Transaktionskassenbestand an 2-Euro-Münzen seit dem Jahr 2004 deutlich an. Der Anteil dieser Stückelung am wertmäßigen Umlauf aller deutschen Euro-Münzen ist von gut 44% zum Jahresende 2004 auf knapp 50% Ende 2011 gestiegen. Der wertmäßige Umlauf der deutschen Euro-Münzen wird eindeutig von den beiden großen Stückelungen bestimmt. Ihr Anteil am gesamten wertmäßigen Münzumlauf lag im betrachteten Zeitraum konstant bei etwa 70%. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der beiden großen Stückelungen am Transaktionskassenbestand aller deutschen Euro-Münzen von 65% auf 76%. Wie bei den kleinen und mittleren Stückelungen leistet auch der Transaktionskassenbestand an 1-Euro-Münzen in Deutschland keinen Beitrag zum Wachstum des Umlaufs dieser Stückelung. Anders verhält es sich bei der 2-Euro-Münze. Hier macht der Anstieg der inländischen Transaktionskasse im Zeitraum von 2004 bis 2011 immerhin knapp 38% des entsprechenden Anstiegs des Umlaufs dieser Stückelung aus.

Sektorale inländische Transaktionskassenbestände an Euro-Münzen

Im Folgenden wird die Höhe der inländischen sektoralen Transaktionskassenbestände an Euro-Münzen geschätzt. Hierzu zählen neben dem Münzbestand im Portemonnaie von Privatpersonen (Verbrauchern) der Wechselgeldbestand in Handeltassen, der Bestand an Münzen in Unterhaltungs- und Verkaufsautomaten und der durch Kreditinstitute vorgehaltene Kassenbestand an Münzen. Während Privatpersonen Münzen nutzen, um aktiv Transaktionen zu tätigen, benötigt der Handel Münzen als Wechselgeld. Die Bestände in Automaten wer-

den durch Umsatzeinnahmen gespeist und teilweise als Wechselgeld wieder ausgegeben. Im Ergebnis übersteigen die Umsatzeinnahmen die Wiederausgabe von Wechselgeld, sodass die Münzen in den Automaten regelmäßig entsorgt werden müssen. Kreditinstitute halten Münzen vor, um diese an Handelsunternehmen und Privatpersonen abzugeben. Zudem werden Münzen durch Automatenbetreiber und Privatpersonen bei Banken eingezahlt. Die Kreditinstitute wiederum entsorgen ihre überschüssigen Münzen bei der Bundesbank und beziehen von dort auch Münzen.

Die Bundesbank hat in den Jahren 2008, 2011 und 2014 Erhebungen zum Zahlungsverhalten in Deutschland durchgeführt.¹³⁾ Im Rahmen dieser Umfragen wurde auch der Bargeldbestand im Geldbeutel erfasst. Demnach hatten die Befragten im Jahr 2008 durchschnittlich 118 € im Portemonnaie, davon rund 6,70 € in Form von Münzen. Demgegenüber ist der Bargeldbestand im Geldbeutel im Jahr 2011 leicht gesunken. Er betrug durchschnittlich 103 €. Davon wurden 5,90 € als Münzen mitgeführt. In der Regel wird der Bargeldbestand im Portemonnaie zum Bezahlen verwendet. Deshalb kann dieser vollständig der Transaktionskasse zugerechnet werden. Wird der durchschnittlich mitgeführte Münzbestand nun auf die erwachsene Gesamtbevölkerung in Deutschland hochgerechnet, ergibt sich für die Privatpersonen ein Transaktionskassenbestand an Euro-Münzen in Höhe von rund 440 Mio € für das Jahr 2008 und ein Betrag von circa 410 Mio € für das Jahr 2011.

Transaktionskassenbestand der Verbraucher in Höhe von 410 Mio €

Die zu Transaktionszwecken gehaltenen Münzen der anderen Verwender (Sektoren) lassen sich mangels einschlägiger Statistiken nur unter mehr oder weniger starken Annahmen schät-

¹³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland – Eine empirische Studie über die Auswahl und Verwendung von Zahlungsinstrumenten in der Bundesrepublik Deutschland, Juni 2009; Deutsche Bundesbank (2012), a. a. O.; Deutsche Bundesbank, Zahlungsverhalten in Deutschland 2014 – Dritte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, März 2015. Die jüngste Erhebung konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

Kassenbestand der Kreditinstitute zwischen 120 Mio € und 370 Mio €

zen. Für die Kreditinstitute in Deutschland ist zwar der im Mittel gehaltene Kassenbestand bekannt, jedoch nicht dessen Aufteilung in Banknoten und Münzen. Mithilfe der Ein- und Auszahlungen von Kreditinstituten bei der Bundesbank lässt sich diese Aufteilung aber näherungsweise berechnen. Dazu wird der Münzanteil an den gesamten Einzahlungen von Kreditinstituten bei der Bundesbank innerhalb eines Jahres auf den durchschnittlich gehaltenen Kassenbestand übertragen. Alternativ kann die Berechnung auch mit den Auszahlungsdaten erfolgen. Im Ergebnis liefert dieses Schätzverfahren einen groben Näherungswert der zu Transaktionszwecken gehaltenen Münzgeldbestände von Kreditinstituten. Diese lagen danach im Jahr 2011 schätzungsweise zwischen 120 Mio € und 370 Mio €.

Wechselgeldbestand des Handels in Höhe von 130 Mio €

Ein weiterer Teil der Transaktionskasse von Münzen befindet sich in den Kassen von Handelsunternehmen. Handelsunternehmen benötigen Münzen, um diese als Wechselgeld ausgeben zu können. Laut eines Experteninterviews werden Handelsunternehmen in der Regel zweimal in der Woche mit Münzen versorgt. Unter der Annahme eines gleichmäßigen Abbaus errechnet sich die Höhe des durchschnittlichen Wechselgeldbestandes aus dem Bedarf an Münzen für einen Umsatz von drei Tagen geteilt durch zwei. Anhand von Umsatzangaben und Barzahlungsanteilen lässt sich dieser Wechselgeldbedarf auf alle Handelsunternehmen in Deutschland hochrechnen. Hierbei wird ein zum Barzahlungsanteil und Umsatz in gleichem Verhältnis stehender Bedarf an Münzen in den einzelnen Geschäftszweigen unterstellt. Demnach halten Handelsunternehmen in Deutschland im Mittel rund 130 Mio € an Münzen in ihren Kassen.

Münzbestand in Automaten zwischen 30 Mio € und 100 Mio €

Neben den Handelsunternehmen, die Münzen als Wechselgeld benötigen, gibt es auch solche, bei denen Münzen vorrangig eingezahlt werden. Hierzu zählen vor allem Automatenbetreiber (Fahrschein-, Park-, Zigaretten- und Spielautomaten). Die dadurch in Automaten angesammelten Münzbestände sind vollumfänglich

Schätzergebnisse im Überblick

Mio €

Position	2011	2012
Münzbestand im Portemonnaie	410	–
Kassenbestand an Münzen von Kreditinstituten	120–370	140–350
Wechselgeldbestand an Münzen von Handelsunternehmen	130	130
Münzbestand in Automaten	30–100	30–100
Gesamt	690–1 010	–

Deutsche Bundesbank

der Transaktionskasse zuzurechnen. Um den Münzbestand in Automaten ermitteln zu können, muss wieder auf eine Hilfsrechnung zurückgegriffen werden. Anhand von Umsatzangaben des Verbandes der Deutschen Automatenindustrie (VDAl) und des Barzahlungsanteils an Automaten gemäß der Zahlungsverhaltensstudie der Bundesbank¹⁴⁾ lässt sich ein Näherungswert für den täglichen Barumsatz an Automaten in Deutschland errechnen. Wird nun noch eine Annahme über den Rhythmus der Entleerung von Automaten getroffen, ergibt sich ein durchschnittlicher Münzbestand von 30 Mio € bis 100 Mio €. Allerdings enthalten die Daten der Automatenwirtschaft nicht alle Umsätze an Automaten. Es fehlen Umsätze an Park- und Fahrscheinautomaten. Somit dürften die hier genannten Werte Untergrenzen sein. Zudem kann anhand des Barzahlungsanteils nicht zwischen Zahlungen mit Banknoten und Münzen unterschieden werden. Der Münzumsatz ist vermutlich niedriger als der hier ange setzte Barumsatz. Zudem geben Automaten Münzen als Wechselgeld wieder aus, sodass sich der Münzbestand in Automaten zusätzlich verringert. Über die genaue Höhe der jeweiligen Einflüsse liegen keine Erkenntnisse vor.

¹⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012), a. a. O., S. 56.

Auslandsumlauf von deutschen Euro-Münzen

Grundsätzlich werden bei Münzen drei Verwendungszwecke unterschieden: Transaktionskasse, Hortung und Auslandsumlauf. Der Auslandsanteil am DM-Münzumsatz dürfte keine große Rolle gespielt haben.¹⁾ Über die Hortung und den Auslandsumlauf von in Deutschland emittierten Euro-Münzen („deutsche“ Euro-Münzen) ist bisher wenig bekannt.

In einem ersten Schritt können die mengenmäßigen Anteile der nationalen Münzumläufe am Gesamtumsatz von Euro-Münzen mit den EZB-Kapitalanteilen der Mitgliedstaaten verglichen werden.²⁾ Der EZB-Kapitalanteil eines Landes richtet sich nach dessen Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung und damit nach wichtigen Bestimmungsfaktoren für den Transaktionskassenbestand an Bargeld in diesem Land. Zwar weicht der Münzumsatz in einigen Ländern von dem rechnerischen Wert nach Kapitalanteil an der EZB ab. Allerdings sind die Abweichungen bei Weitem nicht so groß wie bei den Euro-Banknoten, bei denen es eine nennenswerte Migration auch innerhalb des Euro-Raums gibt.³⁾ Im Gegensatz zum Banknotenumsatz scheint daher der Tourismus bei den Münzen zu keinen größeren grenzüberschreitenden Nettoströmen innerhalb des Euro-Währungsgebiets zu führen.⁴⁾

Deutsche Euro-Münzen gelangen auf drei Kanälen in Länder außerhalb der EWU: erstens über die von deutschen Touristen und Geschäftsreisenden zu Transaktionszwecken in bestimmte Urlaubsgebiete (z. B. Türkei) mitgenommenen Euro-Münzen, zweitens durch Länder außerhalb der EWU, die den Euro einseitig als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt haben und drittens über Touristen und Geschäftsreisende von außerhalb des Euro-Währungsgebiets, die Euro-Münzen von ihren Reisen in der EWU in ihre Heimatländer verbringen. Bei dem ersten Kanal liegt wie bei der Münzmigration innerhalb des Euro-Raums die Vermutung nahe, dass Privat- und Geschäftsreisende genauso viele Münzen in die Länder außerhalb der EWU mitnehmen wie sie von dort nach Deutschland zurückbringen. Es kommt somit nicht zu einem (Netto-)Export deutscher Euro-Münzen. Der zweite Kanal betrifft das Kosovo und Montenegro. Dort laufen Euro-Münzen zu Transaktions- und Hortungszwecken um. Die entsprechenden Bestände können wegen der geringen Größe dieser Länder aber außer Acht gelas-

sen werden. Am wichtigsten ist der dritte Kanal. Dabei handelt es sich um Touristen aus Ländern außerhalb des Euro-Währungsgebiets, die Euro-Münzen von ihren Reisen mit nach Hause nehmen, wo diese – anders als Euro-Banknoten – im Allgemeinen nicht eingetauscht werden können und daher in Horten enden. Ein großer Teil dieser Münzen kehrt nicht mehr zurück in den Euro-Raum und kann als dauerhaft gehortet angesehen werden.⁵⁾ Diese Form von Sickerverlusten ist vermutlich von größerer Bedeutung, da Deutschland ein weltweit beliebtes Reiseziel ist.

Im Ergebnis dürfte der aktive Auslandsumlauf (ohne dauerhafte Horte) deutscher Euro-Münzen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Hieraus folgt, dass die Differenz zwischen dem wertmäßigen deutschen Euro-Münzumsatz und dem inländischen Transaktionskassenbestand an deutschen Euro-Münzen zum allergrößten Teil aus inländischen und dauerhaften Horten außerhalb der EWU bestehen dürfte. Die Aufteilung auf diese beiden Arten von Horten und die Zusammensetzung der inländischen Horte (vorübergehende und dauerhafte Horte, Sammelbestände und verlorene Münzen) sprengt den Rahmen der vorliegenden Untersuchung und bleibt künftiger Forschung vorbehalten.

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Münzgeldentwicklung in Deutschland – Eine empirische Studie über den Münzgeld- und Banknotenumsatz in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Prognose der Münzgeldnachfrage bis 2007, März 2003, S. 161.

2 Vgl.: M. Altmann und N. Bartzsch, Der Transaktionskassenbestand von Euro-Münzen in Deutschland, ROME Diskussionspapier, Nr. 14-06, Mai 2014, Tab. 6 auf S. 36.

3 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Auslandsumlauf von in Deutschland emittierten Euro-Banknoten, Monatsbericht, Januar 2011.

4 Anhand einer Stichprobe hat die Bundesbank für das Jahr 2012 den Anteil von Euro-Münzen mit ausländischer nationaler Rückseite an allen in Deutschland umlaufenden Euro-Münzen untersucht, vgl.: Deutsche Bundesbank, Münzgeldentwicklung und -prognose in Deutschland, Monatsbericht, Januar 2013, S. 36–37. Damit wurden aber nur die kumulierten Zuflüsse nach Deutschland erfasst. Zur Bestimmung der (kumulierten) grenzüberschreitenden Nettoströme bräuchte man auch Angaben über Abflüsse von Euro-Münzen mit nationaler deutscher Rückseite in den restlichen Euro-Raum. Informationen darüber liegen jedoch nicht vor.

5 Vgl.: J. W. D. Bos (1994), The demand for coins in the Netherlands, De Nederlandsche Bank, Quarterly Bulletin, Juni 1994, S. 67–90.

Zusammenfassend lag der inländische Transaktionskassenbestand an Münzen im Jahr 2011 schätzungsweise zwischen 690 Mio € und 1,0 Mrd €. Der Münzbestand im Geldbeutel von Privatpersonen weist mit rund 410 Mio € den größten Einzelwert auf. Danach folgen Kreditinstitute, Handelsunternehmen und Automatenaufsteller.

Die Summe der sektoralen inländischen Transaktionskassenbestände liegt damit deutlich unter dem mit der Saisonalen Methode abgeleiteten Wert für den Transaktionskassenbestand in Deutschland im Jahr 2011 in Höhe von etwa 2,3 Mrd €. Wegen der unzureichenden Datengrundlage können die sektoralen inländischen Transaktionskassenbestände nur unvollständig erfasst werden. Noch schwieriger ist die Schätzung des Auslandsverkehrs (im Sinne von Nettoexporten) deutscher Euro-Münzen. Im Ausland dürften deutsche Euro-Münzen vor allem außerhalb der EWU umlaufen. Näheres dazu findet sich in den Erläuterungen zum „Auslandsverkehr von deutschen Euro-Münzen“ auf Seite 72.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Transaktionskassen leisten kaum noch einen Beitrag zum Wachstum des Münzumschlages

Gemäß Schätzungen mit der Saisonalen Methode ist der Transaktionskassenbestand von Euro-Münzen in Deutschland von gut 1,7 Mrd € im Jahr 2004 auf rund 2,3 Mrd € im Jahr 2011 angestiegen. Im selben Zeitraum nahm der gesamte Umlauf der von der Bundesbank emittierten Euro-Münzen („deutscher“ Euro-Münzumschlau) von knapp 4,5 Mrd € auf gut 6,5 Mrd € zu. Demnach gehen 30% dieses Anstiegs auf die inländische Transaktionskasse zurück. Während allerdings der gesamte deutsche Euro-Münzumschlau im betrachteten Zeitraum stetig und deutlich gewachsen ist, hat sich die Zeitreihe des Transaktionskassenbestandes in Deutschland seit dem Jahr 2008 merklich abgeflacht und dieser trägt kaum noch zum Wachstum des deutschen Euro-Münzumschlages bei. Der Anteil des inländischen Transaktionskassenbestandes am gesamten wertmäßigen deut-

schen Euro-Münzumschlau ist daher seit dem Jahr 2008 gefallen und betrug im Jahr 2011 noch knapp 36%. Ein Grund für den fallenden Verlauf in den letzten Jahren könnte der abnehmende Barzahlungsanteil im Einzelhandel sein. Zudem sinkt der Anteil der Transaktionskasse am Münzumschlau wegen der Anhäufung von verlorenen und gesammelten Münzen mit der Zeit automatisch.

Die inländischen Transaktionskassenbestände der kleinen Münzen (1 Cent bis 5 Cent) fallen entsprechend dem geringen wertmäßigen Umlauf dieser Stückelungen mit jeweils weniger als 60 Mio € im Jahr 2011 recht niedrig aus. Die höchsten inländischen Transaktionskassenbestände entfallen mit zuletzt 600 Mio € für die 1-Euro-Münze und mit gut 1,1 Mrd € für die 2-Euro-Münze auf die großen Stückelungen. Gemäß den hier vorgestellten Schätzungen ist die 2-Euro-Münze die einzige Stückelung, bei der der Transaktionskassenbestand in Deutschland noch deutlich ansteigt und nicht wie bei den anderen Stückelungen seit dem Jahr 2008 gleich bleibt.¹⁵⁾ Der wertmäßige Umlauf deutscher Euro-Münzen wird eindeutig von den beiden großen Stückelungen dominiert.

Transaktionskassenbestände steigen mit der Höhe der Stückelung

Die inländischen Transaktionskassenanteile am stückelungsweisen deutschen Euro-Münzumschlau lagen bei den kleinen Stückelungen mit 20% bis 30% im Jahr 2011 deutlich unter dem Transaktionskassenanteil des wertmäßigen Gesamtumschlages (36%). Ein Grund dafür ist, dass kleine Münzen in größerem Umfang gehortet werden, um den Geldbeutel zu entlasten, oder verloren gehen. Außerdem kann man mit ihnen bis auf wenige Ausnahmen nicht an Verkaufsautomaten bezahlen. Überdurchschnittlich hoch fallen die inländischen Transaktionskassenanteile bei der 20-Cent- beziehungsweise bei der 50-Cent-Münze aus (46% bzw. 51% im Jahr 2011). Diese beiden Münzen können als

Niedrige Transaktionskassenanteile bei kleinen Münzen

¹⁵ Für eine ökonomische Erklärung bzw. Überprüfung dieses Ergebnisses benötigt man den mit Münzen bezahlten Konsum (Barkonsum) stückelungsweise. Derartige Daten liegen aber nicht vor und dürften nur sehr schwer zu schätzen sein.

typische Transaktionsstückelungen bezeichnet werden. Anders als die kleinen Stückelungen werden sie kaum gehortet, um das Portemonnaie zu entlasten. Wegen ihres geringeren Nennwertes eignen sie sich auch nicht so gut zur Wertaufbewahrung wie die großen Münzen.

Transaktionskassenbestand der Privatpersonen am höchsten

Mithilfe von Umfragen und Statistiken wurde auch die Höhe der inländischen sektoralen Transaktionskassenbestände geschätzt. Wegen der unzureichenden Datenlage konnte die Transaktionskasse in Deutschland auf diese Weise aber nur unvollständig erfasst werden. Die Summe der sektoralen inländischen Transaktionskassenbestände lag demnach im Jahr 2011 schätzungsweise zwischen 690 Mio € und 1,0 Mrd €. Der Münzbestand im Portemonnaie von Privatpersonen weist mit rund 410 Mio € den größten Einzelwert auf. Danach folgen Kreditinstitute, Handelsunternehmen und Automatenaufsteller. Im Ausland dürften deutsche Euro-Münzen (per saldo) in nennenswertem Umfang nur außerhalb der EWU vorhanden sein, wo sie dauerhaft gehortet werden.

Die genannten Schätzungen legen folgende Schlussfolgerungen nahe:

Kleinmünzen vorwiegend als Wechselgeld verwendet

Erstens scheinen Kleinmünzen (1-Cent- und 2-Cent-Münzen) bei Transaktionen in erster Linie als betragsgenaues Wechselgeld genutzt

zu werden. Ihren geringen Transaktionskassenanteilen zufolge werden sie verhältnismäßig wenig zum Bezahlen von Waren und Dienstleistungen verwendet. Der Großteil dürfte dauerhaft verloren gegangen sein oder gehortet werden, um den Geldbeutel zu entlasten.

Zweitens sind die Ergebnisse für die Schätzung der Münznachfrage beziehungsweise für die Prognose des Münzumschlages von Interesse. Die Münznachfrage hängt wesentlich von einer Transaktionsvariablen (für das Transaktionsmotiv) und einer Opportunitätskostenvariablen (für das Hortungsmotiv zwecks Wertaufbewahrung) ab.¹⁶⁾ Der reale Barkonsum kann als eine solche Transaktionsvariable in strukturellen Modellen verwendet werden. Schwieriger ist es, eine geeignete Proxy-Variablen für die Opportunitätskosten zu finden. Am ehesten eignen sich strukturelle Modelle noch für die Nachfrage nach deutschen 2-Euro-Münzen. Dies ist die einzige Stückelung, bei der die Transaktionskasse einen nennenswerten Beitrag zum Anstieg des Umlaufs leistet. Bei den anderen Stückelungen spielen die Hortungsbestände eine größere Rolle. Hier scheinen Zeitreihenmodelle besser geeignet zu sein.

Prognose des Münzumschlages am besten mit Zeitreihenmodellen

¹⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013), a. a. O., S. 33–35.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

- | | |
|--|-----|
| 1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion..... | 42• |
| 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland..... | 42• |

■ VI. Zinssätze

- | | |
|---|-----|
| 1. EZB-Zinssätze..... | 43• |
| 2. Basiszinssätze..... | 43• |
| 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)..... | 43• |
| 4. Geldmarktsätze nach Monaten..... | 43• |
| 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)..... | 44• |

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

- | | |
|-----------------|-----|
| 1. Aktiva..... | 48• |
| 2. Passiva..... | 49• |

■ VIII. Kapitalmarkt

- | | |
|--|-----|
| 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland..... | 50• |
| 2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland..... | 51• |
| 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland..... | 52• |
| 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten..... | 52• |
| 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere..... | 53• |
| 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland..... | 53• |

■ IX. Finanzierungsrechnung

- | | |
|--|-----|
| 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften..... | 54• |
| 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften..... | 55• |
| 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte..... | 56• |
| 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte..... | 57• |

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

- | | |
|---|-----|
| 1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“..... | 58• |
| 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen..... | 58• |
| 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung..... | 59• |
| 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden..... | 59• |
| 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen..... | 60• |

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
			M3 3)	gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									% p. a. im Monatsdurchschnitt	
2013 Juni	7,5	4,3	2,4	2,5	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	3,0
Juli	7,1	4,1	2,1	2,3	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0
Aug.	6,7	4,0	2,2	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9
2014 Jan.	6,1	2,4	1,2	1,2	- 1,8	- 2,3	- 1,2	0,20	0,29	2,8
Febr.	6,1	2,4	1,3	1,2	- 1,9	- 2,4	- 1,3	0,16	0,29	2,6
März	5,6	2,2	1,0	1,1	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,5
April	5,2	2,0	0,8	1,0	- 2,3	- 2,6	- 1,0	0,25	0,33	2,3
Mai	5,0	2,1	1,1	1,2	- 2,5	- 2,7	- 1,3	0,25	0,32	2,2
Juni	5,4	2,4	1,6	1,5	- 2,4	- 2,3	- 1,6	0,08	0,24	2,1
Juli	5,6	2,5	1,8	1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,3	0,04	0,21	1,9
Aug.	5,8	2,7	2,0	2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,1	0,02	0,19	1,7
Sept.	6,2	3,0	2,5	2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	0,01	0,10	1,6
Okt.	6,2	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	6,9	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	7,9	3,6	3,6	3,5	- 0,1	- 0,6	- 2,3	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	8,9	4,0	3,7	3,8	0,3	- 0,3	- 2,5	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	9,1	4,0	4,0	...	0,3	- 0,1	- 2,6	- 0,04	0,05	1,0
März	- 0,05	0,03	0,9

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
Mio €									1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2013 Juni	+ 23 295	+ 21 122	+ 81 242	- 11 969	+ 2 718	- 1 461	+ 91 283	+ 671	1,3189	101,6	99,3
Juli	+ 21 565	+ 21 641	+ 9 888	- 10 533	+ 13 458	+ 3 155	+ 4 028	- 221	1,3080	101,6	99,3
Aug.	+ 9 728	+ 12 284	+ 39 040	+ 2 066	+ 6 512	- 4 582	+ 33 019	+ 2 025	1,3310	102,3	99,8
Sept.	+ 14 603	+ 15 279	+ 42 458	+ 13 415	+ 7 482	+ 1 937	+ 18 479	+ 1 144	1,3348	102,1	99,4
Okt.	+ 21 039	+ 21 145	+ 44 332	- 8 440	+ 4 786	+ 4 463	+ 44 332	- 809	1,3635	102,9	100,1
Nov.	+ 24 721	+ 21 696	+ 24 669	+ 16 165	- 55 841	+ 4 555	+ 59 950	- 159	1,3493	102,7	99,8
Dez.	+ 32 866	+ 16 752	+ 97 374	+ 15 749	+ 17 210	+ 3 025	+ 60 017	+ 1 373	1,3704	103,9	101,0
2014 Jan.	- 225	+ 3 746	- 24 444	- 4 632	- 43 973	- 335	+ 21 804	+ 2 692	1,3610	103,5	100,5
Febr.	+ 9 704	+ 19 116	+ 6 677	+ 6 896	- 57 047	+ 2 864	+ 54 406	- 442	1,3659	103,6	100,7
März	+ 22 684	+ 21 693	+ 78 651	+ 15 557	+ 47 931	+ 2 980	+ 11 930	+ 253	1,3823	104,7	101,6
April	+ 15 093	+ 19 135	- 6 721	+ 12 998	+ 24 561	+ 4 733	- 49 410	+ 397	1,3813	104,6	101,3
Mai	+ 5 210	+ 20 756	+ 7 337	- 4 552	- 61 217	+ 6 508	+ 66 121	+ 476	1,3732	103,9	100,4
Juni	+ 20 187	+ 21 063	+ 75 623	- 12 891	- 6 965	+ 4 888	+ 91 042	- 451	1,3592	103,1	99,6
Juli	+ 26 504	+ 25 433	+ 18 294	+ 8 227	+ 14 319	+ 3 207	- 6 808	- 650	1,3539	102,7	99,1
Aug.	+ 11 792	+ 10 943	- 616	- 3 739	+ 3 139	+ 3 477	- 4 733	+ 1 240	1,3316	102,0	98,5
Sept.	+ 30 347	+ 24 780	+ 50 715	+ 19 351	+ 58 608	+ 9 469	- 34 785	- 1 928	1,2901	100,5	97,0
Okt.	+ 29 389	+ 25 460	+ 35 172	- 749	+ 47 013	+ 875	- 12 971	+ 1 004	1,2673	99,6	96,1
Nov.	+ 25 990	+ 22 893	+ 74 472	+ 22 250	+ 12 385	+ 3 379	+ 35 668	+ 791	1,2472	99,6	96,1
Dez.	+ 35 162	+ 25 905	+ 7 028	- 16 714	+ 65 557	+ 1 578	- 44 469	+ 1 076	1,2331	99,7	96,0
2015 Jan.	+ 8 187	+ 10 527	- 22 161	+ 4 952	- 29 755	+ 5 461	- 2 750	- 69	1,1621	95,9	p) 92,3
Febr.	1,1350	94,0	p) 90,7
März	1,0838	91,4	p) 88,2

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81*/ 82* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2012	- 0,8	0,1	0,4	4,7	- 1,4	0,3	- 6,6	- 0,3	- 2,8	4,8
2013	- 0,5	0,3	0,1	1,6	- 1,3	0,3	- 3,9	0,2	- 1,7	4,2
2014	0,9	...	1,6	2,1	- 0,1	0,4	0,8	4,8	- 0,4	2,4
2013 3.Vj.	- 0,3	0,6	0,8	0,3	- 0,4	0,7	- 2,6	1,8	- 0,9	4,6
4.Vj.	0,4	0,6	1,0	1,7	- 0,1	0,6	- 3,1	- 1,1	- 0,9	4,5
2014 1.Vj.	1,1	1,2	2,6	0,5	- 0,1	0,7	- 0,5	4,0	- 0,1	2,8
2.Vj.	0,8	1,0	1,0	2,3	- 0,4	0,1	0,4	7,3	- 0,5	2,3
3.Vj.	0,8	1,0	1,2	2,4	0,0	0,3	2,0	3,5	- 0,4	2,4
4.Vj.	0,9	1,0	1,6	3,0	- 0,1	0,4	1,2	...	- 0,6	2,1
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2012	- 2,5	- 2,1	- 0,3	1,5	- 1,5	- 2,7	- 2,1	- 1,5	- 6,3	6,2
2013	- 0,7	0,9	0,2	4,2	- 3,2	- 0,6	- 3,2	- 2,2	- 3,2	- 0,4
2014	s) 0,6	1,0	p) 1,3	2,4	- 2,0	- 1,0	- 2,3	19,9	- 0,5	- 0,9
2013 3.Vj.	- 1,1	0,7	- 0,2	4,2	- 2,0	- 1,6	- 5,4	- 1,6	- 3,8	0,2
4.Vj.	1,5	4,0	3,0	2,1	- 2,2	0,6	- 4,8	- 1,3	- 0,4	- 0,6
2014 1.Vj.	1,3	3,3	3,0	- 1,4	- 3,4	- 0,7	- 2,5	11,9	0,6	- 2,0
2.Vj.	0,9	2,1	1,1	2,4	- 1,9	- 1,8	- 3,1	21,0	0,0	- 0,2
3.Vj.	0,5	0,0	0,7	3,2	- 2,0	0,0	- 3,2	19,1	- 1,4	- 0,8
4.Vj.	s) - 0,1	- 1,4	p) 0,5	5,3	- 0,8	- 1,3	- 0,2	27,8	- 1,4	- 0,7
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
2012	79,1	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	71,8	70,8
2013	78,2	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	71,6	72,0
2014	80,1	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2013 4.Vj.	78,6	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	73,8	72,2
2014 1.Vj.	80,3	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	73,6	72,1
2.Vj.	79,8	79,0	83,9	72,6	79,9	81,3	67,7	-	73,5	72,0
3.Vj.	80,0	79,2	84,0	74,0	78,9	82,5	70,4	-	73,6	71,5
4.Vj.	80,3	79,4	84,4	73,2	77,9	82,0	66,7	-	73,9	73,3
2015 1.Vj.	81,0	79,7	84,8	71,2	78,6	81,9	69,2	-	74,6	71,3
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
2012	11,4	7,6	5,4	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2014 Sept.	11,5	8,6	5,1	7,6	8,9	10,4	26,1	10,9	12,9	10,8
Okt.	11,5	8,6	5,0	6,8	9,0	10,4	26,1	10,6	13,0	10,4
Nov.	11,5	8,6	5,1	6,5	9,0	10,5	25,9	10,4	13,2	10,4
Dez.	11,4	8,5	4,8	6,3	9,0	10,5	25,9	10,1	12,7	10,4
2015 Jan.	11,4	8,5	4,6	6,2	9,0	10,6	25,7	10,0	12,6	...
Febr.	11,3	8,5	4,8	...	9,1	10,6	...	9,9	12,7	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014	8) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2014 Okt.	0,4	0,3	0,7	0,5	1,2	0,5	- 1,8	0,4	0,2	0,7
Nov.	0,3	0,1	0,5	0,0	1,1	0,4	- 1,2	0,2	0,3	0,9
Dez.	- 0,2	- 0,4	0,1	0,1	0,6	0,1	- 2,5	- 0,3	- 0,1	0,3
2015 Jan.	9) - 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 2,8	- 0,4	- 0,5	- 0,3
Febr.	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 1,9	- 0,4	0,1	0,0
März	s) - 0,1	...	0,1	0,0	0,0	0,0	- 1,9	- 0,3	0,0	0,5
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
2011	- 4,1	- 3,9	- 0,9	1,0	- 1,0	- 5,1	- 10,1	- 12,6	- 3,5	- 3,4
2012	- 3,6	- 4,1	0,1	- 0,3	- 2,1	- 4,9	- 8,6	- 8,0	- 3,0	- 0,8
2013	- 2,9	- 2,9	0,1	- 0,5	- 2,4	- 4,1	- 12,2	- 5,7	- 2,8	- 0,9
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
2011	85,5	102,1	77,9	6,0	48,5	85,0	171,3	111,1	116,4	42,7
2012	88,7	104,0	79,3	9,7	53,0	89,2	156,9	121,7	122,2	40,9
2013	90,7	104,5	77,1	10,1	56,0	92,2	174,9	123,3	127,9	38,2

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet; EWU-Aggregat ohne

Litauen. **3** ESVG 2010. **4** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt; EWU-Aggregat ohne Litauen. **5** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **6** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **7** Standardisierte Arbeitslosen-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
3,8	- 0,2	2,5	- 1,6	0,9	- 4,0	1,6	- 2,6	- 2,1	- 2,4	2012
3,3	2,0	2,7	- 0,7	0,2	- 1,6	1,4	- 1,0	- 1,2	- 5,4	2013
2,9	...	3,5	0,9	0,3	0,9	2,4	2,6	1,4	- 2,3	2014
3,0	2,7	2,1	- 0,6	0,4	- 1,4	1,5	- 0,3	- 0,5	- 5,0	2013 3.Vj.
3,3	1,0	2,5	1,0	0,9	0,8	2,0	2,1	- 0,1	- 4,9	4.Vj.
3,3	2,5	3,2	0,0	0,5	0,7	2,3	2,1	0,7	- 3,4	2014 1.Vj.
3,4	1,3	3,3	1,1	0,6	0,8	2,6	2,9	1,1	- 1,7	2.Vj.
2,7	4,0	3,7	1,0	0,3	1,6	2,4	3,2	1,7	- 2,1	3.Vj.
2,4	...	4,0	1,4	- 0,2	0,5	2,4	2,4	2,1	- 2,0	4.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
3,7	- 4,3	5,4	- 0,5	- 0,3	- 6,1	8,0	- 0,5	- 6,9	- 9,6	2012
3,3	- 3,4	5,3	0,5	0,8	0,5	5,2	- 1,4	- 1,7	- 12,4	2013
0,2	11,4	5,7	- 2,9	0,8	1,2	3,7	1,6	1,3	- 0,8	2014
0,8	- 2,8	6,2	- 0,6	0,5	- 1,5	4,8	- 2,3	- 1,0	- 11,1	2013 3.Vj.
- 2,4	5,0	10,1	0,8	0,6	3,8	10,9	1,3	1,0	- 9,8	4.Vj.
- 6,4	13,1	7,7	- 6,9	2,1	2,3	6,8	- 0,2	1,6	- 1,7	2014 1.Vj.
4,7	13,9	9,0	- 1,6	0,9	1,9	5,4	1,5	2,3	- 0,4	2.Vj.
- 0,6	10,8	5,6	- 0,1	- 0,2	1,5	2,3	2,7	0,8	0,4	3.Vj.
3,5	8,2	0,0	- 2,3	0,6	- 0,7	0,7	2,2	0,5	- 1,5	4.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
72,1	76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	75,6	54,6	80,3	75,8	53,9	2014
74,0	65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	2013 4.Vj.
74,2	67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
75,1	64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
75,1	65,4	77,2	79,6	84,2	75,6	56,5	80,8	75,3	54,5	3.Vj.
75,1	66,9	78,1	80,3	83,7	75,5	57,3	81,2	76,9	54,5	4.Vj.
74,4	66,4	80,5	80,6	84,1	78,0	75,0	85,1	78,1	54,9	2015 1.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
13,4	5,1	6,3	5,8	4,9	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	5,9	5,9	7,4	...	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
10,3	5,9	5,8	7,1	5,6	13,4	12,9	9,6	24,0	16,2	2014 Sept.
10,3	5,9	6,0	7,1	5,6	13,6	12,7	9,6	23,9	16,3	Okt.
10,1	5,8	6,1	7,1	5,6	13,5	12,5	9,5	23,7	16,6	Nov.
10,0	5,9	6,1	7,2	5,6	13,6	12,4	9,4	23,6	16,4	Dez.
9,8	5,8	6,1	7,2	5,4	13,8	12,4	9,4	23,4	16,2	2015 Jan.
10,0	5,8	5,9	7,1	5,3	14,1	12,3	9,4	23,2	16,3	Febr.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
3,2	2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
0,3	0,4	0,7	0,4	1,4	0,1	0,0	0,1	- 0,2	0,3	2014 Okt.
0,4	0,2	0,6	0,3	1,5	0,1	0,0	0,1	- 0,5	0,0	Nov.
- 0,1	- 0,9	0,4	- 0,1	0,8	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 1,1	- 1,0	Dez.
- 1,4	- 1,1	0,8	- 0,7	0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 1,5	- 0,7	2015 Jan.
- 1,5	- 0,3	0,6	- 0,5	0,5	- 0,1	- 0,6	- 0,5	- 1,2	- 0,8	Febr.
- 1,1	0,1	0,5	- 0,3	...	0,4	...	- 0,4	- 0,8	- 1,4	März
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
- 9,0	0,3	- 2,6	- 4,3	- 2,6	- 7,4	- 4,1	- 6,2	- 9,4	- 5,8	2011
- 3,2	0,1	- 3,7	- 4,0	- 2,3	- 5,5	- 4,2	- 3,7	- 10,3	- 5,8	2012
- 2,6	0,6	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 4,9	- 2,6	- 14,6	- 6,8	- 4,9	2013
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
37,3	18,5	69,8	61,3	82,1	111,1	43,5	46,2	69,2	66,0	2011
39,9	21,4	67,9	66,5	81,7	124,8	52,1	53,4	84,4	79,5	2012
39,0	23,6	69,8	68,6	81,2	128,0	54,6	70,4	92,1	102,2	2013

quote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **8** Ab 2014 einschl. Lettland. **9** Ab 2015 einschl. Litauen. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Basis ESVG 2010); EWU-Aggregat (ohne Litauen): Europäische Zentralbank, Mitgliedstaaten (Maastricht-Definition): Euro-

päische Kommission. Die hier für Deutschland bereits enthaltenen Revisionen, die staatliche Verschuldung betreffend, sind in der Berechnung des Aggregats noch nicht berücksichtigt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2013 Juli	- 120,7	- 83,5	- 12,1	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
Aug.	- 53,7	- 35,9	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	3,2	19,3	- 0,6	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,6	- 4,2	- 1,3	- 2,0	- 1,0
Okt.	- 43,1	- 61,4	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 18,9	7,6	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
Dez.	- 182,0	- 107,0	- 38,6	- 75,0	- 73,1	78,0	- 85,8	- 163,8	- 11,4	- 8,9	- 0,5	- 9,8	7,7
2014 Jan.	43,5	- 18,9	9,5	62,4	42,6	9,0	125,0	116,0	- 1,1	- 2,7	0,1	- 12,4	13,9
Febr.	- 5,1	- 9,2	- 16,4	4,1	12,3	32,5	16,1	- 16,4	- 11,9	- 5,9	0,1	- 11,3	5,2
März	7,7	6,1	- 3,2	1,6	3,9	12,6	- 23,6	- 36,3	10,4	- 8,6	- 0,2	- 0,1	19,4
April	- 6,1	- 6,2	- 17,1	0,1	- 0,1	- 9,4	64,8	74,2	- 24,9	- 31,1	- 0,3	- 0,9	7,4
Mai	- 25,7	- 36,4	23,8	10,7	9,1	51,6	37,0	- 14,6	- 21,0	- 14,9	- 0,4	3,3	- 9,0
Juni	9,3	23,6	- 12,9	- 14,3	- 6,4	69,3	- 34,0	- 103,4	- 15,4	- 10,6	- 1,4	- 22,3	18,8
Juli	- 25,9	- 15,7	6,4	- 10,2	- 17,8	27,2	61,1	34,0	- 6,8	- 12,4	0,6	- 10,3	15,2
Aug.	- 45,7	- 51,0	- 15,6	5,3	15,9	- 1,3	- 5,8	- 4,5	0,2	- 5,0	1,3	- 5,9	9,8
Sept.	34,8	26,2	- 14,5	8,6	9,2	- 25,0	- 17,7	7,3	- 6,0	- 16,5	0,3	- 12,0	22,1
Okt.	5,0	- 24,0	- 9,0	29,0	23,1	10,4	- 4,0	- 14,4	- 37,0	- 13,9	- 0,2	- 26,5	3,6
Nov.	33,7	25,6	5,5	8,1	5,2	60,2	76,5	16,3	- 13,3	1,1	- 0,4	- 13,1	- 0,9
Dez.	- 33,3	9,2	7,0	- 42,5	- 50,4	- 5,8	- 115,2	- 109,3	- 43,0	- 1,0	2,3	- 41,3	- 3,0
2015 Jan.	92,6	16,8	1,2	75,9	54,1	- 20,3	191,5	211,9	- 17,8	- 17,7	0,6	- 9,4	8,7
Febr.	7,4	19,8	- 0,6	- 12,3	- 2,5	- 24,4	- 19,3	5,1	- 18,3	- 4,0	- 1,5	- 8,7	- 4,2

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2013 Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
Mai	- 2,3	- 4,7	- 9,6	2,4	1,0	7,5	17,7	10,2	12,1	- 2,6	- 0,2	10,8	3,9
Juni	- 7,2	0,5	- 0,9	- 7,8	0,6	34,6	12,3	- 22,3	5,5	- 3,1	- 1,1	- 3,0	12,7
Juli	10,3	3,2	3,3	7,1	4,1	21,8	23,5	1,7	- 1,2	- 4,3	0,7	- 0,7	3,1
Aug.	- 6,4	0,8	- 3,4	- 7,2	- 2,0	- 16,9	- 11,4	5,5	- 2,7	- 1,3	0,9	- 2,8	0,5
Sept.	10,2	6,2	2,1	4,0	4,8	- 16,6	- 14,1	2,5	- 3,2	- 0,7	0,5	- 4,5	1,5
Okt.	5,3	- 4,2	- 4,5	9,5	2,4	16,5	10,9	- 5,6	- 1,7	- 2,8	- 0,2	1,2	0,1
Nov.	14,1	15,3	6,0	- 1,2	1,9	12,8	30,9	18,1	0,1	- 2,7	- 0,4	1,5	1,8
Dez.	- 15,6	1,6	5,4	- 17,2	- 10,2	- 5,5	- 33,2	- 27,7	- 17,5	- 7,3	0,2	- 8,1	- 2,2
2015 Jan.	28,5	12,9	6,9	15,6	6,7	- 57,8	52,3	110,2	- 1,3	- 3,4	0,0	1,2	0,8
Febr.	9,5	4,8	- 1,0	4,7	1,6	4,3	- 9,8	- 14,2	2,4	- 1,5	- 1,3	3,0	2,2

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)		
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 26,1	- 55,1	-	- 6,4	- 7,0	- 8,3	6,9	- 15,2	- 2,2	3,5	- 48,9	- 1,1	- 6,7	2013 Juli	
- 55,7	12,4	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,4	9,5	1,1	Aug.	
11,2	58,1	-	33,8	1,3	23,6	- 0,2	23,8	- 19,2	- 5,6	- 8,0	- 26,4	6,5	Sept.	
- 28,0	- 5,3	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 5,5	1,3	- 12,4	Okt.	
18,4	- 11,9	-	28,4	33,9	47,1	5,4	41,7	- 15,1	1,9	3,7	- 1,1	- 4,0	Nov.	
- 49,3	- 26,3	-	- 17,0	15,2	13,7	17,9	- 4,2	- 0,2	1,7	- 15,5	- 12,8	- 12,9	Dez.	
20,4	37,7	-	- 4,5	- 39,7	- 36,5	- 13,6	- 23,0	- 15,6	- 12,5	- 6,9	25,3	- 0,9	2014 Jan.	
36,9	- 13,6	-	16,0	14,4	12,2	1,9	10,2	2,3	- 0,0	19,1	- 0,8	- 4,9	Febr.	
- 5,3	3,0	-	12,3	38,5	33,0	6,3	26,7	0,6	4,9	- 12,8	- 17,6	3,2	März	
- 10,7	- 6,8	-	26,8	27,9	38,2	5,3	32,9	- 7,9	- 2,4	- 8,9	5,4	- 11,9	April	
33,1	- 50,1	-	63,8	57,8	54,9	7,1	47,8	1,0	1,9	- 13,9	- 4,1	8,6	Mai	
26,4	51,1	-	16,6	23,1	44,4	6,4	38,0	- 19,4	- 1,9	28,1	- 12,9	2,4	Juni	
- 23,1	2,4	-	28,8	15,0	10,3	9,4	0,9	6,4	- 1,6	2,7	16,9	- 7,3	Juli	
- 46,4	- 48,2	-	47,5	40,7	34,9	2,0	32,8	3,5	2,4	2,9	3,7	2,4	Aug.	
- 6,1	22,8	-	- 0,8	14,7	33,4	0,3	33,1	- 12,8	- 5,8	- 18,3	- 11,6	6,0	Sept.	
- 6,5	33,8	-	25,2	8,8	38,3	3,5	34,8	- 20,6	- 8,9	25,6	14,6	- 4,3	Okt.	
25,9	- 11,4	-	92,7	90,5	100,6	6,2	94,4	- 14,5	4,4	- 2,7	5,6	0,6	Nov.	
- 47,0	19,2	-	31,7	31,7	51,5	23,8	27,7	- 17,5	- 2,3	- 13,8	- 17,5	31,3	Dez.	
80,2	- 32,9	-	42,8	24,8	52,8	- 2,7	55,5	- 36,3	8,3	23,6	20,3	- 7,7	2015 Jan.	
- 27,1	- 15,8	-	44,2	20,8	27,7	4,2	23,6	- 9,8	2,9	36,0	8,9	1,6	Febr.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)				
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	2013 Juli		
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	9,4	0,0	3,0	Aug.		
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	1,8	Sept.		
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	Okt.		
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	- 1,9	- 0,0	3,5	- 0,1	3,0	Nov.		
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,3	- 13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	3,9	Dez.		
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	- 4,9	- 0,6	1,2	0,1	2,2	2014 Jan.		
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	- 0,0	1,6	Febr.		
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	2,2	März		
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	- 3,3	- 1,6	2,5	0,0	0,1	April		
1,9	- 24,5	3,0	1,3	15,7	11,2	7,3	- 0,6	3,0	- 0,1	0,7	Mai		
- 0,9	30,9	2,8	1,9	- 8,1	- 8,3	- 2,5	- 0,4	0,4	- 0,1	2,7	Juni		
1,3	24,4	4,5	2,4	7,6	5,5	0,0	- 0,9	3,2	- 0,0	0,2	Juli		
- 4,8	- 38,5	3,7	- 0,1	22,7	15,8	2,9	0,6	1,7	- 0,3	2,1	Aug.		
1,5	- 4,0	3,8	0,3	- 0,7	6,1	- 4,8	0,1	- 2,7	0,0	0,6	Sept.		
- 1,3	6,5	3,2	0,8	18,2	25,6	- 9,3	- 0,3	1,8	- 0,0	0,4	Okt.		
- 0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	- 0,4	0,4	- 0,0	0,8	Nov.		
2,3	12,4	3,6	5,0	- 18,2	- 18,1	4,6	2,2	- 6,2	- 0,0	0,8	Dez.		
- 5,8	- 58,9	2,4	- 0,8	25,0	26,4	- 4,6	- 1,1	3,4	0,0	1,0	2015 Jan.		
- 5,0	- 11,9	2,1	0,8	28,3	23,5	- 0,9	0,9	1,2	0,0	3,6	Febr.		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2013 Jan.	26 397,8	16 646,9	13 249,6	11 053,1	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2
Febr.	26 517,2	16 640,3	13 243,1	11 048,6	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 567,8	16 698,5	13 262,6	11 044,6	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 709,3	16 730,7	13 270,3	11 014,5	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 371,6	16 728,1	13 249,1	10 992,1	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 926,2	16 691,6	13 200,4	10 975,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 675,6	16 573,2	13 113,1	10 895,5	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 458,7	16 417,2	12 977,1	10 767,7	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 420,6	16 423,1	12 996,1	10 781,6	1 421,9	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 463,9	16 386,4	12 927,6	10 732,8	1 401,5	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 426,6	16 364,8	12 929,5	10 736,1	1 398,2	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 648,0	16 161,5	12 802,4	10 649,6	1 360,8	792,1	3 359,1	1 097,3	2 261,8	4 487,3	3 999,1
2014 Jan.	25 041,7	16 241,9	12 803,5	10 640,4	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 680,4	4 119,3
Febr.	24 985,6	16 222,0	12 771,6	10 635,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 671,5	4 092,2
März	24 905,6	16 233,6	12 772,9	10 638,7	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 638,6	4 033,4
April	25 042,7	16 233,3	12 767,4	10 647,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 697,2	4 112,3
Mai	25 173,8	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,8	4 186,0
Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1
Dez.	25 891,4	16 241,6	12 691,8	10 635,8	1 287,6	768,4	3 549,8	1 131,0	2 418,8	4 991,1	4 658,6
2015 Jan.	26 918,0	16 395,9	12 754,6	10 701,3	1 276,2	777,1	3 641,2	1 158,0	2 483,2	5 399,4	5 122,8
Febr.	26 852,0	16 417,0	12 783,2	10 722,3	1 276,8	784,1	3 633,8	1 143,3	2 490,4	5 397,3	5 037,7
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5
Dez.	5 964,3	3 696,6	2 931,8	2 527,7	143,8	260,3	764,8	364,1	400,6	1 209,1	1 058,7
2015 Jan.	6 233,0	3 728,6	2 948,2	2 536,5	142,2	269,5	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 190,9
Febr.	6 175,9	3 739,7	2 954,3	2 542,4	142,4	269,4	785,4	375,5	409,9	1 302,5	1 133,7

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
Bargeld- umlauf 4)			Unternehmen und Privatpersonen							
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)										
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.
894,0	10 924,4	10 323,2	10 348,0	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,0	2 085,6	87,2	Sept.
898,0	10 915,2	10 342,4	10 372,6	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,3	2 078,9	86,8	Okt.
903,4	10 961,8	10 369,7	10 389,6	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,1	2 080,3	86,7	Nov.
921,2	10 900,4	10 351,8	10 401,3	4 310,6	1 153,6	431,3	2 334,9	2 084,5	86,4	Dez.
908,3	10 919,1	10 348,6	10 399,4	4 304,6	1 132,1	442,6	2 337,6	2 096,5	86,0	2014 Jan.
910,2	10 949,2	10 338,5	10 382,8	4 307,7	1 129,1	445,4	2 319,8	2 094,6	86,2	Febr.
916,5	10 966,6	10 355,6	10 399,0	4 332,6	1 129,0	441,5	2 311,4	2 098,5	86,1	März
921,8	10 948,1	10 350,7	10 394,3	4 364,8	1 124,3	442,6	2 280,1	2 096,5	86,0	April
928,9	11 020,7	10 387,2	10 425,8	4 414,7	1 121,4	439,4	2 266,3	2 098,4	85,6	Mai
935,3	11 050,7	10 387,6	10 424,2	4 447,5	1 104,4	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	Juni
944,7	11 022,8	10 378,1	10 420,0	4 448,9	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	Juli
946,8	11 015,1	10 414,4	10 454,5	4 478,1	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	Aug.
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	Sept.
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	Okt.
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.
980,6	11 154,9	10 547,7	10 629,8	4 746,6	1 090,1	399,6	2 218,6	2 087,9	87,0	Dez.
979,1	11 295,4	10 588,4	10 687,5	4 833,3	1 074,7	389,1	2 209,0	2 093,2	88,3	2015 Jan.
983,3	11 282,8	10 593,6	10 693,9	4 851,5	1 040,3	389,2	2 231,4	2 094,7	86,9	Febr.
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	Sept.
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.
229,7	3 207,5	3 139,1	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,7	530,9	76,3	Dez.
228,9	3 233,6	3 154,6	3 044,9	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.
229,7	3 249,7	3 168,4	3 061,9	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten							
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	390,1	386,2	459,7	2 807,6	2 172,3
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	417,3	412,0	465,9	2 806,9	2 151,4
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	440,3	434,2	459,6	2 775,5	2 122,0
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	431,3	423,8	459,1	2 747,3	2 102,0
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	444,5	437,7	455,7	2 721,4	2 076,4
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	466,2	459,7	436,0	2 695,8	2 061,8
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	417,1	411,3	434,8	2 656,5	2 031,2
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	339,1	332,9	444,4	2 646,2	2 012,9
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 642,7	2 003,7
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,0	2 006,1
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,1	1 999,9
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,5	287,7	404,8	2 586,5	1 978,6
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,8	279,3	422,6	2 581,8	1 969,1
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	306,7	295,2	421,8	2 556,5	1 956,7
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	293,9	285,4	404,1	2 558,8	1 961,5
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,3	2 544,4	1 948,4
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9
Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9
Dez.	217,9	307,2	137,9	96,9	11,5	39,6	16,2	5,1	297,0	290,7	417,1	2 498,0	1 815,2
2015 Jan.	300,3	307,7	135,0	97,3	11,3	39,9	18,7	5,4	321,5	311,3	439,2	2 500,6	1 792,8
Febr.	273,3	315,6	142,3	96,2	11,6	40,0	20,2	5,3	357,6	347,5	448,1	2 498,0	1 778,4
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7
Dez.	14,9	173,5	50,7	78,7	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,4	547,1	280,7
2015 Jan.	20,7	168,0	44,7	79,1	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,4	565,5	283,0
Febr.	15,7	172,1	47,5	79,2	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,4	574,0	287,6

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (EurosysteM). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

lungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des EurosysteMs sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾										Nachrichtlich					Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung ¹³⁾					
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾						
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾																
70,1	92,3	2 645,3	3 774,6	2 387,7	- 32,6	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,0	7 536,2	112,0	2013 Jan.			
61,7	88,1	2 657,0	3 812,7	2 378,2	- 38,3	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,0	7 529,6	111,1	Febr.			
59,2	84,1	2 632,1	3 798,4	2 414,3	- 58,9	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 805,9	7 557,1	110,9	März			
62,5	81,6	2 603,3	3 832,7	2 390,1	- 43,1	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,0	7 495,4	111,2	April			
62,9	74,4	2 584,0	3 755,3	2 377,8	- 54,6	4 825,3	-	5 325,6	9 139,4	9 856,7	7 467,3	111,9	Mai			
66,1	68,4	2 561,4	3 651,9	2 335,9	- 63,2	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,1	7 398,0	113,0	Juni			
62,1	66,7	2 527,8	3 599,3	2 365,2	- 59,0	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,6	7 387,5	116,5	Juli			
66,1	63,1	2 517,0	3 572,1	2 391,4	- 61,5	4 310,0	-	5 265,1	9 185,4	9 885,0	7 394,1	115,9	Aug.			
76,0	58,3	2 508,5	3 500,7	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 846,9	7 362,1	116,6	Sept.			
63,7	58,1	2 516,1	3 511,7	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,6	7 374,6	114,3	Okt.			
63,7	53,4	2 514,0	3 474,2	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,1	9 888,4	7 354,4	117,2	Nov.			
38,5	49,1	2 498,9	3 309,4	2 340,0	- 62,6	3 953,9	-	5 444,5	9 249,4	9 852,3	7 310,4	114,1	Dez.			
42,3	43,9	2 495,6	3 474,4	2 384,6	- 44,8	4 108,0	-	5 418,6	9 224,2	9 854,7	7 354,6	107,7	2014 Jan.			
42,1	39,1	2 475,3	3 428,5	2 405,2	- 31,4	4 039,0	-	5 427,9	9 235,1	9 866,7	7 337,6	105,3	Febr.			
49,1	35,4	2 474,4	3 392,4	2 422,0	- 30,0	3 981,3	-	5 461,0	9 273,8	9 879,1	7 344,7	106,1	März			
37,8	32,6	2 474,0	3 463,5	2 433,5	- 23,1	4 060,2	-	5 498,8	9 301,1	9 903,1	7 324,3	104,5	April			
43,7	35,1	2 484,3	3 477,3	2 426,9	- 35,6	4 116,1	-	5 556,5	9 362,8	9 970,8	7 313,8	105,4	Mai			
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	- 50,4	4 138,9	-	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	Juni			
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	- 46,1	4 239,4	-	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	Juli			
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	- 59,1	4 451,8	-	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	Aug.			
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	Sept.			
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	Okt.			
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	Nov.			
86,1	42,9	2 369,1	3 559,8	2 467,7	- 45,9	4 562,1	-	5 956,7	9 679,7	10 338,1	7 187,0	112,3	Dez.			
59,7	42,1	2 398,9	3 905,9	2 558,6	- 88,5	5 006,2	-	6 037,0	9 742,3	10 401,8	7 300,0	110,6	2015 Jan.			
59,3	43,1	2 395,6	3 933,3	2 552,7	- 106,0	4 902,2	-	6 066,4	9 739,5	10 421,3	7 311,9	110,2	Febr.			
Deutscher Beitrag (Mrd €)																
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.			
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.			
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 618,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März			
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April			
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai			
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni			
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli			
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.			
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.			
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.			
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.			
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.			
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.			
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.			
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März			
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April			
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai			
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni			
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli			
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	Aug.			
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	Sept.			
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	Okt.			
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	Nov.			
10,1	7,6	529,4	633,2	535,7	- 614,6	1 648,6	267,9	1 557,8	2 402,1	2 426,7	1 855,6	-	Dez.			
11,1	8,1	546,3	763,5	553,3	- 673,4	1 780,4	270,3	1 586,4	2 424,4	2 453,9	1 888,0	-	2015 Jan.			
14,9	8,0	551,0	751,3	550,6	- 677,1	1 716,0	272,4	1 610,2	2 448,3	2 482,6	1 887,4	-	Febr.			

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlagefazilität	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)		
Eurosystem 2)												
2012 Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.
März	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
Deutsche Bundesbank												
2012 Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.
März	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Er-

füllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	2012 Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
.	Febr.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	März
Deutsche Bundesbank												
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	2012 Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	+ 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Okt.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.
.	Febr.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	März

Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumschlages ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-

Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknoten-umlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2014 Aug.	1. 2 059,7	334,4	248,5	81,7	166,8	24,9	18,5	18,5	–
	8. 2 025,3	334,4	249,4	81,1	168,3	24,5	18,9	18,9	–
	15. 2 023,2	334,4	249,1	80,8	168,3	24,5	19,3	19,3	–
	22. 2 013,0	334,4	249,3	80,8	168,5	24,3	19,9	19,9	–
	29. 2 038,7	334,4	249,5	80,9	168,7	24,2	20,9	20,9	–
Sept.	5. 2 012,1	334,4	249,8	81,4	168,4	25,4	21,8	21,8	–
	12. 2 003,8	334,4	250,1	81,4	168,7	25,7	21,1	21,1	–
	19. 1 988,2	334,4	247,3	81,1	166,1	26,9	19,9	19,9	–
	26. 2 038,2	334,4	248,4	81,2	167,2	26,5	20,5	20,5	–
Okt.	3. 2 053,7	334,5	263,1	84,5	178,6	27,8	20,6	20,6	–
	10. 2 042,7	334,5	263,0	84,3	178,7	28,7	21,1	21,1	–
	17. 2 029,7	334,5	262,4	84,3	178,1	27,2	20,7	20,7	–
	24. 2 032,8	334,5	263,6	84,3	179,3	26,9	21,2	21,2	–
	31. 2 052,1	334,5	262,9	84,3	178,6	27,9	22,3	22,3	–
Nov.	7. 2 029,7	334,5	261,4	83,9	177,5	28,1	22,1	22,1	–
	14. 2 028,2	334,5	263,2	83,8	179,4	28,0	22,6	22,6	–
	21. 2 033,2	334,5	264,4	83,6	180,8	28,1	19,7	19,7	–
	28. 2 053,9	334,5	264,3	83,6	180,6	28,8	18,7	18,7	–
Dez.	5. 2 038,1	334,5	267,5	83,7	183,8	27,5	18,2	18,2	–
	12. 2 034,7	334,5	266,3	81,2	185,1	27,1	19,4	19,4	–
	19. 2 134,8	334,5	265,9	80,3	185,6	27,8	19,3	19,3	–
	26. 2 150,2	334,5	266,1	80,3	185,8	28,7	19,4	19,4	–
2015 Jan.	2. 2 216,0	343,8	273,5	81,5	192,0	28,7	19,7	19,7	–
	9. 2 168,8	343,9	272,6	81,5	191,2	32,6	20,4	20,4	–
	16. 2 158,2	343,9	273,0	81,3	191,7	33,2	19,5	19,5	–
	23. 2 159,8	343,9	274,9	81,3	193,6	32,9	18,5	18,5	–
	30. 2 182,0	343,9	273,7	81,3	192,5	35,5	18,6	18,6	–
Febr.	6. 2 150,2	343,9	273,1	79,9	193,2	34,2	19,8	19,8	–
	13. 2 153,1	343,9	273,8	79,7	194,1	36,7	19,3	19,3	–
	20. 2 167,8	343,9	275,7	79,7	195,9	35,4	20,7	20,7	–
	27. 2 155,8	343,9	278,5	79,4	199,1	33,0	22,0	22,0	–
März	6. 2 134,8	343,9	277,4	79,5	197,9	35,1	22,9	22,9	–
	13. 2 142,1	343,8	279,8	80,8	199,0	35,1	24,3	24,3	–
	20. 2 157,8	343,8	279,3	77,4	201,9	33,1	24,9	24,9	–
	27. 2 250,8	343,8	281,4	77,4	204,1	31,2	24,8	24,8	–
April	2. 2 334,1	384,0	306,2	83,5	222,7	37,4	22,3	22,3	–
Deutsche Bundesbank									
2013 Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
533,5	133,3	400,2	–	–	0,0	0,0	74,2	556,8	199,0	357,8	26,7	242,1	2014 Aug.	1.
504,9	107,9	397,0	–	–	0,0	–	66,1	559,1	199,0	360,1	26,7	241,1		8.
501,0	108,2	392,8	–	–	0,0	–	66,8	560,9	199,0	361,9	26,7	240,5		15.
497,6	107,6	390,0	–	–	0,0	0,1	61,9	557,7	195,4	362,3	26,7	241,1		22.
517,6	131,8	384,9	–	–	0,9	–	62,6	559,9	195,4	364,4	26,7	242,9		29.
492,7	111,2	381,4	–	–	0,1	0,0	62,4	560,7	195,4	365,3	26,7	238,1	Sept.	5.
483,1	110,7	372,3	–	–	0,2	–	63,5	561,6	195,1	366,5	26,7	237,5		12.
472,3	105,7	366,3	–	–	0,3	–	63,3	561,4	194,5	366,9	26,7	236,0		19.
520,2	90,3	429,6	–	–	0,3	0,0	66,3	561,8	194,5	367,3	26,7	233,3		26.
513,9	89,1	424,7	–	–	0,1	–	67,0	561,9	194,6	367,2	26,7	238,1	Okt.	3.
506,8	84,2	422,4	–	–	0,1	–	65,7	561,1	194,0	367,0	26,7	235,1		10.
499,2	82,5	416,6	–	–	0,1	–	65,6	559,1	191,2	367,9	26,7	234,3		17.
503,9	92,9	410,8	–	–	0,2	0,0	60,8	561,2	192,4	368,8	26,7	234,0		24.
527,6	118,2	408,5	–	–	1,0	–	59,8	557,1	192,9	364,2	26,7	233,1		31.
502,8	98,2	404,6	–	–	0,0	–	57,7	560,5	195,6	365,0	26,7	235,8	Nov.	7.
496,7	98,4	398,2	–	–	0,1	–	56,0	563,0	198,0	365,0	26,7	237,3		14.
499,0	102,6	396,2	–	–	0,0	0,1	61,0	563,4	199,0	364,5	26,7	236,3		21.
513,8	114,3	398,8	–	–	0,7	–	58,1	570,2	204,2	366,1	26,7	238,8		28.
491,1	98,0	392,9	–	–	0,1	–	58,2	574,8	207,5	367,2	26,7	239,7	Dez.	5.
484,2	105,2	378,9	–	–	0,1	–	54,6	579,9	211,5	368,4	26,7	241,9		12.
579,4	99,0	480,4	–	–	0,0	–	58,0	585,9	215,5	370,4	26,7	237,2		19.
592,5	119,2	473,3	–	–	0,0	–	58,7	587,5	216,9	370,6	26,7	236,1		26.
629,7	156,1	473,3	–	–	0,3	0,0	60,4	592,4	217,2	375,2	26,7	241,0	2015 Jan.	2.
585,6	112,3	473,3	–	–	0,0	0,0	58,4	593,2	218,9	374,3	26,7	235,4		9.
573,8	114,0	459,1	–	–	0,7	–	59,0	594,6	220,7	373,9	26,7	234,5		16.
572,1	125,3	445,3	–	–	1,6	–	58,7	599,6	224,7	374,9	26,7	232,5		23.
579,6	163,8	415,6	–	–	0,2	–	62,1	603,4	227,1	376,3	26,7	238,4		30.
557,1	151,8	404,8	–	–	0,5	0,0	64,6	601,0	226,6	374,4	26,7	229,9	Febr.	6.
500,2	104,5	395,4	–	–	0,2	–	116,3	606,5	229,4	377,1	26,7	229,8		13.
502,5	122,1	379,2	–	–	1,2	0,0	121,9	610,1	231,5	378,6	26,7	231,0		20.
488,7	165,4	323,0	–	–	0,3	0,0	124,9	611,6	234,2	377,4	26,7	226,6		27.
470,9	147,9	323,0	–	–	0,0	0,0	121,4	613,9	237,1	376,7	26,7	222,8	März	6.
465,3	141,8	323,0	–	–	0,5	0,0	120,6	624,0	249,4	374,6	26,7	222,4		13.
465,6	142,4	323,0	–	–	0,2	–	117,7	643,4	268,8	374,6	26,7	223,3		20.
538,3	120,5	417,6	–	–	0,2	0,0	121,3	662,6	287,0	375,6	26,7	220,7		27.
521,2	103,6	417,6	–	–	0,1	–	124,1	679,3	300,7	378,6	26,7	232,8	April	2.
Deutsche Bundesbank														
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	2013 Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli	
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.	
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.	
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.	
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.	
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.	
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.	
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknoten-umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserve-guthaben)	Einlage-fazilität	Termin-einlagen	Verbind-lichkeiten aus Ge-schäften mit Rück-nahme-verein-barung			Einlagen aus dem Margen-ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent-lichen Haus-halten	Sonstige Verbind-lichkeiten
Eurosystem 4)													
2014 Aug. 1.	2 059,7	971,4	263,9	219,7	44,1	–	–	0,0	4,8	–	105,8	70,9	34,9
8.	2 025,3	973,4	235,9	214,5	21,1	–	–	0,3	5,0	–	96,7	66,6	30,2
15.	2 023,2	975,6	241,5	221,6	19,8	–	–	0,0	4,8	–	86,3	57,7	28,6
22.	2 013,0	970,3	230,9	205,2	25,6	–	–	0,0	4,8	–	95,1	66,4	28,7
29.	2 038,7	971,3	253,7	222,8	30,9	–	–	0,0	4,9	–	93,1	63,8	29,3
Sept. 5.	2 012,1	972,6	220,4	193,7	26,7	–	–	0,0	4,9	–	98,5	70,7	27,8
12.	2 003,8	971,9	200,3	179,2	21,1	–	–	0,0	4,8	–	111,4	80,0	31,4
19.	1 988,2	970,4	185,5	162,4	23,1	–	–	0,0	4,9	–	115,8	86,0	29,8
26.	2 038,2	970,0	234,1	209,4	24,7	–	–	0,0	4,8	–	116,6	87,1	29,5
Okt. 3.	2 053,7	975,1	237,1	206,8	30,4	–	–	0,0	4,8	–	100,0	69,5	30,5
10.	2 042,7	974,3	227,8	204,6	23,1	–	–	0,1	4,8	–	103,2	72,6	30,7
17.	2 029,7	972,9	213,9	184,8	29,0	–	–	0,0	4,7	–	108,5	75,6	32,9
24.	2 032,8	971,1	197,2	170,0	27,1	–	–	0,0	4,8	–	134,0	102,2	31,8
31.	2 052,1	975,2	250,0	211,6	38,4	–	–	0,0	4,8	–	93,1	56,8	36,2
Nov. 7.	2 029,7	977,2	225,2	183,1	42,0	–	–	0,0	4,4	–	93,7	58,2	35,5
14.	2 028,2	976,9	212,7	187,0	25,6	–	–	0,0	4,5	–	103,4	67,5	35,9
21.	2 033,2	975,1	197,6	175,5	22,0	–	–	0,0	4,8	–	120,8	84,7	36,1
28.	2 053,9	981,0	244,1	208,3	35,8	–	–	0,0	4,7	–	92,3	56,1	36,2
Dez. 5.	2 038,1	988,9	205,8	177,8	28,0	–	–	0,0	4,8	–	107,7	71,0	36,8
12.	2 034,7	992,6	215,2	188,7	26,5	–	–	0,0	4,8	–	92,3	64,8	27,5
19.	2 134,8	1 003,8	284,0	245,1	38,9	–	–	–	4,9	–	106,8	80,6	26,3
26.	2 150,2	1 017,2	300,0	256,4	43,5	–	–	–	4,9	–	93,0	66,4	26,6
2015 Jan. 2.	2 216,0	1 017,1	364,5	302,8	61,7	–	–	0,0	6,2	–	71,9	43,9	28,0
9.	2 168,8	1 006,9	316,1	242,4	73,7	–	–	0,0	6,3	–	84,9	56,9	28,0
16.	2 158,2	1 001,4	288,9	223,3	65,6	–	–	0,0	6,9	–	94,7	64,9	29,8
23.	2 159,8	1 002,3	243,8	189,3	54,5	–	–	0,0	5,7	–	114,7	81,0	33,7
30.	2 182,0	1 004,2	264,5	227,4	36,6	–	–	0,6	5,6	–	111,4	76,3	35,2
Febr. 6.	2 150,2	1 004,7	269,5	233,7	35,8	–	–	0,0	5,4	–	88,4	55,2	33,2
13.	2 153,1	1 005,6	272,3	226,9	45,4	–	–	0,0	5,4	–	91,8	56,0	35,8
20.	2 167,8	1 005,0	271,4	229,3	42,0	–	–	0,0	5,3	–	110,2	70,5	39,7
27.	2 155,8	1 007,0	272,0	235,0	37,1	–	–	–	5,3	–	97,4	52,4	45,0
März 6.	2 134,8	1 009,7	254,0	206,6	47,5	–	–	–	5,3	–	101,5	56,2	45,3
13.	2 142,1	1 010,8	268,0	222,7	45,2	–	–	–	5,2	–	101,5	55,8	45,7
20.	2 157,8	1 010,9	275,2	229,6	45,7	–	–	0,0	5,2	–	118,1	67,2	51,0
27.	2 250,8	1 012,9	356,6	293,0	63,6	–	–	–	5,4	–	130,0	81,3	48,6
April 2.	2 334,1	1 024,8	349,2	263,3	85,9	–	–	0,0	5,6	–	126,6	68,4	58,2
Deutsche Bundesbank													
2013 Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Juli	697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4
Aug.	712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1
Sept.	738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9
Okt.	736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	–	–	–	–	–	21,8	0,8	21,0
Nov.	734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	–	–	0,0	–	–	24,7	0,7	23,9
Dez.	771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	–	–	–	–	–	9,9	1,9	7,9
2015 Jan.	805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	–	–	–	–	–	19,1	0,8	18,2
Febr.	800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	–	–	–	–	–	28,8	1,1	27,7
März	847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	–	–	–	–	–	35,1	1,7	33,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumsatzes zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
44,2	1,3	5,4	5,4	–	53,4	212,8	–	301,4	95,3	2014 Aug. 1.
43,8	1,0	6,3	6,3	–	53,4	213,1	–	301,4	95,3	8.
43,8	1,0	6,1	6,1	–	53,4	213,9	–	301,4	95,3	15.
42,0	1,1	5,9	5,9	–	53,4	213,0	–	301,4	95,3	22.
41,6	1,1	6,1	6,1	–	53,4	217,1	–	301,4	95,3	29.
43,2	0,9	7,0	7,0	–	53,4	214,7	–	301,4	95,3	Sept. 5.
40,6	0,9	7,6	7,6	–	53,4	216,2	–	301,4	95,3	12.
40,9	1,0	6,2	6,2	–	53,4	213,4	–	301,4	95,3	19.
40,3	0,8	7,0	7,0	–	53,4	214,5	–	301,4	95,3	26.
41,0	0,9	7,3	7,3	–	55,5	221,1	–	315,5	95,3	3.
39,1	1,2	7,5	7,5	–	55,5	218,4	–	315,5	95,3	Okt. 3.
36,8	1,1	5,7	5,7	–	55,5	219,7	–	315,5	95,3	10.
36,2	1,1	6,4	6,4	–	55,5	215,7	–	315,5	95,3	17.
39,1	1,3	6,3	6,3	–	55,5	215,9	–	315,5	95,3	24.
40,5	1,3	5,3	5,3	–	55,5	215,8	–	315,5	95,3	31.
39,7	1,1	6,7	6,7	–	55,5	216,9	–	315,5	95,3	Nov. 7.
41,1	1,1	6,9	6,9	–	55,5	219,5	–	315,5	95,3	14.
39,9	1,1	6,3	6,3	–	55,5	219,5	–	315,5	94,0	21.
39,7	1,5	6,1	6,1	–	55,5	218,5	–	315,5	94,0	28.
40,5	1,1	6,3	6,3	–	55,5	216,9	–	315,5	94,0	Dez. 5.
46,9	1,3	7,0	7,0	–	55,5	214,9	–	315,5	94,0	12.
47,2	1,3	6,8	6,8	–	55,5	214,8	–	315,5	94,0	19.
46,9	1,3	5,5	5,5	–	56,4	220,9	–	330,9	94,4	26.
50,8	2,4	5,0	5,0	–	56,4	214,5	–	330,9	94,7	2015 Jan. 2.
60,3	1,7	6,5	6,5	–	56,4	215,9	–	330,9	94,7	9.
86,7	1,6	6,4	6,4	–	56,4	216,0	–	330,9	95,2	16.
84,4	1,5	7,3	7,3	–	56,4	220,4	–	330,9	95,2	23.
75,9	1,5	5,7	5,7	–	56,4	216,4	–	330,9	95,5	30.
71,5	2,0	7,6	7,6	–	56,4	214,2	–	330,9	95,5	Febr. 6.
65,4	1,9	7,0	7,0	–	56,4	218,9	–	330,9	95,5	13.
62,5	2,2	6,6	6,6	–	56,4	220,1	–	330,9	95,5	20.
57,5	2,1	6,4	6,4	–	56,4	215,6	–	330,9	95,5	27.
54,9	1,8	7,2	7,2	–	56,4	210,0	–	330,9	95,5	März 6.
47,9	2,1	7,0	7,0	–	56,4	208,6	–	330,9	95,5	13.
45,0	1,9	7,1	7,1	–	56,4	208,7	–	330,9	95,9	20.
38,8	1,8	7,6	7,6	–	60,7	219,8	–	403,3	96,0	27.
										April 2.
Deutsche Bundesbank										
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	2013 Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept.
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumschlag ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und Personen	
												zusammen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014	7 803,6	19,2	2 033,4	1 541,2	1 157,8	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,4	2 384,8
2013 Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 327,1	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6
Okt.	7 670,3	15,9	2 205,2	1 701,8	1 283,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 607,9	3 207,9	2 615,7	2 351,6
Nov.	7 704,8	15,3	2 221,4	1 713,0	1 294,7	418,3	508,3	342,0	166,3	3 612,6	3 208,8	2 619,5	2 356,1
Dez.	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6
März	7 512,4	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3
April	7 543,0	15,5	2 107,4	1 616,2	1 212,2	404,1	491,1	325,6	165,6	3 630,9	3 228,6	2 644,2	2 359,8
Mai	7 619,9	15,4	2 126,3	1 632,2	1 229,5	402,7	494,1	329,1	165,0	3 630,4	3 225,2	2 637,6	2 364,9
Juni	7 589,2	14,9	2 089,4	1 595,1	1 196,2	398,9	494,2	330,2	164,0	3 623,8	3 219,0	2 637,4	2 367,1
Juli	7 657,0	15,0	2 089,5	1 580,6	1 184,2	396,4	508,9	345,9	163,0	3 635,3	3 227,8	2 639,9	2 366,6
Aug.	7 750,2	15,5	2 103,8	1 596,1	1 201,4	394,8	507,7	345,2	162,5	3 631,4	3 226,7	2 643,3	2 372,4
Sept.	7 746,4	15,3	2 100,2	1 593,1	1 198,5	394,5	507,1	344,3	162,9	3 644,2	3 237,5	2 653,9	2 380,5
Okt.	7 755,6	15,4	2 084,1	1 579,2	1 188,8	390,4	505,0	344,4	160,6	3 653,0	3 241,6	2 649,8	2 378,9
Nov.	7 840,0	15,6	2 074,1	1 563,1	1 174,4	388,8	510,9	351,4	159,6	3 668,7	3 251,5	2 662,4	2 389,2
Dez.	7 803,6	19,2	2 033,4	1 541,2	1 157,8	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,4	2 384,8
2015 Jan.	8 125,8	15,4	2 107,7	1 582,4	1 198,1	384,3	525,2	363,3	162,0	3 686,5	3 263,3	2 674,6	2 389,2
Febr.	8 063,0	15,4	2 096,3	1 578,2	1 195,8	382,4	518,1	362,5	155,7	3 698,5	3 276,0	2 681,2	2 397,4
Veränderungen 3)													
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	1,0	38,7	53,2
2008	313,3	0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	14,4	140,4	102,6	130,9	65,5
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	- 15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7
2011	54,1	0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6
2014	223,6	0,4	- 113,2	- 116,7	- 83,8	- 32,9	3,5	8,2	- 4,7	57,1	41,2	53,4	37,9
2013 Juni	- 102,1	- 0,2	- 7,2	- 16,1	- 14,9	- 1,1	8,8	9,1	- 0,3	1,1	6,6	7,3	12,9
Juli	- 72,5	- 0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1
Aug.	- 87,5	1,2	7,7	5,7	7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4
Sept.	- 14,6	- 1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8
Okt.	- 5,5	0,6	- 44,2	- 39,4	- 34,0	- 5,4	- 4,8	- 3,2	- 1,6	9,9	11,2	1,2	0,5
Nov.	32,6	0,6	15,3	11,0	11,2	- 0,2	4,2	2,3	1,9	5,6	1,3	4,0	4,8
Dez.	- 169,8	3,4	- 75,2	- 57,6	- 55,3	- 2,3	- 17,6	- 16,9	- 0,7	- 15,8	- 4,7	- 1,6	- 0,7
2014 Jan.	71,1	- 3,8	9,8	- 2,1	1,0	- 3,1	11,9	11,4	0,5	16,3	9,5	4,9	- 2,4
Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1
März	- 50,8	- 0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,3	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,9	2,4
April	32,0	1,0	- 3,1	- 8,6	- 7,4	- 1,2	5,5	3,6	2,0	23,2	22,1	20,6	3,6
Mai	67,8	- 0,1	17,3	15,2	16,8	- 1,6	2,1	2,8	- 0,7	- 1,8	- 4,0	- 7,1	4,7
Juni	- 30,3	- 0,5	- 36,5	- 36,7	- 33,2	- 3,5	0,2	1,1	- 0,9	- 6,0	- 5,6	0,2	2,4
Juli	57,7	0,1	- 1,6	- 15,4	- 12,6	- 2,7	13,8	14,9	- 1,1	11,5	8,9	2,8	- 0,7
Aug.	86,5	0,5	13,5	15,3	17,1	- 1,8	- 1,8	- 1,2	- 0,6	- 4,7	- 1,4	3,0	5,3
Sept.	- 27,7	- 0,2	- 7,5	- 5,0	- 4,1	- 0,9	- 2,4	- 2,7	0,2	10,2	9,6	9,6	7,1
Okt.	8,0	0,1	- 12,3	- 13,9	- 9,8	- 4,0	1,6	2,6	- 1,0	6,5	5,3	- 3,0	- 0,6
Nov.	84,4	0,2	- 8,8	- 16,0	- 14,5	- 1,5	7,2	7,2	0,0	14,4	9,7	12,5	10,8
Dez.	- 37,3	3,6	- 40,3	- 22,1	- 16,6	- 5,5	- 18,3	- 17,3	- 0,9	- 13,6	- 11,6	4,0	0,3
2015 Jan.	277,5	- 3,8	65,7	36,1	36,3	- 0,2	29,6	26,4	3,3	28,5	22,0	12,1	3,6
Febr.	- 64,4	- 0,0	- 11,6	- 4,3	- 2,4	- 2,0	- 7,3	- 0,8	- 6,5	11,2	12,3	6,2	8,5

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern						insgesamt	darunter Buchkredite			
Privat-	öffentliche Haushalte			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,6	578,0	327,9	250,2	415,1	270,2	142,7	144,9	31,9	113,0	1 050,0	805,0	1 046,5	2014	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	2013 Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
273,4	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli	
270,9	583,4	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	Aug.	
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	Sept.	
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.	
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.	
276,6	578,0	327,9	250,2	415,1	270,2	142,7	144,9	31,9	113,0	1 050,0	805,0	1 046,5	Dez.	
285,4	588,6	336,7	251,9	423,3	273,4	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 179,7	2015 Jan.	
283,8	594,8	339,8	255,0	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 130,1	881,9	1 122,6	Febr.	
Veränderungen 3)														
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	- 83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
15,5	- 12,2	- 15,1	2,9	15,9	1,3	- 3,2	14,6	0,9	13,7	94,6	82,2	184,8	2014	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	2013 Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
- 7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	18,7	15,9	33,7	Mai	
- 2,2	- 5,8	- 7,6	1,9	- 0,4	0,3	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,1	12,3	9,1	0,5	Juni	
3,5	6,1	2,7	3,4	2,5	0,4	0,6	2,2	0,3	1,8	23,6	23,9	24,1	Juli	
- 2,3	- 4,5	- 5,5	1,1	- 3,2	- 2,2	- 1,1	- 1,0	0,4	- 1,4	- 11,1	- 11,7	88,4	Aug.	
2,5	- 0,0	- 0,6	0,6	0,6	- 3,4	- 3,0	4,0	- 0,2	4,2	- 12,8	- 17,7	- 17,4	Sept.	
- 2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	- 1,3	0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	Okt.	
1,7	- 2,8	- 2,4	- 0,4	4,6	2,8	- 1,5	1,8	- 0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.	
3,7	- 15,6	- 7,2	- 8,4	- 2,0	- 0,5	- 2,3	- 1,5	0,2	- 1,7	- 19,9	- 22,9	32,9	Dez.	
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	0,8	2,5	5,7	0,6	5,1	53,8	49,5	133,2	2015 Jan.	
- 2,3	6,1	3,0	3,1	- 1,2	- 1,0	- 2,3	- 0,2	0,1	- 0,3	- 6,9	- 3,7	- 57,1	Febr.	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-	
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland			mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9	
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2014	7 803,6	1 325,7	1 113,6	212,1	3 197,7	3 103,8	1 514,3	981,9	294,5	607,7	531,3	79,7	34,4	
2013 Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7	
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1	
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9	
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0	
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9	
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0	
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8	
Dez.	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9	
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1	
März	7 512,4	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2	
April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9	
Mai	7 619,9	1 378,3	1 163,9	214,5	3 157,4	3 061,4	1 442,9	1 012,5	302,7	605,9	528,8	79,9	34,7	
Juni	7 589,2	1 370,1	1 143,3	226,8	3 146,9	3 053,8	1 438,8	1 010,4	303,4	604,5	528,4	78,1	36,5	
Juli	7 657,0	1 376,8	1 134,7	242,1	3 154,6	3 061,7	1 450,4	1 006,9	303,9	604,3	527,6	76,3	35,5	
Aug.	7 750,2	1 361,0	1 124,7	236,3	3 170,6	3 079,8	1 468,1	1 005,9	304,8	605,8	528,1	78,9	35,3	
Sept.	7 746,4	1 349,9	1 117,3	232,6	3 172,6	3 079,6	1 470,2	1 002,9	300,5	606,5	528,2	80,1	38,6	
Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6	
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6	
Dez.	7 803,6	1 325,7	1 113,6	212,1	3 197,7	3 103,8	1 514,3	981,9	294,5	607,7	531,3	79,7	34,4	
2015 Jan.	8 125,8	1 383,9	1 138,5	245,4	3 214,5	3 112,0	1 530,7	974,7	290,7	606,6	529,1	82,4	37,2	
Febr.	8 063,0	1 369,6	1 134,4	235,2	3 220,8	3 122,8	1 543,3	973,4	290,9	606,1	530,0	83,3	38,9	
Veränderungen 4)														
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6	
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1	
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1	
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2	
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5	
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4	
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3	
2014	223,6	- 25,3	- 30,1	4,8	63,7	68,8	106,7	- 35,5	- 0,4	- 2,4	- 2,4	- 2,3	0,1	
2013 Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5	
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	- 2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	2,1	
Aug.	- 87,5	- 12,9	- 18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	1,0	
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0	
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,4	4,9	
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2,7	1,8	
Dez.	- 169,8	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1	
2014 Jan.	71,1	16,0	- 2,5	18,5	- 4,4	2,0	5,5	- 2,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 3,8	0,0	
Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2	
März	- 50,8	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,6	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,2	2,1	0,2	
April	32,0	28,6	21,3	7,4	6,6	7,6	15,2	- 5,7	- 2,4	- 1,9	- 1,6	1,4	2,7	
Mai	67,8	1,5	10,0	- 8,5	19,0	17,8	15,1	3,4	6,3	- 0,7	- 0,5	- 0,9	2,2	
Juni	- 30,3	- 8,1	- 20,5	12,4	- 10,5	- 7,6	- 4,1	- 2,1	0,7	- 1,4	- 0,4	- 1,8	1,8	
Juli	57,7	5,6	- 9,2	14,9	7,1	7,4	11,0	- 3,5	0,6	- 0,2	- 0,8	- 1,9	1,1	
Aug.	86,5	- 16,6	- 10,4	- 6,2	15,5	17,7	17,4	- 1,1	0,9	1,5	0,6	2,5	0,2	
Sept.	- 27,7	- 13,1	- 8,4	- 4,7	0,4	- 1,7	1,0	- 3,3	- 4,5	0,6	0,1	0,9	3,2	
Okt.	8,0	2,9	5,6	- 2,7	5,0	5,9	20,5	- 14,1	- 9,7	- 0,4	- 0,3	- 0,0	2,0	
Nov.	84,4	- 4,9	- 7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	- 3,3	- 0,2	- 0,7	- 0,4	0,9	0,0	
Dez.	- 37,3	- 22,4	- 3,2	- 19,2	- 0,3	- 1,3	- 0,3	- 3,4	3,9	2,4	2,2	- 1,3	2,2	
2015 Jan.	277,5	53,2	21,8	31,4	13,9	5,9	14,7	- 7,6	- 4,2	- 1,1	- 1,1	2,1	2,4	
Febr.	- 64,4	- 14,3	- 4,1	- 10,2	6,3	10,8	12,6	- 1,3	0,2	- 0,5	0,8	0,9	1,7	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende																
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006			
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008			
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009			
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010			
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011			
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013			
42,0	15,9	3,3	2,7	14,2	14,1	3,4	3,6	1 077,3	39,3	534,9	535,5	1 125,5	2014			
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	2013 Mai			
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni			
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli			
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.			
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.			
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.			
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.			
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.			
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.			
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März			
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April			
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai			
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	Juni			
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 084,0	39,0	524,2	537,7	967,4	Juli			
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,7	41,0	523,9	550,3	1 051,1	Aug.			
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	Sept.			
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.			
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.			
42,0	15,9	3,3	2,7	14,2	14,1	3,4	3,6	1 077,3	39,3	534,9	535,5	1 125,5	Dez.			
41,8	15,5	3,4	2,7	20,1	14,7	6,8	3,6	1 103,0	43,5	613,8	543,8	1 256,4	2015 Jan.			
41,0	14,5	3,4	2,7	14,8	12,6	8,0	3,6	1 105,0	45,4	610,5	556,6	1 188,9	Febr.			
Veränderungen 4)																
8,0	12,9	0,0	0,1	5,8	4,3	8,1	3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007			
- 7,5	0,6	0,1	0,0	3,3	3,2	36,1	12,2	- 33,9	50,2	0,1	39,3	56,1	2008			
- 5,7	7,7	0,1	0,2	2,4	0,8	19,4	5,0	- 104,6	87,1	95,3	0,3	65,0	2009			
- 6,8	5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	1,6	- 106,7	63,2	54,4	7,1	78,6	2010			
- 2,2	1,7	0,5	0,3	0,1	0,7	10,0	3,7	- 76,9	6,6	80,5	13,7	137,8	2011			
- 7,2	3,6	0,5	0,3	7,9	9,2	19,6	1,2	- 107,0	18,6	54,2	21,0	68,5	2012			
- 0,5	2,2	0,3	0,1	11,3	10,0	4,1	3,2	- 104,9	17,6	134,1	18,9	417,1	2013			
- 2,2	1,2	0,2	0,1	2,8	1,3	3,4	0,5	- 56,3	1,1	40,6	26,2	178,5	2014			
- 0,5	1,0	0,0	0,0	1,1	0,6	15,4	1,6	- 10,8	3,0	10,1	10,8	91,2	2013 Juni			
0,3	0,9	0,0	0,0	1,8	1,5	23,5	0,0	- 12,7	4,0	5,7	2,0	18,3	Juli			
1,2	2,2	0,0	0,0	8,9	6,8	9,4	0,0	- 8,4	3,4	17,6	3,6	72,1	Aug.			
- 2,2	1,8	0,0	0,0	0,5	1,3	0,7	0,5	- 0,2	2,2	34,5	0,5	21,4	Sept.			
1,5	1,6	0,0	0,0	2,5	1,5	4,0	0,5	- 5,9	0,1	4,2	0,1	4,2	Okt.			
1,0	0,7	0,0	0,0	0,6	0,4	3,5	0,1	- 2,1	1,6	9,3	5,5	3,8	Nov.			
3,5	3,3	0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	0,5	- 11,7	3,3	53,7	11,5	56,5	Dez.			
- 3,8	3,7	0,0	0,0	2,5	4,2	1,2	0,1	- 12,2	3,3	37,2	13,5	19,8	2014 Jan.			
- 0,6	0,3	0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	0,0	- 5,1	1,7	4,5	2,2	33,2	Febr.			
2,0	2,3	0,0	0,0	1,5	0,3	2,8	0,2	- 8,1	2,3	9,9	3,1	9,7	März			
- 1,2	0,9	0,0	0,0	2,4	1,5	2,5	0,0	- 11,0	0,3	10,2	3,0	1,9	April			
1,3	1,0	0,0	0,0	2,2	2,3	3,0	0,0	8,6	1,2	5,7	7,6	28,4	Mai			
- 3,5	3,2	0,0	0,0	1,1	1,9	0,4	0,1	- 5,6	3,0	20,7	15,1	0,8	Juni			
- 0,8	0,5	0,0	0,0	1,6	1,0	3,2	0,0	- 5,5	0,8	22,1	5,0	20,3	Juli			
2,8	2,1	0,0	0,0	4,8	1,1	1,7	0,2	- 6,8	1,9	2,5	12,1	83,4	Aug.			
- 2,2	0,3	0,0	0,0	1,1	0,8	2,7	0,0	- 4,4	0,8	5,7	2,6	10,9	Sept.			
2,0	0,4	0,0	0,0	0,9	0,3	1,8	0,1	- 2,1	0,2	0,9	4,9	6,3	Okt.			
0,9	0,5	0,0	0,0	0,3	0,6	0,4	0,0	2,2	0,6	25,3	5,1	46,1	Nov.			
0,9	0,9	0,0	0,0	2,2	3,3	6,2	0,0	- 6,1	0,6	27,1	6,0	30,8	Dez.			
- 0,4	0,4	0,1	0,0	5,9	0,7	3,4	0,0	7,8	3,5	63,4	4,4	131,3	2015 Jan.			
- 0,9	1,0	0,0	0,0	5,3	2,1	1,2	0,0	2,5	2,4	3,3	12,2	69,1	Febr.			

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2014 Sept.	1 822	7 797,7	113,5	2 587,4	1 973,0	603,3	3 906,0	380,2	2 756,6	0,5	760,4	132,8	1 058,0
Okt.	1 812	7 807,4	91,3	2 613,3	2 004,9	597,3	3 907,4	374,2	2 767,3	0,5	756,5	133,0	1 062,5
Nov.	1 807	7 891,9	82,5	2 637,8	2 029,0	597,8	3 928,8	377,9	2 775,5	0,5	765,7	132,7	1 110,1
Dez.	1 807	7 853,4	113,7	2 551,2	1 950,5	590,6	3 902,4	350,5	2 776,6	0,6	767,5	130,1	1 155,9
2015 Jan.	1 805	8 176,5	100,0	2 704,5	2 095,0	595,8	3 962,3	383,7	2 786,9	0,6	782,9	129,1	1 280,7
Febr.	1 805	8 112,4	103,1	2 684,1	2 082,2	589,4	3 971,7	389,7	2 791,5	0,6	782,1	128,2	1 225,3
Kreditbanken 6)													
2015 Jan.	274	3 282,9	48,3	1 085,7	989,8	92,6	1 132,0	201,6	683,9	0,3	241,4	64,8	952,0
Febr.	274	3 209,4	49,7	1 074,5	980,0	91,2	1 129,9	202,4	684,8	0,3	237,9	64,6	890,8
Großbanken 7)													
2015 Jan.	4	2 158,2	8,8	691,0	639,5	48,7	490,2	105,7	255,1	0,2	126,0	56,5	911,7
Febr.	4	2 094,1	11,9	680,9	630,9	47,2	494,4	109,0	256,1	0,2	126,9	56,5	850,5
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2015 Jan.	162	868,7	21,2	235,0	192,7	41,8	572,4	73,6	393,3	0,1	105,1	6,7	33,5
Febr.	162	860,6	17,0	236,6	194,3	41,8	566,5	71,2	393,5	0,1	101,2	6,5	33,9
Zweigstellen ausländischer Banken													
2015 Jan.	108	256,0	18,4	159,7	157,6	2,1	69,3	22,3	35,5	0,0	10,3	1,6	6,9
Febr.	108	254,7	20,7	157,0	154,8	2,2	68,9	22,3	35,1	0,0	9,8	1,6	6,4
Landesbanken													
2015 Jan.	9	1 086,4	2,2	367,6	260,8	104,3	554,5	62,8	381,8	0,1	108,0	11,6	150,5
Febr.	9	1 088,9	2,5	364,9	260,2	102,5	555,3	62,5	381,3	0,1	109,9	11,6	154,7
Sparkassen													
2015 Jan.	416	1 120,2	15,0	212,5	81,6	130,5	860,9	54,1	668,1	0,1	138,4	15,2	16,6
Febr.	416	1 122,1	14,9	211,9	81,1	130,3	863,8	53,8	670,6	0,1	139,2	14,6	16,9
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2015 Jan.	2	298,0	0,7	164,9	131,0	33,9	65,0	11,9	22,5	0,0	30,5	14,4	53,0
Febr.	2	293,3	1,0	159,6	127,3	32,3	66,6	12,7	22,6	0,0	31,1	14,3	51,7
Kreditgenossenschaften													
2015 Jan.	1 047	784,1	10,9	169,3	53,4	115,7	570,3	32,4	449,7	0,1	88,1	14,4	19,1
Febr.	1 047	786,1	10,3	169,6	55,3	113,9	572,7	32,8	451,3	0,1	88,5	14,5	19,1
Realkreditinstitute													
2015 Jan.	17	401,2	0,3	97,4	63,1	31,3	288,4	4,8	212,2	-	71,4	0,6	14,5
Febr.	17	396,2	0,2	93,6	62,3	30,8	287,1	4,9	211,9	-	70,3	0,6	14,6
Bausparkassen													
2015 Jan.	21	212,9	0,1	62,8	45,5	17,3	144,2	1,5	121,7	.	21,0	0,3	5,5
Febr.	21	213,1	0,0	63,0	45,3	17,7	144,3	1,5	121,7	.	21,1	0,3	5,4
Banken mit Sonderaufgaben													
2015 Jan.	19	991,0	22,6	544,2	469,9	70,3	347,0	14,6	247,1	-	84,1	7,8	69,4
Febr.	19	1 003,4	24,4	547,0	470,8	70,6	352,0	19,1	247,3	-	84,1	7,8	72,2
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2015 Jan.	144	936,4	33,2	347,1	303,5	40,6	432,8	73,2	241,6	0,2	114,7	5,6	117,7
Febr.	144	929,1	34,4	347,8	304,0	40,8	429,2	71,7	242,0	0,1	111,6	5,6	112,2
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2015 Jan.	36	680,4	14,8	187,3	145,9	38,5	363,4	50,9	206,2	0,1	104,4	4,0	110,9
Febr.	36	674,5	13,7	180,8	149,2	38,7	360,3	49,5	206,9	0,1	101,8	4,0	105,8

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 715,5	448,3	1 267,1	3 352,8	1 609,9	319,4	724,5	80,6	615,8	535,7	83,2	1 168,4	464,9	1 096,2	2014 Sept.	
1 720,2	438,0	1 282,2	3 357,3	1 632,0	307,2	720,3	83,1	615,3	535,4	82,4	1 162,0	465,0	1 102,9	Okt.	
1 743,6	457,1	1 286,5	3 375,0	1 650,0	308,8	721,4	76,4	614,6	535,1	80,2	1 157,0	466,6	1 149,7	Nov.	
1 721,1	404,9	1 316,1	3 339,1	1 630,8	297,3	714,3	43,3	617,0	538,7	79,8	1 147,9	464,6	1 180,6	Dez.	
1 829,3	513,6	1 315,7	3 389,5	1 679,2	304,7	711,8	74,2	615,9	536,6	77,9	1 182,1	464,4	1 311,2	2015 Jan.	
1 806,0	480,1	1 325,9	3 401,4	1 692,5	308,5	709,0	83,9	615,4	537,4	76,0	1 194,6	466,7	1 243,7	Febr.	
Kreditbanken 6)															
783,7	323,0	460,7	1 268,4	757,8	168,6	202,2	56,1	114,5	98,9	25,2	145,4	158,5	926,8	2015 Jan.	
769,1	284,3	484,7	1 277,4	761,9	174,7	202,4	61,7	113,9	99,0	24,4	146,5	159,0	857,5	Febr.	
Großbanken 7)															
541,9	247,4	294,5	548,0	308,4	87,4	73,1	55,8	70,4	67,8	8,8	105,2	95,3	867,7	2015 Jan.	
533,3	212,6	320,7	559,8	314,9	93,6	73,4	61,5	70,1	67,7	7,8	107,2	95,8	798,0	Febr.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
142,2	43,2	99,0	580,6	360,1	59,7	101,8	0,3	43,8	30,9	15,2	39,6	54,6	51,7	2015 Jan.	
136,4	39,7	96,8	578,8	359,0	59,5	101,5	0,3	43,5	31,0	15,4	38,8	54,6	51,9	Febr.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
99,6	32,4	67,2	139,7	89,3	21,6	27,4	-	0,3	0,2	1,2	0,6	8,6	7,4	2015 Jan.	
99,3	32,0	67,3	138,7	88,1	21,6	27,5	-	0,3	0,2	1,2	0,5	8,6	7,5	Febr.	
Landesbanken															
318,2	63,9	254,3	300,8	117,8	54,8	113,7	16,1	14,5	10,9	0,1	250,4	57,7	159,3	2015 Jan.	
317,3	66,5	250,7	300,0	118,1	53,7	113,7	19,1	14,4	10,9	0,1	250,8	58,0	162,7	Febr.	
Sparkassen															
148,6	13,7	134,9	823,1	446,8	24,9	14,8	-	298,0	257,8	38,6	14,4	90,0	44,0	2015 Jan.	
148,3	15,8	132,5	826,2	451,7	24,2	14,8	-	297,9	258,1	37,7	14,4	90,0	43,2	Febr.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
142,8	35,9	106,9	30,7	8,9	9,6	10,0	1,3	-	-	2,2	56,4	15,6	52,6	2015 Jan.	
140,8	37,8	103,0	31,9	10,5	9,1	10,0	2,4	-	-	2,2	54,2	15,6	50,8	Febr.	
Kreditgenossenschaften															
101,8	4,4	97,4	580,3	325,9	35,0	20,3	-	188,4	168,4	10,7	9,0	60,1	32,8	2015 Jan.	
101,3	4,2	97,1	582,7	329,5	34,0	20,0	-	188,7	169,0	10,6	8,9	60,2	33,1	Febr.	
Realkreditinstitute															
99,9	8,9	91,0	146,7	8,4	7,6	130,5	-	0,1	0,1	.	118,4	16,3	19,8	2015 Jan.	
95,9	9,1	86,9	147,3	8,8	8,5	129,7	-	0,1	0,1	.	116,7	16,3	20,0	Febr.	
Bausparkassen															
24,0	2,5	21,5	162,5	0,5	0,6	160,1	-	0,3	0,3	1,0	2,8	9,4	14,3	2015 Jan.	
23,7	2,6	21,1	162,9	0,5	0,6	160,5	-	0,3	0,3	1,0	2,8	9,4	14,4	Febr.	
Banken mit Sonderaufgaben															
210,4	61,5	148,9	76,9	13,1	3,6	60,2	0,6	-	-	.	585,2	56,9	61,5	2015 Jan.	
209,7	59,8	149,9	73,1	11,5	3,6	57,9	0,6	-	-	.	600,4	58,2	62,0	Febr.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
243,0	88,6	154,3	498,7	330,5	59,1	76,9	10,9	21,7	21,3	10,5	25,0	48,5	121,1	2015 Jan.	
240,8	79,8	161,0	499,7	330,0	60,0	77,5	9,9	21,7	21,3	10,4	22,8	48,5	117,4	Febr.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
143,4	56,3	87,1	359,0	241,2	37,5	49,6	10,9	21,4	21,1	9,3	24,4	39,9	113,7	2015 Jan.	
141,5	47,8	93,7	360,9	241,9	38,4	50,0	9,9	21,4	21,1	9,2	22,2	39,9	109,9	Febr.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,1	0,4	0,7	454,0
2013 Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Juni	14,7	59,9	1 511,7	1 136,0	0,0	2,6	373,0	1,6	3 147,3	2 697,0	0,3	1,8	448,1
Juli	14,7	48,6	1 508,3	1 135,2	0,0	2,4	370,8	1,6	3 155,7	2 699,2	0,3	1,9	454,3
Aug.	15,3	60,2	1 512,3	1 140,9	0,0	2,3	369,1	1,6	3 155,0	2 699,5	0,3	1,4	453,8
Sept.	15,0	80,8	1 488,5	1 117,3	0,0	2,2	369,0	1,6	3 165,0	2 707,1	0,3	0,9	456,7
Okt.	15,2	61,8	1 493,6	1 126,5	0,0	2,3	364,8	1,6	3 169,0	2 711,8	0,3	1,2	455,7
Nov.	15,4	52,8	1 486,8	1 121,2	0,0	2,3	363,3	1,6	3 178,9	2 719,7	0,3	0,9	458,1
Dez.	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,1	0,4	0,7	454,0
2015 Jan.	15,2	69,3	1 490,6	1 128,5	0,0	2,7	359,4	1,6	3 191,6	2 725,6	0,4	1,1	464,5
Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6
Veränderungen *)													
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,5	- 0,1	- 0,6	+ 16,9
2013 Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7
Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	- 3,7	+ 6,6	- 0,0	- 0,3	- 9,9
Juni	- 0,6	+ 1,5	- 38,9	- 34,8	+ 0,0	+ 1,4	- 5,5	+ 0,1	- 6,0	- 4,7	- 0,0	+ 0,5	- 1,7
Juli	+ 0,1	- 11,3	- 3,4	- 0,9	-	- 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 8,4	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 6,1
Aug.	+ 0,5	+ 11,6	+ 4,3	+ 6,0	-	- 0,1	- 1,7	- 0,0	- 0,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,5
Sept.	- 0,2	+ 20,6	- 23,7	- 23,5	-	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 10,0	+ 7,7	- 0,0	- 0,5	+ 2,9
Okt.	+ 0,1	- 19,0	+ 5,1	+ 9,2	-	+ 0,1	- 4,2	+ 0,0	+ 4,1	+ 4,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,0
Nov.	+ 0,2	- 9,0	- 6,9	- 5,3	+ 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,0	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,0	- 0,4	+ 2,4
Dez.	+ 3,6	+ 28,5	- 60,8	- 55,6	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,1	- 11,7	- 7,6	+ 0,1	- 0,1	- 4,1
2015 Jan.	- 3,8	- 12,0	+ 63,8	+ 62,0	- 0,0	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	+ 26,4	+ 15,6	- 0,1	+ 0,4	+ 10,5
Febr.	- 0,0	+ 0,4	- 4,7	- 2,8	+ 0,0	+ 0,4	- 2,2	- 0,0	+ 13,5	+ 11,2	- 0,0	+ 0,2	+ 2,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,1	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,7	66,0	30,9	2014
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	2013 Sept.
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	Febr.
-	27,8	92,3	1 131,6	149,1	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	März
-	27,6	92,5	1 153,3	148,1	1 005,2	0,0	11,8	3 057,2	1 431,5	947,0	606,7	72,0	32,4	April
-	27,6	92,9	1 163,8	152,4	1 011,4	0,0	11,9	3 072,1	1 446,2	949,0	606,0	70,9	31,9	Mai
-	27,5	94,0	1 144,5	166,2	978,3	0,0	12,0	3 066,2	1 442,8	948,4	604,5	70,5	31,4	Juni
-	27,1	94,5	1 134,6	167,5	967,1	0,0	11,8	3 073,9	1 455,0	945,4	604,4	69,2	31,3	Juli
-	27,1	94,4	1 124,5	144,1	980,4	0,0	11,8	3 091,6	1 472,1	945,3	605,9	68,4	31,3	Aug.
-	26,9	95,2	1 117,2	155,7	961,5	0,0	11,8	3 092,6	1 474,8	941,9	606,5	69,4	31,2	Sept.
-	26,5	95,2	1 122,7	149,1	973,6	0,0	11,5	3 097,3	1 494,5	928,1	606,1	68,6	31,1	Okt.
-	26,5	95,1	1 116,1	155,8	960,2	0,0	11,5	3 116,4	1 517,9	926,7	605,3	66,5	31,1	Nov.
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,1	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,7	66,0	30,9	Dez.
-	26,1	93,1	1 138,0	174,9	963,1	0,0	11,3	3 128,6	1 537,9	919,5	606,6	64,7	30,8	2015 Jan.
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	Febr.
Veränderungen *)														
-	3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	+ 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,6	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	2013 Sept.
-	0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	Okt.
-	0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.
-	0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	Febr.
-	0,2	+ 0,7	- 17,1	- 4,4	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	März
-	0,2	+ 0,2	+ 21,7	- 1,0	+ 22,7	- 0,0	- 0,2	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,1	April
-	0,0	+ 0,4	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,2	- 0,0	+ 0,1	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	- 0,7	- 1,1	- 0,6	Mai
-	0,1	+ 1,1	- 19,2	+ 13,8	- 33,1	- 0,0	+ 0,1	- 5,9	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,5	Juni
-	0,4	+ 0,5	- 10,0	+ 1,2	- 11,2	-	- 0,2	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	- 0,2	- 1,3	- 0,0	Juli
-	0,1	- 0,1	- 10,0	- 23,4	+ 13,3	-	+ 0,0	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	Aug.
-	0,2	+ 0,7	- 7,1	+ 11,6	- 18,7	-	- 0,1	+ 0,9	+ 2,7	- 3,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	Sept.
-	0,4	+ 0,0	+ 5,5	- 6,7	+ 12,1	-	- 0,3	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 0,4	- 0,7	- 0,1	Okt.
-	0,1	- 0,1	- 6,6	+ 6,8	- 13,4	-	- 0,0	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	Nov.
-	0,1	- 0,8	- 5,0	- 28,0	+ 23,0	-	+ 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	Dez.
-	0,4	- 1,2	+ 26,1	+ 47,1	- 21,0	- 0,0	- 0,4	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 1,1	- 1,3	- 0,1	2015 Jan.
-	0,1	- 0,8	- 4,5	- 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,0	+ 11,5	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	Febr.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,3	884,9	618,8	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2013 Sept.	0,6	1 021,7	786,8	542,1	244,7	5,8	229,0	2,5	712,2	415,1	102,2	312,8	9,4	287,8
Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5
Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4
Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6
Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6
März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8
April	0,2	1 037,1	796,9	560,9	235,9	8,2	232,0	1,7	719,9	423,0	118,6	304,4	10,7	286,2
Mai	0,2	1 064,1	823,0	580,9	242,1	8,4	232,6	1,2	723,0	422,8	116,3	306,5	9,9	290,3
Juni	0,2	1 072,0	830,7	595,3	235,4	8,4	232,8	1,1	726,9	422,7	116,9	305,9	9,9	294,3
Juli	0,2	1 109,1	868,6	634,1	234,5	8,1	232,3	1,1	737,9	432,1	122,7	309,4	9,5	296,4
Aug.	0,2	1 103,8	862,7	624,0	238,6	8,9	232,2	1,1	733,8	430,4	118,2	312,3	9,1	294,2
Sept.	0,2	1 098,9	855,7	607,3	248,4	8,9	234,3	1,1	741,0	429,9	111,3	318,6	7,4	303,7
Okt.	0,2	1 119,6	878,5	628,7	249,8	8,6	232,5	1,1	738,3	429,8	110,3	319,5	7,7	300,8
Nov.	0,2	1 151,0	907,8	658,2	249,7	8,7	234,5	1,1	749,8	433,9	113,5	320,4	8,3	307,6
Dez.	0,2	1 125,3	884,9	618,8	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015 Jan.	0,2	1 213,8	966,6	684,2	282,4	10,9	236,4	1,1	770,7	445,3	117,5	327,8	7,0	318,4
Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5
Veränderungen *)														
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2013 Sept.	- 0,6	- 7,2	- 6,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 9,0	- 8,1	- 6,2	- 2,0	- 3,3	+ 2,4
Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6
Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8
Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9
Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	-	0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3
März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9
April	+ 0,0	+ 7,7	+ 5,3	+ 7,2	- 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 4,1	+ 9,5	+ 9,8	- 0,3	+ 0,8	- 6,2
Mai	- 0,0	+ 22,7	+ 22,0	+ 17,5	+ 4,5	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 2,7	- 2,9	+ 0,2	- 0,8	+ 3,5
Juni	+ 0,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 14,6	- 6,6	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 4,0
Juli	- 0,0	+ 32,1	+ 33,0	+ 35,7	- 2,8	- 0,3	- 0,6	- 0,0	+ 7,7	+ 6,6	+ 5,2	+ 1,5	- 0,4	+ 1,4
Aug.	- 0,0	- 9,3	- 9,9	- 12,6	+ 2,8	+ 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 6,4	- 3,5	- 4,9	+ 1,4	- 0,3	- 2,6
Sept.	+ 0,0	- 17,7	- 19,4	- 24,7	+ 5,3	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,0	- 0,8	- 7,1	- 8,4	+ 1,3	- 1,8	+ 8,0
Okt.	- 0,0	+ 23,9	+ 24,7	+ 23,5	+ 1,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 6,8	- 2,9	- 3,4	+ 0,5	+ 0,3	- 4,2
Nov.	+ 0,0	+ 32,4	+ 29,3	+ 30,4	- 1,1	+ 0,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 10,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 6,0
Dez.	- 0,0	- 33,1	- 30,7	- 44,4	+ 13,6	- 0,8	- 1,6	- 0,0	- 20,8	- 23,1	- 20,2	- 2,9	- 1,9	+ 4,1
2015 Jan.	+ 0,0	+ 63,0	+ 57,7	+ 50,2	+ 7,5	+ 3,0	+ 2,3	- 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 20,6	- 2,3	+ 0,6	+ 2,5
Febr.	+ 0,0	- 17,8	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 4,2	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,4	- 3,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	2013 Sept.	
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.	
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.	
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.	
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.	
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März	
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	April	
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	Mai	
14,2	38,6	556,0	272,6	283,5	190,5	92,9	0,1	256,5	144,2	112,2	53,0	59,3	1,1	Juni	
14,3	37,7	587,4	287,2	300,2	209,6	90,5	0,1	269,1	147,3	121,8	62,8	59,0	0,9	Juli	
14,7	37,7	592,2	274,2	317,9	230,3	87,6	0,1	258,3	127,7	130,5	70,5	60,1	1,3	Aug.	
14,7	37,7	598,2	292,6	305,6	216,9	88,8	0,1	260,2	135,1	125,2	64,9	60,2	1,3	Sept.	
14,6	37,8	597,5	289,0	308,5	220,4	88,2	0,1	260,0	137,5	122,5	62,6	59,9	1,3	Okt.	
14,7	37,6	627,5	301,3	326,3	238,4	87,8	0,1	258,6	132,1	126,5	65,7	60,8	1,3	Nov.	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	Dez.	
14,0	35,7	691,4	338,7	352,6	260,2	92,5	0,1	260,9	141,4	119,5	59,2	60,3	0,7	2015 Jan.	
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	Febr.	
Veränderungen *)															
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	2013 Sept.	
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.	
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.	
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.	
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.	
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.	
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März	
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	April	
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	Mai	
- 0,2	- 1,0	- 8,2	+ 16,2	- 24,4	- 22,1	- 2,3	- 0,0	- 4,3	+ 3,7	- 8,0	- 6,7	- 1,3	+ 0,0	Juni	
+ 0,1	- 1,0	+ 28,6	+ 13,5	+ 15,1	+ 18,0	- 2,8	-	+ 11,6	+ 2,6	+ 9,0	+ 9,6	- 0,5	- 0,1	Juli	
+ 0,4	- 0,0	+ 2,7	- 14,0	+ 16,7	+ 19,8	- 3,1	-	- 11,5	- 20,0	+ 8,4	+ 7,6	+ 0,8	+ 0,3	Aug.	
+ 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 16,1	- 16,7	- 16,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 6,2	- 6,6	- 6,1	- 0,5	+ 0,1	Sept.	
- 0,1	+ 0,1	- 1,1	- 3,7	+ 2,7	+ 3,3	- 0,7	-	- 0,3	+ 2,4	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 0,0	Okt.	
+ 0,0	- 0,2	+ 30,0	+ 12,2	+ 17,8	+ 18,1	- 0,3	-	- 1,4	- 5,4	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	- 0,1	Nov.	
- 0,2	- 2,1	- 22,0	- 25,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	- 0,0	- 39,3	- 19,8	- 19,5	- 18,4	- 1,1	- 0,1	Dez.	
+ 0,0	- 0,1	+ 68,7	+ 56,0	+ 12,8	+ 11,5	+ 1,3	-	+ 35,9	+ 26,3	+ 9,6	+ 10,6	- 1,0	- 0,0	2015 Jan.	
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	Febr.	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,0	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,9
2013 Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5
Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7
März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1
April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7
Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5
Juni	3 147,3	2 697,3	273,3	223,4	222,6	0,8	49,9	48,8	1,0	2 874,1	2 342,6
Juli	3 155,7	2 699,5	268,1	215,3	214,6	0,7	52,8	51,6	1,2	2 887,6	2 352,9
Aug.	3 155,0	2 699,8	260,5	212,2	211,6	0,5	48,4	47,5	0,9	2 894,4	2 359,6
Sept.	3 165,0	2 707,4	270,3	220,9	220,3	0,6	49,4	49,1	0,3	2 894,7	2 360,7
Okt.	3 169,0	2 712,1	265,6	212,6	211,8	0,8	53,0	52,5	0,5	2 903,4	2 364,9
Nov.	3 178,9	2 720,0	265,7	214,6	214,1	0,4	51,1	50,7	0,4	2 913,3	2 375,5
Dez.	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,0	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,9
2015 Jan.	3 191,6	2 725,9	267,9	214,7	214,0	0,7	53,1	52,8	0,4	2 923,7	2 388,4
Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5
Veränderungen *)											
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2013 Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1
Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5
April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2
Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2
Juni	- 6,0	- 4,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	- 0,1	- 4,6	- 5,2	+ 0,5	- 8,2	- 7,1
Juli	+ 8,4	+ 2,2	- 5,2	- 8,1	- 8,0	- 0,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 13,5	+ 10,2
Aug.	- 0,8	+ 0,2	- 7,4	- 3,0	- 2,8	- 0,2	- 4,4	- 4,1	- 0,3	+ 6,6	+ 6,4
Sept.	+ 10,0	+ 7,7	+ 9,7	+ 8,7	+ 8,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	+ 0,3	+ 1,3
Okt.	+ 4,1	+ 4,7	- 4,7	- 8,3	- 8,5	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 0,2	+ 8,7	+ 4,1
Nov.	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,3	- 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 9,8	+ 10,7
Dez.	- 11,7	- 7,5	- 8,1	- 1,4	- 1,5	+ 0,2	- 6,8	- 6,5	- 0,3	- 3,6	+ 5,1
2015 Jan.	+ 26,4	+ 15,5	+ 10,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,9
Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	-	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	-	2,1	2014	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	-	2,7	2013 Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	-	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	-	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	-	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	-	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	-	2,3	März	
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,4	285,1	36,7	248,4	246,3	-	2,2	April	
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	-	2,2	Mai	
2 144,5	248,9	1 895,6	198,1	25,3	531,5	281,4	36,1	245,4	250,0	-	2,2	Juni	
2 151,9	249,5	1 902,4	200,9	25,0	534,7	281,4	36,0	245,4	253,4	-	2,1	Juli	
2 160,8	250,6	1 910,2	198,8	24,9	534,8	279,9	32,9	247,0	255,0	-	2,1	Aug.	
2 160,3	250,3	1 910,0	200,5	24,8	534,0	277,8	32,3	245,5	256,2	-	2,1	Sept.	
2 167,0	251,8	1 915,3	197,8	24,4	538,6	280,7	34,5	246,3	257,9	-	2,1	Okt.	
2 175,1	252,6	1 922,5	200,5	24,3	537,7	280,1	33,8	246,3	257,6	-	2,1	Nov.	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	-	2,1	Dez.	
2 175,2	252,5	1 922,7	213,3	24,0	535,3	284,0	32,7	251,3	251,3	-	2,1	2015 Jan.	
2 179,5	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	-	2,1	Febr.	
Veränderungen *)													
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	- 3,9	+ 15,2	- 7,6	+ 2,5	- 10,2	+ 22,8	-	- 0,2	2009	
+ 18,6	- 4,0	+ 22,6	- 3,8	- 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	- 0,0	+ 31,7	-	- 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	- 13,2	- 1,0	+ 5,2	- 2,1	+ 4,9	- 7,0	+ 7,3	-	- 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	- 10,7	- 1,1	+ 19,8	- 6,6	- 1,9	- 4,7	+ 26,4	-	- 0,2	2012	
+ 17,7	- 0,1	+ 17,8	- 0,1	- 2,5	+ 0,6	- 4,3	- 0,7	- 3,6	+ 4,9	-	- 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,6	- 1,8	- 4,1	- 8,5	- 5,1	- 3,4	+ 4,3	-	- 0,2	2014	
- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 0,6	- 0,2	- 2,5	- 2,0	- 0,5	- 1,4	- 0,6	-	- 0,5	2013 Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	- 0,3	+ 2,5	- 0,9	- 1,4	+ 0,6	+ 3,4	-	- 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	- 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	- 0,2	+ 0,8	+ 1,4	-	+ 0,0	Nov.	
- 3,0	- 1,5	- 1,5	- 2,4	- 0,1	- 0,8	- 1,9	- 0,3	- 1,6	+ 1,1	-	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 6,9	- 0,3	- 2,1	- 0,8	- 0,4	- 0,5	- 1,3	-	- 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	+ 0,1	+ 1,4	- 6,5	- 0,1	+ 0,2	- 1,0	- 0,4	- 0,6	+ 1,2	-	- 0,0	Febr.	
- 2,3	+ 0,6	- 2,9	+ 4,7	- 0,2	- 0,5	- 0,5	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	-	- 0,0	März	
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,9	-	- 0,0	April	
+ 6,0	- 0,9	+ 6,9	- 12,2	+ 0,0	+ 1,3	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	+ 2,3	-	- 0,0	Mai	
- 4,0	- 1,2	- 2,8	- 3,1	- 0,1	- 1,0	- 2,5	- 0,7	- 1,7	+ 1,4	-	- 0,0	Juni	
+ 7,4	+ 0,6	+ 6,8	+ 2,8	- 0,4	+ 3,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 3,3	-	- 0,0	Juli	
+ 8,5	+ 1,0	+ 7,5	- 2,1	- 0,1	+ 0,3	- 1,3	- 0,7	- 0,7	+ 1,6	-	- 0,0	Aug.	
- 0,4	- 0,3	- 0,1	+ 1,7	- 0,2	- 0,9	- 2,2	- 0,5	- 1,6	+ 1,2	-	- 0,0	Sept.	
+ 6,8	+ 1,5	+ 5,3	- 2,7	- 0,4	+ 4,6	+ 2,9	- 0,0	+ 3,0	+ 1,7	-	- 0,0	Okt.	
+ 8,1	+ 0,8	+ 7,2	+ 2,6	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 0,2	-	+ 0,0	Nov.	
+ 1,4	- 0,7	+ 2,1	+ 3,8	+ 0,1	- 8,7	- 0,9	- 0,4	- 0,5	- 7,8	-	- 0,0	Dez.	
+ 4,8	+ 1,6	+ 3,2	+ 9,1	- 0,4	+ 1,8	+ 0,4	- 0,9	+ 1,2	+ 1,5	-	-	2015 Jan.	
+ 4,4	- 1,1	+ 5,4	- 1,3	+ 0,1	+ 2,5	- 0,9	- 0,0	- 0,9	+ 3,4	-	-	Febr.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
Juni	2 367,1	1 181,3	1 166,6	940,0	226,7	1 288,3	320,9	129,1	98,1	59,9	124,3	47,0	68,7	104,7
Sept.	2 380,6	1 187,9	1 177,1	945,6	231,5	1 293,2	322,9	127,1	98,7	60,3	125,9	47,8	69,4	110,2
Dez.	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
Kurzfristige Kredite														
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
Juni	222,6	-	8,6	-	8,6	186,1	4,3	36,3	6,2	12,8	41,5	4,0	6,6	22,3
Sept.	220,3	-	8,5	-	8,5	184,2	4,3	34,5	5,6	12,7	42,9	4,0	6,3	25,6
Dez.	212,1	-	7,6	-	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
Mittelfristige Kredite														
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
Juni	248,9	-	35,3	-	35,3	176,2	12,8	24,7	5,4	9,3	16,9	4,1	11,5	35,5
Sept.	250,3	-	35,3	-	35,3	176,7	12,7	24,5	5,6	9,7	16,9	4,2	11,7	35,9
Dez.	251,7	-	35,8	-	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
Langfristige Kredite														
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
Juni	1 895,6	1 181,3	1 122,8	940,0	182,9	926,1	303,8	68,1	86,5	37,8	66,0	38,9	50,7	46,9
Sept.	1 910,0	1 187,9	1 133,4	945,6	187,8	932,4	305,8	68,2	87,5	38,0	66,0	39,6	51,4	48,8
Dez.	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2013 4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3
2.Vj.	+ 11,2	+ 1,3	+ 6,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,0	- 0,2	- 1,4
3.Vj.	+ 13,3	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 4,6	+ 2,0	- 2,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 3,7
4.Vj.	+ 8,6	+ 8,5	+ 10,0	+ 8,3	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,4	- 4,3	+ 1,4	- 0,4	- 2,2	- 0,1	- 1,0	+ 2,0
Kurzfristige Kredite														
2013 4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 2,6	- 0,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 1,6
3.Vj.	- 2,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,6	- 0,1	+ 1,5	+ 0,0	- 0,1	+ 3,3
4.Vj.	- 7,6	-	- 0,3	-	- 0,3	- 6,4	- 0,4	- 2,0	+ 0,3	- 0,9	- 1,7	- 0,4	- 0,4	- 2,6
Mittelfristige Kredite														
2013 4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
2.Vj.	+ 1,3	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3
3.Vj.	+ 1,3	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,3
4.Vj.	+ 1,6	-	+ 0,4	-	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,5	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	- 0,3	+ 2,0
Langfristige Kredite														
2013 4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7
2.Vj.	+ 7,1	+ 1,3	+ 6,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 1,5	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4
3.Vj.	+ 14,2	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 5,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7
4.Vj.	+ 14,5	+ 8,5	+ 9,9	+ 8,3	+ 1,6	+ 8,6	+ 3,3	- 1,3	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 2,6

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen					Ratenkredite 3)	darunter:	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012	
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013 Dez.	
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März	
656,5	192,8	39,1	176,4	388,0	49,6	1 065,5	842,3	223,2	148,7	11,8	13,3	3,5	Juni	
653,8	192,3	38,0	175,4	389,3	49,1	1 074,2	850,7	223,5	149,3	11,9	13,2	3,5	Sept.	
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	Dez.	
													Kurzfristige Kredite	
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012	
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013 Dez.	
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März	
56,5	8,8	7,8	12,6	28,0	7,2	35,7	4,2	31,5	1,7	11,8	0,9	0,0	Juni	
52,6	8,5	6,3	12,2	27,3	6,9	35,3	4,1	31,2	1,6	11,9	0,8	0,0	Sept.	
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	Dez.	
													Mittelfristige Kredite	
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012	
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	2013 Dez.	
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März	
68,8	10,4	7,2	20,5	31,7	3,6	72,2	22,5	49,7	44,6	-	0,5	0,0	Juni	
68,2	9,9	7,2	20,0	32,0	3,6	73,1	22,5	50,6	45,4	-	0,5	0,0	Sept.	
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	Dez.	
													Langfristige Kredite	
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012	
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	2013 Dez.	
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März	
531,2	173,6	24,2	143,3	328,3	38,8	957,6	815,6	142,0	102,3	-	12,0	3,5	Juni	
533,0	173,8	24,5	143,2	330,0	38,6	965,8	824,1	141,7	102,2	-	11,8	3,5	Sept.	
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7	Dez.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 5,2	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 1,3	+ 0,9	- 1,1	- 0,9	+ 1,2	- 0,4	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	-	3.Vj.	
+ 8,4	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,4	- 1,2	+ 4,2	+ 6,4	- 2,1	- 0,3	- 1,1	+ 0,4	+ 0,2	4.Vj.	
													Kurzfristige Kredite	
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	2013 4.Vj.	
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 4,0	- 0,3	- 1,5	- 0,4	- 0,7	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 1,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	+ 0,4	- 1,1	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
													Mittelfristige Kredite	
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	2013 4.Vj.	
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,8	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	
													Langfristige Kredite	
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
+ 2,7	+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	+ 8,3	+ 7,9	+ 0,4	+ 0,6	-	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 5,7	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	+ 5,7	+ 6,4	- 0,7	- 0,6	-	+ 0,3	+ 0,3	4.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,7	66,0	30,9	26,2	1,7		
2014 März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9		
April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3		
Mai	3 072,1	1 446,2	949,0	262,0	687,0	28,4	658,6	606,0	70,9	31,9	28,6	0,9		
Juni	3 066,2	1 442,8	948,4	263,7	684,7	28,4	656,3	604,5	70,5	31,4	28,2	1,7		
Juli	3 073,9	1 455,0	945,4	264,3	681,1	28,0	653,1	604,4	69,2	31,3	27,9	2,7		
Aug.	3 091,6	1 472,1	945,3	265,6	679,7	28,2	651,5	605,9	68,4	31,3	27,6	2,3		
Sept.	3 092,6	1 474,8	941,9	262,0	679,9	28,2	651,7	606,5	69,4	31,2	27,4	2,8		
Okt.	3 097,3	1 494,5	928,1	252,2	676,0	28,1	647,8	606,1	68,6	31,1	27,2	1,9		
Nov.	3 116,4	1 517,9	926,7	250,6	676,1	29,2	646,9	605,3	66,5	31,1	26,6	1,7		
Dez.	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,7	66,0	30,9	26,2	1,7		
2015 Jan.	3 128,6	1 537,9	919,5	253,1	666,4	28,6	637,8	606,6	64,7	30,8	25,8	3,2		
Febr.	3 137,7	1 549,4	918,3	254,3	664,0	29,3	634,7	606,1	63,8	30,8	23,7	3,6		
Veränderungen *)														
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2014	+ 69,6	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7		
2014 März	- 8,7	- 5,8	- 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2		
April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4		
Mai	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	+ 3,8	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 3,4		
Juni	- 5,9	- 3,4	- 0,6	+ 1,7	- 2,3	- 0,0	- 2,3	- 1,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	+ 0,8		
Juli	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	+ 0,6	- 3,5	- 0,3	- 3,2	- 0,2	- 1,3	- 0,0	- 0,3	+ 1,0		
Aug.	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 1,6	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	- 0,3	- 0,4		
Sept.	+ 0,9	+ 2,7	- 3,4	- 3,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,4		
Okt.	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 9,8	- 3,9	- 0,1	- 3,9	- 0,4	- 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,8		
Nov.	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 1,6	+ 0,1	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	- 0,6	- 0,2		
Dez.	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 6,7	- 6,7	- 0,1	- 6,6	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,1		
2015 Jan.	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 3,9	- 3,3	- 0,7	- 2,5	- 1,1	- 1,3	- 0,1	- 0,4	+ 1,6		
Febr.	+ 9,0	+ 11,5	- 1,1	+ 1,3	- 2,4	+ 0,7	- 3,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	- 2,1	+ 0,3		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5		
2014 März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7		
April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9		
Mai	183,4	49,2	129,0	80,5	48,4	6,1	42,4	3,6	1,6	29,9	4,7	0,0		
Juni	190,1	50,0	135,0	86,6	48,4	6,0	42,4	3,5	1,6	29,5	4,7	0,9		
Juli	187,1	47,4	134,6	86,5	48,0	5,9	42,2	3,5	1,7	29,5	4,7	1,7		
Aug.	189,7	51,1	133,4	85,3	48,1	5,9	42,1	3,4	1,8	29,5	4,7	1,1		
Sept.	189,2	47,8	136,1	88,3	47,8	5,7	42,1	3,4	1,9	29,4	4,6	1,6		
Okt.	178,4	44,6	128,4	80,6	47,9	5,8	42,1	3,4	1,9	29,3	4,6	0,8		
Nov.	182,6	46,6	130,7	82,3	48,3	6,4	42,0	3,5	1,9	29,3	4,6	0,5		
Dez.	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5		
2015 Jan.	184,5	50,7	127,6	84,0	43,6	7,4	36,2	3,8	2,4	29,1	4,8	2,2		
Febr.	186,8	52,4	128,0	85,4	42,7	8,0	34,7	3,8	2,6	29,0	2,9	2,4		
Veränderungen *)														
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2		
2014 März	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8		
April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2		
Mai	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,9		
Juni	+ 7,0	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,9		
Juli	- 2,8	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8		
Aug.	+ 2,6	+ 3,7	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6		
Sept.	- 0,6	- 3,4	+ 2,7	+ 2,9	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,5		
Okt.	- 10,7	- 3,1	- 7,7	- 7,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,8		
Nov.	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,3		
Dez.	- 0,3	+ 4,1	- 5,1	+ 1,2	- 6,3	+ 0,3	- 6,5	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,0		
2015 Jan.	- 2,2	- 1,7	- 0,6	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 1,7		
Febr.	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,4	- 0,9	+ 0,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 1,9	+ 0,2		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
 von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014	2 931,5	1 465,4	798,5	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2014 März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
Mai	2 888,8	1 397,0	820,0	181,5	638,6	22,4	616,2	602,4	69,3	2,0	23,8	0,9		
Juni	2 876,1	1 392,8	813,4	177,1	636,2	22,4	613,9	601,1	68,9	1,9	23,5	0,8		
Juli	2 886,8	1 407,6	810,9	177,8	633,1	22,1	610,9	600,9	67,5	1,9	23,2	1,0		
Aug.	2 901,9	1 421,0	811,9	180,3	631,6	22,3	609,4	602,4	66,6	1,8	22,9	1,3		
Sept.	2 903,4	1 427,1	805,8	173,7	632,1	22,4	609,6	603,1	67,5	1,8	22,7	1,2		
Okt.	2 918,9	1 449,9	799,7	171,6	628,1	22,3	605,8	602,6	66,7	1,8	22,6	1,1		
Nov.	2 933,8	1 471,3	796,0	168,3	627,7	22,8	604,9	601,8	64,6	1,8	22,0	1,2		
Dez.	2 931,5	1 465,4	798,5	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2015 Jan.	2 944,1	1 487,2	791,9	169,0	622,8	21,2	601,6	602,8	62,3	1,8	21,0	1,1		
Febr.	2 950,9	1 497,1	790,3	169,0	621,3	21,3	600,0	602,3	61,2	1,8	20,9	1,2		
Veränderungen *)														
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,6	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5		
2014 März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 9,7	+ 11,9	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5		
Juni	- 12,9	- 4,1	- 6,9	- 4,5	- 2,4	+ 0,0	- 2,4	- 1,4	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1		
Juli	+ 10,6	+ 14,8	- 2,6	+ 0,7	- 3,2	- 0,2	- 3,0	- 0,2	- 1,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,2		
Aug.	+ 15,1	+ 13,4	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	+ 1,5	- 0,9	- 0,0	- 0,2	+ 0,3		
Sept.	+ 1,6	+ 6,1	- 6,1	- 6,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,1		
Okt.	+ 15,5	+ 22,8	- 6,1	- 2,1	- 4,0	- 0,1	- 3,9	- 0,5	- 0,8	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
Nov.	+ 15,0	+ 21,5	- 3,6	- 3,3	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 0,8	- 2,1	- 0,0	- 0,6	+ 0,1		
Dez.	+ 2,0	- 4,3	+ 5,0	+ 5,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 2,1	+ 0,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,0		
2015 Jan.	+ 12,6	+ 21,8	- 6,6	- 3,5	- 3,1	- 0,6	- 2,5	- 1,2	- 1,4	- 0,0	- 0,4	- 0,1		
Febr.	+ 6,6	+ 9,8	- 1,6	- 0,1	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	- 0,5	- 1,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,5	1,2		
2014 März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
April	1 008,4	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
Mai	1 008,7	432,0	554,7	113,3	441,3	9,6	431,7	7,4	14,6	2,0	17,5	0,9		
Juni	996,5	427,9	546,4	108,1	438,3	9,5	428,9	7,5	14,7	1,8	17,2	0,8		
Juli	1 000,1	434,5	543,7	108,7	435,0	9,3	425,6	7,5	14,5	1,8	17,2	1,0		
Aug.	1 004,8	438,0	544,5	111,5	433,0	9,5	423,5	7,5	14,8	1,8	17,1	1,3		
Sept.	1 011,6	449,5	538,4	105,8	432,6	9,3	423,3	7,5	16,2	1,8	17,1	1,2		
Okt.	1 014,9	458,3	532,8	104,2	428,6	9,5	419,1	7,6	16,2	1,8	17,1	1,1		
Nov.	1 008,1	456,6	529,2	100,9	428,2	10,6	417,7	7,4	14,9	1,8	16,7	1,2		
Dez.	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,5	1,2		
2015 Jan.	1 013,7	467,2	524,8	102,7	422,1	10,3	411,9	6,8	14,8	1,8	16,2	1,1		
Febr.	1 008,7	464,6	522,5	102,3	420,2	10,3	409,9	6,8	14,7	1,8	16,2	1,2		
Veränderungen *)														
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5		
2014 März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		
April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 0,3	+ 1,5	- 1,1	+ 1,2	- 2,3	+ 0,3	- 2,6	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5		
Juni	- 12,5	- 4,0	- 8,6	- 5,4	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1		
Juli	+ 3,6	+ 6,5	- 2,8	+ 0,6	- 3,4	- 0,1	- 3,3	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
Aug.	+ 4,7	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,8	- 1,9	+ 0,1	- 2,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,3		
Sept.	+ 6,8	+ 11,5	- 6,1	- 5,7	- 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 1,4	- 0,0	- 0,0	- 0,1		
Okt.	+ 3,3	+ 8,9	- 5,6	- 1,6	- 4,0	+ 0,2	- 4,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1		
Nov.	- 6,8	- 1,7	- 3,7	- 3,3	- 0,3	+ 1,1	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1		
Dez.	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 3,9	- 2,8	- 0,1	- 2,8	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,0		
2015 Jan.	+ 5,7	+ 10,1	- 4,3	- 1,5	- 2,9	- 0,2	- 2,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
Febr.	- 5,2	- 2,7	- 2,4	- 0,4	- 2,0	+ 0,0	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)						
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen					
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck					
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6	
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6	
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,1	41,8	
2014 Sept.	1 891,9	977,6	946,5	166,7	647,4	132,4	31,1	267,4	251,4	17,0	219,6	14,7	
Okt.	1 904,0	991,5	958,8	172,9	652,7	133,2	32,8	266,9	251,1	17,0	219,5	14,7	
Nov.	1 925,8	1 014,8	983,0	174,0	673,1	135,9	31,8	266,9	251,1	16,8	219,5	14,8	
Dez.	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,1	41,8	
2015 Jan.	1 930,4	1 020,0	990,3	176,0	678,7	135,6	29,7	267,1	252,9	26,4	184,6	41,9	
Febr.	1 942,2	1 032,4	1 002,6	176,8	689,2	136,7	29,8	267,9	253,2	26,6	184,7	41,9	
Veränderungen *)													
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6	
2014	+ 72,2	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6	
2014 Sept.	- 5,3	- 5,4	- 5,8	- 3,8	- 1,5	- 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,4	- 0,1	
Okt.	+ 12,1	+ 14,0	+ 12,3	+ 5,9	+ 5,4	+ 1,0	+ 1,6	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	
Nov.	+ 21,8	+ 23,2	+ 24,2	+ 1,0	+ 20,4	+ 2,8	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	
Dez.	+ 0,7	- 5,1	- 2,8	- 1,1	- 1,7	- 0,1	- 2,3	+ 4,0	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,2	- 0,2	
2015 Jan.	+ 6,9	+ 11,7	+ 10,2	+ 2,6	+ 5,7	+ 1,9	+ 1,5	- 2,3	- 1,8	- 1,4	- 0,5	+ 0,1	
Febr.	+ 11,8	+ 12,5	+ 12,4	+ 0,8	+ 10,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9	
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2014	186,7	14,1	2,6	6,0	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1	
2014 Sept.	189,2	11,5	2,7	3,8	4,9	0,1	14,9	54,3	11,6	20,0	22,6	0,2	14,2	
Okt.	178,4	11,2	2,6	3,6	4,9	0,1	14,8	48,7	11,2	14,8	22,5	0,2	14,1	
Nov.	182,6	10,6	2,3	3,3	5,0	0,1	14,8	44,0	10,8	10,3	22,7	0,2	14,1	
Dez.	186,7	14,1	2,6	6,0	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1	
2015 Jan.	184,5	14,7	4,1	5,1	5,5	0,1	14,6	42,4	13,0	12,9	15,8	0,7	14,0	
Febr.	186,8	8,9	2,7	2,7	3,5	0,1	14,6	46,7	12,7	17,0	16,3	0,7	14,0	
Veränderungen *)														
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9	
2014	- 1,2	- 1,3	- 0,3	- 0,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5	
2014 Sept.	- 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 4,4	- 0,6	+ 5,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	
Okt.	- 10,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 5,7	- 0,5	- 5,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	
Nov.	+ 4,1	- 0,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 4,7	- 0,4	- 4,5	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	
Dez.	- 0,3	+ 3,3	+ 0,3	+ 2,7	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 4,1	+ 2,3	+ 0,0	- 6,8	+ 0,4	- 0,0	
2015 Jan.	- 2,2	+ 0,7	+ 1,5	- 0,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,2	- 0,4	+ 2,6	- 0,1	- 0,0	- 0,1	
Febr.	+ 2,4	- 5,8	- 1,4	- 2,4	- 2,0	- 0,0	- 0,0	+ 4,5	- 0,3	+ 4,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾				Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾			insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:										
			bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012	
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013	
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,1	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014	
16,0	67,9	199,5	13,1	186,4	595,6	586,1	9,5	51,3	0,0	5,7	–	2014 Sept.	
15,7	67,4	199,5	12,8	186,6	595,0	585,6	9,5	50,5	0,0	5,4	–	Okt.	
15,8	67,4	199,5	12,3	187,2	594,4	585,1	9,3	49,7	0,0	5,3	–	Nov.	
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,1	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	Dez.	
14,2	66,4	200,7	11,0	189,7	596,0	586,5	9,5	47,4	0,0	4,8	–	2015 Jan.	
14,6	66,7	201,2	11,1	190,1	595,5	586,0	9,5	46,5	0,0	4,7	–	Febr.	
Veränderungen ^{*)}													
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013	
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	– 2,0	+ 9,0	– 2,2	– 1,9	– 0,3	– 10,9	+ 0,0	– 1,9	–	2014	
– 0,3	– 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,5	– 0,0	– 0,2	–	2014 Sept.	
– 0,3	– 0,5	– 0,0	– 0,3	+ 0,3	– 0,5	– 0,6	+ 0,0	– 0,8	–	– 0,2	–	Okt.	
+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	– 0,5	+ 0,6	– 0,6	– 0,4	– 0,2	– 0,8	– 0,0	– 0,2	–	Nov.	
+ 0,4	+ 1,6	+ 2,4	– 0,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,2	– 0,9	– 0,0	– 0,2	–	Dez.	
– 0,4	– 2,0	– 0,2	– 0,5	+ 0,2	– 1,1	– 1,2	+ 0,0	– 1,4	+ 0,0	– 0,2	–	2015 Jan.	
+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	– 0,5	– 0,5	+ 0,0	– 1,0	–	– 0,1	–	Febr.	

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
		Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}										
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	84,4	11,1	57,0	15,4	0,9	–	2014
43,5	20,7	11,9	6,6	4,3	0,4	79,8	12,7	52,6	13,8	0,8	0,0	2014 Sept.
41,9	19,7	11,2	6,7	4,3	0,4	76,7	11,1	51,0	13,7	0,8	0,0	Okt.
44,2	21,8	11,4	6,7	4,3	0,4	83,8	11,7	57,2	14,1	0,8	–	Nov.
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	84,4	11,1	57,0	15,4	0,9	–	Dez.
41,6	20,1	10,1	6,9	4,6	0,4	85,8	13,4	55,9	15,5	0,9	–	2015 Jan.
44,6	22,6	10,1	7,1	4,7	0,4	86,5	14,3	55,5	15,8	0,9	–	Febr.
Veränderungen ^{*)}												
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 0,8	– 2,4	+ 2,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,0	2014
– 2,7	– 2,1	– 0,5	– 0,1	+ 0,0	–	– 3,2	– 1,0	– 2,1	– 0,1	+ 0,0	–	2014 Sept.
– 1,6	– 1,0	– 0,7	+ 0,1	+ 0,0	–	– 3,1	– 1,5	– 1,6	– 0,0	+ 0,1	–	Okt.
+ 2,4	+ 2,1	+ 0,3	– 0,0	– 0,0	–	+ 7,0	+ 0,5	+ 6,2	+ 0,3	+ 0,0	– 0,0	Nov.
+ 3,5	+ 3,5	– 0,4	+ 0,2	+ 0,2	–	– 2,9	– 1,9	– 1,1	+ 0,0	+ 0,0	–	Dez.
– 6,4	– 5,3	– 1,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,4	– 1,1	+ 0,0	+ 0,1	–	2015 Jan.
+ 3,0	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	–	+ 0,8	+ 1,0	– 0,4	+ 0,2	+ 0,0	–	Febr.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nichtbanken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9	
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014	617,0	607,7	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8	
2014 Okt.	615,3	606,1	528,0	400,6	78,0	65,0	9,3	7,4	0,3	82,4	68,6	53,9	13,7	
Nov.	614,6	605,3	527,7	399,6	77,7	64,5	9,2	7,4	0,3	80,2	66,5	51,8	13,7	
Dez.	617,0	607,7	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	3,4	79,8	66,0	51,4	13,8	
2015 Jan.	615,9	606,6	529,1	397,3	77,5	64,3	9,3	7,4	0,3	77,9	64,7	50,6	13,2	
Febr.	615,4	606,1	530,0	396,6	76,1	62,8	9,3	7,5	0,2	76,0	63,8	50,1	12,2	
Veränderungen *)														
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4	
2014	- 3,1	- 2,4	- 2,5	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8	
2014 Okt.	- 0,5	- 0,4	- 0,3	- 1,7	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	- 0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,1	
Nov.	- 0,8	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,4	- 0,5	- 0,0	- 0,0	.	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 0,0	
Dez.	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,8	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	.	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	
2015 Jan.	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 3,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	.	- 1,9	- 1,3	- 0,8	- 0,6	
Febr.	- 0,5	- 0,5	+ 0,8	- 0,7	- 1,3	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	.	- 1,9	- 0,9	- 0,5	- 1,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:								insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2014 Okt.	1 129,1	292,8	28,0	358,6	77,4	92,1	2,5	28,9	5,2	1 008,0	1,1	0,2	33,0	1,1
Nov.	1 123,8	290,1	25,9	355,2	73,3	86,5	2,3	27,1	5,2	1 010,2	1,1	0,2	33,2	1,1
Dez.	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015 Jan.	1 147,9	286,0	26,4	381,2	80,6	95,0	1,9	27,5	5,2	1 025,4	0,8	0,2	34,2	1,2
Febr.	1 159,2	279,2	28,4	394,9	91,9	107,7	1,9	27,3	5,4	1 024,2	0,8	0,2	35,4	1,2
Veränderungen *)														
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2014 Okt.	- 6,4	- 6,7	- 1,0	- 3,7	- 1,3	- 4,1	+ 0,0	- 0,8	+ 0,1	- 1,5	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1
Nov.	- 5,2	- 2,7	- 2,1	- 3,4	- 4,1	- 5,6	- 0,2	- 1,8	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0
Dez.	- 9,6	- 3,7	+ 0,4	- 1,2	- 4,1	- 3,0	- 0,5	- 0,8	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 0,0	+ 0,6	+ 0,1
2015 Jan.	+ 33,7	- 0,4	+ 0,1	+ 27,2	+ 11,4	+ 11,5	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 21,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,4	-
Febr.	+ 11,3	- 6,8	+ 2,0	+ 13,7	+ 11,4	+ 12,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 1,3	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2014 Dez.	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	9,3
2015 Jan.	21	212,9	45,6	0,0	17,3	18,5	87,5	17,2	21,0	1,9	22,1	157,5	5,0	2,8	9,4	7,4
2015 Febr.	21	213,1	45,3	0,0	17,7	18,2	87,7	17,3	21,1	1,9	21,7	157,9	5,0	2,8	9,4	7,2
Private Bausparkassen																
2014 Dez.	12	147,5	28,2	-	9,5	13,3	68,3	14,7	8,9	1,2	17,7	103,4	4,9	2,8	6,1	6,0
2015 Jan.	12	148,6	28,2	-	10,1	13,2	68,5	14,7	9,1	1,3	18,6	103,7	4,8	2,8	6,4	4,7
2015 Febr.	12	148,7	28,2	-	10,4	13,0	68,7	14,7	9,1	1,3	18,5	104,1	4,7	2,8	6,4	4,6
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Dez.	9	64,2	17,4	0,0	7,1	5,5	18,9	2,5	11,7	0,6	3,6	53,4	0,3	-	3,0	3,4
2015 Jan.	9	64,4	17,3	0,0	7,2	5,4	19,0	2,6	11,9	0,6	3,5	53,8	0,2	-	3,0	2,6
2015 Febr.	9	64,4	17,2	0,0	7,3	5,2	19,1	2,6	12,0	0,7	3,2	53,8	0,3	-	3,0	2,6

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zierungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
						Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- krediten								
Alle Bausparkassen																
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2014 Dez.	2,5	2,2	0,6	3,5	2,1	3,4	1,4	0,3	0,4	0,3	1,6	14,5	8,0	0,9	2,1	0,0
2015 Jan.	2,6	0,0	0,5	3,8	2,4	3,2	1,4	0,3	0,4	0,3	1,4	14,7	8,1	0,8		0,0
2015 Febr.	2,4	0,0	0,6	3,9	2,4	3,1	1,4	0,3	0,4	0,3	1,3	15,0	8,3	0,8		0,0
Private Bausparkassen																
2014 Dez.	1,7	1,5	0,3	2,5	1,5	2,5	1,0	0,2	0,3	0,2	1,2	10,2	4,8	0,7	1,5	0,0
2015 Jan.	1,6	0,0	0,3	2,7	1,7	2,4	1,0	0,3	0,3	0,2	1,1	10,3	4,9	0,6		0,0
2015 Febr.	1,6	0,0	0,3	2,6	1,4	2,3	1,0	0,3	0,3	0,2	1,0	10,4	4,8	0,6		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Dez.	0,9	0,8	0,3	1,0	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,3	3,2	0,3	0,7	0,0
2015 Jan.	1,0	0,0	0,2	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,3	3,3	0,2		0,0
2015 Febr.	0,9	0,0	0,4	1,3	0,9	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,4	0,2		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen *)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
					zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken			zusammen	an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9
2014 April	56	209	1 731,7	473,1	459,1	157,4	301,7	14,0	569,0	458,2	9,7	448,5	110,8	689,5	431,7
Mai	56	207	1 766,9	478,5	465,8	154,9	310,9	12,7	570,9	454,3	9,3	445,0	116,6	717,6	443,0
Juni	56	206	1 741,9	483,2	469,0	148,3	320,7	14,3	584,6	469,5	9,0	460,5	115,1	674,1	430,4
Juli	56	206	1 828,9	511,1	496,3	137,7	358,6	14,8	603,0	484,9	13,0	471,9	118,1	714,8	428,6
Aug.	56	206	1 876,9	539,9	525,2	170,6	354,5	14,7	564,0	454,2	14,1	440,1	109,8	773,0	468,6
Sept.	56	206	1 826,4	503,6	488,5	154,1	334,4	15,2	615,9	500,5	13,7	486,8	115,4	706,9	487,0
Okt.	56	205	1 910,0	525,1	509,5	154,7	354,9	15,6	609,9	494,0	13,5	480,5	115,9	775,0	509,7
Nov.	56	205	1 982,6	540,6	525,7	173,6	352,1	14,9	616,5	499,1	14,0	485,1	117,3	825,5	549,8
Dez.	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9
2015 Jan.	54	202	2 269,7	609,8	593,0	222,4	370,7	16,8	656,5	532,1	14,6	517,5	124,4	1 003,3	714,1
Veränderungen *)															
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4
2014 Mai	-	- 2	+ 23,7	+ 0,2	+ 1,6	- 2,5	+ 4,1	- 1,4	- 3,7	- 8,5	- 0,4	- 8,1	+ 4,8	+ 27,3	+ 11,3
Juni	-	- 1	- 24,4	+ 5,5	+ 3,9	- 6,6	+ 10,5	+ 1,6	+ 13,5	+ 15,0	- 0,3	+ 15,3	- 1,5	- 43,4	- 12,6
Juli	-	-	+ 74,4	+ 21,9	+ 21,5	- 10,6	+ 32,0	+ 0,4	+ 12,5	+ 10,3	+ 4,0	+ 6,4	+ 2,1	+ 40,1	- 1,8
Aug.	-	-	+ 38,9	+ 23,9	+ 24,0	+ 32,9	- 8,9	- 0,1	- 42,7	- 33,7	+ 1,1	- 34,8	- 8,9	+ 57,6	+ 40,0
Sept.	-	-	- 80,5	- 51,9	- 52,1	- 16,5	- 35,5	+ 0,2	+ 39,6	+ 35,9	- 0,4	+ 36,2	+ 3,7	- 68,2	+ 18,4
Okt.	-	- 1	+ 82,2	+ 20,6	+ 20,1	+ 0,6	+ 19,6	+ 0,4	- 6,3	- 6,7	- 0,2	- 6,6	+ 0,4	+ 67,9	+ 22,7
Nov.	-	-	+ 73,4	+ 15,4	+ 16,0	+ 19,0	- 3,0	- 0,6	+ 7,6	+ 5,9	+ 0,5	+ 5,4	+ 1,7	+ 50,5	+ 40,1
Dez.	-	-	- 75,7	- 0,6	- 2,0	+ 27,6	- 29,6	+ 1,4	- 32,1	- 33,9	- 0,1	- 33,8	+ 1,8	- 42,8	+ 2,2
2015 Jan.	- 2	- 3	+ 294,7	+ 38,7	+ 39,0	+ 21,1	+ 17,9	- 0,4	+ 39,0	+ 38,9	+ 0,7	+ 38,2	+ 0,1	+ 217,1	+ 162,1
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-
2014 April	32	73	401,4	168,3	143,3	79,1	64,1	25,1	178,1	143,0	25,1	117,9	35,2	54,9	-
Mai	32	72	404,9	166,4	141,9	77,5	64,4	24,5	177,2	140,9	24,7	116,1	36,3	61,3	-
Juni	32	71	410,4	169,0	145,5	84,8	60,7	23,5	181,7	145,9	24,7	121,2	35,8	59,7	-
Juli	31	70	403,1	167,3	146,0	86,6	59,4	21,2	172,2	137,5	21,4	116,1	34,7	63,7	-
Aug.	31	70	407,3	169,4	148,8	89,7	59,1	20,5	170,8	136,6	21,5	115,1	34,2	67,1	-
Sept.	30	66	399,3	166,3	146,7	90,3	56,4	19,6	169,1	136,1	21,5	114,6	33,1	63,9	-
Okt.	29	64	393,2	160,0	143,0	88,7	54,3	17,0	173,6	139,5	21,5	118,0	34,0	59,6	-
Nov.	29	64	395,0	155,5	138,1	84,7	53,4	17,4	174,5	140,1	21,4	118,7	34,3	65,1	-
Dez.	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-
2015 Jan.	28	63	410,8	164,8	147,7	86,7	61,0	17,1	181,3	148,0	22,5	125,5	33,4	64,7	-
Veränderungen *)															
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-
2014 Mai	-	- 1	+ 2,0	- 2,9	- 2,1	- 1,6	- 0,5	- 0,7	- 1,5	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 1,2	+ 6,3	-
Juni	-	- 1	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,7	+ 7,3	- 3,7	- 1,0	+ 4,5	+ 5,0	- 0,0	+ 5,0	- 0,5	- 1,5	-
Juli	- 1	- 1	- 9,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,8	- 2,2	- 2,4	- 10,2	- 9,1	- 3,3	- 5,8	- 1,1	+ 3,9	-
Aug.	-	-	+ 2,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 3,1	- 1,0	- 0,8	- 1,8	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	- 0,5	+ 3,4	-
Sept.	- 1	- 4	- 11,8	- 5,5	- 4,2	+ 0,6	- 4,8	- 1,3	- 3,0	- 1,9	+ 0,0	- 1,9	- 1,2	- 3,2	-
Okt.	- 1	- 2	- 6,4	- 6,5	- 3,8	- 1,6	- 2,2	- 2,7	+ 4,3	+ 3,3	+ 0,0	+ 3,3	+ 1,0	- 4,3	-
Nov.	-	-	+ 1,8	- 4,6	- 5,0	- 4,0	- 0,9	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 5,4	-
Dez.	- 1	- 1	- 8,2	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 0,1	- 1,0	- 2,9	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	- 2,8	- 2,9	-
2015 Jan.	-	-	+ 13,8	+ 6,5	+ 6,6	+ 3,3	+ 3,4	- 0,1	+ 4,9	+ 3,0	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen ^{6) 7)}			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf ⁵⁾	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	ins- gesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands	Zeit		
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken ⁴⁾			auslän- dische Nicht- banken							
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandsfilialen		
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012		
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014		
1 001,9	653,8	341,1	312,7	348,1	27,4	22,4	4,9	320,7	127,1	40,4	562,4	436,0	2014 April		
1 011,4	663,0	349,1	313,9	348,4	25,8	20,9	4,9	322,6	134,1	40,3	581,2	452,3	Mai		
1 003,6	668,2	351,1	317,1	335,4	23,1	18,7	4,5	312,3	134,3	41,0	563,1	436,7	Juni		
1 103,3	732,0	371,2	360,8	371,4	22,8	18,3	4,5	348,6	133,6	41,6	550,4	434,8	Juli		
1 093,1	727,8	370,2	357,6	365,3	23,7	19,3	4,4	341,6	139,0	41,7	603,0	473,2	Aug.		
1 027,4	691,8	364,7	327,1	335,6	22,5	18,1	4,4	313,1	139,3	42,1	617,7	493,4	Sept.		
1 077,6	733,8	390,9	342,8	343,9	22,1	17,7	4,5	321,7	133,3	41,9	657,2	517,3	Okt.		
1 099,5	753,2	411,7	341,5	346,3	21,8	17,3	4,4	324,5	132,7	42,9	707,6	555,5	Nov.		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	Dez.		
1 172,6	800,9	443,0	357,9	371,8	23,5	18,4	5,2	348,3	133,2	46,4	917,4	718,3	2015 Jan.		
Veränderungen ^{*)}															
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013		
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014		
+ 1,9	+ 5,2	+ 8,0	- 2,8	- 3,3	- 1,5	- 1,5	- 0,0	- 1,8	+ 7,0	- 0,1	+ 14,9	+ 16,3	2014 Mai		
- 7,3	+ 5,6	+ 2,0	+ 3,6	- 12,9	- 2,7	- 2,2	- 0,5	- 10,2	+ 0,3	+ 0,7	- 18,1	- 15,6	Juni		
+ 91,5	+ 59,2	+ 20,1	+ 39,0	+ 32,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 32,8	- 0,8	+ 0,7	- 17,0	- 1,9	Juli		
- 16,4	- 7,7	- 1,0	- 6,7	- 8,7	+ 0,9	+ 1,0	- 0,0	- 9,6	+ 5,5	+ 0,1	+ 49,7	+ 38,4	Aug.		
- 87,0	- 48,1	- 5,6	- 42,5	- 39,0	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	- 37,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,9	+ 20,2	Sept.		
+ 49,4	+ 41,4	+ 26,2	+ 15,1	+ 8,0	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 8,4	- 5,9	- 0,3	+ 39,0	+ 23,9	Okt.		
+ 22,2	+ 19,3	+ 20,8	- 1,4	+ 2,9	- 0,4	- 0,3	- 0,0	+ 3,2	- 0,7	+ 1,0	+ 50,9	+ 38,2	Nov.		
- 65,6	- 20,5	+ 4,6	- 25,1	- 45,1	- 1,2	- 1,2	- 0,0	- 43,9	- 4,2	+ 2,4	- 8,2	+ 2,0	Dez.		
+ 94,4	+ 42,7	+ 26,7	+ 16,0	+ 51,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,7	+ 48,8	+ 4,8	+ 1,2	+ 194,2	+ 160,7	2015 Jan.		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandstöchter		
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012		
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014		
312,7	181,1	94,5	86,6	131,5	19,2	17,2	2,0	112,3	20,9	29,2	38,7	-	2014 April		
316,4	186,7	95,6	91,1	129,7	18,8	16,7	2,1	110,9	20,5	28,5	39,4	-	Mai		
322,8	189,7	106,4	83,2	133,1	18,6	15,2	3,4	114,5	20,4	27,3	39,9	-	Juni		
315,1	184,0	97,8	86,3	131,1	20,4	15,4	5,0	110,7	20,4	26,8	40,9	-	Juli		
311,3	178,6	98,5	80,1	132,7	19,9	14,8	5,1	112,8	20,3	28,2	47,5	-	Aug.		
304,5	173,6	99,1	74,6	130,9	20,5	15,2	5,3	110,4	19,4	27,6	47,8	-	Sept.		
302,4	175,5	99,4	76,1	126,9	19,7	14,3	5,5	107,2	16,1	26,4	48,2	-	Okt.		
304,2	179,1	100,6	78,5	125,2	20,6	14,5	6,1	104,6	16,1	26,3	48,4	-	Nov.		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	Dez.		
311,9	183,0	104,6	78,4	128,9	19,7	14,4	5,4	109,2	19,4	26,5	53,0	-	2015 Jan.		
Veränderungen ^{*)}															
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013		
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014		
+ 2,6	+ 4,8	+ 1,1	+ 3,7	- 2,2	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 1,8	- 0,4	- 0,7	+ 0,4	-	2014 Mai		
+ 6,5	+ 3,1	+ 10,8	- 7,7	+ 3,4	- 0,2	- 1,5	+ 1,3	+ 3,6	- 0,1	- 1,2	+ 0,5	-	Juni		
- 9,1	- 6,5	- 8,7	+ 2,2	- 2,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	- 4,4	- 0,0	- 0,6	+ 0,6	-	Juli		
- 4,8	- 6,0	+ 0,7	- 6,7	+ 1,2	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 1,7	- 0,1	+ 1,4	+ 6,4	-	Aug.		
- 9,7	- 6,7	+ 0,6	- 7,3	+ 3,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 3,6	- 0,9	- 0,6	- 0,5	-	Sept.		
- 2,3	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	- 4,0	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	- 3,3	- 3,3	- 1,2	+ 0,4	-	Okt.		
+ 1,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,3	- 1,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	- 2,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	-	Nov.		
- 9,1	- 6,7	+ 0,5	- 7,2	- 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 2,2	+ 2,3	- 0,3	- 1,0	-	Dez.		
+ 9,7	+ 6,6	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,1	- 0,6	- 0,1	- 0,4	+ 3,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,5	-	2015 Jan.		

zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	10 530,2	210,6	210,1	211,3	1,2	0,0
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 8)	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2014 Dez. 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015 Jan.	10 800,3	108,0	107,5	225,3	117,8	0,0
Febr.
März 10)	11 103,4	111,0	110,6

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	2 507 906	23,8	50 158	49 971	50 297	326	0
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012 8)	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2014 Dez.	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015 Jan.	2 921 579	27,1	29 216	29 041	74 678	45 637	1
Febr.
März 10)	3 012 093	27,1	30 121	29 947

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben und Bausparkassen
2009	11 165	7 885	1 461	18 040	9 400	652	1 368
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 914	556	1 409
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	10 230	601	1 531
2012 8)	5 388	4 696	2 477	9 626	5 262	248	871
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 479	239	906
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2014 Dez.	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2015 Jan.	5 907	4 940	1 519	9 741	5 819	212	905
Febr.
März 10)	6 128	5 095	1 622	9 891	5 922	212	1 076

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservierungspflichtiger MFIs
2009	1 473 296	6 814	309 908	572 127	145 759
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 8)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2014 Dez.	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015 Jan.	1 932 264	1 264	305 908	600 771	81 428
Febr.
März 10)	1 958 611	1 719	361 779	602 551	87 427

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren beträgt 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durch-

schnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 9 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75					
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25					
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	Laufzeit	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.					Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2015 11. März	141 839	141 839	0,05	–	–	–	7
18. März	142 402	142 402	0,05	–	–	–	7
25. März	120 508	120 508	0,05	–	–	–	7
1. April	103 587	103 587	0,05	–	–	–	7
8. April	108 258	108 258	0,05	–	–	–	7
15. April	96 559	96 559	0,05	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2015 29. Jan.	34 132	34 132	2) ...	–	–	–	91
26. Febr.	54 037	54 037	2) ...	–	–	–	91
25. März	97 848	97 848	0,05	–	–	–	1 281
26. März	19 330	19 330	2) ...	–	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Neunmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2014 Sept.	0,01	–0,01	0,02	0,10	0,20	0,27	0,36
Okt.	0,00	–0,01	0,01	0,08	0,18	0,26	0,34
Nov.	–0,01	–0,01	0,01	0,08	0,18	0,26	0,33
Dez.	–0,03	–0,01	0,02	0,08	0,18	0,25	0,33
2015 Jan.	–0,05	–0,04	0,01	0,06	0,15	0,22	0,30
Febr.	–0,04	–0,03	0,00	0,05	0,13	0,19	0,26
März	–0,05	–0,04	–0,01	0,03	0,10	0,15	0,21

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 627	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 598
Mai	0,92	94 570	1,89	226 619	0,46	87 856	2,95	19 903
Juni	0,91	95 671	1,87	226 527	0,44	84 165	2,92	19 989
Juli	0,87	95 197	1,85	225 989	0,41	85 704	2,87	19 674
Aug.	0,84	94 384	1,84	225 881	0,39	86 373	2,83	19 536
Sept.	0,81	93 703	1,82	225 992	0,39	83 870	2,81	19 601
Okt.	0,79	92 778	1,81	225 657	0,37	83 587	2,78	19 663
Nov.	0,76	92 016	1,80	225 585	0,37	83 312	2,73	19 554
Dez.	0,70	92 021	1,77	227 145	0,36	81 096	2,74	19 152
2015 Jan.	0,69	89 436	1,75	226 468	0,34	79 508	2,67	18 930
Febr.	0,67	89 570	1,73	226 183	0,32	79 398	2,60	18 974

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 947	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107
Mai	3,17	5 764	3,01	28 197	3,88	984 889	7,51	56 479	4,94	75 911	4,98	309 887
Juni	3,17	5 762	2,99	28 112	3,86	986 700	7,59	59 098	4,92	76 099	4,96	308 827
Juli	3,08	5 812	2,96	28 148	3,83	989 997	7,51	56 579	4,89	76 766	4,94	309 761
Aug.	3,09	5 667	2,94	28 220	3,82	994 510	7,36	55 731	4,86	77 128	4,91	309 772
Sept.	3,09	5 630	2,91	28 295	3,80	997 116	7,54	58 107	4,83	77 166	4,89	308 303
Okt.	3,05	5 766	2,87	28 278	3,77	1 000 934	7,36	56 716	4,79	77 707	4,87	308 423
Nov.	2,98	5 631	2,84	28 396	3,75	1 004 378	7,25	54 676	4,77	77 140	4,84	308 879
Dez.	3,04	5 175	2,82	28 209	3,72	1 010 155	7,14	56 678	4,78	76 938	4,84	304 381
2015 Jan.	3,02	5 257	2,79	28 086	3,69	1 008 805	7,21	55 838	4,75	76 660	4,79	303 663
Febr.	2,95	5 114	2,76	27 985	3,67	1 011 133	7,23	55 248	4,74	76 165	4,77	304 217

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 664	2,83	130 113	3,21	583 996
Mai	3,14	133 191	2,81	130 069	3,20	586 337
Juni	3,11	138 116	2,76	129 524	3,18	582 780
Juli	2,97	133 446	2,72	129 959	3,15	583 339
Aug.	2,96	131 893	2,71	130 271	3,14	585 897
Sept.	2,98	132 902	2,65	129 887	3,11	584 473
Okt.	2,90	130 017	2,60	131 515	3,07	586 281
Nov.	2,88	132 058	2,57	131 532	3,05	588 938
Dez.	2,80	128 984	2,52	128 693	3,02	574 766
2015 Jan.	2,78	129 832	2,51	129 360	2,98	575 197
Febr.	2,76	132 547	2,49	128 329	2,96	577 597

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angedeutet. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471
März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285
Mai	0,36	964 096	0,66	7 869	0,92	690	1,33	1 895	0,72	528 416	0,88	77 128
Juni	0,35	963 948	0,65	7 904	1,02	595	1,36	1 420	0,70	528 104	0,84	76 049
Juli	0,30	972 397	0,53	8 497	0,87	691	1,26	1 493	0,66	527 278	0,82	76 712
Aug.	0,30	982 182	0,54	6 962	0,96	600	1,11	1 293	0,61	527 851	0,83	77 648
Sept.	0,29	976 579	0,52	7 217	0,87	611	1,16	1 224	0,60	527 990	0,81	78 170
Okt.	0,27	990 310	0,51	7 406	0,98	560	1,04	1 104	0,56	527 680	0,79	77 990
Nov.	0,26	1 013 535	0,52	7 410	0,90	616	1,18	1 098	0,54	527 234	0,77	77 625
Dez.	0,26	1 007 245	0,35	8 589	0,81	570	1,14	1 168	0,52	530 301	0,75	76 202
2015 Jan.	0,25	1 017 775	0,56	7 241	0,87	817	1,09	1 129	0,51	528 559	0,73	77 361
Febr.	0,24	1 030 216	0,56	5 901	0,77	665	1,10	1 035	0,46	529 391	0,69	76 071

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2014 Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265
März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 372	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345
Mai	0,16	318 469	0,25	27 178	0,60	432	0,91	390
Juni	0,14	314 270	0,18	24 006	0,54	313	1,02	615
Juli	0,12	320 536	0,18	17 300	0,53	335	1,06	436
Aug.	0,12	326 545	0,16	15 252	0,48	188	0,82	186
Sept.	0,11	336 903	0,16	12 441	0,34	279	1,13	281
Okt.	0,10	345 504	0,17	13 388	0,48	608	0,74	292
Nov.	0,09	343 396	0,14	12 311	0,52	1 448	0,52	486
Dez.	0,09	344 691	0,16	14 634	0,47	731	1,55	725
2015 Jan.	0,09	337 455	0,16	12 106	0,42	377	0,56	349
Febr.	0,08	333 728	0,17	11 371	0,78	383	0,57	399

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2014 Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368
Mai	1,96	4 047	3,52	1 023	2,84	2 136	2,26	2 277	3,74	789	2,75	1 213
Juni	2,04	4 245	3,46	947	2,77	2 325	2,29	2 615	3,62	712	2,72	1 346
Juli	1,88	4 952	3,33	1 196	2,71	2 713	2,15	3 073	3,50	888	2,66	1 470
Aug.	2,14	3 449	3,51	799	2,59	1 996	2,24	2 089	3,66	622	2,57	1 314
Sept.	1,93	4 709	3,48	859	2,51	2 586	2,02	2 858	3,61	632	2,42	1 400
Okt.	1,80	4 726	3,26	972	2,58	2 521	1,94	2 869	3,50	694	2,47	1 437
Nov.	1,98	3 301	3,21	847	2,46	2 215	1,99	2 175	3,42	619	2,35	1 221
Dez.	1,68	5 108	2,95	1 178	2,36	3 050	1,87	3 235	3,11	870	2,34	1 696
2015 Jan.	1,89	4 266	3,07	1 055	2,45	2 383	2,07	2 734	3,28	778	2,32	1 329
Febr.	1,59	3 425	3,07	828	2,24	1 982	1,84	1 916	3,31	567	2,08	1 213

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren			
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt										
2014 Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185	
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420	
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612	
Mai	6,34	6,25	5 665	5,33	497	5,02	2 520	7,59	2 648	
Juni	6,26	6,24	5 571	5,17	406	5,00	2 438	7,51	2 727	
Juli	6,31	6,23	5 983	5,28	414	4,96	2 704	7,57	2 865	
Aug.	6,21	6,14	6 277	5,21	486	4,86	2 782	7,47	3 009	
Sept.	6,08	5,98	6 207	5,02	543	4,77	2 836	7,37	2 828	
Okt.	6,07	6,03	6 460	5,03	392	4,71	2 962	7,41	3 106	
Nov.	5,97	5,88	5 730	5,02	472	4,71	2 657	7,23	2 601	
Dez.	5,67	5,62	4 969	4,49	515	4,67	2 328	6,94	2 126	
2015 Jan.	6,11	6,06	5 774	5,19	375	4,71	2 534	7,36	2 865	
Febr.	5,94	5,90	5 541	5,13	261	4,63	2 459	7,08	2 821	
darunter: besicherte Kredite 12)										
2014 Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65	
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70	
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63	
Mai	.	4,32	220	3,57	22	4,64	129	3,97	69	
Juni	.	4,21	215	3,43	28	4,64	121	3,76	66	
Juli	.	3,85	299	2,68	102	4,79	128	3,82	69	
Aug.	.	4,42	193	3,33	20	4,74	120	4,11	53	
Sept.	.	4,12	203	2,79	27	4,66	116	3,65	60	
Okt.	.	3,96	1 018	2,72	86	4,52	454	3,66	478	
Nov.	.	4,07	791	3,23	26	4,57	381	3,62	384	
Dez.	.	3,83	635	3,13	25	4,52	302	3,20	308	
2015 Jan.	.	3,75	682	2,76	102	4,37	276	3,51	304	
Febr.	.	3,49	528	3,14	28	4,30	230	2,84	270	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt											
2014 Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	3,02	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	3,02	5 417
Mai	2,73	2,66	16 015	2,70	2 259	2,33	2 229	2,63	6 506	2,84	5 021
Juni	2,65	2,58	15 767	2,49	2 436	2,31	2 091	2,55	6 359	2,79	4 881
Juli	2,55	2,50	19 296	2,50	2 866	2,21	2 638	2,48	7 957	2,65	5 835
Aug.	2,52	2,45	16 207	2,59	2 398	2,17	2 018	2,40	6 422	2,55	5 369
Sept.	2,39	2,34	16 831	2,44	2 127	2,08	2 063	2,31	6 907	2,44	5 734
Okt.	2,34	2,29	18 118	2,38	2 543	2,07	2 197	2,22	7 383	2,40	5 995
Nov.	2,29	2,23	16 479	2,42	2 176	1,99	2 185	2,15	6 376	2,33	5 742
Dez.	2,22	2,17	18 743	2,26	2 640	1,98	2 095	2,12	7 778	2,24	6 230
2015 Jan.	2,22	1,96	19 896	2,29	2 537	1,95	2 076	2,05	7 114	1,78	8 169
Febr.	2,05	1,99	17 044	2,32	2 124	1,89	1 810	1,88	6 616	2,03	6 494
darunter: besicherte Kredite 12)											
2014 Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2,99	2 260
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	3,07	2 792
Mai	.	2,60	7 592	2,61	923	2,24	1 110	2,58	3 109	2,80	2 450
Juni	.	2,53	7 151	2,41	901	2,20	1 017	2,50	2 955	2,76	2 278
Juli	.	2,44	9 007	2,45	1 163	2,14	1 371	2,42	3 718	2,61	2 755
Aug.	.	2,39	7 432	2,54	900	2,08	992	2,33	3 015	2,52	2 525
Sept.	.	2,28	7 574	2,44	810	1,97	1 014	2,21	3 065	2,41	2 685
Okt.	.	2,23	8 249	2,41	987	1,95	1 107	2,15	3 358	2,38	2 797
Nov.	.	2,13	7 782	2,32	889	1,81	1 310	2,06	2 959	2,29	2 624
Dez.	.	2,10	8 525	2,28	998	1,82	1 059	2,04	3 493	2,21	2 975
2015 Jan.	.	1,78	10 249	2,23	1 002	1,81	1 080	1,97	3 527	1,54	4 640
Febr.	.	1,91	8 049	2,28	842	1,68	951	1,78	3 247	2,02	3 009

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2014 Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 730	4,39	66 493		
Mai	9,21	42 626	9,22	36 563	15,42	3 566	4,39	66 148	4,41	65 901		
Juni	9,26	44 696	9,30	38 374	15,43	3 657	4,35	69 615	4,37	69 358		
Juli	9,20	42 604	9,21	36 390	15,36	3 630	4,17	65 960	4,19	65 707		
Aug.	9,08	41 864	9,14	35 283	15,34	3 721	4,13	65 743	4,14	65 562		
Sept.	9,16	44 311	9,23	37 656	15,31	3 783	4,17	66 516	4,18	66 287		
Okt.	9,06	42 611	9,09	36 051	15,32	3 770	4,14	62 839	4,16	62 600		
Nov.	9,00	40 795	8,92	34 390	15,32	3 788	4,03	64 435	4,05	64 185		
Dez.	8,98	42 863	9,01	36 198	15,30	3 816	3,95	63 192	3,97	62 988		
2015 Jan.	9,01	41 798	8,95	35 383	15,32	3 800	3,93	63 695	3,94	63 497		
Febr.	9,03	41 290	8,93	34 874	15,30	3 788	3,84	66 304	3,86	66 075		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2014 Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 017	3,54	1 087	2,73	1 156	1,83	44 756	2,34	1 752	2,87	4 473
Mai	3,06	7 005	3,64	919	2,63	1 102	1,74	36 580	2,19	1 457	2,66	3 829
Juni	2,97	7 708	3,62	897	2,59	1 098	1,65	43 000	2,31	2 259	2,42	5 386
Juli	2,82	8 292	3,36	1 336	2,55	1 355	1,61	48 992	2,56	2 124	2,58	5 078
Aug.	2,77	6 172	3,26	1 080	2,47	1 156	1,46	36 472	2,22	1 864	2,40	4 379
Sept.	2,77	7 503	3,24	1 178	2,35	1 248	1,57	44 139	2,37	1 608	2,22	5 639
Okt.	2,70	8 199	3,21	1 286	2,29	1 260	1,53	45 100	2,59	2 975	2,18	6 336
Nov.	2,82	7 996	3,14	1 057	2,16	1 117	1,52	33 405	2,42	1 520	2,02	5 095
Dez.	2,78	7 949	2,97	1 584	2,12	1 709	1,61	48 843	1,99	2 990	2,01	10 718
2015 Jan.	2,64	7 596	3,10	1 203	1,39	3 038	1,41	45 358	1,87	2 212	1,82	7 077
Febr.	2,76	7 362	3,06	1 044	1,98	1 258	1,24	37 421	1,69	1 310	1,95	5 401
darunter: besicherte Kredite 12)												
2014 Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 161	2,73	152	2,60	340	2,09	9 522	2,31	658	2,98	1 495
Mai	2,86	862	2,71	118	2,48	358	2,23	5 063	2,60	477	2,64	984
Juni	2,87	952	2,67	109	2,46	344	2,07	4 950	2,33	1 055	2,22	1 518
Juli	2,61	1 318	2,55	196	2,44	461	2,05	8 769	2,64	786	2,85	1 477
Aug.	2,79	776	2,46	127	2,32	326	1,90	4 212	2,61	854	2,41	815
Sept.	2,68	920	2,52	129	2,23	361	1,97	6 190	3,13	488	2,09	1 535
Okt.	2,52	1 188	2,42	139	2,22	369	1,81	9 300	3,58	803	2,38	1 697
Nov.	2,64	794	2,36	93	2,00	341	1,69	4 649	2,24	618	2,12	1 049
Dez.	2,55	1 050	2,17	196	1,96	493	1,72	8 019	1,93	1 194	1,85	3 329
2015 Jan.	2,43	1 150	2,37	147	1,13	2 235	1,71	8 834	1,76	764	1,45	2 758
Febr.	2,65	794	2,28	98	1,74	473	1,68	4 579	2,11	164	1,68	1 166

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingkredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,3	2 164,2	540,7	318,4	283,8	224,6	670,4	63,6	62,7	72,1
2014	2 427,0	2 350,3	522,3	392,4	293,1	230,4	781,5	66,1	64,5	76,7
2013 1.Vj.	2 196,6	2 128,7	560,3	300,2	279,4	225,3	637,3	61,7	64,4	67,9
2.Vj.	2 195,8	2 127,1	554,5	302,8	279,8	224,8	638,8	62,1	64,2	68,7
3.Vj.	2 214,6	2 144,2	547,3	308,4	283,1	224,5	654,7	62,8	63,4	70,4
4.Vj.	2 236,3	2 164,2	540,7	318,4	283,8	224,6	670,4	63,6	62,7	72,1
2014 1.Vj.	2 296,8	2 223,5	542,3	336,3	286,8	226,0	703,1	65,5	63,4	73,3
2.Vj.	2 340,9	2 267,0	538,6	353,5	288,1	226,9	731,3	65,5	63,3	73,9
3.Vj.	2 378,3	2 303,2	530,3	373,5	289,0	227,7	753,1	65,7	64,0	75,1
4.Vj.	2 427,0	2 350,3	522,3	392,4	293,1	230,4	781,5	66,1	64,5	76,7
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 741,0	1 694,6	382,9	271,4	256,9	211,1	462,4	59,2	50,9	46,4
2014	1 884,2	1 835,3	363,9	334,3	265,3	215,8	542,7	61,4	52,0	48,9
2013 1.Vj.	1 720,0	1 676,4	403,5	259,1	253,2	212,5	437,7	57,5	52,9	43,6
2.Vj.	1 716,4	1 672,3	397,9	259,9	253,6	211,9	438,5	57,9	52,7	44,1
3.Vj.	1 727,7	1 682,3	390,1	264,3	256,2	211,3	450,1	58,5	51,7	45,4
4.Vj.	1 741,0	1 694,6	382,9	271,4	256,9	211,1	462,4	59,2	50,9	46,4
2014 1.Vj.	1 790,4	1 743,4	382,0	288,8	259,6	212,2	488,3	61,1	51,4	47,0
2.Vj.	1 823,4	1 776,1	378,0	303,1	260,9	212,9	509,0	61,0	51,2	47,4
3.Vj.	1 853,3	1 805,0	371,7	319,3	262,0	213,4	525,7	61,1	51,7	48,3
4.Vj.	1 884,2	1 835,3	363,9	334,3	265,3	215,8	542,7	61,4	52,0	48,9
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	495,3	469,5	157,8	47,0	27,0	13,5	208,1	4,4	11,8	25,7
2014	542,8	515,0	158,5	58,1	27,8	14,7	238,8	4,6	12,5	27,8
2013 1.Vj.	476,6	452,3	156,9	41,1	26,2	12,8	199,6	4,2	11,6	24,3
2.Vj.	479,4	454,8	156,6	43,0	26,2	13,0	200,2	4,2	11,6	24,6
3.Vj.	486,9	461,9	157,2	44,1	26,8	13,2	204,6	4,3	11,7	25,0
4.Vj.	495,3	469,5	157,8	47,0	27,0	13,5	208,1	4,4	11,8	25,7
2014 1.Vj.	506,4	480,1	160,3	47,5	27,2	13,8	214,8	4,5	12,0	26,3
2.Vj.	517,5	491,0	160,6	50,4	27,2	14,0	222,3	4,5	12,1	26,5
3.Vj.	525,0	498,2	158,6	54,2	27,1	14,2	227,4	4,5	12,2	26,8
4.Vj.	542,8	515,0	158,5	58,1	27,8	14,7	238,8	4,6	12,5	27,8

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsfälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,3	16,9	81,7	197,7	1 792,9	1 516,1	276,8	70,5	76,6
2014	2 427,0	17,3	85,6	202,7	1 886,7	1 597,9	288,8	73,3	161,4
2013 1.Vj.	2 196,6	21,4	77,1	169,7	1 740,7	1 463,3	277,4	71,8	115,9
2.Vj.	2 195,8	17,8	80,3	172,1	1 757,4	1 480,6	276,8	71,3	96,8
3.Vj.	2 214,6	16,5	81,7	177,0	1 771,9	1 495,8	276,1	70,8	96,7
4.Vj.	2 236,3	16,9	81,7	197,7	1 792,9	1 516,1	276,8	70,5	76,6
2014 1.Vj.	2 296,8	16,3	83,3	191,3	1 826,3	1 540,1	286,2	72,0	107,5
2.Vj.	2 340,9	16,2	83,8	184,1	1 843,6	1 557,5	286,1	72,3	141,0
3.Vj.	2 378,3	17,6	84,3	188,0	1 857,4	1 570,7	286,7	72,6	158,4
4.Vj.	2 427,0	17,3	85,6	202,7	1 886,7	1 597,9	288,8	73,3	161,4
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 741,0	16,9	77,5	188,7	1 337,8	1 061,4	276,4	68,7	51,3
2014	1 884,2	17,3	81,2	193,4	1 400,1	1 111,7	288,4	71,4	120,8
2013 1.Vj.	1 720,0	21,4	73,0	162,3	1 305,9	1 029,0	276,9	70,0	87,3
2.Vj.	1 716,4	17,8	76,2	164,5	1 317,4	1 041,0	276,4	69,5	70,9
3.Vj.	1 727,7	16,5	77,6	169,1	1 326,3	1 050,6	275,7	69,0	69,1
4.Vj.	1 741,0	16,9	77,5	188,7	1 337,8	1 061,4	276,4	68,7	51,3
2014 1.Vj.	1 790,4	16,3	79,0	182,8	1 365,2	1 079,4	285,8	70,2	76,9
2.Vj.	1 823,4	16,2	79,5	175,8	1 376,7	1 091,1	285,6	70,4	104,8
3.Vj.	1 853,3	17,6	80,0	179,5	1 386,1	1 099,9	286,2	70,7	119,3
4.Vj.	1 884,2	17,3	81,2	193,4	1 400,1	1 111,7	288,4	71,4	120,8
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	495,3	–	4,2	8,9	455,1	454,6	0,5	1,8	25,3
2014	542,8	–	4,4	9,3	486,6	486,1	0,5	2,0	40,6
2013 1.Vj.	476,6	–	4,0	7,4	434,8	434,3	0,4	1,8	28,6
2.Vj.	479,4	–	4,1	7,6	440,1	439,6	0,4	1,8	25,9
3.Vj.	486,9	–	4,1	7,9	445,6	445,1	0,4	1,8	27,5
4.Vj.	495,3	–	4,2	8,9	455,1	454,6	0,5	1,8	25,3
2014 1.Vj.	506,4	–	4,2	8,5	461,1	460,6	0,5	1,9	30,6
2.Vj.	517,5	–	4,3	8,3	466,9	466,4	0,5	1,9	36,2
3.Vj.	525,0	–	4,3	8,5	471,2	470,8	0,5	1,9	39,1
4.Vj.	542,8	–	4,4	9,3	486,6	486,1	0,5	2,0	40,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	Inländer				Aus-länder 8)
zu-sammen	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)			
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	– 26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	– 45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	– 538	– 114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	– 19 945
2010	146 620	– 1 212	– 7 621	24 044	– 17 635	147 831	92 682	– 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	13 575	– 46 796	850	59 521	20 075	– 23 876	– 94 793	36 805	34 112	57 525
2012	54 952	– 21 419	– 98 820	– 8 701	86 103	76 370	– 1 139	– 42 017	– 3 573	44 450	56 092
2013	– 9 340	– 101 616	– 117 187	153	15 415	92 275	23 033	– 25 778	– 12 708	61 521	– 32 374
2014	68 533	– 31 962	– 47 404	– 1 330	16 776	100 493	49 539	– 12 128	– 11 951	73 618	18 994
2014 April	– 6 730	– 23 586	– 12 132	635	– 12 088	16 856	7 978	1 680	– 1 786	8 084	– 14 708
Mai	32 168	28 566	11 336	– 1 127	18 357	3 602	2 591	1 764	– 966	1 793	29 576
Juni	1 652	– 5 765	– 9 400	– 4 686	8 321	7 417	2 811	– 2 240	– 1 632	6 683	– 1 159
Juli	3 087	– 2 955	– 2 229	5 062	– 5 788	6 042	– 9 896	32	– 1 640	11 504	– 6 809
Aug.	10 406	14 890	4 695	– 1 327	11 523	– 4 485	– 5 222	– 2 744	– 1 666	812	15 628
Sept.	7 891	– 7 661	– 4 017	– 218	– 3 426	15 551	15 169	7 579	– 373	7 963	– 7 279
Okt.	5 342	– 2 321	– 6 304	– 1 626	5 609	7 663	6 756	– 5 699	– 981	13 436	– 1 414
Nov.	20 323	2 177	– 4 561	– 305	7 044	18 145	10 445	8 392	– 660	2 713	9 877
Dez.	– 23 629	– 23 897	– 7 257	227	– 16 867	268	– 4 942	– 15 489	27	10 520	– 18 687
2015 Jan.	23 198	12 020	9 062	2 258	700	11 178	1 533	11 589	– 736	– 9 320	21 665
Febr.	19 017	8 157	4 938	5 576	– 2 357	10 861	26 146	– 4 783	681	30 248	– 7 128

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb			Ausländer 13)	
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu-sammen 11)	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)		
2003	–	11 896	16 838	– 4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	–	3 317	10 157	– 13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	–	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	–	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	–	5 009	10 053	– 15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	–	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	–	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	–	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	–	25 833	21 713	4 120	40 804	670	40 134	14 971
2012	–	17 426	5 120	12 306	16 126	10 259	5 867	1 300
2013	–	29 243	10 106	19 137	24 322	11 991	12 331	4 921
2014	–	45 491	18 778	26 713	33 307	17 078	16 229	12 184
2014 April	–	2 118	136	1 982	12 028	9 932	2 096	9 910
Mai	–	11 714	868	10 846	4 994	7 328	12 322	6 720
Juni	–	11 563	9 015	2 548	430	168	262	11 133
Juli	–	3 399	1 770	1 629	6 776	3 182	3 594	3 377
Aug.	–	1 413	291	1 704	– 2 860	– 2 003	857	1 447
Sept.	–	4 140	4 218	78	– 3 667	– 1 111	– 4 778	7 807
Okt.	–	1 951	1 221	– 3 172	– 8 030	– 4 565	– 3 465	6 079
Nov.	–	270	245	– 515	– 2 412	– 2 047	365	2 682
Dez.	–	11 881	189	11 692	12 527	7 310	5 217	646
2015 Jan.	–	735	78	657	6 696	7 111	415	5 961
Febr.	–	2 433	117	2 316	– 4 996	– 4 996	1 015	6 414

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig; Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–
2014 Juli	116 843	61 883	2 752	1 431	43 306	14 394	9 710	45 250	–
Aug.	109 326	75 365	932	940	54 900	18 594	2 172	31 789	–
Sept.	101 795	60 749	4 805	1 218	37 935	16 792	8 843	32 204	–
Okt.	123 390	69 634	2 072	1 771	54 826	10 965	6 850	46 907	–
Nov.	105 190	67 032	2 191	315	50 578	13 948	6 956	31 202	–
Dez.	98 708	66 890	731	928	50 249	14 981	6 515	25 303	–
2015 Jan.	139 925	90 524	3 485	795	63 247	22 996	6 550	42 851	–
Febr.	129 489	87 976	3 401	1 493	64 175	18 907	7 601	33 912	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–
2014 Juli	39 896	13 217	2 585	1 280	4 513	4 839	7 835	18 845	–
Aug.	21 235	8 481	717	410	1 715	5 639	463	12 291	–
Sept.	39 315	16 184	2 937	952	3 856	8 439	7 704	15 427	–
Okt.	35 987	9 295	1 419	609	4 042	3 225	4 826	21 865	–
Nov.	32 395	15 177	1 117	212	8 119	5 728	3 878	13 340	–
Dez.	27 575	11 748	731	858	2 963	7 195	3 729	12 098	–
2015 Jan.	44 986	19 854	3 185	400	9 064	7 205	2 400	22 733	–
Febr.	34 715	15 495	2 581	887	4 767	7 260	3 704	15 516	–
Netto-Absatz 6)									
2003	124 556	40 873	2 700	–	42 521	44 173	18 431	65 253	–
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	18 768	66 605	–
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	10 099	65 819	–
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	44 890	15 605	55 482	–
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	–	32 093	–
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	–	28 302	–
2009	76 441	–	75 554	858	–	80 646	–	103 482	–
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	63 368	85 464	–
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	44 290	80 289	–
2012	–	85 298	–	100 198	–	4 177	–	41 660	–
2013	–	140 017	–	125 932	–	17 364	–	37 778	–
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	23 856	–
2014 Juli	–	7 850	–	7 611	–	1 612	–	992	–
Aug.	–	16 022	–	4 579	–	1 287	–	437	–
Sept.	–	3 467	–	2 745	–	493	–	1 208	–
Okt.	–	4 570	–	7 639	–	281	–	1 069	–
Nov.	–	5 589	–	3 094	–	1 248	–	3 078	–
Dez.	–	27 860	–	12 169	–	734	–	1 623	–
2015 Jan.	–	10 747	–	17 476	–	1 453	–	284	–
Febr.	–	11 007	–	8 697	–	601	–	708	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2014 Aug.	3 141 617	1 257 088	120 602	92 412	574 915	469 158	232 002	1 652 527	7 919
2014 Sept.	3 138 149	1 254 343	121 095	91 204	573 834	468 209	233 168	1 650 639	7 919
2014 Okt.	3 133 579	1 246 703	120 815	90 135	573 869	461 885	231 513	1 655 363	7 919
2014 Nov.	3 139 168	1 243 609	122 062	87 057	573 424	461 066	231 825	1 663 734	7 919
2014 Dez.	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015 Jan.	3 122 055	1 248 922	122 781	85 150	579 295	461 695	233 890	1 639 243	7 797
2015 Febr.	3 133 061	1 257 618	122 180	84 442	591 265	459 731	238 838	1 636 605	6 547

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Februar 2015

Restlaufzeit	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
bis unter 2	1 158 305	578 146	44 718	41 406	257 162	234 857	48 478	531 682	1 792
2 bis unter 4	642 469	279 125	33 772	19 529	147 537	78 287	40 279	323 064	1 454
4 bis unter 6	480 364	183 022	23 394	12 387	96 629	50 612	40 640	256 702	146
6 bis unter 8	256 298	86 124	11 539	4 403	39 981	30 202	21 723	148 451	266
8 bis unter 10	232 786	48 004	6 459	3 984	20 507	17 053	12 409	172 373	1 340
10 bis unter 15	101 075	28 131	2 119	2 422	11 234	12 357	8 192	64 753	571
15 bis unter 20	62 920	11 831	50	174	5 731	5 876	6 681	44 408	10
20 und darüber	198 844	43 237	128	136	12 484	30 488	60 436	95 171	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von									Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandel-schuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung			
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001		
2004	164 802	- 2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	887 217		
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532		
2006	163 764	- 695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638		
2007	164 560	- 799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930		
2008	168 701	- 4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	830 622		
2009	175 691	- 6 989	12 476	398	97	-	- 3 741	- 1 269	- 974	927 256		
2010	174 596	- 1 096	3 265	497	178	10	- 486	- 993	- 3 569	1 091 220		
2011	177 167	- 2 570	6 390	552	462	9	- 552	- 762	- 3 532	924 214		
2012	178 617	- 1 449	3 046	129	570	-	- 478	- 594	- 2 411	1 150 188		
2013	171 741	- 6 879	2 971	718	476	-	- 1 432	- 619	- 8 992	1 432 658		
2014	177 097	- 5 356	5 332	1 265	1 714	-	- 465	- 1 044	- 1 446	1 478 063		
2014 Aug.	173 650	- 180	189	474	-	-	- 145	- 115	- 223	1 389 822		
2014 Sept.	175 138	- 1 488	1 621	125	23	-	- 29	- 125	- 127	1 401 240		
2014 Okt.	176 375	- 1 237	563	-	780	-	- 15	- 27	- 63	1 389 691		
2014 Nov.	176 551	- 176	235	-	-	-	- 35	- 17	- 111	1 483 086		
2014 Dez.	177 097	- 546	178	1	625	-	- 11	- 13	- 260	1 478 063		
2015 Jan.	177 103	- 6	73	11	13	-	0	- 30	- 61	1 595 237		
2015 Febr.	177 200	- 97	87	1	64	-	0	- 20	- 35	1 690 516		

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierte Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten ¹⁾							Indizes ^{2) 3)}			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren ⁴⁾							
% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2014 Okt.	0,7	0,7	0,7	0,8	0,6	1,3	2,6	138,01	112,37	444,13	9 326,87
Nov.	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	1,1	2,5	138,40	113,23	474,80	9 980,85
Dez.	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	1,0	2,4	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015 Jan.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,8	2,3	140,04	116,78	509,65	10 694,32
Febr.	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,7	2,2	140,18	116,47	543,06	11 401,66
März	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,6	2,1	140,52	118,05	567,47	11 966,17

¹⁾ Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. ²⁾ Stand am Jahres- bzw. Monatsende. ³⁾ Quelle: Deutsche Börse AG. ⁴⁾ Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb							
	Offene inländische Fonds ¹⁾ (Mittelaufkommen)										Inländer							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds ⁴⁾	Kreditinstitute ²⁾ einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren ³⁾		Aus-länder ⁵⁾					
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wert-papier-fonds	Immo-bilien-fonds			zu-sammen	zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Anteile						
2003	47 754	43 943	20 079	—	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	—	2 658	734	52 205	3 077	—	1 793	
2004	14 435	1 453	—	3 978	—	6 160	—	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	—	124	7 001	—	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	8 258	
2006	47 264	19 535	—	14 257	490	—	9 362	—	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	4 469	
2007	55 778	13 436	—	7 872	—	4 839	—	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	—	229	4 240	51 538	8 717	
2008	2 598	—	7 911	—	14 409	—	12 171	—	11 149	799	6 498	10 509	—	16 625	—	9 252	27 940	
2009	49 929	43 747	10 966	—	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	—	14 995	—	8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	—	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	—	3 873	—	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 511	45 221	—	1 340	—	379	—	2 037	1 562	46 561	—	7 576	—	694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 609	89 942	2 084	—	1 036	97	3 450	87 859	21 667	115 031	—	3 062	—	1 562	118 093	23 229	—	3 422
2013	123 276	91 337	9 184	—	574	5 596	3 376	82 153	31 939	117 189	—	771	—	100	116 418	31 838	6 086	
2014	127 129	88 804	4 177	—	471	1 431	944	84 627	38 324	132 773	—	969	—	1 753	131 804	40 077	—	5 642
2014 Aug.	11 812	9 452	2 328	—	61	1 965	88	7 124	2 360	11 523	—	278	—	325	11 801	2 685	—	289
Sept.	9 253	3 068	—	3 343	—	22	—	3 578	156	6 411	—	1 450	—	1 110	10 744	5 076	—	2 940
Okt.	9 558	7 187	—	1 264	—	76	—	71	—	1 403	—	861	—	200	10 427	2 171	—	1 729
Nov.	17 509	12 854	—	290	—	40	—	826	287	13 145	—	357	—	1 202	18 658	5 856	—	792
Dez.	8 926	9 846	100	—	20	—	33	—	316	9 746	—	920	—	1 329	11 191	776	—	936
2015 Jan.	23 837	21 924	3 817	—	69	3 058	433	18 106	9 133	22 381	—	2 405	—	1 434	19 976	479	—	1 456
Febr.	24 593	19 185	4 085	—	20	3 661	386	15 100	5 408	22 135	—	822	—	364	21 313	5 044	—	2 458

¹⁾ Einschl. Investmentaktiengesellschaften. ²⁾ Buchwerte. ³⁾ Als Rest errechnet. ⁴⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. ⁵⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	- 1,51	0,61	-14,95	39,31	15,19	- 13,00	- 7,22	14,39	- 9,13	
Schuldverschreibungen insgesamt	- 2,65	0,18	- 1,63	1,76	- 0,58	1,52	0,29	0,10	- 3,53	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 2,61	1,56	1,62	0,78	- 0,38	1,79	- 0,13	- 0,44	0,40	
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,03	- 1,39	- 3,24	0,98	- 0,20	- 0,27	0,42	0,54	- 3,93	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 4,87	- 1,27	- 1,88	0,70	- 1,10	- 0,26	1,05	0,06	- 2,74	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,41	- 0,55	0,03	0,34	- 0,32	- 0,10	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 2,14	- 1,26	- 0,09	- 0,25	- 0,37	0,05	- 0,43	- 0,52	
Staat	.	0,07	- 0,57	0,38	- 0,31	0,08	0,66	0,80	- 2,12	
Schuldverschreibungen des Auslands	2,22	1,44	0,26	1,06	0,53	1,78	- 0,76	0,04	- 0,80	
Kredite insgesamt	20,32	39,05	45,69	10,37	- 7,51	17,01	2,57	15,84	10,27	
kurzfristige Kredite	9,78	55,02	39,94	9,81	7,55	14,34	6,28	16,19	3,14	
langfristige Kredite	10,54	-15,96	5,75	0,56	- 15,06	2,68	- 3,71	- 0,35	7,13	
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	19,11	31,97	42,21	9,07	0,33	14,54	6,08	7,58	14,02	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	28,03	7,75	0,41	8,47	1,89	5,05	12,62	
finanzielle Kapitalgesellschaften	9,73	1,92	14,36	1,27	- 0,13	6,12	4,23	2,57	1,45	
Staat	0,50	0,21	- 0,18	0,05	0,05	- 0,05	- 0,05	- 0,05	- 0,05	
Kredite an das Ausland	1,21	7,09	3,47	1,30	- 7,83	2,47	- 3,51	8,26	- 3,75	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	36,58	20,85	3,90	7,92	6,97	8,56	- 2,78	9,04	- 10,93	
Anteilsrechte insgesamt	36,77	13,20	14,28	6,47	4,62	7,39	- 0,60	7,92	- 0,44	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	8,70	- 1,62	2,99	1,05	- 0,93	- 0,69	2,77	- 2,76	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79	2,29	- 5,95	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 0,95	3,78	- 0,04	- 0,06	0,02	0,10	0,47	3,19	
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	13,73	9,07	2,95	2,83	2,46	7,96	- 1,54	0,18	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	38,27	- 9,23	6,83	0,52	0,74	5,86	- 7,87	6,69	2,14	
Anteile an Investmentfonds	- 0,20	7,65	-10,38	1,45	2,35	1,17	- 2,18	1,13	- 10,50	
Geldmarktfonds	0,03	- 0,15	0,23	0,22	- 0,27	0,48	- 0,16	- 0,01	- 0,08	
Sonstige Investmentfonds	- 0,22	7,80	-10,61	1,23	2,62	0,68	- 2,02	1,14	- 10,41	
Versicherungstechnische Rückstellungen	1,34	2,82	2,95	0,70	0,76	0,72	0,72	0,77	0,75	
Finanzderivate	0,72	6,49	6,01	1,56	0,62	- 2,80	- 0,38	- 0,25	9,44	
Sonstige Forderungen	87,14	174,79	-66,76	76,27	26,46	- 3,91	- 22,83	- 15,08	- 24,94	
Insgesamt	141,93	244,79	-24,79	137,87	41,93	8,11	- 29,64	24,81	- 28,08	
Außenfinanzierung										
Schuldverschreibungen insgesamt	18,72	12,78	1,26	- 0,49	0,94	1,18	- 6,30	2,05	4,32	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,58	- 1,12	-11,63	- 1,24	- 4,13	- 2,75	- 6,35	- 1,65	- 0,88	
langfristige Schuldverschreibungen	20,30	13,90	12,89	0,75	5,07	3,93	0,05	3,70	5,20	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	5,29	5,26	1,24	0,21	2,47	1,78	- 0,14	1,15	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,41	- 0,55	0,03	0,34	- 0,32	- 0,10	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	3,04	5,12	0,06	0,75	2,34	1,12	0,25	1,41	
Staat	.	- 0,05	0,00	- 0,04	0,00	- 0,01	0,00	0,00	0,00	
Private Haushalte	.	1,50	0,20	0,81	0,01	0,11	0,32	- 0,07	0,16	
Schuldverschreibungen des Auslands	.	7,48	- 4,00	- 1,73	0,73	- 1,29	- 8,08	2,19	3,17	
Kredite insgesamt	6,09	49,36	38,16	- 12,32	4,94	25,72	27,66	- 17,93	2,71	
kurzfristige Kredite	7,80	42,81	1,34	3,46	- 4,02	20,57	14,18	- 12,54	- 20,87	
langfristige Kredite	- 1,71	6,55	36,82	- 15,78	8,96	5,16	13,48	- 5,39	23,58	
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	-15,68	17,57	57,77	- 9,16	- 9,48	29,24	20,90	- 7,76	15,39	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	28,03	7,75	0,41	8,47	1,89	5,05	12,62	
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,18	9,35	19,22	1,24	- 9,61	20,36	8,84	- 4,04	- 5,95	
Staat	-16,37	-21,62	10,52	- 18,16	- 0,27	0,41	10,17	- 8,78	8,72	
Kredite aus dem Ausland	21,77	31,74	-19,61	- 3,16	14,42	- 3,52	6,76	- 10,17	- 12,68	
Anteilsrechte insgesamt	12,74	15,94	23,88	3,79	7,73	2,31	2,57	5,05	13,95	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	- 4,57	- 1,62	2,09	- 7,00	3,33	- 0,32	0,72	- 5,35	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79	2,29	- 5,95	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 5,02	0,92	2,03	- 3,98	4,41	- 0,01	- 2,49	- 0,98	
Staat	.	- 0,98	0,05	- 0,07	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	
Private Haushalte	.	- 8,21	2,80	- 2,90	- 4,13	- 0,15	0,47	0,90	1,57	
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	7,90	10,37	- 2,27	8,38	- 2,71	2,18	3,58	7,32	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	9,44	12,60	15,13	3,96	6,35	1,69	0,70	0,75	11,99	
Versicherungstechnische Rückstellungen	7,69	6,00	6,00	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	8,09	3,72	16,75	1,68	- 4,03	2,28	2,46	2,47	9,55	
Sonstige Verbindlichkeiten	18,75	31,21	3,99	28,07	- 0,35	- 2,08	- 1,28	17,35	- 10,00	
Insgesamt	72,07	119,00	90,04	22,22	10,73	30,91	26,61	10,49	22,04	

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	413,7	411,8	406,4	394,6	411,8	372,5	359,0	389,9	406,4
Schuldverschreibungen insgesamt	51,9	48,6	47,5	49,4	48,6	50,4	50,9	51,1	47,5
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,6	5,1	6,8	5,5	5,1	6,9	6,8	6,4	6,8
langfristige Schuldverschreibungen	48,3	43,5	40,8	43,9	43,5	43,4	44,1	44,7	40,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		24,6	22,9	25,8	24,6	24,4	25,5	25,6	22,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		4,7	4,6	5,2	4,7	4,7	5,0	4,7	4,6
finanzielle Kapitalgesellschaften		13,8	12,7	14,1	13,8	13,5	13,6	13,2	12,7
Staat		6,1	5,7	6,5	6,1	6,2	6,9	7,7	5,7
Schuldverschreibungen des Auslands		24,0	24,6	23,6	24,0	26,0	25,4	25,5	24,6
Kredite insgesamt	411,5	456,6	506,7	462,4	456,6	472,0	478,8	496,6	506,7
kurzfristige Kredite	291,4	351,7	392,5	342,7	351,7	364,7	372,2	389,5	392,5
langfristige Kredite	120,1	104,9	114,2	119,7	104,9	107,4	106,5	107,1	114,2
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	284,8	316,7	359,0	316,4	316,7	331,3	337,4	344,9	359,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	255,4	227,0	227,4	235,9	237,8	242,8	255,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	80,9	82,9	97,2	83,0	82,9	89,0	93,2	95,8	97,2
Staat	6,3	6,5	6,3	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4	6,3
Kredite an das Ausland	126,7	139,8	147,7	146,0	139,8	140,8	141,4	151,7	147,7
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 627,2	1 786,9	1 881,1	1 702,0	1 786,9	1 788,5	1 811,8	1 849,1	1 881,1
Anteilsrechte insgesamt	1 498,2	1 648,8	1 745,6	1 566,4	1 648,8	1 647,6	1 669,9	1 703,9	1 745,6
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		275,4	262,2	251,9	275,4	266,3	266,0	254,6	262,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		269,8	252,2	246,7	269,8	260,5	260,5	248,9	252,2
finanzielle Kapitalgesellschaften		5,7	10,0	5,2	5,7	5,7	5,5	5,7	10,0
Börsennotierte Aktien des Auslands		64,5	74,3	61,4	64,5	67,6	75,7	74,2	74,3
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 229,3	1 308,9	1 409,1	1 253,1	1 308,9	1 313,8	1 328,1	1 375,1	1 409,1
Anteile an Investmentfonds	129,0	138,1	135,5	135,6	138,1	140,9	141,9	145,2	135,5
Geldmarktfonds		1,1	1,2	1,4	1,1	1,6	1,5	1,4	1,2
Sonstige Investmentfonds	129,0	137,0	134,4	134,2	137,0	139,3	140,4	143,9	134,4
Versicherungstechnische Rückstellungen	43,3	46,1	49,2	45,4	46,1	46,9	47,6	48,4	49,2
Finanzderivate	18,0	16,8	22,8	17,6	16,8	14,0	13,6	13,3	22,8
Sonstige Forderungen	824,2	893,2	873,4	874,5	893,2	874,2	859,8	866,4	873,4
Insgesamt	3 389,7	3 660,0	3 786,9	3 545,8	3 660,0	3 618,5	3 621,5	3 714,9	3 786,9
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	130,9	138,9	150,9	137,5	138,9	142,5	138,0	143,1	150,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	14,6	13,4	1,8	17,6	13,4	10,7	4,4	2,7	1,8
langfristige Schuldverschreibungen	116,3	125,4	149,1	119,9	125,4	131,8	133,6	140,4	149,1
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		51,6	60,7	51,4	51,6	55,3	58,0	59,2	60,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		4,7	4,6	5,2	4,7	4,7	5,0	4,7	4,6
finanzielle Kapitalgesellschaften		31,3	40,3	30,4	31,3	34,9	36,7	38,4	40,3
Staat		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte		15,6	15,8	15,7	15,6	15,7	16,2	16,0	15,8
Schuldverschreibungen des Auslands		87,3	90,2	86,1	87,3	87,2	80,0	83,9	90,2
Kredite insgesamt	1 342,0	1 429,9	1 447,1	1 415,1	1 429,9	1 447,8	1 476,9	1 460,7	1 447,1
kurzfristige Kredite	429,0	486,9	487,6	491,2	486,9	506,8	519,8	509,4	487,6
langfristige Kredite	913,0	943,0	959,6	923,9	943,0	941,0	957,1	951,2	959,6
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 065,3	1 115,6	1 149,3	1 119,7	1 115,6	1 141,6	1 159,5	1 150,5	1 149,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	255,4	227,0	227,4	235,9	237,8	242,8	255,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	821,7	826,2	827,5	836,2	826,2	844,2	853,7	848,5	827,5
Staat	46,1	62,0	66,4	56,6	62,0	61,5	68,0	59,2	66,4
Kredite aus dem Ausland	276,7	314,3	297,9	295,3	314,3	306,2	317,5	310,1	297,9
Anteilsrechte insgesamt	2 127,9	2 433,5	2 535,1	2 265,7	2 433,5	2 443,3	2 464,9	2 425,1	2 535,1
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		567,9	554,2	525,0	567,9	565,0	569,4	538,5	554,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		269,8	252,2	246,7	269,8	260,5	260,5	248,9	252,2
finanzielle Kapitalgesellschaften		120,3	121,2	113,0	120,3	124,4	125,6	116,7	121,2
Staat		31,2	32,2	28,0	31,2	30,5	32,0	30,5	32,2
Private Haushalte		146,6	148,7	137,3	146,6	149,6	151,2	142,4	148,7
Börsennotierte Aktien des Auslands		674,8	735,7	594,2	674,8	684,2	696,5	678,5	735,7
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 132,8	1 190,9	1 245,2	1 146,5	1 190,9	1 194,2	1 198,9	1 208,1	1 245,2
Versicherungstechnische Rückstellungen	237,5	243,5	249,5	242,0	243,5	245,0	246,5	248,0	249,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	40,2	37,3	54,0	45,1	37,3	39,5	42,0	44,4	54,0
Sonstige Verbindlichkeiten	957,5	980,5	1 015,1	967,7	980,5	960,2	957,4	993,5	1 015,1
Insgesamt	4 835,9	5 263,5	5 451,7	5 073,1	5 263,5	5 278,4	5 325,7	5 314,7	5 451,7

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	74,42	66,59	83,80	10,20	29,08	13,04	19,19	17,01	34,57	
Bargeld	- 0,05	10,80	13,58	3,81	0,07	5,27	3,52	3,99	0,80	
Einlagen insgesamt	74,47	55,79	70,22	6,39	29,01	7,77	15,67	13,01	33,77	
Sichteinlagen	90,08	89,41	73,84	16,37	28,95	8,42	19,91	11,88	33,62	
Termineinlagen	- 5,21	- 9,78	8,83	- 4,94	1,47	2,37	1,31	0,94	4,20	
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	-10,39	-23,85	-12,45	- 5,04	- 1,40	- 3,03	- 5,56	0,19	- 4,05	
Schuldverschreibungen insgesamt	-17,39	-17,81	-18,00	- 2,39	- 2,47	- 2,12	- 2,52	- 7,47	- 5,89	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,26	- 0,36	- 0,67	- 0,28	- 0,20	0,11	- 0,08	- 0,39	- 0,32	
langfristige Schuldverschreibungen	-17,13	-17,45	-17,33	- 2,11	- 2,28	- 2,24	- 2,44	- 7,09	- 5,57	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		-14,86	-15,08	- 2,61	- 2,53	- 2,27	- 2,64	- 5,92	- 4,25	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		1,24	0,02	0,75	- 0,07	0,09	0,27	- 0,11	- 0,23	
finanzielle Kapitalgesellschaften		-12,46	-12,52	- 2,31	- 1,79	- 1,77	- 2,25	- 4,92	- 3,58	
Staat		- 3,64	- 2,58	- 1,05	- 0,67	- 0,60	- 0,65	- 0,89	- 0,44	
Schuldverschreibungen des Auslands		- 2,94	- 2,93	0,22	0,06	0,15	0,12	- 1,56	- 1,64	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	- 3,51	9,63	36,87	- 2,15	- 3,89	8,19	10,69	7,55	10,43	
Anteilsrechte insgesamt	- 0,08	- 0,41	12,17	- 3,05	- 4,36	3,44	3,79	1,00	3,94	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		- 5,63	4,61	- 3,49	- 4,89	0,51	2,07	0,25	1,79	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		- 5,29	2,69	- 2,88	- 4,13	- 0,15	0,44	0,85	1,55	
finanzielle Kapitalgesellschaften		- 0,35	1,93	- 2,61	- 2,53	0,66	1,63	- 0,60	0,23	
Börsennotierte Aktien des Auslands		2,99	3,70	0,18	0,50	1,91	0,65	0,08	1,06	
Übrige Anteilsrechte 1)	2,58	2,24	3,86	0,26	0,03	1,02	1,06	0,68	1,10	
Anteile an Investmentfonds	- 3,42	10,04	24,70	0,90	0,47	4,75	6,91	6,55	6,49	
Geldmarktfonds	0,46	- 0,30	- 0,34	- 0,02	0,14	- 0,20	- 0,16	- 0,10	0,12	
Sonstige Investmentfonds	- 3,88	10,34	25,04	0,92	0,33	4,95	7,07	6,65	6,37	
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	22,62	26,02	14,79	5,87	6,42	3,69	3,70	3,66	3,74	
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	26,68	29,45	30,68	7,92	7,50	15,71	6,56	4,31	4,10	
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	27,37	19,07	30,26	0,08	3,39	7,05	6,68	5,35	11,17	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige Forderungen 2)	17,22	13,09	-21,11	11,80	- 7,51	0,27	- 8,09	4,15	- 17,44	
Insgesamt	147,41	146,05	157,28	31,33	32,51	45,83	36,22	34,56	40,67	
Außenfinanzierung										
Kredite insgesamt	15,65	11,26	19,89	8,75	0,50	0,37	5,93	9,39	4,21	
kurzfristige Kredite	- 1,16	- 3,31	- 1,98	0,04	- 1,44	0,83	0,50	- 1,26	- 2,04	
langfristige Kredite	16,81	14,57	21,87	8,70	1,94	- 0,46	5,43	10,65	6,25	
nachrichtlich:										
Wohnungsbaukredite	18,59	18,19	24,16	8,34	3,64	0,75	5,75	9,31	8,35	
Konsumentenkredite	- 0,99	- 0,30	1,03	1,69	- 1,19	1,46	0,13	1,33	- 1,90	
Gewerbliche Kredite	- 1,95	- 6,64	- 5,29	- 1,28	- 1,95	- 1,84	0,04	- 1,25	- 2,24	
nachrichtlich:										
Kredite von Monetären Finanzinstituten	15,17	12,60	18,87	8,31	2,07	- 0,99	6,10	9,60	4,17	
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	0,48	- 1,30	1,02	0,43	- 1,57	1,35	- 0,17	- 0,21	0,05	
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	- 0,05	0,00	0,00	- 0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige Verbindlichkeiten	1,36	- 0,22	0,38	0,02	- 0,47	0,19	- 0,02	0,30	- 0,09	
Insgesamt	17,01	11,03	20,27	8,76	0,03	0,56	5,91	9,69	4,12	

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 847,6	1 914,0	1 997,6	1 884,9	1 914,0	1 926,8	1 945,9	1 963,0	1 997,6
Bargeld	104,4	115,2	128,8	115,2	115,2	120,5	124,0	128,0	128,8
Einlagen insgesamt	1 743,2	1 798,8	1 868,8	1 769,8	1 798,8	1 806,3	1 821,9	1 835,0	1 868,8
Sichteinlagen	818,3	907,8	981,4	878,8	907,8	916,0	935,9	947,8	981,4
Termineinlagen	255,9	245,9	254,7	244,4	245,9	248,2	249,5	250,5	254,7
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	669,0	645,1	632,6	646,5	645,1	642,1	636,5	636,7	632,6
Schuldverschreibungen insgesamt	200,1	179,0	162,2	182,0	179,0	177,7	176,4	168,9	162,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,1	2,7	2,1	2,8	2,7	2,8	2,8	2,4	2,1
langfristige Schuldverschreibungen	197,0	176,3	160,1	179,2	176,3	174,9	173,6	166,5	160,1
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		116,9	102,4	119,8	116,9	115,1	112,9	107,1	102,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		14,2	14,1	14,4	14,2	14,2	14,7	14,5	14,1
finanzielle Kapitalgesellschaften		90,7	78,7	92,5	90,7	89,4	87,4	82,6	78,7
Staat		12,0	9,6	12,9	12,0	11,5	10,9	10,0	9,6
Schuldverschreibungen des Auslands		62,0	59,8	62,2	62,0	62,7	63,4	61,8	59,8
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	820,2	885,9	951,4	857,2	885,9	901,6	923,4	928,9	951,4
Anteilsrechte insgesamt	446,8	487,6	508,9	467,8	487,6	496,3	502,8	497,2	508,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		167,4	169,7	156,5	167,4	170,5	171,5	163,0	169,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		140,4	142,1	131,7	140,4	143,3	144,9	136,2	142,1
finanzielle Kapitalgesellschaften		26,9	27,6	24,8	26,9	27,1	26,6	26,9	27,6
Börsennotierte Aktien des Auslands		55,8	64,0	52,7	55,8	57,9	60,6	63,2	64,0
Übrige Anteilsrechte 1)	255,7	264,4	275,3	258,7	264,4	267,9	270,7	271,0	275,3
Anteile an Investmentfonds	373,4	398,3	442,5	389,4	398,3	405,3	420,6	431,7	442,5
Geldmarktfonds	23,7	4,4	4,0	4,3	4,4	4,2	4,1	4,0	4,0
Sonstige Investmentfonds	349,7	393,8	438,5	385,1	393,8	401,0	416,5	427,7	438,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	273,3	291,3	306,1	286,8	291,3	295,0	298,7	302,4	306,1
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	809,1	847,3	879,7	837,8	847,3	863,9	871,1	875,6	879,7
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	677,0	708,8	739,0	696,2	708,8	715,8	722,5	727,8	739,0
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	37,1	36,7	36,3	36,8	36,7	36,7	36,7	36,5	36,3
Insgesamt	4 664,5	4 863,0	5 072,4	4 781,7	4 863,0	4 917,5	4 974,7	5 003,1	5 072,4
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 538,5	1 548,9	1 569,1	1 548,5	1 548,9	1 549,3	1 555,2	1 564,6	1 569,1
kurzfristige Kredite	71,5	66,4	64,6	68,7	66,4	67,2	67,7	66,5	64,6
langfristige Kredite	1 467,0	1 482,5	1 504,5	1 479,9	1 482,5	1 482,0	1 487,5	1 498,1	1 504,5
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 072,7	1 092,2	1 116,6	1 088,4	1 092,2	1 093,0	1 098,8	1 108,7	1 116,6
Konsumentenkredite	194,3	188,7	188,7	190,2	188,7	190,1	189,9	190,6	188,7
Gewerbliche Kredite	271,4	268,0	263,8	270,0	268,0	266,2	266,5	265,2	263,8
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 446,6	1 458,4	1 477,6	1 456,4	1 458,4	1 457,4	1 463,5	1 473,1	1 477,6
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,8	90,5	91,5	92,1	90,5	91,9	91,7	91,5	91,5
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	14,9	15,0	15,3	16,2	15,0	16,0	15,8	16,7	15,3
Insgesamt	1 553,4	1 563,9	1 584,4	1 564,8	1 563,9	1 565,3	1 571,0	1 581,2	1 584,4

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2008	- 0,5	- 14,7	- 1,5	+ 9,3	+ 6,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 74,5	- 38,0	- 19,3	- 2,7	- 14,4	- 3,0	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 ²⁾	- 104,8	- 82,2	- 20,4	- 6,2	+ 3,9	- 4,1	- 3,2	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 23,3	- 27,1	- 13,0	+ 1,4	+ 15,4	- 0,9	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	+ 0,6
2012 p)	+ 2,6	- 14,7	- 5,7	+ 4,7	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7
2013 p)	+ 4,2	- 4,5	- 2,8	+ 5,3	+ 6,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2014 ts)	+ 18,0	+ 11,4	+ 1,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
2013 1.Hj. p)	+ 7,8	- 2,3	- 0,1	+ 6,2	+ 3,9	+ 0,6	- 0,2	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. p)	- 3,6	- 2,2	- 2,7	- 0,9	+ 2,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,2
2014 1.Hj. ts)	+ 13,2	+ 1,2	- 0,0	+ 5,4	+ 6,6	+ 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	+ 0,5
2.Hj. ts)	+ 4,9	+ 10,2	+ 1,9	- 4,1	- 3,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	- 0,3	- 0,2
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2008	1 666,4	1 010,8	543,1	127,8	1,5	65,1	39,5	21,2	5,0	0,1
2009	1 784,1	1 079,7	585,3	133,7	1,3	72,6	43,9	23,8	5,4	0,1
2010	2 073,7	1 318,9	632,1	139,2	1,3	80,5	51,2	24,5	5,4	0,1
2011 p)	2 101,8	1 327,9	646,9	143,4	1,3	77,9	49,2	24,0	5,3	0,0
2012 p)	2 179,8	1 372,8	675,9	147,5	1,2	79,3	49,9	24,6	5,4	0,0
2013 p)	2 166,0	1 376,6	656,7	150,0	1,3	77,1	49,0	23,4	5,3	0,0
2014 ts)	2 170,0	1 383,6	653,0	151,1	1,4	74,7	47,6	22,5	5,2	0,0
2013 1.Vj. p)	2 168,8	1 373,0	668,1	149,3	1,2	78,8	49,9	24,3	5,4	0,0
2.Vj. p)	2 169,3	1 380,8	657,4	149,0	1,1	78,3	49,8	23,7	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 150,6	1 366,3	650,1	149,6	1,1	77,1	49,0	23,3	5,4	0,0
4.Vj. p)	2 166,0	1 376,6	656,7	150,0	1,3	77,1	49,0	23,4	5,3	0,0
2014 1.Vj. ts)	2 154,4	1 373,9	648,2	149,8	1,2	75,8	48,4	22,8	5,3	0,0
2.Vj. ts)	2 162,0	1 382,5	646,6	150,5	1,1	75,6	48,3	22,6	5,3	0,0
3.Vj. ts)	2 162,7	1 378,7	649,0	150,8	1,1	75,1	47,9	22,5	5,2	0,0
4.Vj. ts)	2 170,0	1 383,6	653,0	151,1	1,4	74,7	47,6	22,5	5,2	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in

% des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*})

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2008	1 111,8	585,9	412,4	113,4	1 112,3	592,5	189,1	68,5	51,4	210,8	- 0,5	1 003,1
2009	1 090,8	554,5	415,6	120,6	1 165,3	625,2	197,8	64,8	56,2	221,2	- 74,5	974,1
2010	1 110,4	556,2	426,2	128,1	2) 1 215,3	634,7	203,5	63,3	58,9	2) 254,8	2) - 104,8	986,5
2011 p)	1 179,5	598,9	442,2	138,3	1 202,7	634,6	208,2	67,1	61,2	231,7	- 23,3	1 045,8
2012 p)	1 217,8	624,1	454,3	139,5	1 215,2	645,6	212,7	63,2	62,1	231,7	+ 2,6	1 082,9
2013 p)	1 249,4	642,5	465,4	141,6	1 245,3	666,8	217,6	56,3	62,8	241,8	+ 4,2	1 112,2
2014 ts)	1 293,8	665,9	481,6	146,3	1 275,8	691,6	223,9	50,6	63,1	246,6	+ 18,0	1 152,0
in % des BIP												
2008	43,5	22,9	16,1	4,4	43,5	23,2	7,4	2,7	2,0	8,2	- 0,0	39,2
2009	44,4	22,6	16,9	4,9	47,4	25,4	8,1	2,6	2,3	9,0	- 3,0	39,7
2010	43,1	21,6	16,5	5,0	2) 47,2	24,6	7,9	2,5	2,3	2) 9,9	2) - 4,1	38,3
2011 p)	43,7	22,2	16,4	5,1	44,6	23,5	7,7	2,5	2,3	8,6	- 0,9	38,7
2012 p)	44,3	22,7	16,5	5,1	44,2	23,5	7,7	2,3	2,3	8,4	+ 0,1	39,4
2013 p)	44,5	22,9	16,6	5,0	44,3	23,7	7,7	2,0	2,2	8,6	+ 0,1	39,6
2014 ts)	44,6	22,9	16,6	5,0	43,9	23,8	7,7	1,7	2,2	8,5	+ 0,6	39,7
Zuwachsraten in %												
2008	+ 2,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,0	+ 7,9	+ 9,8	.	+ 2,8
2009	- 1,9	- 5,4	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,5	+ 4,6	- 5,4	+ 9,3	+ 5,0	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,2	+ 4,3	+ 1,5	+ 2,9	- 2,4	+ 4,8	+ 15,1	.	+ 1,3
2011 p)	+ 6,2	+ 7,7	+ 3,8	+ 8,0	- 1,0	- 0,0	+ 2,3	+ 6,0	+ 3,8	- 9,1	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	- 5,9	+ 1,6	+ 0,0	.	+ 3,5
2013 p)	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,3	- 10,8	+ 1,0	+ 4,3	.	+ 2,7
2014 ts)	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,5	+ 3,7	+ 2,9	- 10,2	+ 0,5	+ 2,0	.	+ 3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in

Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal- ausgaben	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	744,1	600,0	14,6	765,4	217,8	285,1	69,9	41,0	25,5	- 21,3	536,1	518,8	+ 17,3	1 170,0	1 174,0	- 4,0
2013 p)	761,6	619,7	14,7	771,0	224,3	286,6	66,2	42,4	23,8	- 9,4	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,5	1 202,2	- 3,7
2012 1.Vj. p)	174,0	142,9	2,5	192,5	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 18,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,8	292,6	- 17,8
2.Vj. p)	190,4	150,4	2,7	179,8	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 10,6	132,2	128,0	+ 4,2	296,2	281,5	+ 14,7
3.Vj. p)	178,1	147,5	4,3	182,4	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 4,3	130,2	128,9	+ 1,3	282,5	285,6	- 3,0
4.Vj. p)	199,1	159,4	4,9	209,3	58,7	73,4	6,8	14,2	14,8	- 10,2	143,4	133,3	+ 10,1	313,3	313,4	- 0,1
2013 1.Vj. p)	177,8	148,6	2,6	187,2	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 9,3	128,5	132,3	- 3,8	281,2	294,3	- 13,1
2.Vj. p)	193,5	155,3	4,8	184,2	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 9,3	133,1	132,6	+ 0,5	301,7	291,9	+ 9,9
3.Vj. p)	183,4	151,8	2,4	191,4	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 8,1	131,6	132,6	- 1,0	290,0	299,1	- 9,1
4.Vj. p)	204,4	164,2	4,6	206,4	60,5	70,9	9,9	15,4	8,3	- 2,0	142,7	134,2	+ 8,5	321,6	315,1	+ 6,5
2014 1.Vj. p)	186,8	153,6	2,0	192,3	56,0	77,7	20,1	7,6	2,3	- 5,5	132,8	136,1	- 3,3	294,6	303,4	- 8,8
2.Vj. p)	191,9	157,4	2,2	186,3	56,2	71,8	9,8	9,5	8,2	+ 5,6	136,4	135,8	+ 0,6	303,3	297,1	+ 6,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungsgruppen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	324,2	+ 0,1	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,4	336,5	+ 2,0	218,8	219,0	- 0,2
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	82,1	86,4	- 4,3	58,9	56,5	+ 2,4
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,4	+ 3,4
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,1	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	88,6	- 2,9	60,3	57,9	+ 2,4
2014 1.Vj. p)	69,8	80,5	- 10,7	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 1,0	82,3	80,4	+ 1,9	54,9	52,2	+ 2,7
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,8	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,5	- 0,6
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,2	94,1	- 1,9	63,0	61,1	+ 2,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510	
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2014	...	556 008	298 518	226 504	30 986	27 772	
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494	
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	- 246	6 914	
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	- 155	7 554	
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	- 6 690	6 813	
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638	
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803	
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577	
4.Vj.	...	153 966	85 763	60 603	7 599	6 754	
2014 Jan.	...	38 677	18 984	16 881	2 811	2 213	
Febr.	...	40 798	18 539	16 019	6 239	2 213	
2015 Jan.	...	40 311	20 274	17 461	2 576	2 144	
Febr.	...	43 079	19 555	17 020	6 504	2 144	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlagen 6)				
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139
2014 Jan.	41 518	19 211	14 161	860	563	3 627	15 989	12 463	3 526	- 33	4 605	1 453	293	2 842
Febr.	43 159	13 460	12 710	- 80	- 389	1 220	19 746	15 552	4 195	160	8 034	1 356	403	2 362
2015 Jan.	43 223	19 272	14 995	868	385	3 024	16 280	12 683	3 597	- 0	5 466	1 855	350	2 911
Febr.	45 731	14 448	13 575	119	- 806	1 561	20 888	16 622	4 266	133	8 333	1 477	452	2 652

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2014: 53,5/44,5/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2014: 22,4/77,6. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energiesteuer	Tabaksteuer	Solidaritätszuschlag	Versicherungssteuer	Kraftfahrzeugsteuer 2)	Stromsteuer	Branntweinabgaben	sonstige	Kraftfahrzeugsteuer 2)	Grundwerbsteuer	Erb-schaftsteuer	sonstige 3)	insgesamt	darunter:	
														Gewerbesteuer 4)	Grundsteuern
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	- 1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638
2014 Jan.	338	793	1 064	601	903	518	197	191	.	757	453	242	.	.	.
Febr.	1 276	721	847	3 883	422	461	224	199	.	783	352	221	.	.	.
2015 Jan.	246	513	1 079	1 218	1 057	621	189	542	.	875	751	229	.	.	.
Febr.	1 439	555	901	3 887	566	543	242	201	.	933	342	203	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Ein-lagen 6)	Wertpa-piere	Beteili-gungen, Darlehen und Hypo-thenen 7)	Grund-stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun-gen des Bundes		Renten	Kranken-versiche-rung der Rentner 4)							
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014 p)	269 050	189 069	78 947	265 661	226 485	15 971	+ 3 389	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentli-

cher Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt ¹⁾	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag ⁵⁾	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben ⁶⁾
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾									
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 ⁶⁾	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014 ⁶⁾	203 050	189 100	10 500	205 374	65 662	33 094	34 217	13 065	13 068	10 617	10 015	- 2 325
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigten. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. **6** Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014 p)	25 910	25 831	25 455	3 558	10 264	5 938	939	1 212	+	456
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 851	4 440	400 200	21	382 690	945 500
2011	1 752 605	4 440	356 800	102	408 863	982 400
2012	1 791 241	4 440	426 700	70	284 331	1 075 700
2013	1 816 536	4 440	439 600	46	266 051	1 106 400
2014 p)	1 826 587	4 440	429 700	16	264 031	1 128 400
2012 1.Vj.	1 766 737	4 440	399 000	91	348 206	1 015 000
2.Vj.	1 780 759	4 440	410 900	92	317 827	1 047 500
3.Vj.	1 772 862	4 440	430 400	92	277 630	1 060 300
4.Vj.	1 791 241	4 440	426 700	70	284 331	1 075 700
2013 1.Vj.	1 802 340	4 440	430 600	20	258 880	1 108 400
2.Vj.	1 806 613	4 440	425 500	23	284 950	1 091 700
3.Vj.	1 794 764	4 440	424 100	28	273 896	1 092 300
4.Vj.	1 816 536	4 440	439 600	46	266 051	1 106 400
2014 1.Vj. p)	1 809 545	4 440	437 900	21	240 884	1 126 300
2.Vj. p)	1 821 827	4 440	439 700	16	253 971	1 123 700
3.Vj. p)	1 818 189	4 440	429 900	16	272 033	1 111 800
4.Vj. p)	1 826 587	4 440	429 700	16	264 031	1 128 400

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten ^{*)}

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 605	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 307	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 241	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 198	4 440	2
2013 1.Vj.	1 802 340	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	289 587	20	111 350	4 440	2
2.Vj.	1 806 613	57 919	415 548	234 612	5 890	679 494	1 516	295 700	23	111 469	4 440	2
3.Vj.	1 794 764	54 808	417 120	247 942	4 970	672 215	1 464	280 055	28	111 721	4 440	2
4.Vj.	1 816 536	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 948	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj. p)	1 809 545	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 641	21	110 476	4 440	2
2.Vj. p)	1 821 827	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	285 727	16	110 859	4 440	2
3.Vj. p)	1 818 189	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	280 628	16	110 147	4 440	2
4.Vj. p)	1 826 587	27 951	430 213	259 186	2 375	703 811	1 187	286 861	16	110 546	4 440	2
Bund ^{7) 8) 9) 10)}												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
Länder												
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 696	1 176	265 631	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 571	1 975	283 601	154 545	62	97 387	.	1
2012	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj.	541 400	1 949	302 720	137 220	2	99 510	.	1
2.Vj.	538 458	1 425	303 722	133 435	5	99 871	.	1
3.Vj.	538 070	270	307 046	130 755	10	99 989	.	1
4.Vj.	546 334	125	313 412	134 418	35	98 343	.	1
2014 1.Vj. p)	540 545	261	309 346	132 432	10	98 495	.	1
2.Vj. p)	542 959	1 098	314 024	128 920	5	98 913	.	1
3.Vj. p)	546 951	856	322 362	125 452	5	98 276	.	1
4.Vj. p)	555 182	0	326 768	129 712	5	98 697	.	1
Gemeinden ¹¹⁾												
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 740	.	-	.	.	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	.	-	.	.	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013 1.Vj.	138 370	.	-	.	.	423	.	134 898	18	3 030	.	.
2.Vj.	137 102	.	-	.	.	523	.	133 530	18	3 030	.	.
3.Vj.	137 625	.	-	.	.	523	.	134 053	18	3 030	.	.
4.Vj.	137 697	.	-	.	.	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj. p)	140 046	.	-	.	.	1 046	.	135 659	11	3 330	.	.
2.Vj. p)	140 414	.	-	.	.	1 046	.	136 027	11	3 330	.	.
3.Vj. p)	140 817	.	-	.	.	1 046	.	136 430	11	3 330	.	.
4.Vj. p)	141 278	.	-	.	.	1 296	.	136 641	11	3 330	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldenscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012			2013			2014			2013			2014			
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %												
Preisbereinigt, verkettet																
I. Entstehung des Inlandsprodukts																
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	107,3	107,5	109,0	1,4	0,2	1,4	0,9	1,1	2,5	3,3	0,1	1,2	0,8	0,6	2,5	2,5
Baugewerbe	104,1	103,8	107,6	0,1	- 0,3	3,7	- 0,4	1,8	2,7	11,8	2,1	0,6	1,3	1,3	1,3	1,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	101,6	101,6	103,0	- 2,3	0,0	1,4	0,3	1,3	0,8	2,4	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3
Information und Kommunikation	116,8	118,2	120,7	5,3	1,2	2,2	1,2	1,1	1,2	2,3	2,2	2,6	1,7	1,7	1,7	1,7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	102,8	101,3	100,7	2,0	- 1,5	- 0,6	- 2,8	- 2,4	- 2,0	0,1	- 0,4	- 1,4	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,3	101,9	103,0	- 2,0	0,5	1,1	0,3	0,4	0,7	1,1	1,2	1,4	0,7	0,7	0,7	0,7
Unternehmensdienstleister ¹⁾	102,8	103,8	106,2	0,6	0,9	2,4	1,4	1,5	1,8	2,9	1,7	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,2	102,1	103,3	1,0	- 0,1	1,2	- 0,0	- 0,0	0,3	1,7	1,0	0,8	1,3	1,3	1,3	1,3
Sonstige Dienstleister	100,7	99,1	99,7	0,1	- 1,6	0,6	- 1,2	- 1,1	- 1,3	0,8	- 0,3	0,6	1,1	1,1	1,1	1,1
Bruttowertschöpfung	104,0	104,1	105,7	0,5	0,1	1,5	0,3	0,7	1,2	2,6	0,9	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,0	104,1	105,8	0,4	0,1	1,6	0,5	0,8	1,0	2,6	1,0	1,2	1,6	1,6	1,6	1,6
II. Verwendung des Inlandsprodukts																
Private Konsumausgaben ³⁾	103,0	103,8	105,0	0,7	0,8	1,2	1,0	2,0	0,7	1,0	0,8	1,1	1,7	1,7	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	101,9	102,7	103,8	1,2	0,7	1,1	0,3	1,0	0,4	0,6	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5
Ausrüstungen	102,9	100,5	104,8	- 3,0	- 2,4	4,3	- 0,2	0,1	0,1	7,9	3,6	4,1	2,4	2,4	2,4	2,4
Bauten	109,1	109,0	112,9	0,6	- 0,1	3,6	0,7	2,6	2,2	13,2	1,5	- 0,1	1,8	1,8	1,8	1,8
Sonstige Anlagen ⁴⁾	106,9	108,2	109,5	0,1	1,3	1,2	1,3	0,7	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 1,4	0,2	- 0,4	0,1	0,5	0,2	0,1	0,1	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8
Inländische Verwendung	102,1	102,7	104,0	- 0,9	0,7	1,3	0,9	2,3	1,0	2,4	1,2	0,4	1,0	1,0	1,0	1,0
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	1,3	- 0,5	0,4	- 0,4	- 1,4	0,0	0,3	- 0,1	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Exporte	111,1	112,8	117,2	2,8	1,6	3,9	1,9	1,6	4,3	3,9	2,2	4,6	4,7	4,7	4,7	4,7
Importe	107,1	110,5	114,2	- 0,0	3,1	3,4	3,1	5,2	4,9	3,6	3,0	3,1	3,7	3,7	3,7	3,7
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,0	104,1	105,8	0,4	0,1	1,6	0,5	0,8	1,0	2,6	1,0	1,2	1,6	1,6	1,6	1,6
In jeweiligen Preisen (Mrd €)																
III. Verwendung des Inlandsprodukts																
Private Konsumausgaben ³⁾	1 539,5	1 571,5	1 604,7	2,2	2,1	2,1	2,4	3,3	1,8	2,1	1,8	2,1	2,4	2,4	2,4	2,4
Konsumausgaben des Staates	521,3	541,2	561,5	3,1	3,8	3,7	3,3	4,6	3,2	3,5	4,0	3,8	3,6	3,6	3,6	3,6
Ausrüstungen	181,7	177,9	185,6	- 2,2	- 2,1	4,3	0,1	0,2	0,3	7,9	3,6	4,1	2,4	2,4	2,4	2,4
Bauten	273,9	279,2	293,4	3,4	1,9	5,1	2,7	4,6	4,2	15,1	3,0	1,4	3,2	3,2	3,2	3,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	95,6	98,8	102,1	2,1	3,3	3,3	3,2	2,7	3,3	3,0	3,3	3,3	3,5	3,5	3,5	3,5
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 23,9	- 22,3	- 32,8
Inländische Verwendung	2 588,2	2 646,2	2 714,4	0,8	2,2	2,6	2,6	3,7	2,3	3,9	2,7	1,7	2,1	2,1	2,1	2,1
Außenbeitrag	161,7	163,3	189,4
Exporte	1 262,9	1 280,1	1 326,2	4,4	1,4	3,6	1,9	1,0	3,8	3,3	1,6	4,4	4,9	4,9	4,9	4,9
Importe	1 101,1	1 116,9	1 136,7	2,1	1,4	1,8	1,3	3,1	2,6	1,7	1,1	1,7	2,6	2,6	2,6	2,6
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 749,9	2 809,5	2 903,8	1,9	2,2	3,4	2,8	2,7	2,9	4,5	2,8	2,9	3,2	3,2	3,2	3,2
IV. Preise (2010 = 100)																
Privater Konsum	103,4	104,7	105,7	1,5	1,2	0,9	1,3	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0	0,7	0,7	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	102,7	104,8	106,6	1,5	2,1	1,7	2,3	1,9	1,9	1,9	1,8	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6
Terms of Trade	97,1	98,5	99,8	- 0,5	1,5	1,3	1,8	1,5	1,7	1,4	1,3	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3
V. Verteilung des Volkseinkommens																
Arbeitnehmerentgelt	1 389,7	1 428,3	1 481,1	3,8	2,8	3,7	2,6	2,8	2,8	3,8	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	665,7	671,6	691,9	- 3,3	0,9	3,0	4,7	1,3	4,5	7,3	- 0,3	3,6	0,9	0,9	0,9	0,9
Volkseinkommen	2 055,3	2 099,9	2 172,9	1,4	2,2	3,5	3,2	2,3	3,3	5,0	2,5	3,6	2,8	2,8	2,8	2,8
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 822,2	2 881,9	2 972,2	1,9	2,1	3,1	3,0	2,3	2,8	4,3	2,3	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2015. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2011	106,7	107,0	95,6	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,4	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2014 ^{x)}	108,0	108,4	92,4	109,9	106,1	116,7	100,5	102,6	111,8	108,7	115,0	119,8
2013 4.Vj.	111,0	119,3	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,9
2014 1.Vj.	105,2	88,0	98,9	108,4	106,6	113,4	102,3	100,4	111,5	106,6	107,7	123,1
2.Vj.	107,3	110,5	85,7	109,6	107,4	115,8	98,1	100,4	112,8	106,7	112,2	122,5
3.Vj.	107,9	116,5	86,3	109,5	106,9	115,0	97,0	103,2	111,7	110,6	114,9	114,8
4.Vj. ^{x)}	111,4	118,5	98,8	112,0	103,4	122,6	104,7	106,5	111,1	110,8	125,2	118,8
2014 Febr.	102,4	85,4	94,3	105,9	103,8	111,5	101,0	96,4	108,4	104,5	103,5	124,0
März	115,1	105,2	98,6	118,6	114,5	127,3	112,4	106,1	120,9	117,1	122,8	137,2
April	106,9	108,6	88,5	109,1	107,8	113,6	98,1	101,9	112,7	105,4	108,1	123,1
Mai	105,2	107,6	85,5	107,4	105,6	113,2	94,7	98,4	110,5	103,7	108,9	120,9
Juni	109,7	115,4	83,0	112,4	108,7	120,7	101,5	100,9	115,3	110,9	119,5	123,4
Juli ²⁾	110,9	119,5	84,6	113,1	110,2	120,6	96,7	102,7	115,1	111,3	114,2	130,3
Aug. ²⁾	100,0	111,8	84,8	100,3	101,9	99,6	83,8	101,3	104,9	105,6	106,5	84,4
Sept.	112,9	118,1	89,5	115,1	108,7	124,7	110,4	105,5	115,2	114,9	124,1	129,6
Okt. ^{x)}	113,6	120,7	97,9	114,6	110,7	120,4	107,9	109,7	117,4	113,9	116,5	125,4
Nov. ^{x)}	115,7	121,0	97,2	117,3	109,4	127,8	112,1	109,6	119,1	116,1	123,1	134,2
Dez. ^{x)}	105,0	113,9	101,4	104,2	90,0	119,5	94,1	100,1	96,9	102,3	136,1	96,8
2015 Jan. ^{x)}	98,0	72,8	104,0	100,8	101,8	101,5	95,6	97,4	105,9	101,2	96,5	106,7
Febr. ^{x)p)}	102,1	78,5	98,5	106,0	103,3	112,8	103,0	94,6	108,4	106,9	105,5	124,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,5	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2014 ^{x)}	+ 1,5	+ 2,7	- 4,1	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 4,4
2013 4.Vj.	+ 2,9	+ 2,4	- 0,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,1
2014 1.Vj.	+ 4,0	+ 14,3	- 5,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 9,6
2.Vj.	+ 1,2	+ 1,7	- 4,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	± 0,0	+ 2,3	+ 3,4	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7
3.Vj.	+ 0,6	- 0,8	- 5,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,9	- 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 4,2	+ 2,5	+ 0,7
4.Vj. ^{x)}	+ 0,4	- 0,7	- 0,9	+ 0,7	- 0,2	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7
2014 Febr.	+ 4,4	+ 16,5	- 5,4	+ 4,4	+ 5,2	+ 4,1	+ 2,4	+ 3,5	+ 6,0	+ 5,2	- 0,7	+ 9,7
März	+ 2,9	+ 13,1	- 9,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,0	+ 5,6	- 0,4	+ 0,6	+ 7,1
April	+ 1,8	+ 3,5	- 6,2	+ 2,5	+ 4,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,2	- 3,0	+ 4,2
Mai	+ 1,6	+ 0,7	- 2,8	+ 2,3	+ 0,5	+ 4,5	+ 3,0	- 0,1	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,0	+ 9,3
Juni	+ 0,2	+ 0,9	- 5,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	- 3,1	+ 2,5	+ 1,9	± 0,0	- 2,8	+ 3,7
Juli ²⁾	+ 3,0	- 0,3	- 7,1	+ 4,6	+ 2,0	+ 8,0	- 0,3	+ 2,3	+ 3,8	+ 5,8	+ 1,0	+ 19,4
Aug. ²⁾	- 1,7	- 1,1	- 5,0	- 1,4	+ 0,7	- 4,4	- 1,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,7	- 19,5
Sept.	+ 0,3	- 0,9	- 3,6	+ 0,8	- 0,1	+ 1,6	- 3,3	+ 1,1	+ 0,3	+ 3,2	+ 2,8	+ 1,2
Okt. ^{x)}	+ 1,2	+ 0,6	- 1,2	+ 1,5	- 0,2	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,2
Nov. ^{x)}	- 0,3	- 0,2	- 2,2	- 0,3	- 0,6	- 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Dez. ^{x)}	+ 0,5	- 2,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,4	+ 4,9	± 0,0	+ 2,4	+ 3,2	+ 1,9	+ 0,7
2015 Jan. ^{x)}	± 0,0	- 0,8	+ 0,3	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 2,2	- 1,3	+ 0,6	+ 3,0	- 0,4	- 1,4
Febr. ^{x)p)}	- 0,3	- 8,1	+ 4,5	+ 0,1	- 0,5	+ 1,2	+ 2,0	- 1,9	± 0,0	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ¹⁾ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ²⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. ²⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◻

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
insgesamt												
2010	99,5	+ 24,7	99,5	+ 27,9	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014 r)	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,7	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2014 Febr. r)	112,3	+ 5,1	104,2	+ 2,3	117,2	+ 6,4	117,4	+ 9,2	96,8	+ 1,4	124,6	+ 11,6
März r)	120,5	+ 0,6	113,1	- 2,0	126,8	+ 2,0	112,7	+ 2,9	112,7	+ 1,4	112,6	+ 3,4
April r)	112,4	+ 5,9	105,6	+ 2,5	118,1	+ 8,5	107,0	+ 4,7	108,1	+ 7,1	106,6	+ 3,8
Mai r)	107,2	+ 1,8	102,2	- 0,7	111,0	+ 3,3	105,7	+ 4,5	98,1	- 0,4	108,5	+ 6,4
Juni r)	113,1	- 2,4	105,7	+ 1,2	118,9	- 5,6	108,5	+ 6,1	104,9	- 3,1	109,7	+ 9,5
Juli r)	116,6	+ 7,1	106,4	+ 2,1	124,0	+ 11,0	114,7	+ 2,8	97,9	- 1,2	120,5	+ 4,0
Aug. r)	100,3	+ 0,5	94,5	- 1,3	102,9	+ 0,8	110,5	+ 6,5	94,2	+ 2,8	116,2	+ 7,7
Sept. r)	111,9	- 0,4	101,8	- 0,2	118,9	- 0,6	112,4	+ 0,4	109,0	- 2,2	113,6	+ 1,2
Okt. r)	115,0	+ 3,4	107,1	- 0,5	120,5	+ 6,1	114,6	+ 2,3	108,4	- 1,5	116,7	+ 3,5
Nov. r)	114,7	+ 0,1	104,2	- 1,7	122,3	+ 1,2	113,3	+ 0,5	104,9	- 2,4	116,3	+ 1,5
Dez. r)	112,7	+ 4,5	92,6	+ 2,7	128,9	+ 5,7	97,7	+ 3,1	92,9	+ 5,1	99,4	+ 2,5
2015 Jan. r)	112,8	+ 0,5	107,3	- 1,4	116,8	+ 2,4	111,6	- 2,9	104,9	+ 3,7	114,0	- 4,8
Febr. p)	111,9	- 0,4	101,6	- 2,5	118,2	+ 0,9	119,6	+ 1,9	101,8	+ 5,2	125,7	+ 0,9
aus dem Inland												
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,5	+ 4,6	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,8	101,1	+ 1,5
2012	103,9	- 5,4	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,5	101,9	- 1,4	107,5	+ 2,0	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2014 r)	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,2	102,4	+ 2,0	102,9	± 0,0	102,2	+ 2,7
2014 Febr. r)	106,2	+ 2,5	102,7	+ 1,3	109,2	+ 3,6	108,7	+ 2,6	100,2	- 1,6	111,7	+ 4,0
März r)	116,8	+ 1,1	108,2	- 4,4	126,8	+ 6,3	107,9	+ 1,3	113,0	- 1,1	106,1	+ 2,2
April r)	107,7	+ 5,1	104,1	+ 2,6	112,8	+ 7,7	99,0	+ 3,7	107,6	+ 5,2	96,0	+ 3,1
Mai r)	103,9	+ 3,8	101,3	+ 0,1	107,9	+ 8,2	95,4	+ 0,2	93,0	- 2,7	96,3	+ 1,3
Juni r)	105,2	- 1,2	101,9	- 0,6	109,3	- 2,6	99,9	+ 3,1	106,6	+ 3,5	97,6	+ 3,1
Juli r)	108,5	+ 1,8	104,0	± 0,0	113,1	+ 3,3	108,3	+ 3,4	101,6	+ 2,6	110,7	+ 3,7
Aug. r)	97,9	- 2,2	94,0	- 2,6	100,9	- 2,6	103,0	+ 1,6	95,8	+ 3,2	105,5	+ 1,1
Sept. r)	102,2	- 3,6	96,8	- 4,1	107,1	- 3,7	105,3	+ 0,2	112,3	- 1,1	102,8	+ 0,7
Okt. r)	109,0	+ 3,4	102,0	- 1,5	116,3	+ 8,5	106,7	+ 1,1	110,7	- 5,6	105,3	+ 3,8
Nov. r)	105,8	- 3,5	100,2	- 4,9	112,0	- 2,3	102,6	- 1,8	106,3	- 2,1	101,3	- 1,7
Dez. r)	97,2	+ 3,4	87,8	- 0,1	108,0	+ 6,2	88,4	+ 4,6	84,8	+ 4,2	89,7	+ 4,8
2015 Jan. r)	105,6	- 1,1	103,0	- 3,6	108,5	+ 1,0	104,2	+ 0,9	103,2	+ 0,8	104,5	+ 0,9
Febr. p)	104,8	- 1,3	96,6	- 5,9	112,1	+ 2,7	110,2	+ 1,4	100,4	+ 0,2	113,6	+ 1,7
aus dem Ausland												
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,6	+ 25,3	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,7	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,8	- 0,4	118,5	+ 6,2	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014 r)	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,5	123,4	+ 4,1	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,2	123,5	+ 8,2
2014 Febr. r)	117,2	+ 7,1	105,9	+ 3,4	122,2	+ 8,0	124,9	+ 14,8	93,9	+ 4,2	135,6	+ 17,7
März r)	123,5	+ 0,2	118,9	+ 0,8	126,8	- 0,5	116,8	+ 4,2	112,5	+ 3,8	118,2	+ 4,3
April r)	116,3	+ 6,7	107,3	+ 2,5	121,3	+ 8,9	113,8	+ 5,4	108,6	+ 8,9	115,6	+ 4,2
Mai r)	109,9	+ 0,4	103,2	- 1,6	112,9	+ 0,5	114,6	+ 7,9	102,5	+ 1,5	118,8	+ 10,1
Juni r)	119,5	- 3,3	110,1	+ 3,2	124,9	- 7,1	115,8	+ 8,3	103,5	- 8,3	119,9	+ 14,4
Juli r)	123,1	+ 11,2	109,3	+ 4,6	130,8	+ 15,8	120,2	+ 2,3	94,7	- 4,5	128,9	+ 4,1
Aug. r)	102,2	+ 2,7	95,1	+ 0,3	104,1	+ 2,9	117,0	+ 10,6	92,8	+ 2,4	125,3	+ 13,0
Sept. r)	119,7	+ 1,9	107,7	+ 4,2	126,1	+ 1,0	118,5	+ 0,6	106,2	- 3,1	122,7	+ 1,7
Okt. r)	119,8	+ 3,4	113,1	+ 0,6	123,1	+ 4,7	121,3	+ 3,1	106,4	+ 2,7	126,4	+ 3,3
Nov. r)	121,9	+ 2,8	108,9	+ 2,0	128,7	+ 3,2	122,5	+ 2,3	103,7	- 2,6	129,0	+ 3,7
Dez. r)	125,3	+ 5,3	98,3	+ 5,7	141,8	+ 5,4	105,7	+ 2,0	100,0	+ 5,8	107,6	+ 0,8
2015 Jan. r)	118,7	+ 1,9	112,3	+ 1,1	122,0	+ 3,1	118,0	- 5,5	106,3	+ 6,2	122,0	- 8,5
Febr. p)	117,7	+ 0,4	107,4	+ 1,4	121,9	- 0,2	127,6	+ 2,2	103,1	+ 9,8	136,0	+ 0,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◻ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)			
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010	99,7	+ 1,4	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,8	+ 2,9	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,0	102,2	+ 2,5	112,9	+ 13,2	96,1	- 3,7
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,5	- 0,3	107,7	+ 5,4	118,5	+ 5,0	103,3	+ 7,5
2013	119,1	+ 4,0	126,5	+ 4,2	140,7	+ 6,3	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,4	111,7	+ 3,7	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2014	118,5	- 0,5	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,2	126,8	- 1,0	90,5	- 3,4	109,9	- 1,6	121,8	± 0,0	104,0	- 3,3
2014 Jan.	93,1	+ 13,4	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,7	+ 7,8	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,6
Febr.	102,2	+ 4,1	112,8	+ 11,9	134,0	+ 23,6	114,3	+ 9,6	66,9	- 11,5	91,7	- 4,2	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0
März	138,8	+ 5,9	146,4	+ 9,8	165,2	+ 9,1	147,9	+ 12,6	105,2	+ 1,6	131,2	+ 1,9	141,1	+ 8,7	125,9	+ 1,4
April	134,0	+ 8,5	133,3	+ 2,5	170,1	+ 17,3	121,6	- 3,0	95,9	- 16,1	134,7	+ 15,1	125,4	+ 6,5	128,3	+ 6,2
Mai	127,7	+ 1,8	130,9	- 3,3	157,1	+ 10,5	122,9	- 12,5	103,0	- 3,5	124,5	+ 7,6	120,3	- 5,4	123,5	+ 5,6
Juni	132,1	- 9,5	140,0	- 11,2	163,1	- 10,4	133,1	- 15,9	114,8	+ 6,3	124,3	- 7,4	131,7	- 13,0	120,1	- 4,6
Juli	136,5	- 4,1	139,8	- 1,5	143,9	- 9,0	147,3	+ 3,5	109,4	+ 0,6	133,2	- 6,9	139,6	+ 4,9	130,4	- 10,5
Aug.	121,5	- 1,9	122,5	- 1,3	127,0	- 12,3	130,7	+ 7,9	89,5	- 3,1	120,5	- 2,4	124,9	+ 4,7	115,8	- 3,4
Sept.	121,8	- 3,3	130,0	- 4,3	149,0	- 2,6	128,9	- 2,9	96,2	- 13,3	113,5	- 2,2	123,3	- 5,5	109,3	- 1,1
Okt.	113,6	- 3,3	129,3	+ 0,5	152,0	+ 7,5	129,4	- 3,9	84,6	- 1,2	98,0	- 7,9	119,1	- 4,9	92,6	- 7,3
Nov.	99,4	- 6,8	113,0	- 5,5	130,2	+ 5,9	116,7	- 11,9	68,2	- 9,1	85,8	- 8,4	109,0	- 11,5	77,2	- 7,3
Dez.	101,7	- 4,3	122,1	+ 1,8	154,4	+ 12,8	115,2	- 5,0	78,9	- 4,8	81,4	- 12,0	109,5	- 3,6	72,6	- 16,1
2015 Jan.	95,4	+ 2,5	102,0	- 4,2	122,7	+ 8,7	100,6	- 11,2	65,7	- 10,9	88,8	+ 11,4	104,3	- 5,8	75,4	+ 12,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1) Ohne Wohnungsbauaufträge. 2) Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel															
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen			
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %			
2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%			
2011	102,6	+ 2,5	101,0	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,1	105,1	+ 2,5	102,2	+ 0,6	99,0	- 0,4	104,6	+ 0,9	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013	106,2	+ 1,6	101,3	+ 0,4	109,0	+ 3,7	103,1	+ 0,9	95,4	- 3,6	102,3	- 2,2	103,1	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,6	+ 2,3	103,1	+ 1,8	111,6	+ 2,4	105,1	+ 1,9	95,0	- 0,4	102,7	+ 0,4	110,8	+ 7,5	107,2	+ 2,6
2014 Febr.	96,2	+ 3,3	91,4	+ 2,4	100,6	+ 2,9	82,4	+ 7,3	82,4	- 3,4	90,4	+ 2,6	102,6	+ 7,0	96,1	+ 6,4
März	111,2	+ 2,9	104,9	+ 1,9	115,8	+ 3,6	110,0	+ 11,9	86,2	- 9,9	111,7	+ 3,5	109,2	+ 4,0	119,1	+ 4,8
April	108,5	+ 1,6	102,4	+ 1,0	113,6	+ 4,8	104,6	- 4,3	82,7	- 2,8	108,6	+ 0,5	109,6	+ 8,0	113,5	+ 2,1
Mai	107,7	+ 0,2	101,8	- 0,1	111,7	+ 1,4	106,6	+ 2,7	83,9	+ 1,1	104,0	- 3,5	106,7	+ 5,9	110,2	+ 0,4
Juni	107,1	+ 2,7	101,4	+ 2,4	113,8	+ 3,5	102,0	+ 1,4	83,0	- 1,8	99,8	- 1,3	109,3	+ 10,5	111,5	+ 1,5
Juli	107,8	+ 1,5	102,6	+ 1,2	112,3	+ 0,4	102,8	+ 0,3	89,6	+ 4,9	100,3	- 2,7	114,2	+ 7,5	109,1	+ 2,8
Aug.	105,9	+ 2,5	100,8	+ 2,0	108,7	+ 0,7	106,0	+ 9,2	84,1	- 3,9	100,0	+ 2,0	106,5	+ 7,6	100,1	+ 2,6
Sept.	104,9	+ 0,3	99,3	- 0,2	106,2	+ 2,6	106,9	- 6,7	91,2	- 2,7	99,7	- 2,1	108,2	+ 6,6	106,4	+ 1,1
Okt.	112,1	+ 2,6	106,4	+ 2,5	113,6	+ 2,5	114,9	- 2,0	98,9	+ 2,6	109,1	+ 0,3	114,5	+ 7,9	115,7	± 0,0
Nov.	113,6	+ 1,4	108,3	+ 1,7	112,9	+ 0,7	109,2	- 1,0	110,2	+ 4,0	111,8	+ 1,5	116,2	+ 9,4	112,3	± 0,0
Dez.	128,4	+ 4,8	123,2	+ 5,3	129,1	+ 3,9	125,7	+ 5,2	149,3	+ 5,8	108,5	+ 4,9	127,5	+ 9,6	101,0	+ 3,3
2015 Jan.	102,2	+ 2,9	98,7	+ 4,0	105,0	+ 3,6	91,5	+ 1,9	103,6	+ 5,2	91,9	+ 4,3	111,8	+ 6,4	95,5	+ 3,9
Febr.	98,6	+ 2,5	94,4	+ 3,3	102,2	+ 1,6	84,9	+ 3,0	85,0	+ 3,2	91,8	+ 1,5	109,0	+ 6,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1) In Verkaufs-

räumen. 2) Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3) Ergebnisse ab Januar 2014 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung							
2010	41 020	+ 0,3	28 008	+ 1,0	8 421	18 693	675	5 025	503	429	3 239	1 076	7,7	359
2011	41 571	+ 1,3	28 687	+ 2,4	8 579	19 091	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466
2012	42 033	+ 1,1	29 341	+ 2,3	8 738	19 600	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	42 281	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 782	19 954	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457
2014	42 652	+ 0,9	30 206	+ 1,7	8 860	20 337	770	5 031	...	49	2 898	933	6,7	490
2012 1.Vj.	41 564	+ 1,3	28 967	+ 2,7	8 630	19 367	758	4 943	201	82	3 075	999	7,3	472
2.Vj.	41 948	+ 1,1	29 223	+ 2,5	8 706	19 510	771	4 983	77	65	2 876	847	6,8	499
3.Vj.	42 226	+ 1,1	29 416	+ 2,1	8 776	19 604	798	5 006	56	43	2 856	885	6,7	493
4.Vj.	42 394	+ 1,0	29 757	+ 1,8	8 840	19 919	766	4 990	113	76	2 872	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 834	+ 0,7	29 385	+ 1,4	8 697	19 771	701	4 972	234	102	3 131	1 109	7,4	444
2.Vj.	42 198	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 746	19 864	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459
3.Vj.	42 482	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 809	19 952	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471
4.Vj.	42 611	+ 0,5	30 118	+ 1,2	8 877	20 230	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455
2014 1.Vj.	42 141	+ 0,7	29 809	+ 1,4	8 759	20 099	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452
2.Vj.	42 586	+ 0,9	30 080	+ 1,7	8 828	20 251	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487
3.Vj.	42 858	+ 0,9	30 284	+ 1,7	8 895	20 341	799	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512
4.Vj.	43 023	+ 1,0	30 651	+ 1,8	8 959	20 655	798	5 024	...	45	2 738	846	6,3	510
2015 1.Vj.	2 993	1 011	6,9	515
2011 Nov.	42 069	+ 1,3	29 278	+ 2,6	8 744	19 476	832	5 017	85	76	2 714	770	6,4	492
Dez.	41 888	+ 1,3	29 046	+ 2,7	8 656	19 402	782	5 021	140	72	2 781	814	6,6	467
2012 Jan.	41 538	+ 1,4	28 916	+ 2,9	8 620	19 330	755	4 944	206	82	3 085	1 011	7,3	452
Febr.	41 513	+ 1,3	28 922	+ 2,7	8 610	19 352	749	4 909	230	87	3 110	1 029	7,4	473
März	41 640	+ 1,2	29 082	+ 2,7	8 663	19 437	756	4 935	167	78	3 028	956	7,2	491
April	41 802	+ 1,1	29 199	+ 2,6	8 698	19 505	763	4 964	83	71	2 964	893	7,0	499
Mai	41 973	+ 1,1	29 289	+ 2,4	8 724	19 548	778	5 002	77	65	2 855	831	6,7	499
Juni	42 069	+ 1,0	29 280	+ 2,2	8 733	19 519	790	5 032	71	58	2 809	817	6,6	499
Juli	42 103	+ 1,1	29 255	+ 2,3	8 737	19 478	804	5 038	54	42	2 876	885	6,8	500
Aug.	42 208	+ 1,1	29 477	+ 2,0	8 793	19 645	801	4 986	47	34	2 905	910	6,8	493
Sept.	42 367	+ 1,0	29 754	+ 1,8	8 865	19 858	787	4 958	66	54	2 788	862	6,5	485
Okt.	42 463	+ 1,1	29 823	+ 1,9	8 866	19 936	780	4 972	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 483	+ 1,0	29 809	+ 1,8	8 848	19 965	766	5 010	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	42 237	+ 0,8	29 528	+ 1,7	8 747	19 856	714	5 018	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 808	+ 0,7	29 334	+ 1,4	8 685	19 737	697	4 961	234	104	3 138	1 121	7,4	420
Febr.	41 809	+ 0,7	29 345	+ 1,5	8 682	19 749	698	4 962	245	104	3 156	1 132	7,4	448
März	41 885	+ 0,6	29 423	+ 1,2	8 701	19 798	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463
April	42 044	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 744	19 863	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460
Mai	42 230	+ 0,6	29 637	+ 1,2	8 762	19 899	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457
Juni	42 321	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 763	19 863	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459
Juli	42 375	+ 0,6	29 596	+ 1,2	8 768	19 814	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469
Aug.	42 460	+ 0,6	29 843	+ 1,2	8 825	19 998	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471
Sept.	42 611	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 905	20 224	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473
Okt.	42 680	+ 0,5	30 181	+ 1,2	8 899	20 252	785	5 017	83	70	2 801	870	6,5	466
Nov.	42 690	+ 0,5	30 149	+ 1,1	8 888	20 249	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458
Dez.	42 463	+ 0,5	29 884	+ 1,2	8 781	20 158	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440
2014 Jan.	42 071	+ 0,6	29 736	+ 1,4	8 738	20 054	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425
Febr.	42 110	+ 0,7	29 784	+ 1,5	8 749	20 085	728	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456
März	42 241	+ 0,8	29 932	+ 1,7	8 796	20 158	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476
April	42 444	+ 1,0	30 060	+ 1,7	8 825	20 240	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485
Mai	42 596	+ 0,9	30 125	+ 1,6	8 835	20 289	750	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481
Juni	42 717	+ 0,9	30 175	+ 1,9	8 853	20 292	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495
Juli	42 763	+ 0,9	30 121	+ 1,8	8 859	20 217	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502
Aug.	42 817	+ 0,8	30 312	+ 1,6	8 903	20 358	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515
Sept.	42 993	+ 0,9	30 663	+ 1,7	8 991	20 603	812	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518
Okt.	43 100	+ 1,0	30 684	+ 1,7	8 982	20 647	809	5 025	...	49	2 733	836	6,3	517
Nov.	43 101	+ 1,0	30 714	+ 1,9	8 967	20 711	800	5 033	...	51	2 717	834	6,3	515
Dez.	42 867	+ 1,0	30 451	+ 1,9	8 866	20 611	755	5 015	...	34	2 764	867	6,4	498
2015 Jan.	42 479	+ 1,0	30 322	+ 2,0	8 814	20 541	749	4 859	...	39	3 032	1 043	7,0	485
Febr.	42 494	+ 0,9	3 017	1 034	6,9	519
März	2 932	955	6,8	542

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stel-

len mit Arbeitsort im Ausland. 8 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2012 und 2013 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,4 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Ab Mai 2014 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:					Baupreisindex			Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
2010 = 100													
Indexstand													
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	133,1	101,0
2014	106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,8	104,0	103,6	120,8	96,8
2013 Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	124,5	104,5	106,0	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	122,2	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	119,4	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	119,2	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	120,8	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	121,3	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	122,3	103,9	104,9	130,3	96,3
Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	122,4	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5	119,5	104,0	104,8	129,4	96,0
Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5	119,4	104,0	104,7	129,3	97,2
März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2	120,4	103,8	104,1	126,0	96,9
April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1	121,1	103,9	103,8	126,2	99,3
Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9	118,8	103,9	103,8	129,2	98,9
Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9	117,7	104,0	104,0	133,0	97,4
Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		105,8	113,9	104,1	103,6	127,7	95,6
Aug.	107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	110,0	105,7	111,5	104,1	103,5	123,6	96,3
Sept.	107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		105,7	108,6	104,3	103,8	122,2	95,0
Okt.	106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	104,5	104,2	103,5	111,9	95,5
Nov.	106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	104,3	104,2	102,7	103,1	97,5
Dez.	106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	103,5	103,9	101,0	84,3	96,0
2015 Jan.	105,5	111,4	103,6	105,6	105,2	106,1		104,2	103,6	104,4	100,2	71,4	97,7
Febr.	106,5	112,3	104,0	107,8	106,7	106,2	110,8	104,3	105,5	104,7	101,6	86,2	97,2
März	107,0	112,2	105,1	109,3	106,7	106,3		86,9	98,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	+ 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,6	+ 6,2	+ 8,5
2014	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 7,4	- 0,3	- 2,2	- 9,2	- 4,2
2013 Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 8,0	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 7,5	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 4,0	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 0,8	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	- 0,8	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	- 1,5	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	- 2,6	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	- 1,9	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1	- 3,8	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9	- 4,2	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9	- 3,1	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9	- 3,0	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 4,6	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3
Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7	- 3,7	- 0,1	- 1,2	+ 4,6	- 3,3
Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8	- 4,6	- 0,1	- 1,7	- 4,5	- 4,3
Aug.	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 6,5	- 0,1	- 1,9	- 8,6	- 1,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4		- 1,0	- 10,1	+ 0,1	- 1,6	- 9,9	- 2,4
Okt.	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,3	+ 1,7	+ 1,6		- 1,0	- 13,8	+ 0,3	- 1,2	- 14,0	+ 0,2
Nov.	+ 0,6	± 0,0	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9	- 14,7	+ 0,3	- 2,1	- 20,9	+ 1,2
Dez.	+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,6	+ 1,4	+ 1,4		- 1,7	- 15,4	+ 0,1	- 3,7	- 35,9	+ 0,6
2015 Jan.	- 0,4	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	+ 1,1	+ 1,3		- 2,2	- 13,3	+ 0,4	- 4,4	- 44,8	+ 1,8
Febr.	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1	- 11,6	+ 0,7	- 3,0	- 33,3	± 0,0
März	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	+ 1,2	+ 1,3		- 31,0	+ 2,1

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab Januar 2014 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2007	969,3	3,3	648,9	2,9	356,4	- 0,7	1 005,3	1,6	1 540,7	1,8	157,1	3,6	10,2
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,4	0,6	1 029,2	2,4	1 579,0	2,5	165,1	5,1	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,5	7,0	1 056,1	2,6	1 564,2	- 0,9	155,7	- 5,7	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	388,0	1,2	1 090,1	3,2	1 605,0	2,6	159,3	2,3	9,9
2011	1 087,7	4,7	728,5	3,7	383,2	- 1,2	1 111,6	2,0	1 666,0	3,8	159,2	- 0,1	9,6
2012	1 131,7	4,0	756,4	3,8	389,4	1,6	1 145,7	3,1	1 699,0	2,0	159,5	0,2	9,4
2013	1 165,5	3,0	777,2	2,8	398,3	2,3	1 175,6	2,6	1 728,5	1,7	157,0	- 1,6	9,1
2014	1 210,2	3,8	804,6	3,5	409,5	2,8	1 214,1	3,3	1 770,4	2,4	165,6	5,5	9,4
2013 3.Vj.	288,1	3,1	196,4	3,1	99,9	2,3	296,3	2,8	436,5	3,1	34,3	1,2	7,8
4.Vj.	321,9	3,0	214,0	2,6	98,0	1,8	311,9	2,3	434,4	1,7	32,2	0,5	7,4
2014 1.Vj.	281,7	3,9	187,6	3,5	103,8	2,3	291,4	3,1	437,2	2,2	54,9	3,1	12,6
2.Vj.	295,5	3,9	192,5	3,7	100,2	1,3	292,8	2,9	438,6	2,1	39,0	4,8	8,9
3.Vj.	299,1	3,8	203,3	3,5	102,4	2,5	305,7	3,2	446,4	2,3	35,5	3,6	8,0
4.Vj.	333,9	3,7	221,1	3,3	103,1	5,3	324,2	3,9	448,1	3,2	36,2	12,5	8,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2015. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	
2007	93,9	1,4	93,7	1,5	93,4	1,5	92,9	1,5	95,3	1,4
2008	96,5	2,7	96,4	2,8	96,2	3,0	95,9	3,2	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,3	2,5	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,3	3,3
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,1	2,7
2013	107,1	2,4	107,0	2,4	107,3	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2014	110,3	3,0	110,1	2,9	110,3	2,8	110,3	2,9	111,2	2,7
2013 3.Vj.	109,2	2,4	109,2	2,3	109,5	2,4	107,8	2,4	106,8	2,2
4.Vj.	119,6	2,4	119,6	2,3	120,0	2,4	108,1	2,3	118,5	2,2
2014 1.Vj.	102,2	3,1	102,1	3,0	101,9	2,5	109,1	2,5	104,8	3,0
2.Vj.	103,5	3,2	103,4	3,1	103,6	3,1	110,2	3,3	108,9	2,7
3.Vj.	112,3	2,8	112,2	2,8	112,5	2,8	110,9	2,8	109,6	2,6
4.Vj.	123,1	2,9	123,0	2,8	123,3	2,8	111,2	2,9	121,4	2,5
2014 Aug.	103,3	2,7	103,2	2,7	103,5	2,7	110,9	2,8	.	.
Sept.	103,4	2,9	103,3	2,8	103,7	2,8	111,0	2,8	.	.
Okt.	103,5	2,9	103,4	2,9	103,8	2,9	111,2	2,9	.	.
Nov.	159,9	2,8	159,7	2,8	160,2	2,8	111,2	2,9	.	.
Dez.	105,8	2,9	105,7	2,9	106,0	2,8	111,2	2,9	.	.
2015 Jan.	104,0	0,9	103,9	0,9	104,0	2,3	111,4	2,4	.	.
Febr.	104,1	2,5	104,0	2,5	104,0	2,3	111,4	2,3	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2015.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	langfristige Vermögenswerte	darunter:			kurzfristige Vermögenswerte	darunter:			Eigenkapital	Schulden					
			immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte		Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾		langfristig		kurzfristig			
											insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	darunter:	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Insgesamt (Mrd €)																
2010	1 748,4	1 077,5	334,5	459,6	213,2	670,9	169,5	170,2	132,6	514,7	1 233,7	657,9	354,8	575,8	147,1	151,4
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,2	176,8	161,1
2012	1 904,5	1 178,1	380,2	490,5	240,8	726,4	189,8	179,1	126,0	561,5	1 343,0	719,5	380,8	623,5	179,5	160,6
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,1	635,9	191,5	166,8
2013 4.Vj.	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,1	635,9	191,5	166,8
2014 1.Vj.	1 973,5	1 203,9	388,5	502,5	252,6	769,6	197,1	193,6	142,8	578,2	1 395,3	741,0	384,0	654,3	194,4	164,3
2.Vj.	1 982,5	1 224,8	394,0	505,9	261,9	757,6	200,9	189,9	123,3	568,7	1 413,8	763,3	395,0	650,5	199,7	162,6
3.Vj. ^{p)}	2 043,4	1 263,4	403,1	522,2	267,8	780,0	206,8	190,0	136,0	586,1	1 457,3	793,2	407,0	664,0	200,7	172,0
in % der Bilanzsumme																
2010	100,0	61,6	19,1	26,3	12,2	38,4	9,7	9,7	7,6	29,4	70,6	37,6	20,3	32,9	8,4	8,7
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,7	9,4	8,4
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2013 4.Vj.	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2014 1.Vj.	100,0	61,0	19,7	25,5	12,8	39,0	10,0	9,8	7,2	29,3	70,7	37,6	19,5	33,2	9,9	8,3
2.Vj.	100,0	61,8	19,9	25,5	13,2	38,2	10,1	9,6	6,2	28,7	71,3	38,5	19,9	32,8	10,1	8,2
3.Vj. ^{p)}	100,0	61,8	19,7	25,6	13,1	38,2	10,1	9,3	6,7	28,7	71,3	38,8	19,9	32,5	9,8	8,4
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) ²⁾																
2010	1 383,0	814,2	213,9	355,8	189,5	568,8	152,2	135,1	105,4	400,6	982,4	515,3	258,3	467,1	125,4	108,1
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7
2012	1 540,6	921,2	258,9	387,9	222,1	619,5	172,5	140,4	98,1	443,8	1 096,8	581,7	286,6	515,1	161,0	116,5
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,7	118,6
2013 4.Vj.	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,7	118,6
2014 1.Vj.	1 596,1	941,8	260,1	401,1	236,3	654,3	181,1	152,5	110,4	457,3	1 138,8	597,3	290,0	541,5	173,9	121,6
2.Vj.	1 604,2	956,5	260,9	403,7	245,0	647,7	184,7	147,7	97,0	451,5	1 152,7	617,5	301,8	535,2	177,9	118,2
3.Vj. ^{p)}	1 647,8	986,3	265,4	418,1	249,8	661,5	190,7	146,2	102,1	461,3	1 186,5	640,3	310,4	546,2	176,5	125,4
in % der Bilanzsumme																
2010	100,0	58,9	15,5	25,7	13,7	41,1	11,0	9,8	7,6	29,0	71,0	37,3	18,7	33,8	9,1	7,8
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6
2013 4.Vj.	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6
2014 1.Vj.	100,0	59,0	16,3	25,1	14,8	41,0	11,3	9,6	6,9	28,7	71,4	37,4	18,2	33,9	10,9	7,6
2.Vj.	100,0	59,6	16,3	25,2	15,3	40,4	11,5	9,2	6,1	28,1	71,9	38,5	18,8	33,4	11,1	7,4
3.Vj. ^{p)}	100,0	59,9	16,1	25,4	15,2	40,1	11,6	8,9	6,2	28,0	72,0	38,9	18,8	33,2	10,7	7,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2010	365,4	263,3	120,6	103,8	23,7	102,1	17,4	35,1	27,2	114,0	251,4	142,6	96,5	108,8	21,7	43,3
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,4
2012	363,8	256,9	121,3	102,6	18,7	106,9	17,4	38,7	27,9	117,7	246,1	137,7	94,2	108,4	18,4	44,2
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2
2013 4.Vj.	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2
2014 1.Vj.	377,4	262,1	128,4	101,4	16,4	115,3	16,0	41,1	32,4	120,9	256,5	143,7	94,0	112,8	20,5	42,7
2.Vj.	378,3	268,4	133,1	102,2	16,9	109,9	16,2	42,1	26,2	117,2	261,1	145,8	93,2	115,3	21,8	44,4
3.Vj. ^{p)}	395,6	277,1	137,7	104,2	18,1	118,5	16,1	43,8	33,9	124,8	270,8	152,9	96,6	117,9	24,2	46,5
in % der Bilanzsumme																
2010	100,0	72,1	33,0	28,4	6,5	27,9	4,8	9,6	7,4	31,2	68,8	39,0	26,4	29,8	5,9	11,9
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,2
2012	100,0	70,6	33,4	28,2	5,1	29,4	4,8	10,6	7,7	32,4	67,7	37,9	25,9	29,8	5,1	12,1
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7
2013 4.Vj.	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7
2014 1.Vj.	100,0	69,5	34,0	26,9	4,3	30,6	4,2	10,9	8,6	32,0	68,0	38,1	24,9	29,9	5,4	11,3
2.Vj.	100,0	70,9	35,2	27,0	4,5	29,1	4,3	11,1	6,9	31,0	69,0	38,5	24,7	30,5	5,8	11,7
3.Vj. ^{p)}	100,0	70,0	34,8	26,3	4,6	30,0	4,1	11,1	8,6	31,6	68,4	38,7	24,4	29,8	6,1	11,8

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)) in % des Umsatzes		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)) in % des Umsatzes			Operatives Ergebnis (EBIT)			Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes			
													Verteilung 2)			Verteilung 2)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%
Insgesamt																
2005	1 077,4	.	150,6	.	14,0	.	6,4	12,0	17,7	72,7	.	6,8	.	3,1	6,9	11,7
2006	1 209,4	10,6	155,0	3,4	12,8	-0,9	7,1	11,5	17,5	75,7	3,4	6,3	-0,4	3,8	7,6	11,4
2007	1 234,0	4,4	173,8	15,0	14,1	1,3	7,8	12,7	18,4	95,5	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1
2008	1 307,5	6,4	164,5	-5,6	12,6	-1,6	5,8	11,6	17,6	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,5	6,6	12,1
2009	1 175,4	-10,5	138,4	-16,4	11,8	-0,8	4,0	9,5	15,8	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3
2010	1 340,0	13,2	184,7	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	18,6	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1
2011	1 434,5	8,4	180,1	-0,3	12,6	-1,1	5,5	10,7	17,4	94,6	-5,4	6,6	-1,0	2,7	6,6	11,9
2012	1 552,2	6,6	192,6	3,4	12,4	-0,4	5,1	10,1	17,5	97,0	-7,1	6,3	-0,9	1,8	6,1	11,0
2013	1 557,4	-0,5	189,2	-2,5	12,2	-0,3	5,0	10,2	18,4	99,9	6,2	6,4	0,4	1,8	5,8	10,8
2012 1.Vj.	379,9	9,0	47,6	-0,3	12,5	-1,2	3,9	9,2	16,4	29,0	-3,8	7,6	-1,0	0,2	5,0	11,0
2.Vj.	382,4	7,2	47,1	9,3	12,3	0,2	4,8	9,9	17,0	27,7	10,6	7,2	0,2	1,2	6,5	11,4
3.Vj.	384,3	7,1	48,7	4,3	12,7	-0,3	4,8	10,3	17,2	16,6	-49,8	4,3	-3,9	1,7	6,2	11,9
4.Vj.	406,6	3,3	49,1	0,7	12,1	-0,3	4,0	10,8	18,5	23,6	24,1	5,8	1,0	0,1	6,4	12,4
2013 1.Vj.	376,2	-1,2	45,4	-5,9	12,1	-0,6	2,4	8,3	15,7	26,4	-10,9	7,0	-0,8	-1,4	4,5	10,0
2.Vj.	393,6	1,1	48,3	-1,4	12,3	-0,3	4,1	9,2	16,7	27,3	-4,8	6,9	-0,4	0,9	4,9	10,2
3.Vj.	384,3	-1,6	47,9	-1,0	12,5	0,1	5,2	10,4	16,5	25,6	99,8	6,7	3,5	1,3	5,8	11,8
4.Vj.	406,7	-0,3	47,6	-1,6	11,7	-0,2	5,2	11,1	19,5	20,5	-12,4	5,0	-0,7	0,9	6,7	12,6
2014 1.Vj.	381,7	-0,2	50,2	9,1	13,2	1,1	3,8	8,8	16,1	30,6	15,4	8,0	1,1	0,0	5,1	10,1
2.Vj.	386,7	0,7	47,9	0,1	12,4	0,2	4,6	9,7	16,9	26,4	-1,9	6,8	-0,0	1,3	5,7	11,1
3.Vj. p)	394,7	3,0	49,8	3,9	12,6	0,1	5,4	11,3	18,3	28,6	8,6	7,2	0,4	1,8	6,8	12,7
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																
2005	807,7	.	109,5	.	13,6	.	6,5	12,0	17,7	52,3	.	6,5	.	2,9	7,8	11,5
2006	898,7	9,8	114,9	6,4	12,8	-0,4	7,7	12,2	17,6	55,8	7,2	6,2	-0,2	4,1	8,1	11,4
2007	900,5	3,8	129,6	16,8	14,4	1,6	7,8	12,7	17,6	73,8	33,0	8,2	1,8	5,0	8,6	12,5
2008	966,1	7,2	122,6	-6,1	12,7	-1,8	5,8	11,3	15,6	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	6,7	11,4
2009	854,1	-11,5	97,7	-19,9	11,4	-1,2	2,9	9,2	14,0	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	4,7	8,8
2010	999,2	15,7	139,0	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	16,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,9
2011	1 098,9	10,6	131,9	-2,6	12,0	-1,6	5,3	10,7	16,2	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	6,8	11,2
2012	1 194,0	7,6	144,1	5,5	12,1	-0,2	5,2	10,2	15,9	83,0	2,9	7,0	-0,3	1,8	6,2	9,8
2013	1 195,9	-0,6	140,9	-2,2	11,8	-0,2	4,3	10,2	15,5	75,1	-5,1	6,3	-0,3	1,2	5,6	9,8
2012 1.Vj.	297,1	10,6	38,9	2,7	13,1	-1,0	4,8	9,7	15,5	25,8	-0,9	8,7	-1,0	0,8	5,8	11,0
2.Vj.	294,0	8,2	35,8	9,8	12,2	0,2	5,4	10,2	15,8	22,0	12,5	7,5	0,3	1,6	6,6	10,2
3.Vj.	292,4	8,3	35,0	4,7	12,0	-0,4	5,3	10,3	15,0	19,2	-11,0	6,6	-1,2	1,7	5,7	10,7
4.Vj.	311,4	3,7	34,3	5,3	11,0	0,2	3,4	10,5	16,6	16,0	14,5	5,1	0,5	-1,2	5,3	11,0
2013 1.Vj.	292,2	-1,4	36,2	-7,5	12,4	-0,8	2,4	8,4	14,3	22,6	-13,6	7,7	-1,1	-1,4	4,7	9,4
2.Vj.	303,3	1,4	36,0	-2,1	11,9	-0,4	3,6	9,1	15,2	20,6	-8,4	6,8	-0,7	0,4	5,0	9,4
3.Vj.	290,7	-2,2	34,1	-0,4	11,7	0,2	4,9	10,3	15,1	17,5	15,3	6,0	1,0	0,8	5,7	10,1
4.Vj.	311,6	-0,4	34,6	1,9	11,1	0,3	4,5	10,7	15,5	14,3	-7,6	4,6	-0,4	0,0	6,0	10,4
2014 1.Vj.	298,0	0,3	39,1	6,6	13,1	0,8	3,8	8,8	14,3	25,0	10,5	8,4	0,8	0,2	5,2	8,8
2.Vj.	297,2	-2,1	36,1	0,7	12,1	0,3	4,0	9,4	15,3	20,5	0,3	6,9	0,2	1,1	5,3	10,6
3.Vj. p)	300,0	3,6	36,3	6,4	12,1	0,3	4,2	10,3	16,0	20,9	13,1	7,0	0,6	1,2	6,3	10,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2005	269,7	.	41,0	.	15,2	.	6,3	12,0	17,7	20,4	.	7,6	.	3,1	5,3	12,1
2006	310,7	12,9	40,0	-5,0	12,9	-2,4	6,8	11,2	16,7	19,9	-7,0	6,4	-1,3	3,2	6,4	11,2
2007	333,5	6,4	44,2	9,3	13,3	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,2
2008	341,4	4,0	41,9	-3,7	12,3	-1,0	5,9	12,5	19,7	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7
2009	321,3	-7,4	40,8	-4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7
2010	340,8	5,8	45,7	8,7	13,4	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4
2011	335,6	1,5	48,2	7,6	14,4	0,8	5,7	10,6	20,9	19,8	-0,8	5,9	-0,1	3,2	6,4	13,8
2012	358,2	3,0	48,5	-3,3	13,5	-0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0
2013	361,5	-0,1	48,2	-3,5	13,3	-0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	91,7	6,9	3,0	2,7	5,9	12,2
2012 1.Vj.	82,8	3,1	8,7	-13,4	10,6	-1,9	2,9	7,7	20,3	3,2	-27,2	3,8	-1,3	-0,7	4,0	11,9
2.Vj.	88,4	3,8	11,3	7,8	12,8	0,5	4,1	9,7	20,9	5,7	2,6	6,5	-0,1	0,7	5,2	14,6
3.Vj.	91,9	3,1	13,7	3,3	14,9	0,0	4,4	11,1	20,6	-2,6	-147,5	-2,9	-13,2	1,6	7,5	13,5
4.Vj.	95,2	1,9	14,8	-10,1	15,5	-2,0	5,2	11,4	25,4	7,7	55,9	8,0	2,7	1,9	7,8	15,9
2013 1.Vj.	84,0	-0,6	9,2	1,4	10,9	0,2	2,4	7,8	20,0	3,8	14,9	4,5	0,6	-1,6	4,4	12,3
2.Vj.	90,3	-0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9
3.Vj.	93,5	0,5	13,8	-2,8	14,8	-0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1
4.Vj.	95,1	0,1	13,0	-11,1	13,6	-1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	-24,2	6,6	-1,9	2,0	8,1	16,1
2014 1.Vj.	83,7	-0,4	11,1	20,2	13,3	2,3	3,8	8,9	21,2	5,6	50,2	6,7	2,2	-0,4	4,6	13,1
2.Vj.	89,5	-0,4	11,9	-1,7	13,3	-0,2	4,8	10,4	18,7	6,0	-9,8	6,7	-0,7	1,4	6,0	13,0
3.Vj. p)	94,7	1,1	13,5	-2,9	14,2	-0,6	7,1	13,1	24,6	7,7	-3,4	8,1	-0,4	3,1	7,8	13,8

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Bereinigt

um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2013	2014	2014						2015	
			1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan. 15)	
A. Leistungsbilanz	+ 190 740	+ 231 837	+ 32 163	+ 40 490	+ 68 643	+ 90 541	+ 25 990	+ 35 162	+ 8 187	
1. Warenhandel										
Ausfuhr	1 923 671	1 952 820	470 669	486 438	490 677	505 036	164 455	161 441	146 578	
Einfuhr	1 708 122	1 711 899	426 114	425 484	429 523	430 778	141 562	135 536	136 050	
Saldo	+ 215 548	+ 240 923	+ 44 555	+ 60 954	+ 61 156	+ 74 258	+ 22 893	+ 25 905	+ 10 527	
2. Dienstleistungen										
Einnahmen	642 070	690 398	155 922	171 086	182 797	180 593	56 408	63 786	54 147	
Ausgaben	576 167	610 518	137 064	148 835	162 290	162 329	50 563	57 560	51 501	
Saldo	+ 65 904	+ 79 879	+ 18 858	+ 22 252	+ 20 507	+ 18 262	+ 5 845	+ 6 225	+ 2 646	
3. Primäreinkommen										
Einnahmen	598 358	586 100	146 283	156 461	137 693	145 663	43 184	60 369	45 743	
Ausgaben	546 157	532 904	126 244	165 485	125 500	115 675	35 602	43 762	35 840	
Saldo	+ 52 201	+ 53 195	+ 20 040	- 9 025	+ 12 193	+ 29 987	+ 7 581	+ 16 607	+ 9 902	
4. Sekundäreinkommen										
Einnahmen	88 675	90 567	20 343	24 224	21 976	24 024	7 375	9 150	7 581	
Ausgaben	231 586	232 727	71 633	57 916	47 188	55 990	17 704	22 725	22 469	
Saldo	- 142 909	- 142 160	- 51 291	- 33 691	- 25 212	- 31 966	- 10 329	- 13 575	- 14 888	
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 22 427	+ 21 456	+ 6 152	+ 4 290	+ 4 367	+ 6 647	+ 2 253	+ 2 603	+ 432	
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 425 507	+ 322 188	+ 60 884	+ 76 239	+ 68 393	+ 116 672	+ 74 472	+ 7 028	- 22 161	
1. Direktinvestitionen	+ 13 253	+ 42 002	+ 17 821	- 4 445	+ 23 839	+ 4 787	+ 22 250	- 16 714	+ 4 952	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 512 666	+ 42 159	+ 12 219	- 15 033	+ 55 962	- 10 989	+ 16 867	- 37 225	+ 12 135	
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 499 415	+ 157	- 5 602	- 10 588	+ 32 123	- 15 776	- 5 383	- 20 511	+ 7 182	
2. Wertpapieranlagen	- 3 156	+ 104 311	- 53 089	- 43 621	+ 76 066	+ 124 955	+ 12 385	+ 65 557	- 29 755	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 271 331	+ 439 637	+ 72 200	+ 156 338	+ 114 873	+ 96 226	+ 45 740	+ 34 261	+ 14 038	
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 172 939	+ 132 652	+ 20 356	+ 67 337	+ 27 328	+ 17 631	+ 9 120	+ 19 326	- 6 395	
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 91 886	+ 234 232	+ 39 434	+ 72 256	+ 61 864	+ 60 678	+ 37 571	+ 2 001	+ 39 266	
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 6 506	+ 72 754	+ 12 409	+ 16 746	+ 25 681	+ 17 918	- 950	+ 12 934	- 18 833	
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 274 489	+ 335 326	+ 125 289	+ 199 958	+ 38 808	- 28 729	+ 33 355	- 31 296	+ 43 793	
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 177 729	+ 244 110	+ 60 538	+ 109 934	+ 65 619	+ 8 019	+ 2 484	- 22 701	+ 42 918	
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 85 136	+ 58 265	+ 60 546	+ 65 971	- 42 084	- 26 168	+ 37 581	- 30 170	+ 5 938	
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 11 626	+ 32 955	+ 4 205	+ 24 054	+ 15 274	- 10 578	- 6 710	+ 21 576	- 5 063	
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 33 111	+ 43 623	+ 5 509	+ 16 129	+ 16 153	+ 5 832	+ 3 379	+ 1 578	+ 5 461	
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 377 519	+ 127 795	+ 88 140	+ 107 753	- 46 326	- 21 772	+ 35 668	- 44 469	- 2 750	
Eurosysteem	+ 67 170	+ 63 922	+ 27 291	+ 18 633	+ 18 529	- 531	- 2 013	- 3 363	- 49 563	
Staat	- 11 705	+ 9 798	- 3 161	- 4 903	+ 670	+ 17 192	+ 2 469	+ 13 009	+ 1 787	
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 256 719	+ 100 762	+ 72 963	+ 77 823	- 38 413	- 11 611	+ 32 865	- 43 876	+ 65 479	
Unternehmen und Privatpersonen	+ 65 336	- 46 689	- 8 956	+ 16 200	- 27 111	- 26 822	+ 2 346	- 10 239	- 20 453	
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 780	+ 4 458	+ 2 503	+ 422	- 1 338	+ 2 871	+ 791	+ 1 076	- 69	
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 212 340	+ 68 894	+ 22 569	+ 31 458	- 4 616	+ 19 483	+ 46 229	- 30 738	- 30 781	

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)	Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
2000	-	36 962	+ 64 061	+ 1 645	- 58 370	- 12 722	- 29 931	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 660
2001	-	7 912	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 156	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 117
2002	+	41 701	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 367	- 4 010	+ 8 029	- 2 065	- 29 661
2003	+	31 215	+ 130 021	- 2 105	- 48 694	- 18 933	- 31 179	+ 5 920	+ 47 555	- 445	+ 10 420
2004	+	100 835	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 16 895	- 30 479	- 119	+ 112 832	- 1 470	+ 12 116
2005	+	106 140	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 20 965	- 31 175	- 2 334	+ 96 432	- 2 182	- 7 374
2006	+	135 939	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 41 571	- 32 320	- 1 328	+ 157 134	- 2 934	+ 22 523
2007	+	169 595	+ 201 989	- 922	- 35 032	+ 36 483	- 33 845	- 1 597	+ 183 158	+ 953	+ 15 160
2008	+	143 317	+ 184 521	- 3 586	- 31 608	+ 24 865	- 34 462	- 893	+ 121 326	+ 2 008	- 21 097
2009	+	141 117	+ 141 167	- 6 064	- 19 909	+ 55 018	- 35 159	- 1 858	+ 117 837	- 3 200	- 21 423
2010	+	145 101	+ 161 146	- 5 892	- 27 477	+ 51 101	- 39 669	+ 1 219	+ 92 759	+ 1 613	- 53 560
2011	+	164 552	+ 163 426	- 8 900	- 32 471	+ 69 102	- 35 505	+ 1 642	+ 120 849	+ 2 836	- 45 345
2012	+	187 345	+ 196 579	- 10 694	- 35 905	+ 66 811	- 40 139	+ 1 427	+ 157 461	+ 1 297	- 31 312
2013	+	182 017	+ 207 597	- 5 236	- 44 755	+ 60 244	- 41 069	+ 1 142	+ 207 920	+ 838	+ 24 761
2014	+	219 686	+ 229 300	- 6 351	- 39 112	+ 66 919	- 37 421	+ 2 826	+ 243 827	- 2 564	+ 21 315
2012 1.Vj.	+	44 191	+ 49 259	- 1 784	- 7 876	+ 17 777	- 14 969	- 319	+ 23 296	+ 963	- 20 576
2.Vj.	+	42 538	+ 49 797	- 3 096	- 8 079	+ 6 359	- 5 538	+ 525	+ 30 817	+ 769	- 12 245
3.Vj.	+	45 856	+ 52 191	- 2 392	- 15 516	+ 17 714	- 8 533	+ 1 342	+ 40 448	+ 59	- 6 750
4.Vj.	+	54 761	+ 45 332	- 3 422	- 4 435	+ 24 962	- 11 099	- 120	+ 62 900	- 494	+ 8 260
2013 1.Vj.	+	41 192	+ 51 585	- 1 335	- 10 480	+ 14 868	- 14 781	+ 420	+ 36 822	+ 86	- 4 791
2.Vj.	+	43 005	+ 54 180	+ 1 595	- 10 657	+ 6 433	- 6 951	+ 760	+ 58 926	+ 72	+ 15 160
3.Vj.	+	37 651	+ 49 141	- 4 067	- 16 907	+ 14 402	- 8 985	+ 438	+ 48 587	- 785	+ 10 499
4.Vj.	+	60 168	+ 52 691	- 1 429	- 6 712	+ 24 540	- 10 352	- 476	+ 63 585	+ 1 464	+ 3 893
2014 1.Vj.	+	49 521	+ 53 324	+ 1 177	- 7 203	+ 17 538	- 14 138	+ 2 182	+ 60 008	- 565	+ 8 305
2.Vj.	+	46 692	+ 54 760	- 1 105	- 8 031	+ 5 806	- 5 843	+ 542	+ 57 204	- 610	+ 9 970
3.Vj.	+	56 214	+ 61 097	- 2 693	- 16 591	+ 18 790	- 7 082	+ 783	+ 68 150	+ 332	+ 11 153
4.Vj.	+	67 259	+ 60 119	- 3 729	- 7 287	+ 24 785	- 10 358	- 681	+ 58 464	- 1 722	- 8 114
2012 Sept.	+	16 712	+ 17 552	- 729	- 3 948	+ 6 048	- 2 939	+ 772	+ 26 352	- 281	+ 8 868
Okt.	+	15 330	+ 16 276	- 1 123	- 4 360	+ 6 637	- 3 224	+ 212	+ 15 412	+ 176	- 130
Nov.	+	18 954	+ 17 519	- 787	- 1 960	+ 6 428	- 3 033	+ 343	+ 21 658	- 308	+ 2 360
Dez.	+	20 477	+ 11 537	- 1 512	+ 1 885	+ 11 896	- 4 842	- 675	+ 25 831	- 361	+ 6 029
2013 Jan.	+	9 623	+ 14 421	- 427	- 3 871	+ 4 363	- 5 290	+ 173	- 10 275	+ 493	- 20 070
Febr.	+	11 015	+ 16 197	- 1 411	- 3 425	+ 4 907	- 6 664	- 113	+ 12 821	- 321	+ 1 918
März	+	20 554	+ 20 966	+ 502	- 3 183	+ 5 598	- 2 826	+ 360	+ 34 275	- 86	+ 13 361
April	+	15 512	+ 19 987	+ 498	- 2 425	+ 194	- 2 244	+ 188	+ 20 636	+ 56	+ 4 987
Mai	+	11 969	+ 16 471	+ 1 917	- 4 221	+ 1 842	- 2 124	+ 268	+ 9 952	- 22	- 2 285
Juni	+	15 525	+ 17 722	- 820	- 4 010	+ 4 398	- 2 584	+ 304	+ 28 338	+ 38	+ 12 508
Juli	+	11 539	+ 16 143	- 1 005	- 6 491	+ 5 061	- 3 174	+ 126	+ 4 633	- 654	- 7 032
Aug.	+	7 446	+ 12 722	- 1 776	- 6 786	+ 5 032	- 3 522	+ 184	+ 24 787	+ 425	+ 17 157
Sept.	+	18 666	+ 20 276	- 1 285	- 3 629	+ 4 309	- 2 289	+ 128	+ 19 168	- 556	+ 374
Okt.	+	15 940	+ 18 903	- 362	- 5 875	+ 5 563	- 2 651	+ 514	+ 16 097	- 212	- 357
Nov.	+	21 585	+ 19 822	+ 192	- 2 141	+ 6 010	- 2 107	+ 176	+ 21 190	+ 407	- 571
Dez.	+	22 644	+ 13 966	- 1 258	+ 1 305	+ 12 967	- 5 594	- 1 166	+ 26 299	+ 1 269	+ 4 821
2014 Jan.	+	14 164	+ 15 962	- 748	- 2 809	+ 5 243	- 4 233	+ 1 500	+ 1 295	- 375	- 14 369
Febr.	+	13 309	+ 17 277	- 9	- 2 773	+ 5 843	- 7 038	+ 433	+ 23 490	- 898	+ 9 748
März	+	22 048	+ 20 085	+ 1 933	- 1 621	+ 6 451	- 2 867	+ 249	+ 35 224	+ 708	+ 12 927
April	+	16 872	+ 18 601	- 329	- 1 811	+ 3 250	- 3 168	+ 194	+ 29 427	+ 151	+ 12 361
Mai	+	12 252	+ 17 921	- 1 532	- 2 343	- 2 333	- 993	- 54	+ 12 165	- 631	- 32
Juni	+	17 569	+ 18 238	+ 756	- 3 877	+ 4 890	- 1 682	+ 402	+ 15 611	- 130	- 2 359
Juli	+	20 648	+ 22 871	- 1 837	- 5 526	+ 6 061	- 2 759	- 8	+ 18 353	+ 431	- 2 287
Aug.	+	11 333	+ 14 558	- 675	- 6 909	+ 5 884	- 2 200	+ 439	+ 14 135	+ 166	+ 2 363
Sept.	+	24 233	+ 23 668	- 182	- 4 156	+ 6 844	- 2 123	+ 352	+ 35 662	- 265	+ 11 077
Okt.	+	22 245	+ 23 474	- 1 539	- 5 587	+ 6 604	- 2 246	- 109	+ 12 335	+ 203	- 9 801
Nov.	+	19 000	+ 18 355	- 480	- 2 536	+ 6 608	- 3 427	+ 134	+ 21 758	+ 30	+ 2 625
Dez.	+	26 014	+ 18 290	- 1 710	+ 836	+ 11 573	- 4 685	- 706	+ 24 371	- 1 955	- 938
2015 Jan.	+	15 870	+ 15 521	- 1 190	- 2 372	+ 6 979	- 4 258	+ 27	- 3 722	+ 372	- 19 618
Febr. p)	+	16 645	+ 19 492	- 789	- 2 432	+ 7 178	- 7 593	+ 2	+ 33 044	+ 266	+ 16 397

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzungen der Rückwaren. Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung sowie einschl. der Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungs-

kosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungs-bilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ¹⁾

Mio €

Ländergruppe/Land		2012	2013	2014	2014				2015	
					September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar ²⁾
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	1 095 766	1 093 115	1 133 539	102 293	103 924	95 969	90 096	89 938	95 723
	Einfuhr	905 925	898 164	916 635	80 276	81 861	78 086	71 151	74 077	76 549
	Saldo	+ 189 841	+ 194 950	+ 216 904	+ 22 017	+ 22 063	+ 17 883	+ 18 944	+ 15 860	+ 19 174
I. Europäische Länder	Ausfuhr	751 071	748 156	770 934	68 537	69 975	65 792	59 133	62 271	...
	Einfuhr	629 305	633 706	650 329	56 111	57 800	56 048	50 019	50 560	...
	Saldo	+ 121 766	+ 114 451	+ 120 605	+ 12 425	+ 12 175	+ 9 744	+ 9 114	+ 11 711	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	622 674	623 472	657 162	58 644	59 714	56 181	50 786	54 131	...
	Einfuhr	504 494	513 463	533 331	46 588	47 839	45 821	41 055	41 477	...
	Saldo	+ 118 180	+ 110 009	+ 123 831	+ 12 056	+ 11 875	+ 10 360	+ 9 732	+ 12 654	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	410 039	406 064	417 407	36 872	37 757	35 404	32 246	34 245	...
	Einfuhr	340 845	344 143	352 742	30 713	31 295	30 206	27 071	27 104	...
	Saldo	+ 69 194	+ 61 921	+ 64 664	+ 6 159	+ 6 463	+ 5 198	+ 5 175	+ 7 141	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	49 424	47 980	47 717	4 208	4 267	3 883	3 814	3 750	...
	Einfuhr	40 528	42 033	43 042	3 888	3 889	3 687	3 049	3 169	...
	Saldo	+ 8 896	+ 5 947	+ 4 675	+ 320	+ 379	+ 196	+ 765	+ 581	...
Frankreich	Ausfuhr	102 911	99 980	102 066	8 945	9 240	8 618	7 959	8 600	...
	Einfuhr	64 035	64 018	67 516	5 900	5 869	5 831	5 125	5 218	...
	Saldo	+ 38 875	+ 35 962	+ 34 550	+ 3 044	+ 3 371	+ 2 787	+ 2 834	+ 3 382	...
Italien	Ausfuhr	55 529	53 247	54 508	5 050	4 935	4 643	3 872	4 440	...
	Einfuhr	47 957	46 930	48 517	4 077	4 389	3 974	3 620	3 521	...
	Saldo	+ 7 572	+ 6 317	+ 5 991	+ 973	+ 546	+ 669	+ 252	+ 919	...
Niederlande	Ausfuhr	70 381	70 970	73 094	6 279	6 322	6 371	5 824	6 091	...
	Einfuhr	85 738	88 680	88 132	7 558	7 561	7 619	6 995	6 774	...
	Saldo	- 15 357	- 17 709	- 15 038	- 1 279	- 1 239	- 1 248	- 1 171	- 683	...
Österreich	Ausfuhr	56 591	56 276	56 218	5 108	5 176	4 721	4 132	4 315	...
	Einfuhr	36 419	36 793	36 407	3 241	3 275	3 037	2 818	2 772	...
	Saldo	+ 20 172	+ 19 484	+ 19 812	+ 1 867	+ 1 902	+ 1 684	+ 1 314	+ 1 542	...
Spanien	Ausfuhr	31 047	31 349	34 944	3 030	3 300	3 024	2 845	3 073	...
	Einfuhr	23 206	23 639	24 987	2 178	2 220	2 164	1 997	2 000	...
	Saldo	+ 7 841	+ 7 709	+ 9 957	+ 851	+ 1 080	+ 861	+ 848	+ 1 072	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	212 635	217 408	239 755	21 772	21 956	20 777	18 540	19 886	...
	Einfuhr	163 649	169 320	180 589	15 875	16 544	15 615	13 984	14 373	...
	Saldo	+ 48 986	+ 48 088	+ 59 167	+ 5 897	+ 5 412	+ 5 162	+ 4 557	+ 5 513	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	73 283	75 488	84 005	7 589	7 412	7 264	6 583	7 184	...
	Einfuhr	42 820	42 513	42 291	3 585	3 628	3 571	3 249	3 461	...
	Saldo	+ 30 462	+ 32 975	+ 41 714	+ 4 004	+ 3 785	+ 3 693	+ 3 334	+ 3 723	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	128 398	124 684	113 772	9 892	10 261	9 611	8 346	8 140	...
	Einfuhr	124 811	120 242	116 997	9 523	9 962	10 227	8 964	9 083	...
	Saldo	+ 3 586	+ 4 442	- 3 225	+ 369	+ 300	- 616	- 618	- 943	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	48 933	46 924	46 270	3 950	4 322	3 905	3 376	3 881	...
	Einfuhr	37 775	38 321	39 225	3 134	3 602	3 578	2 960	3 200	...
	Saldo	+ 11 158	+ 8 603	+ 6 945	+ 816	+ 721	+ 326	+ 416	+ 682	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	340 980	341 213	359 131	33 410	33 685	29 977	30 774	27 487	...
	Einfuhr	276 620	264 459	266 307	24 165	24 061	22 038	21 132	23 518	...
	Saldo	+ 64 360	+ 76 754	+ 92 824	+ 9 245	+ 9 624	+ 7 939	+ 9 642	+ 3 969	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 920	21 803	22 602	2 076	2 085	1 852	2 023	1 754	...
	Einfuhr	24 145	23 108	20 173	2 010	1 757	1 590	1 585	1 619	...
	Saldo	- 2 224	- 1 305	+ 2 429	+ 66	+ 328	+ 262	+ 438	+ 135	...
2. Amerika	Ausfuhr	128 703	130 427	135 530	12 851	12 576	11 495	11 371	10 756	...
	Einfuhr	80 549	75 023	73 687	6 135	6 617	5 802	5 806	6 082	...
	Saldo	+ 48 154	+ 55 404	+ 61 843	+ 6 716	+ 5 959	+ 5 693	+ 5 565	+ 4 674	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	86 971	89 348	96 077	9 664	9 077	8 339	8 019	7 742	...
	Einfuhr	51 070	48 582	48 573	3 967	4 289	3 758	3 884	4 204	...
	Saldo	+ 35 901	+ 40 766	+ 47 504	+ 5 697	+ 4 788	+ 4 580	+ 4 136	+ 3 538	...
3. Asien	Ausfuhr	179 630	179 038	191 421	17 629	18 113	15 826	16 665	14 220	...
	Einfuhr	167 873	162 960	169 533	15 758	15 476	14 337	13 575	15 616	...
	Saldo	+ 11 757	+ 16 077	+ 21 888	+ 1 872	+ 2 637	+ 1 490	+ 3 090	- 1 396	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 503	32 754	35 611	3 428	3 623	2 839	3 494	2 502	...
	Einfuhr	8 134	8 921	7 835	645	679	783	643	617	...
	Saldo	+ 24 369	+ 23 833	+ 27 777	+ 2 783	+ 2 943	+ 2 055	+ 2 851	+ 1 885	...
Japan	Ausfuhr	17 138	17 076	16 919	1 604	1 584	1 350	1 312	1 390	...
	Einfuhr	21 910	19 492	19 053	1 725	1 723	1 452	1 402	1 519	...
	Saldo	- 4 772	- 2 416	- 2 134	- 121	- 139	- 102	- 90	- 129	...
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	66 746	66 912	74 504	6 682	6 873	6 135	6 274	5 512	...
	Einfuhr	78 529	74 544	79 486	7 824	7 442	7 045	6 727	7 768	...
	Saldo	- 11 783	- 7 633	- 4 982	- 1 141	- 569	- 910	- 453	- 2 256	...
Südostasiatische Schwellenländer ³⁾	Ausfuhr	45 651	45 894	48 563	4 435	4 605	4 056	4 216	3 696	...
	Einfuhr	37 428	36 672	38 663	3 441	3 546	3 222	3 069	3 374	...
	Saldo	+ 8 223	+ 9 222	+ 9 899	+ 994	+ 1 059	+ 834	+ 1 147	+ 322	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	10 727	9 946	9 578	853	910	804	715	758	...
	Einfuhr	4 054	3 368	2 914	261	210	309	166	201	...
	Saldo	+ 6 672	+ 6 578	+ 6 664	+ 592	+ 700	+ 494	+ 549	+ 557	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. ¹ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. ² Ohne Hongkong. ³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen	
	Insgesamt	darunter:								Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen
		Fertigungs-dienst-leistungen 1)	Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)		
2010	- 27 477	+ 1 070	- 8 381	- 32 775	+ 8 762	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 47 948
2011	- 32 471	+ 567	- 8 533	- 33 755	+ 7 823	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 314	+ 64 707
2012	- 35 905	+ 178	- 10 199	- 35 422	+ 8 784	+ 3 020	+ 1 404	- 9 547	+ 3 103	+ 3 616	+ 62 193
2013	- 44 755	+ 0	- 12 063	- 37 713	+ 8 181	+ 3 522	- 858	- 6 358	+ 3 076	+ 1 069	+ 57 979
2014	- 39 112	- 26	- 13 079	- 36 793	+ 6 333	+ 4 284	+ 2 472	- 2 859	+ 2 930	+ 1 036	+ 65 034
2013 2.Vj.	- 10 657	- 2	- 2 809	- 8 184	+ 1 512	+ 853	- 406	- 1 877	+ 818	+ 55	+ 7 253
3.Vj.	- 16 907	- 65	- 2 507	- 16 855	+ 2 669	+ 796	+ 295	- 1 092	+ 736	- 304	+ 15 627
4.Vj.	- 6 712	+ 92	- 3 527	- 7 004	+ 2 570	+ 1 204	+ 1 008	- 1 446	+ 717	+ 486	+ 20 118
2014 1.Vj.	- 7 203	+ 111	- 3 566	- 5 708	+ 1 294	+ 1 114	+ 124	- 388	+ 753	+ 873	+ 17 665
2.Vj.	- 8 031	+ 69	- 3 080	- 8 399	+ 1 721	+ 1 063	+ 619	- 351	+ 782	+ 50	+ 6 597
3.Vj.	- 16 591	- 39	- 3 216	- 15 411	+ 1 757	+ 807	+ 171	- 882	+ 719	- 275	+ 20 061
4.Vj.	- 7 287	- 168	- 3 217	- 7 276	+ 1 561	+ 1 300	+ 1 557	- 1 238	+ 677	+ 388	+ 20 711
2014 April	- 1 811	- 2	- 1 086	- 1 608	+ 598	+ 444	- 46	- 306	+ 283	+ 22	+ 3 485
Mai	- 2 343	+ 11	- 1 019	- 2 370	+ 686	+ 456	- 29	- 399	+ 247	+ 36	- 2 113
Juni	- 3 877	+ 60	- 975	- 4 422	+ 437	+ 163	+ 695	+ 353	+ 252	- 8	+ 5 225
Juli	- 5 526	- 46	- 1 155	- 4 377	+ 860	+ 246	- 389	- 702	+ 237	- 106	+ 6 413
Aug.	- 6 909	- 1	- 960	- 6 498	+ 496	+ 332	+ 106	- 445	+ 250	- 79	+ 6 315
Sept.	- 4 156	+ 7	- 1 101	- 4 536	+ 402	+ 229	+ 453	+ 265	+ 231	- 91	+ 7 332
Okt.	- 5 587	- 46	- 1 275	- 4 604	+ 414	+ 334	+ 143	- 629	+ 259	+ 160	+ 6 856
Nov.	- 2 536	- 21	- 1 082	- 1 913	+ 503	+ 381	+ 159	- 502	+ 238	+ 126	+ 6 894
Dez.	+ 836	- 101	- 860	- 759	+ 644	+ 584	+ 1 255	- 106	+ 180	+ 103	+ 6 961
2015 Jan.	- 2 372	+ 10	- 1 151	- 1 404	+ 907	+ 172	- 75	- 682	+ 283	+ 274	+ 7 081
Febr.	- 2 432	+ 31	- 978	- 1 825	+ 202	+ 417	- 89	- 317	+ 285	+ 276	+ 7 185

1 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Aus-

gaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen		
2010	- 39 669	- 24 953	- 4 720	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	- 35 505	- 21 001	- 4 475	+ 6 718	- 14 504	- 2 977	- 2 977	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 40 139	- 25 752	- 5 451	+ 5 206	- 14 387	- 2 952	- 2 952	+ 1 427	+ 1 743	- 316
2013	- 41 069	- 26 176	- 4 106	+ 8 199	- 14 893	- 3 250	- 3 229	+ 1 142	+ 1 111	+ 31
2014	- 37 421	- 24 305	- 5 143	+ 11 090	- 13 116	- 3 476	- 3 451	+ 2 826	+ 2 736	+ 90
2013 2.Vj.	- 6 951	- 3 324	- 757	+ 3 867	- 3 628	- 807	- 807	+ 760	+ 672	+ 88
3.Vj.	- 8 985	- 5 624	- 802	+ 1 459	- 3 361	- 820	- 807	+ 438	+ 692	- 255
4.Vj.	- 10 352	- 5 842	- 922	+ 1 501	- 4 510	- 815	- 807	- 476	- 430	- 46
2014 1.Vj.	- 14 138	- 11 117	- 1 678	+ 2 054	- 3 021	- 870	- 863	+ 2 182	+ 934	+ 1 248
2.Vj.	- 5 843	- 1 671	- 764	+ 5 989	- 4 172	- 869	- 863	+ 542	+ 811	- 269
3.Vj.	- 7 082	- 3 781	- 1 049	+ 1 651	- 3 301	- 870	- 863	+ 783	+ 725	+ 58
4.Vj.	- 10 358	- 7 735	- 1 652	+ 1 396	- 2 623	- 866	- 863	- 681	+ 266	- 947
2014 April	- 3 168	- 1 503	- 258	+ 1 129	- 1 665	- 290	- 288	+ 194	+ 166	+ 28
Mai	- 993	+ 270	- 331	+ 2 948	- 1 263	- 290	- 288	- 54	+ 353	- 407
Juni	- 1 682	- 439	- 176	+ 1 912	- 1 243	- 289	- 288	+ 402	+ 291	+ 110
Juli	- 2 759	- 1 775	- 452	+ 379	- 984	- 289	- 288	- 8	+ 233	- 241
Aug.	- 2 200	- 1 383	- 326	+ 471	- 817	- 291	- 288	+ 439	+ 272	+ 167
Sept.	- 2 123	- 623	- 271	+ 801	- 1 500	- 290	- 288	+ 352	+ 220	+ 132
Okt.	- 2 246	- 1 521	- 371	+ 271	- 725	- 289	- 288	- 109	+ 130	- 238
Nov.	- 3 427	- 2 610	- 491	+ 143	- 817	- 289	- 288	+ 134	+ 388	- 255
Dez.	- 4 685	- 3 604	- 790	+ 981	- 1 081	- 288	- 288	- 706	- 252	- 454
2015 Jan.	- 4 258	- 3 337	- 1 462	+ 752	- 922	- 295	- 294	+ 27	- 20	+ 47
Febr.	- 7 593	- 6 683	- 471	+ 232	- 910	- 295	- 294	+ 2	+ 55	- 53

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2010	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	+ 1 427	+ 1 743	- 316
2013	+ 1 142	+ 1 111	+ 31
2014	+ 2 826	+ 2 736	+ 90
2013 2.Vj.	+ 760	+ 672	+ 88
3.Vj.	+ 438	+ 692	- 255
4.Vj.	- 476	- 430	- 46
2014 1.Vj.	+ 2 182	+ 934	+ 1 248
2.Vj.	+ 542	+ 811	- 269
3.Vj.	+ 783	+ 725	+ 58
4.Vj.	- 681	+ 266	- 947
2014 April	+ 194	+ 166	+ 28
Mai	- 54	+ 353	- 407
Juni	+ 402	+ 291	+ 110
Juli	- 8	+ 233	- 241
Aug.	+ 439	+ 272	+ 167
Sept.	+ 352	+ 220	+ 132
Okt.	- 109	+ 130	- 238
Nov.	+ 134	+ 388	- 255
Dez.	- 706	- 252	- 454
2015 Jan.	+ 27	- 20	+ 47
Febr.	+ 2	+ 55	- 53

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2012	2013	2014	2014					2015	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr.
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 376 169	+ 36 997	+ 293 211	+ 91 493	+ 114 705	+ 78 048	+ 8 964	- 80 010	+ 186 774	+ 20 419
1. Direktinvestitionen	+ 77 735	+ 53 360	+ 88 717	+ 23 791	+ 28 577	+ 19 891	+ 16 458	+ 11 466	+ 7 243	+ 14 709
Beteiligungskapital darunter:	+ 61 084	+ 34 189	+ 70 251	+ 18 628	+ 22 853	+ 11 398	+ 17 373	+ 5 901	+ 8 279	+ 9 871
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 21 052	+ 14 523	+ 22 241	+ 8 496	+ 5 714	+ 6 452	+ 1 579	- 6 063	+ 4 811	+ 4 121
Direktinvestitionskredite	+ 16 651	+ 19 172	+ 18 465	+ 5 164	+ 5 725	+ 8 492	- 915	+ 5 564	- 1 036	+ 4 838
2. Wertpapieranlagen	+ 109 712	+ 143 233	+ 149 427	+ 43 201	+ 41 279	+ 29 438	+ 35 510	+ 4 395	+ 12 233	+ 18 330
Aktien 2)	+ 11 675	+ 19 019	+ 10 610	+ 3 084	+ 4 761	- 563	+ 3 328	+ 5 047	- 858	+ 2 062
Investmentsfondanteile 3)	+ 21 667	+ 31 939	+ 38 324	+ 10 684	+ 8 644	+ 12 892	+ 6 105	- 920	+ 1 913	+ 5 408
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 75 913	+ 87 772	+ 99 068	+ 24 007	+ 26 837	+ 19 462	+ 28 763	+ 4 056	+ 6 939	+ 11 990
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 456	+ 4 503	+ 1 425	+ 5 426	+ 1 038	- 2 353	- 2 686	- 3 789	+ 4 238	- 1 129
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 24 386	+ 24 286	+ 31 783	+ 5 210	+ 10 056	+ 9 521	+ 6 996	+ 41	+ 4 939	+ 5 345
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 163 040	- 184 720	+ 25 848	+ 19 856	+ 35 403	+ 18 867	- 48 277	- 93 956	+ 161 986	- 18 230
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 66 080	- 56 647	+ 76 332	+ 31 734	+ 45 184	+ 1 780	- 2 366	- 54 040	+ 78 930	- 11 549
langfristig	- 47 912	- 50 495	+ 21 176	+ 3 255	+ 4 485	+ 9 844	+ 12 562	+ 10 954	+ 5 763	- 14 066
kurzfristig	- 18 169	- 6 152	+ 55 156	+ 28 479	+ 49 669	- 8 064	- 14 928	- 64 994	+ 73 167	+ 2 517
Unternehmen und Privat- personen 9)	- 13 394	+ 10 049	- 14 629	+ 26 707	- 3 314	- 6 408	- 31 615	- 30 673	+ 23 515	+ 2 281
langfristig	+ 337	+ 910	- 852	- 777	- 881	+ 773	+ 1 738	+ 1 568	+ 148	+ 404
kurzfristig	- 13 731	+ 9 139	- 15 481	+ 27 485	- 2 432	- 7 181	- 33 353	- 32 241	+ 23 367	+ 1 877
Staat	+ 49 836	+ 7 397	+ 14 024	+ 2 065	+ 1 790	+ 5 392	+ 4 777	- 2 223	+ 5 118	- 7 059
langfristig	+ 49 846	+ 15 078	- 2 372	+ 4 444	+ 3 361	+ 16	- 1 305	+ 703	+ 268	- 452
kurzfristig	- 10	- 7 681	+ 16 396	+ 6 509	+ 1 571	+ 5 376	+ 6 082	- 1 520	+ 4 850	- 6 607
Bundesbank	+ 192 679	- 145 519	- 49 880	- 40 651	- 8 258	+ 18 103	- 19 074	- 7 021	+ 54 424	- 1 904
5. Währungsreserven	+ 1 297	+ 838	- 2 564	- 565	- 610	+ 332	- 1 722	- 1 955	+ 372	+ 266
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 218 708	- 170 922	+ 49 384	+ 31 485	+ 57 501	+ 9 897	- 49 499	- 104 380	+ 190 495	- 12 625
1. Direktinvestitionen	+ 42 110	+ 44 385	+ 5 508	+ 8 241	+ 5 859	- 2 625	- 5 968	- 10 862	- 1 686	+ 5 964
Beteiligungskapital darunter:	+ 9 959	+ 7 499	+ 22 527	+ 5 123	- 1 363	+ 7 927	+ 10 841	+ 3 476	+ 2 179	+ 2 043
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 2 552	+ 585	+ 5 427	+ 3 005	- 712	+ 2 166	+ 968	+ 623	+ 1 366	+ 1 623
Direktinvestitionskredite	+ 32 150	+ 36 886	- 17 020	+ 3 118	+ 7 222	- 10 551	- 16 809	- 14 337	- 3 865	+ 3 921
2. Wertpapieranlagen	+ 54 951	- 21 263	+ 21 680	+ 8 280	+ 22 808	+ 1 328	- 10 735	- 19 963	+ 17 156	+ 1 687
Aktien 2)	+ 2 281	+ 5 024	+ 8 328	- 5 610	+ 8 250	+ 2 743	+ 2 946	- 340	- 5 965	+ 6 358
Investmentsfondanteile 3)	- 3 422	+ 6 086	- 5 642	- 77	+ 848	- 2 955	- 3 457	- 936	+ 1 456	+ 2 458
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 56 198	- 9 467	+ 21 410	+ 6 883	+ 13 637	- 5 550	+ 6 441	- 13 105	+ 5 125	+ 630
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	- 107	- 22 907	- 2 417	+ 7 085	+ 73	+ 7 090	- 16 665	- 5 581	+ 16 540	- 7 758
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 121 648	- 194 044	+ 22 196	+ 14 964	+ 28 834	+ 11 194	- 32 796	- 73 556	+ 175 025	- 20 276
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 51 508	- 158 237	+ 32 495	+ 32 738	+ 3 422	+ 29 893	- 33 557	- 61 500	+ 103 408	- 18 341
langfristig	- 10 250	- 16 733	- 14 555	- 3 017	- 5 115	- 5 748	- 675	- 656	+ 420	- 2 115
kurzfristig	+ 61 758	- 141 504	+ 47 050	+ 35 755	+ 8 537	+ 35 640	- 32 882	- 60 843	+ 102 988	- 16 226
Unternehmen und Privat- personen 9)	+ 8 668	- 8 583	+ 4 141	+ 9 464	+ 2 098	- 631	- 6 789	- 7 069	+ 16 092	+ 2 395
langfristig	- 56	- 13 790	- 5 331	- 2 132	- 684	- 1 579	- 936	- 1 205	+ 2 010	+ 663
kurzfristig	+ 8 724	+ 5 207	+ 9 473	+ 11 596	+ 2 782	+ 948	- 5 853	- 5 864	+ 14 081	+ 1 732
Staat	- 31 011	- 1 577	- 5 594	- 3 957	+ 5 402	- 3 123	- 3 916	- 924	+ 408	+ 3 657
langfristig	+ 35 994	+ 9 302	- 914	- 1 798	+ 1 572	+ 203	- 892	- 48	- 740	- 41
kurzfristig	- 67 005	- 10 878	- 4 680	- 2 160	+ 3 829	- 3 326	- 3 023	- 876	+ 1 149	+ 3 698
Bundesbank	+ 92 482	- 25 647	- 8 846	- 23 281	+ 17 913	- 14 945	+ 11 466	- 4 063	+ 55 117	- 7 986
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 157 461	+ 207 920	+ 243 827	+ 60 008	+ 57 204	+ 68 150	+ 58 464	+ 24 371	- 3 722	+ 33 044

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **5** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten ^{3) 4)}	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets ^{1) 3)}	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) ²⁾	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUW- Ländern			
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte				Devisen- reserven		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014	678 804	158 745	107 475	20 624	30 646	50	473 224	46 785	20 311	658 492
2012 Juli	1 000 019	199 419	144 217	23 769	31 434	50	739 837	60 713	101 674	898 345
Aug.	1 023 617	197 776	143 507	23 520	30 749	50	764 080	61 711	101 494	922 123
Sept.	974 478	203 337	150 373	23 295	29 669	50	708 090	63 002	95 757	878 721
Okt.	991 439	196 910	144 172	23 154	29 585	50	731 983	62 496	123 787	867 652
Nov.	988 534	197 486	145 110	22 771	29 606	50	727 755	63 242	112 190	876 344
Dez.	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013 Jan.	878 587	184 947	134 745	21 953	28 249	50	629 884	63 707	103 899	774 688
Febr.	871 508	183 222	132 131	22 011	29 079	50	625 519	62 717	96 300	775 208
März	852 611	188 447	136 454	22 403	29 590	50	601 669	62 446	80 341	772 271
April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916
Mai	680 888	148 949	100 274	21 125	27 550	50	479 240	52 649	52 748	628 140
Juni	678 136	153 017	104 600	20 795	27 622	50	474 195	50 875	43 267	634 869
Juli	660 521	154 885	105 317	21 162	28 406	50	455 926	49 660	17 254	643 267
Aug.	681 324	156 411	106 079	21 133	29 199	50	476 681	48 182	15 697	665 626
Sept.	696 802	156 367	104 629	21 864	29 873	50	492 298	48 088	18 051	678 751
Okt.	681 790	154 133	101 929	21 753	30 450	50	481 086	46 521	25 515	656 275
Nov.	682 969	155 424	103 245	21 564	30 615	50	480 244	47 251	27 894	655 075
Dez.	678 804	158 745	107 475	20 624	30 646	50	473 224	46 785	20 311	658 492
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	21 383	33 751	50	527 644	46 628	73 154	677 908
Febr.	744 552	172 120	116 647	21 317	34 157	50	525 743	46 639	63 107	681 445
März	767 856	176 922	119 988	21 255	35 679	50	544 078	46 807	51 966	715 891

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. ¹ Einschl. Kredite an die Weltbank. ² Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). ³ Vgl. Anmerkung 2. ⁴ Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. ⁵ Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
 gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	779 109	280 526	498 583	319 761	178 822	163 734	15 088	920 620	142 676	777 944	616 341	161 603	94 646	66 957
2014	812 778	276 370	536 408	351 186	185 222	170 423	14 799	922 628	148 746	773 882	609 827	164 055	97 641	66 413
2014 Sept.	842 488	308 897	533 590	347 362	186 229	171 498	14 730	944 880	153 485	791 396	625 641	165 755	97 919	67 836
Okt.	833 063	301 799	531 264	344 021	187 243	172 163	15 080	936 683	147 885	788 798	624 896	163 902	96 542	67 360
Nov.	835 661	306 643	529 018	339 568	189 450	174 558	14 892	943 386	148 893	794 492	628 957	165 536	98 315	67 221
Dez.	812 778	276 370	536 408	351 186	185 222	170 423	14 799	922 628	148 746	773 882	609 827	164 055	97 641	66 413
2015 Jan. r)	848 260	305 497	542 763	358 288	184 475	169 656	14 819	943 403	165 356	778 047	618 144	159 903	91 849	68 054
Febr.	860 015	308 221	551 794	363 008	188 786	174 022	14 763	952 794	161 516	791 278	624 963	166 315	97 746	68 568
Industrieländer 1)														
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	689 637	277 223	412 414	291 000	121 414	108 082	13 332	833 922	141 307	692 615	579 018	113 597	78 921	34 676
2014	713 600	271 498	442 103	317 132	124 971	111 871	13 100	835 644	147 572	688 072	572 267	115 805	80 626	35 178
2014 Sept.	745 290	303 943	441 347	316 251	125 096	112 069	13 027	858 108	152 247	705 861	588 496	117 365	81 551	35 814
Okt.	733 979	296 958	437 021	311 458	125 563	112 246	13 317	850 605	146 719	703 887	587 725	116 162	80 665	35 497
Nov.	736 260	301 731	434 529	306 582	127 947	114 805	13 142	856 754	147 724	709 030	591 697	117 333	81 980	35 353
Dez.	713 600	271 498	442 103	317 132	124 971	111 871	13 100	835 644	147 572	688 072	572 267	115 805	80 626	35 178
2015 Jan. r)	748 114	301 076	447 038	322 864	124 174	110 921	13 253	856 554	164 117	692 436	580 710	111 726	75 556	36 170
Febr.	757 073	303 853	453 219	324 936	128 284	115 102	13 181	861 652	157 609	704 043	587 569	116 474	80 472	36 001
EU-Länder 1)														
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	582 038	262 788	319 249	232 788	86 461	75 934	10 527	699 765	127 084	572 681	493 383	79 298	52 975	26 323
2014	600 437	256 437	344 001	255 518	88 483	77 872	10 611	700 737	133 331	567 406	486 649	80 757	53 878	26 879
2014 Sept.	630 811	288 791	342 019	252 516	89 504	79 038	10 466	717 585	139 121	578 464	495 724	82 741	55 423	27 317
Okt.	621 010	280 968	340 042	250 053	89 989	79 233	10 756	713 440	136 711	576 730	494 821	81 909	54 787	27 123
Nov.	622 332	286 158	336 174	243 882	92 292	81 755	10 537	722 564	137 831	584 733	501 297	83 436	56 257	27 179
Dez.	600 437	256 437	344 001	255 518	88 483	77 872	10 611	700 737	133 331	567 406	486 649	80 757	53 878	26 879
2015 Jan. r)	633 615	285 501	348 115	259 651	88 464	77 556	10 708	722 420	153 817	568 603	490 049	78 554	50 837	27 717
Febr.	639 815	287 158	352 657	261 014	91 643	81 041	10 602	728 972	148 463	580 509	497 888	82 621	55 131	27 490
darunter: EWU-Mitgliedsländer 2)														
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	422 440	196 101	226 339	170 696	55 643	49 469	6 175	593 680	100 922	492 758	439 537	53 221	36 389	16 832
2014	444 124	201 453	242 671	186 318	56 353	50 132	6 220	591 186	105 388	485 798	433 325	52 472	35 555	16 918
2014 Sept.	458 430	219 970	238 459	182 603	55 856	49 562	6 294	609 169	108 838	500 331	445 969	54 363	36 921	17 441
Okt.	451 050	213 120	237 930	181 249	56 681	50 383	6 298	603 879	106 135	497 745	443 418	54 326	37 041	17 285
Nov.	456 701	220 732	235 969	177 609	58 359	52 231	6 128	613 245	109 135	504 110	448 973	55 137	37 810	17 327
Dez.	444 124	201 453	242 671	186 318	56 353	50 132	6 220	591 186	105 388	485 798	433 325	52 472	35 555	16 918
2015 Jan. r)	472 002	224 409	247 593	190 290	57 303	51 017	6 286	611 918	123 093	488 825	436 734	52 091	34 508	17 582
Febr.	475 543	225 368	250 175	191 631	58 544	52 366	6 178	606 055	111 435	494 620	440 362	54 258	37 059	17 199
Schwellen- und Entwicklungsländer 3)														
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	89 466	3 303	86 163	28 759	57 403	55 647	1 756	86 694	1 368	85 325	37 323	48 002	15 723	32 280
2014	99 174	4 872	94 302	34 051	60 251	58 552	1 699	86 982	1 174	85 808	37 560	48 248	17 014	31 234
2014 Sept.	97 198	4 955	92 243	31 111	61 132	59 429	1 703	86 771	1 237	85 533	37 144	48 389	16 367	32 022
Okt.	99 079	4 840	94 238	32 562	61 676	59 914	1 763	86 075	1 166	84 909	37 171	47 737	15 875	31 862
Nov.	99 396	4 912	94 484	32 985	61 499	59 749	1 750	86 629	1 169	85 460	37 260	48 200	16 333	31 868
Dez.	99 174	4 872	94 302	34 051	60 251	58 552	1 699	86 982	1 174	85 808	37 560	48 248	17 014	31 234
2015 Jan. r)	100 146	4 421	95 725	35 424	60 301	58 735	1 566	86 849	1 239	85 610	37 433	48 177	16 293	31 884
Febr.	101 914	3 985	97 928	37 572	60 356	58 774	1 582	88 233	1 198	87 034	37 193	49 841	17 274	32 567

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. r Berichtigt. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl. Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,2556	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2014 Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535
Juni	1,4517	8,4698	7,4588	138,72	1,4728	8,2149	9,0914	1,2181	1,3592	0,80409
Juli	1,4420	8,3940	7,4564	137,72	1,4524	8,3880	9,2327	1,2150	1,3539	0,79310
Aug.	1,4306	8,1965	7,4551	137,11	1,4548	8,2522	9,1878	1,2118	1,3316	0,79730
Sept.	1,4246	7,9207	7,4449	138,39	1,4196	8,1798	9,1929	1,2076	1,2901	0,79113
Okt.	1,4436	7,7635	7,4448	136,85	1,4214	8,3136	9,1797	1,2078	1,2673	0,78861
Nov.	1,4432	7,6411	7,4415	145,03	1,4136	8,4912	9,2384	1,2027	1,2472	0,79054
Dez.	1,4928	7,6330	7,4402	147,06	1,4216	8,9802	9,4043	1,2026	1,2331	0,78830
2015 Jan.	1,4390	7,2269	7,4406	137,47	1,4039	8,9320	9,4167	3) 1,0940	1,1621	0,76680
Febr.	1,4568	7,0960	7,4501	134,69	1,4199	8,6188	9,4901	1,0618	1,1350	0,74051
März	1,4008	6,7623	7,4593	130,41	1,3661	8,6434	9,2449	1,0608	1,0838	0,72358

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis

29. Dezember 2000. 3 Aufhebung des Mindestkurses von 1 EUR = 1,20 CHF am 15. Januar 2015.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-19 1)				EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	26 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,3	96,0	96,1	96,1	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,5	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,6	85,9	85,3	87,9	85,8	91,6	97,2	84,9	90,7	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,6	84,3	90,5	87,0	91,3	96,1	85,7	90,0	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,4	89,6	87,5	95,0	90,7	92,0	95,2	88,2	90,5	93,5	92,0	91,8	
2003	100,7	101,5	100,6	98,7	106,9	101,6	95,4	94,3	97,4	94,7	97,1	96,6	96,8	
2004	104,5	105,3	103,4	102,2	111,5	105,4	95,7	93,1	99,8	95,0	98,5	98,0	98,4	
2005	102,9	103,8	101,3	100,2	109,5	102,8	94,5	91,7	98,8	92,8	98,5	96,9	96,7	
2006	102,8	103,8	100,7	99,4	109,4	102,2	93,3	90,1	98,3	91,1	98,7	96,5	95,9	
2007	106,3	106,6	102,7	101,1	112,9	104,2	94,2	89,3	102,2	91,5	100,9	97,9	97,1	
2008	109,4	108,7	104,1	104,0	117,1	106,2	94,4	87,9	105,4	90,5	102,3	97,9	97,2	
2009	110,7	109,4	104,9	106,9	119,9	107,2	94,5	88,6	104,5	90,9	101,9	98,0	97,6	
2010	103,6	101,8	96,7	99,4	111,6	98,4	92,0	88,2	97,9	87,5	98,9	94,0	92,4	
2011	103,4	101,0	94,8	97,4	112,3	97,9	91,7	88,0	97,4	86,8	98,4	93,2	91,9	
2012	97,9	95,8	89,5	92,0	107,2	93,2	89,8	88,0	92,4	84,3	96,1	90,4	89,0	
2013	101,7	99,2	92,8	94,6	112,2	96,5	92,2	88,4	98,1	86,3	98,5	92,3	91,0	
2014	102,3	98,9 p)	93,0 p)	96,4	114,8 p)	97,0 p)	92,8 p)	89,2	98,5 p)	86,9	98,6	92,5 p)	91,7	
2011 Dez.	100,9	98,5			110,4	96,1					96,9	91,8	90,6	
2012 Jan.	99,0	96,6			108,2	94,0					96,3	90,9	89,5	
Febr.	99,7	97,5	91,0	94,3	108,5	94,5	90,2	87,8	93,5	84,8	96,9	91,4	89,8	
März	99,9	97,6			108,8	94,6					97,1	91,4	89,9	
April	99,5	97,4			108,6	94,5					96,8	91,2	89,8	
Mai	98,1	95,9	89,7	93,2	107,4	93,3	89,9	88,0	92,5	84,5	96,1	90,5	89,1	
Juni	97,3	95,2			106,7	92,8					95,8	90,2	88,9	
Juli	95,4	93,5			104,4	91,0					95,0	89,2	87,7	
Aug.	95,3	93,3	87,6	90,5	104,5	90,9	89,1	88,0	90,5	83,5	95,1	89,2	87,7	
Sept.	97,3	95,3			106,7	92,8					95,9	90,1	88,7	
Okt.	97,8	95,8			107,4	93,2					96,0	90,2	88,8	
Nov.	97,3	95,2	89,5	90,3	106,8	92,6	90,2	88,1	93,1	84,5	96,0	90,1	88,6	
Dez.	98,7	96,6			108,4	93,9					96,6	90,6	89,2	
2013 Jan.	100,4	98,3			110,0	95,1					97,6	91,6	90,1	
Febr.	101,7	99,3	92,1	95,4	111,3	96,0	91,5	88,2	96,6	85,8	98,2	92,2	90,6	
März	100,3	98,1			109,6	94,7					97,7	91,5	89,8	
April	100,5	98,1			109,9	94,7					98,1	91,8	90,1	
Mai	100,6	98,4	92,4	95,1	110,1	94,9	92,1	88,5	97,7	86,1	98,3	91,9	90,2	
Juni	101,6	99,3			112,1	96,5					98,5	92,4	91,1	
Juli	101,6	99,3			112,1	96,5					98,6	92,3	91,1	
Aug.	102,3	99,8	92,9	96,1	113,5	97,6	92,3	88,4	98,4	86,2	98,7	92,5	91,5	
Sept.	102,1	99,4			113,4	97,3					98,7	92,5	91,5	
Okt.	102,9	100,1			114,3	97,8					99,0	92,8	91,7	
Nov.	102,7	99,8	93,8	92,0	114,3	97,6	93,0	88,7	99,7	87,0	99,0	92,8	91,8	
Dez.	103,9	101,0			115,9	99,0					99,4	93,4	92,5	
2014 Jan.	103,5	100,5			116,0	98,9					99,3	93,2	92,5	
Febr.	103,6	100,7	94,8 p)	98,0	116,4	99,1	93,3	88,9	100,3	87,5	99,1	93,2	92,6	
März	104,7	101,6			117,6	99,9					99,4	93,7	93,0	
April	104,6	101,3			117,1	99,2					99,3	93,6	92,7	
Mai	103,9	100,4	94,4 p)	98,0	116,2	98,1	93,2	89,2	99,6	87,6	99,0	93,2	92,2	
Juni	103,1	99,6			115,2	97,3					98,7	92,9	91,8	
Juli	102,7	99,1			114,7	96,8					98,7	92,8	91,7	
Aug.	102,0	98,5	92,3 p)	95,7	114,1	96,2	92,4	89,0	97,6	86,4	98,5	92,4	91,3	
Sept.	100,5	97,0			112,5	94,8					98,2	91,8	90,7	
Okt.	99,6	96,1			112,0	94,2					97,7	91,3	90,4	
Nov.	99,6	96,1 p)	90,5 p)	93,8	112,3	94,3 p)	92,4 p)	89,6	96,6 p)	86,0	97,8	91,2	90,4	
Dez.	99,7	96,0			113,4 p)	94,9					97,7	91,1 p)	90,7	
2015 Jan.	95,9 p)	92,3			109,3 p)	91,2					95,9 p)	89,2 p)	88,6	
Febr.	94,0 p)	90,7	107,4 p)	89,7 p)	90,2 p)	89,9 p)	90,2 p)	83,7 p)	95,4 p)	88,5 p)	87,8	
März	91,4 p)	88,2			104,2 p)	87,0					94,4 p)	87,2 p)	86,3	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich

und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus

■ Finanzstabilitätsbericht

- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2014 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2015 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Juli 2014

- Wechselkurse und Finanzstress
- Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft
- Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse
- Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

August 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014

September 2014

- Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise

- Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013

Oktober 2014

- Methodische Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse
- Die deutsche Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung: ein Blick auf die Wertschöpfungsströme
- Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa

November 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2014

Dezember 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2013

Januar 2015

- Zur Rolle des Warenhandels in der Entwicklung der globalen Ungleichgewichte
- Das Common Credit Assessment System zur Prüfung der Notenbankfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen

Februar 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2014/2015

März 2015

- Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion
- Die Bedeutung der makroprudenziellen Politik für die Geldpolitik
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2014
- Wertpapierhalterstatistiken zur Analyse des Wertpapierbesitzes in Deutschland und Europa: Methodik und Ergebnisse

April 2015

- Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland
- Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor
- Transaktionskassenhaltung von Euro-Münzen in Deutschland

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 ²⁾

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014 ³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2015 ²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014 ³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013 ³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014 ²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 ⁰⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014 ¹⁾

■ Diskussionspapiere ^{*)}

42/2014

Who trades on momentum?

43/2014

Updating the option implied probability of default methodology

44/2014

A network view on interbank market freezes

45/2014

Cross-border liquidity, relationships and monetary policy: evidence from the Euro area interbank crisis

46/2014

Banking market structure and macroeconomic stability: are low-income countries special?

01/2015

Employment, hours and optimal monetary policy

02/2015

The term structure of interest rates and the macroeconomy: learning about economic dynamics from a FAVAR

03/2015

Centrality-based capital allocations

04/2015

Financial frictions and global spillovers

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*)} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.